BAHAMAS
Nr 17 Frühjahr 1995 6 DM
Zirkular der gruppe k

Tschechien
Neue Rechte
Deutscher Sonderweg



Deutsche Befreiung

Editorial

Am 8. Mai ist nicht alles vorüber - dem Gedenkrausch deutscher Befreiung folgen weitere Höhepunkte. Fest geplant sind zwei Veranstaltungstermine, die nunmehr konzentriert und allein dem deutschen Opferkult vorbehalten sind: eine "Vertreibungs"-Gedenkfeier der Bundesregierung Ende Mai in der Frankfurter Paulskirche, dann Kundgebungen der Vertriebenenverbände zu Pfingsten. Gemeinsames Thema: Die Vergangenheit deutschen Leids zu beschwören - Flucht und "Vertreibung" aus dem besetzten Osteuropa und den ehemaligen deutschen Ostgebieten - und daraus die Offenhaltung völkischer Entschädigungs- und Revisionsansprüche abzuleiten, die fünf Jahre nach der Vereinigung aktueller denn je sind, da sie Gegenstand einer von Restriktionen "befreiten" deutschen Außenpolitik werden.

Der deutsche Umgang mit dem Nationalsozialismus, die Versuche, mehr und mehr die Deutschen zu den eigentlichen geschichtlichen Opfern zu erklären, ist Thema in dieser Ausgabe der BAHAMAS. Wir versuchen aber umfassender, Facetten der NS-Verdrängung und nationalistischer Verschiebung nach rechts zu analysieren; z.B. in diesem Heft:

** Eine Auseinandersetzung mit den autonomen Positionen zu den Antideutschen; ein aktueller Artikel zum "Fünfzigsten"; die deutsch-völkische Politik in Tschechien.*

** Um darüber eine "antideutsche" Debatte in Gang zu bekommen: Beiträge zu Theorie und Aktualität des "deutschen Sonderwegs".*

** Wie verhalten sich Künstler zu "deutsch"? ein Überblick über den Trend in der Musikszene zum "German Pop"; der neue Heimatfilm Margarete von Trottas; zum Nationalismus Bechers und zum Gegenspieler Brecht.*

** Zwei Artikel zu Positionen der deutschen Rechten - eine ausführliche Analyse zur "Neuen Rechten" und zur falschen Kritik in der Linken an ihr.*

Unter diesem Editorial findet sich eine Anzeige der "jungen Welt": Diese linke Tageszeitung stand kurzzeitig vor dem Aus und hat weiterhin mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen. Daß es in der BAHAMAS-Redaktion teils Skepsis über Sinnhaftigkeit oder die Chancen einer linken Tageszeitung in der heutigen politischen Situation der Linken gibt, ist regelmäßigen LeserInnen bekannt. Nun gibt es aber nur zwei linke Tageszeitungen in diesem Land, und daß wir die Lektüre des "Neue Deutschland" kaum empfehlen mögen, wird niemanden überraschen. Also: Wer es bemerkt hat, daß in der "jW" linke Positionen zu Wort kommen, die ansonsten nur in Zeitschriften mit zumeist sehr geringer Verbreitung stehen; wer es richtig findet, daß die BAHAMAS Austauschanzeigen mit einer Tageszeitung schalten kann; wer zudem für seine politische Tätigkeit den Wert einer Zeitung mit Bezug auf linksradikale Aktivitäten schätzt, sollte doch gerade jetzt dieser Einschätzung entsprechend handeln:

Derzeit ist das Weitererscheinen der Zeitung nur bis zum 1. August gesichert. Darüberhinaus wird sie nur weiterexistieren können, wenn sie ihren derzeitigen Abo-Stand von 17.500 AbonnentInnen zumindest halten kann. Die "jW" braucht dringend Abonnements ihrer bisherigen und neuer LeserInnen.

Demo am 6. Mai in Berlin, Konferenz am 7.5.: Solche antideutschen Aktivitäten zum 8. Mai sind teuer. Daß da keine deutschen Institutionen Geld locker machen, liegt auf der Hand. Ein großer Teil der Restlinken reagiert auf antinational und auf die Antideutschen allergisch und ablehnend. Die tragenden Kreise der Aktivitäten sind nicht finanzkräftig genug für die enormen Kosten. Als maßgebliche Unterstützer stehen u.a. wir ganz schön in der Kreide - Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Druck fallen an, die Überlassung des Büros schafft Folgekosten bei Telefon, Fax etc. Kurzum: Wir bitten unsere LeserInnen da dringend um Unterstützung - vielleicht finden sich ja "SponsorInnen gegen Deutschland".
Das Spendenkonto der 8. Mai-VeranstalterInnen lautet:

C. Brückmann, Konto-Nr. 57 27 730
BLZ 100 400 00, Berliner Commerzbank

Impressum

Die "Bahamas" erscheint alle 2-3 Monate als Zirkular der gruppe k.
Redaktion: büro k, Postfach 306 237,
20328 Hamburg , Tel./Fax: 040/ 43 88 46
Montag, Dienstag, Donnerstag von 17.30 -19 Uhr
Preis: Einzelheft 6 DM (Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto:
Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50,
Kto. S. Roisch/K. Dreyer, Nr. 1228 / 122 386)
-Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu!-
V.i.S.d.P.: Karl Nele
Herstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bahamas

Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen. Seither haben sich innen- wie außenpolitisch, schneller als wir befürchteten, Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven Reichs herausgebildet. Die Analyse ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Neben radikaler Deutschland-Kritik, der Erarbeitung antinationaler Positionen, sind weitere Themen und Anliegen: Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt; Kritik des "traditionellen Marxismus"; theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, zu Antisemitismus, Rassismus und linken Faschismustheorien. Das Ziel: zur Neuformierung einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken beizutragen.

Die "Bahamas" werden von dem kleinen Zirkel Gruppe K herausgegeben. Wir bezeichnen sie bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Wir wollen und können nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten. Ein solches Projekt gemeinsam mit Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken zu erarbeiten, ist unser Wunsch. Vorläufig wünschen wir uns für die "Bahamas" Zusammenarbeit, Beiträge, Kritik und Diskussion von und mit Gruppen und Einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte der Diskussion wert erachten.

Inhalt

büro k, Postfach 306 237, 20328 Hamburg. Fon/Fax:040/438846.

Abobestellung

Hiermit bestelle Ich die *Bahamas*. Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Das Abo kostet zur Zeit 18 DM für 3 Ausgaben, bei Rechnungstellung und Mahnung berechnen wir 2 DM mehr! Für je 5 Exemplare *einer Ausgabe* gibt es eines Gratis dazu.

Abobeginn mit Nr.: ...... Ich will ...... Exemplare/ ...... mal 5+1 Exemplare

Name: ☐ Ich will ein Förderabo für 30 DM

Strasse: ☐ Ich zahle per Einzugsermächtigung

PLZ/Ort: ☐ Ich habe das Geld überwiesen

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K.Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* im Voraus von meinem Konto abzubuchen. (Ab 5 Exemplaren buchen wir auf Wunsch ausgabenweise ab!)

KontoinhaberIn: Konto-Nr.:

Bank: Bankleitzahl:

Ort/Datum: Unterschrift:

"Gegen das Vergessen" – Deutschland feiert:

Nie wieder – Nachkriegszeit!

Roman Herzogs *"kluges Schweigen"* in Auschwitz und seine *"bedachte Rede"* in Dresden sowie bei seinem Israel-Besuch ließen seinen Sympathiepegel bei Grün-, Frei- und Sozialdemokraten sprunghaft ansteigen; sprachen vorher z.B. 45% der Grünen-Anhänger für Herzog, waren's hinterher 67%. Der Mann trifft auch zum 8. Mai den Ton und stiftet durch die verschiedenen Stränge der Debatten hindurch nationale Konsense. Ob links, ob rechts: Eine Nation freut sich über die Überwindung ihres Opferdaseins.

Der Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland wird von Kohl wie Süssmuth in die "Befreiung" der Deutschen umgemünzt, um am großen Gedenktag nicht in der Büßerecke zu stehen. Die Verlogenheit und auf Außenwirkung bedachte Selbstdarstellung offizieller deutscher Gedenkpolitik feiert fröhliche Urständ. Als Oktoberfest für gebildete Bürger planen gute deutsche Demokraten ein Freudenfest: *"Die Freiheit hat Geburtstag"*, so das Motto des Medienspektakels von Künstlern und Intellektuellen im Hamburger Thalia-Theater. Überdeutlich, daß die *"Freiheit"* jene von Nachkriegsbeschränkungen, der *"Geburtstag"* jener des wiedervereinigten Deutschland ist: Die großdeutsche Karte unter dem Slogan spricht da Bände. 1945 wird als Ausgangspunkt bedacht, der doch schließlich zu 1989 geführt habe: *"Aus der Vergangenheit lernen heißt, die Chancen der Zukunft wahrnehmen. Insoweit war die Kapitulation vor 50 Jahren nicht nur ein Akt der Befreiung, der Tag ist mehr noch als der 3. Oktober der wahre Feiertag der Deutschen"* (Manfred Bissinger, Die Woche vom 20.1.95)

Doch will wirkliche Freude und Jubel bei den Deutschen nicht aufkommen. Zu vielen ist noch bewußt, daß der 8. Mai 1945 eine demütigende Niederlage war, daß in Jalta – jenem "zweiten Versailles" – und Potsdam nicht liebevolle Pflege der "befreiten" Deutschen, sondern deren Umerziehung sowie die Teilung des Landes beschlossen wurde; daß der Wiederaufstieg einer von westlichen Gnaden war. Mit Russen feiern, wo die doch unsere Frauen vergewaltigt haben? Der Deutschen Haßrusse, der Schriftsteller Ilja Ehrenburg (der mit den Propagandaaufrufen im Zweiten Weltkrieg *"Tötet die Deutschen!"*) wird wieder in Erinnerung gerufen (1). Mit "Pollacken" feiern? *"Polen will Siegermacht sein"*, höhnte die FAZ, als der Auschwitz-Überlebende und polnische Außenminister Bartoszewski demütig um Einladung Walesas zu den deutschen Siegesfeiern nachsuchte. *"Verschiebt die Jubelfeiern!"*, titelt da der neurechte Trendsetter "Junge Freiheit", *"Die Freiheit hat 50. Geburtstag – aber erst am 9. November 2039"*.

Am Ende paßt aber alles wieder zusammen: Die Deutsche Bundespost würdigt ab dem 4. Mai mit vier Gedenkmarken den staatsoffiziellen Gedenkkonsens – die Aufschriften: *"Befreiung der KZ-Gefangenen"* (Opfer der Deutschen), *"Kriegsende"*, vom Bombenkrieg der Alliierten *"Zerstörte Städte und Dörfer"* sowie *"Vertreibung und Verlust der Heimat"* (die Deutschen als Opfer). Bartoszewski darf für Rita Süssmuth, Antje Vollmer und die Leute vom Thalia-Theater elf Tage vor dem 8. Mai im Bundestag eine Veranstaltung am Katzentisch der Gedenkfeiern besuchen – die "taz" erklärt uns, warum dem Polen diese zweitklassige Ehre zuteil werden durfte: *"Schließlich haben die Polen als erste gegen die 40jährige Sowjetherrschaft rebelliert, der sie der Hitler-Stalin-Pakt und der deutsche Überfall auf Polen ausgeliefert hatte, und haben damit ein Beispiel für die Bürgerrechtler in der DDR gegeben. Sie haben auch das Ende des Ostblocks eingeleitet, von dem kein Land mehr profitiert hat als Deutschland"* (1.4.95) Da wird auch die FAZ versöhnlich – keine "fünfte Siegermacht", bitte, aber ein bißchen Einladung, o.k.: *"Andere Völker, die auch gelitten und mitgekämpft haben"*, bräuchten *"keine sie kränkende Zurücksetzung, rügen."*, könnten sich vielmehr als von den Deutschen *"mitgewürdigt fühlen"*... (1.4.95). Und schließlich ist auch die "Junge Freiheit" mit ihren Anliegen in die Feierlichkeiten hinreichend integriert: Ende Mai wird in der Paulskirche Trauer um den "Terror der Vertreibung" gegeben (Veranstalter: die Bundesregierung – der echte, der deutsche 8. Mai). Deutsche Bombenopfer, Ostflüchtlinge, Vertriebene: Ein ziemlicher Streß, allen wahren, weil deutschen Opfergruppen des Zweiten Weltkriegs, die sich da nach vorne drängeln, ihr Plätzchen zu organisieren...

Den Wermutstropfen in den Siegeswein gab Israel. Noch am Jahresanfang hatte Wolfgang Schäuble jubiliert: *"Das Allerschönste, was Besseres kann uns gar nicht passieren."* (Spiegel 1/95) Die Rede war von Kohls Vorhaben, den israelischen Präsidenten Ezer Weizman am 8. Mai in Berlin zu präsentieren, was in der Öffentlichkeit als fixe Planung lanciert wurde. Den obersten Repräsentanten des jüdischen Staates am 8. Mai zur Ehrung des Nachfolgestaats des "Dritten Reichs" zu gewinnen – leicht zu verstehen, daß einem Schäuble bei dem Gedanken warm ums Herz wurde. Weizman ließ seinen Staatsbesuch aber erst für September vermelden und mitteilen, ein Besuch am 8. Mai sei *"nie mit uns diskutiert worden"*. Er demonstriert Schulterschluß mit den Siegermächten und wird zu den 8. Mai-Feiern in Paris, London und Moskau erwartet.

Die selbstbewußte Nation in Aktion

Die Rache folgte auf dem Fuß. Als Israels Ministerpäsident Rabin die proiranische Politik der Bundesregierung öffentlich kritisiert hatte, nutzte Kohl die Gelegenheit und drohte mit Absage seiner Israel-Reise im Juni. Rabin mußte Ende März zur Beschwichtigung nach Bonn reisen und Kohl versichern, daß man das Bonner Bemühen im Nahost-Friedensprozeß zu würdigen wisse. Seither sind die deutsch-israelischen Beziehungen wieder "versöhnt".

Auch mit Rußland wird Tacheles geredet. Jelzin darf in Berlin mitfeiern, für den Gegenbesuch stellte Kohl Bedingungen: er werde an keiner Militärparade der Siegesarmee, der Nachfolger der Roten Armee teilnehmen; Kohl will bei den russischen Feiern nicht mit deutschen Niederlage konfrontiert werden. In dieser Erpressung des Landes, das neben Polen am meisten unter dem deutschen Rassen- und Weltmachtwahn litt, das den größten und verlustreichsten Anteil an der deutschen Niederlage hatte, weiß Kohl seine Deutschen hinter sich. Sozialdemokratische, grüne und friedensbewegte Kritik bewegt sich höchstens rechts von ihm – warum er trotz Tschetschenien nach Moskau zu reisen beabsichtige? Der "Spiegel" spricht gar davon, daß es *"wie ein Kniefall aussieht"*, wenn Kohl nach Moskau reise (10.4.95). Die deutsche Linke findet so, versteckt hinter Menschenrechten, die von Deutschland aus die Welt zu erobern hätten, Anschluß an den nationalen Konsens zum 8. Mai: Tilgung des bürgerlichen Antifaschismus durch Antitotalitarismus. Zwischen

der grün-alternativen Marschroute (neben Boykott der Jelzin-Feiern: Solidarnosc statt polnische Partisanen und Kommunisten einzuladen) und Alfred Dreggers sowie Mayer-Vorfelders (2) Mahnung, der 8. Mai sei auch Erinnerung an jene "ethnischen Säuberungen" gegen deutsche Vertriebene, die heute durch den Serben nachgeahmt würden, besteht eine strukturelle Gemeinsamkeit: die Umwidmung der nationalsozialistischen Verbrechen in "Menschheitsverbrechen". Die Mahnung, daß "nie wieder" so etwas geschehen dürfe, bezieht sich nämlich jeweils für Deutschland auf Vergangenes. Gegenwärtig aber geht es um die verbliebenen deutschen Leiden (Flüchtlinge, *"Vertriebene"*) und um die Verbrechen *anderer* – in Jugoslawien und Tschetschenien.

Trotz solcher Konzepte weiß sich die "selbstbewußte Nation" im Mai 1995 der Ehrbezeugungen kaum zu erwehren. Mitterand *"erweist uns die Ehre"*, Rußland muß sich gängeln, Polen und Israel müssen sich demütigen lassen – deren Kritik daran bleibt zurückhaltend. Es geht doch nichts über eine starke Ökonomie: Frankreich braucht uns in Europa. Wo soll Jelzin seine Kredite holen? Polen wird "belohnt", weil *"Osteuropa als Handelspartner* (Deutschlands) *etwa das Gewicht der Vereinigten Staaten erreicht hat"* (FAZ, 8.4.).

Ihren Europartnern diktieren Waigel und Bundesbankchef Tietmeyer gleichzeitig fiskalische Roßkuren: seht mal zu, ihr Schwachwährungen (Lira, Peseta), daß ihr euch aus eigener Kraft saniert, um für die ECU-Einführung auf das Niveau der DM-Stabilität zu kommen. Richtig kleinlich wurden der deutsche Minister und der Bankpräsident, als es auf dem Treffen der europäischen Finanzminister und Notenbankchefs um das Aussehen von Münzen und Banknoten ging: Sie forderten *"nationale Akzente auf dem künftigen Euro-Geld."* Die Mehrheit der EU-Mitglieder *"hält dies für weniger wichtig"*, registrierte die FAZ verwundert (10.4.95). Da sage noch einmal einer von jenen linken Kapitalismuskritikern à la Robert Kurz, Nationalismus und Weltökonomie gingen nicht zusammen...

So viel Anerkennung in der Welt – und doch so wenig wirkliche Freude bei den Deutschen über den 8. Mai. Statt dessen – klagt Kohl – eine *"zutiefst deprimierende"* 8. Mai-Debatte. In ihr hat die neurechts-faschistische Gang um Zitelmann, Schacht und Schwilk einmal mehr einen äußerst wirksamen Coup gelandet.

"Selbstbewußte Nation?"

...fragte Eckard Fuhr im Leitkommentar der FAZ (31.3.95), acht Tage, bevor Zitelmann & Co. ihren Aufruf *"8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen"* in derselben Zeitung veröffentlichten (7.4.95). Nein, so lange wir uns über etwas freuen müssen, was nicht deutsch ist, sondern von außen aufoktroyiert "Befreiung" genannt werden soll, antwortet die illustre Schar der Unterzeichner. So lange sich nicht dazu bekannt werden darf, daß nach dem Irrtum Hitler das eigentliche Unrecht – das gegen Deutschland – begann, so lange gilt: *"Ein Geschichtsbild, das diese Wahrheiten verschweigt, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein..."* (Zitelmann-Aufruf).

Die starke öffentliche Wirkung des Zitelmann-Aufrufs zeigt, daß wir es – entgegen dem interessierten Geschwätz vom *"linken Medienkartell"* ("Junge Freiheit") *der "vereinigte(n) Linke(n)"* (Mayer-Vorfelder) zunehmend mit einer *rechten Meinungsführerschaft* zu tun haben. Versöhnte noch 1985 Weizsäckers Rede die Nation – die radikale Rechte war durch Bitburg integriert – so haben wir es 1995 im BRD-Nachfolgestaat, der "Berliner Republik" *mit einer zunehmend selbstbewußten Rechten* zu tun, die fähig ist, auf Massenebene durchschlagkräftig die Stimme zu erheben. Dabei kann die Wirksamkeit des Zitelmann-Aufrufs nicht auf das Unterzeichnerspektrum reduziert werden – es ist ziemlich gleichgültig, ob ein Hans Apel (Ex-Verteidigungsminister, SPD) unter öffentlichem Druck seine Unterschrift zurückzieht, weil er sich in *"schlechter Gesellschaft nicht wohl fühlt"*. Bis auf Ausnahmen (Ignaz Bubis) wird der Inhalt des Aufrufs nämlich in der öffentlichen Debatte nicht kritisiert, seine Inhalte werden vielmehr in sie *integriert*. Der Slogan *"Gegen das Vergessen"*, der sich bislang auf das Gedenken an Auschwitz bezog, wird im Aufruf auf *"den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes"* bezogen. Diese Umwidmung des 8. Mai stellt sich nicht eigentlich außerhalb des Weizsäcker-Konsenses von 1985 (3), will aber *"Nationalmasochismus"* (Dregger) für die Nazi-Verbrechen Deutschlands nicht mehr akzeptieren, sprich: klare Priorität für deutsche *"Opfer"* wird verlangt. Die zweite, damit zusammenhängende Botschaft des Aufrufs ist die von der *"selbstbewußten Nation"*, die sich Schuldbekenntnisse und -Gefühle nicht leisten könne. Diese zentralen *Inhalte* waren, wohlgemerkt, Apel und anderen, die sich nachträglich distanzierten, kein Problem.

Die z.T. schroff formulierte Abgrenzung von den Initiatoren des Aufrufs erklärt sich *aus der Anmaßung der Unterzeichner, das bisherige konservative Politikmonopol der CDU unter Kohl in Frage zu stellen.* Als Mayer-Vorfelder davor warnte, daß bei weiterer "Leugnung" des "Vertreibungsterrors" die Deutschen kein *"normales Selbstbewußtsein"* erlangen könnten, verband er dies mit der vielsagenden Aufforderung, *"nicht den Rechtsextremisten die Wahrheit zu überlassen"* (FAZ, 21.4.95). Der Bundeskanzler sah sich ebenfalls genötigt, klarzustellen, daß es am 8. Mai selbstverständlich auch um *"die Erinnerung an Millionen unschuldiger Deutscher, die ihre Heimat verloren"* hätten, gehe. Um nicht hinter die "taz" zurückzufallen, erinnerte er daran, daß auf *"die braune Diktatur die rote gefolgt"* sei (23.4.95).

Neurechte Meinungsführerschaft

Keine andere Veröffentlichung hat einen so durchschlagenden Öffenlichkeitserfolg zum 8. Mai erzielt wie die rechtsradikale Zeitungsanzeige in der FAZ vom 7.4.95. Zum Kern der Unterzeichner des von Schacht, Schwilk und Zitelmann initiierten Aufrufs gehört sicherlich das hinlänglich bekannte rechte Klientel. Zu den Neurechten Initiatoren im engeren Sinne müssen noch Karlheinz Weißmann ("Rückruf in die Geschichte" und "Westbindung"s-Autor), ihr Verleger Herbert Fleissner und Helmut Knütter ("Die Faschismus-Keule") gezählt werden. Dazu kommen Redakteure der "Jungen Freiheit", Republikaner, der Herausgeber von "Criticon", Leute aus der Jungen Union Berlin (die mit einer Stellungnahme gegen ein "Judendenkmal" in Berlin an die Öffentlichkeit traten), Manfred Brunner und sein "Bund Freier Bürger", zahlreiche Funktionäre von Vertriebenen-Verbänden, Gerhard Löwenthal (Deutschland-Stiftung, früher ZDF-Magazin). Zu ihnen gesellten sich renommierte Mitglieder der demokratischen Parteien der BRD: Nationalliberale aus der FDP (Kittlaus, von Stahl und zahlreiche Landtags- und Kreisabgeordnete), Rechte aus der CDU (Dregger, Lummer sowie Landes- und Kreispolitiker) und aus der CSU (Bundesminister Spranger, Ex-Innenminister Zimmermann, Gauweiler), sowie deutschnationale "Linke" (der Ex-grüne Bundestagsabgeordnete Mechtersheimer, der Grüne Rolf Stolz – "Linke Deutschland-Diskussion" – und Herbert Ammon). Die Parteiführung der CSU hat sogar ausdrücklich den Aufruf verteidigt und darauf verwiesen, daß auch ihr Vorsitzender Waigel vom *"Doppelgesicht des Kriegsendes"* gesprochen habe. – Die rechte Bagage ist beileibe nicht so isoliert, wie es manche formale Distanzierung glauben macht.

Die beiden Zentralthemen des Aufrufs, die Vertreibung und nationales Selbstbewußtsein, spiegeln sich in der bürgerlichen Presse wider. Bei Johann Georg Reißmüller

in der FAZ lesen sie sich sogar erheblich rechtsradikaler: *"Wie kann man behaupten, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation sei normal"*, wenn bei all den Opfern des Krieges diejenigen vergessen würden, *"die in der östlichen Hälfte Europas in den Jahren 1944, 1945, 1946 völkermordartigen Vernichtungsaktionen anheimfielen?"* (FAZ, 23.1.95) Und entgegen aller öffentlichen Versöhnungsbekenntnisse ist die Revanche für die Vertreibung nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch Mittel deutscher Politik (siehe dazu u.a. den Tschechien-Artikel in dieser BAHAMAS).

Ein germanisches Denkmal: Ernst Jünger

Ein weiteres Gedenkereignis hat das Vordringen der Rechten ins meinungsbildende gesellschaftliche Zentrum noch stärker verdeutlicht: die Ehrung Ernst Jüngers zu seinem Hundertsten. Viele wohlmeinende Jünger-Kritiker in den deutschen Feuilletons mögen sich redlich abmühen, daraus eine Literaturkontroverse zu stricken: Die politisch-ideologische Signalwirkung, die hiervon ausging, ist zu offensichtlich. Es wäre naiv zu glauben, daß Kohl und Roman Herzog qua höchster Staatsautorität den Literaten und Käfersammler Jünger geehrt hätten. Nein, die Ehrung galt einem *germanischen Denkmal*, einem *Verehrer des Deutschtums* par excellence. Und wo sitzen die politischen Jünger-Verwerter? Der "Vergessen"-Verfasser Heimo Schwilk hat nicht nur eine Jünger-Biographie verfaßt, sondern den offiziellen Geburtstags-Sammelband in dessen Hausverlag Klett-Cotta (Günter Figal/Heimo Schwilk, Magie der Heiterkeit. Ernst Jünger zum Hundertsten) herausgegeben; Mitautoren sind u.a. Botho Strauß und Karlheinz Weißmann – (und auch ein Text Heiner Müllers findet sich). Schwilk erklärt das Interesse an Jünger in der "Jungen Freiheit": Er war in der Weimarer Republik der *"Wortführer der nationalistischen Rechten"*, so ist er heute ihr Idol. Wie schon die "Männer des 20. Juli", so wird auch er zum *deutschen Widerstandskämpfer* stilisiert – Schwilk würdigt seine *"Nichtbeteiligung am Niedrigen"* (JF, 24.3.95). Der aristokratische *"Widerständler der inneren Emigration"*, der seine Botschaft als Kritik am *"Oberförster"* (angeblich Hitler) verschlüsselt an seine Gemeinde weitergeleitet habe, das ist so recht nach dem Herzen all derer, die sich um das deutsche Seelenheil und die *"selbstbewußte Nation"* sorgen: Jünger wird als Modell Nazi-light aufgebaut, das wieder politikfähig gemacht werden soll.

Kohl und Herzog machen Antrittsbesuche, wo die Neurechten das halboffizielle Begleitbuch gestalten: Betreiben wir Erbsenzählerei, wenn wir auf personelle Überschneidungen und Zusammenhänge verweisen, die von Zitelmann und Co. ins Zentrum der politischen Macht verweisen? Der Gegenstand der Überschneidung – Ernst Jünger selbst – verdeutlicht, wie das Gemeinsame im Verhältnis zur deutschen NS-Geschichte definiert werden kann.

Jünger beschwor 1944, fast fünfzig Jahre vor Ernst Noltes Schrift zum *"Weltbürgerkrieg"*, in seiner Zeit als Besatzungsoffizier in Paris, das Schicksalhafte und Unvermeidliche des Krieges – in einer Schrift, die *allenthalben* als Beleg gerade für Jüngers Ferne von den Nazis gehandelt wird, nämlich in "Der Friede". Hajo Funke arbeitet in einer Kritik des Textes heraus, der Gedanke einer unvermeidlichen Destruktion bringe die Erlösung von geschichtlicher Verantwortung hervor: *"Mit einer solchen enthistorisierend-planetarischen Volte sind wir Erben und Mitsieger der großen Destruktion: Akteure einer neuen Ordnung. Die Opfer – alle Opfer – hatten ihren guten Sinn. Je mehr, desto stärker. Sie mußten sein..."*. (4)

Jünger machte bereits damals aus dem rassistischen Vernichtungskrieg einen *"europäischen Einigungskrieg"*, eine These, die heute auch Ernst Nolte vertritt. Der dritte Griff zur Weltmacht, der heutige, vollendet in dieser Sicht auf friedliche Wei-

Alfred Dregger: Mit Hitler für Deutschland

"Es ist diese zynische Einseitigkeit unserer Nationalmasochisten, gegen die wir uns wehren müssen.

(...) Wenn am Ende des Krieges nicht nur die Verbrechen der Besiegten, sondern auch die der Sieger bestraft worden wären, dann wäre uns wahrscheinlich viel erspart geblieben, was zur Zeit die Völker auf dem Balkan erleiden. Denn die 'ethnischen Säuberungen', die die serbischen Aggressoren gegen ihre Nachbarvölker durchsetzen, sind ja offensichtlich eine Wiederholung der tragischen Geschehnisse, denen die Ostdeutschen zum Opfer gefallen sind.

Wahr ist, daß Hitler 1939 den Krieg vom Zaun gebrochen hat, im Verein mit Stalin übrigens... Den Krieg vom Zaun zu brechen, war unpatriotisch; denn wer sein Volk liebt, führt es nicht in einen Krieg. Wahr ist aber auch, daß Hitler wohl nicht an die Macht gekommen wäre, wenn es die Demütigung und die Unsinnigkeiten von Versailles nicht gegeben hätte. Und wenn in deren Gefolge die westlichen Demokratien der Weimarer Republik nicht versagt hätten, was sie nachher Hitler zugestehen mußten.

Wahr ist, daß die Nazis schreckliche Verbrechen begangen haben... Wahr ist aber auch, daß die meisten Deutschen von diesen Verbrechen nichts wußten...

Wahr ist, daß auch Soldaten der Wehrmacht an solchen Verbrechen beteiligt waren. Es ist aber ebenso wahr, daß die große Masse der deutschen Soldaten... daran keinen Anteil hatten. Wir haben nicht an den Fronten gekämpft, um die Verbrechen dahinter zu ermöglichen. Wir haben für Deutschland gekämpft, das in eine schier ausweglose Lage geraten war.

Wahr ist, daß am 24. Januar 1943 Roosevelt und Churchill in Casablanca mit ihrer Forderung nach bedingungsloser Unterwerfung – nicht Kapitulation, 'surrender' hieß es im Englischen – das deutsche Volk untrennbar mit Hitlers Schicksal verkettet haben.

Wir deutschen Frontsoldaten standen aufgrund der Casablanca-Politik der USA und Großbritanniens vor folgendem Dilemma:

– entweder mit Deutschland auch Hitler zu verteidigen

– oder uns zu unterwerfen und mit Hitler auch Deutschland preiszugeben.

Deutschland preisgeben, wollten die meisten von uns nicht; denn wir ahnten, was Deutschland nach einer 'bedingungslosen Unterwerfung' zu erwarten hatte. Dafür war der völkerrechtswidrige sogenannte strategische Bombenkrieg gegen unsere Heimat ein furchtbares Signal. Und wir hatten es nicht nur mit den Westmächten zu tun, sondern auch mit der Roten Armee im Osten, der zu entgehen der Wunsch nahezu aller war.

Und es ist wahr, daß in der Wehrmacht Disziplin herrschte, Manneszucht... Deshalb ist es auch nicht richtig, wenn jetzt in zahlreichen Berichten über die letzten Kriegsmonate im Zusammenhang Schilderungen über massenhafte Vergewaltigungen und Plünderungen – vor allem in Ostdeutschland – heißt, da hätte auf die Deutschen zurückgeschlagen, was sie vorher angerichtet hätten. Das ist falsch. Massenvergewaltigungen hat es bei der deutschen Wehrmacht nicht gegeben, und schon gar nicht wären sie von der militärischen Führung hingenommen oder gar begünstigt worden. (...)"

(Rede vor dem "Verband deutscher Soldaten e.V.", Heilbronn, 25.3.95; Quelle: Junge Freiheit, 14.4.95)

se, was zweimal kriegerisch gescheitert ist – die Neuordnung Europas unter deutscher Hegemonie: Der Europäer Kohl strahlt.

Herzog: "Europäische Verstrickungen"

Die Rede vom *"europäischen Krieg"* finden wir dann – naturgemäß weniger prononciert – wieder bei Roman Herzog, der bei seiner Präsidentenwahl den *"unverkrampften"* Umgang mit der Geschichte angekündigt hatte. Zur Relativierung des Nationalsozialismus forderte er: *"Wir kommen in Europa gar nicht darum herum, eine Geschichte unter europäischen Aspekten zu schreiben. Der eine Europäer versteht nichts vom anderen, wenn wir nicht auch die Geschichte als eine gemeineuropäische Geschichte betrachten."* (Interview im "Spiegel", 19.12.94). Bereits zuvor hatte er den Zweiten Weltkrieg als Folge *"europäischer Verstrickungen"* gewertet und vor der *"Verrohung des Menschen im Krieg"* gewarnt (Spiegel, 5.12.94), womit Nazi-Verbrechen und alliierte Kriegführung auf eine Stufe gestellt wurden. Auf Vorhaltungen des "Spiegel", das könne die Siegermächte desavouieren, gestand Herzog: *"Man muß ja keine Formulierungen verwenden, die Emotionen hochtreiben."* (19.12.94)

An dieses Konzept, softe Formulierung deutlicher Inhalte, hielt er sich bei seiner Rede am 13. Februar zum 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens (5). Sie stieß auf nahezu ungeteilten Beifall. Gerade auch jene, die sich nach der Weizsäckerei sehnen, akzeptieren, daß Herzog das Verhältnis Sieger – Besiegte, Opfer – Täter verkehrte. Mit Herzog bieten die besiegten Täter den Siegern und Opfern Versöhnung an, lassen Milde walten, erheben weder *"Anklage"*, noch betrieben sie *"Aufrechnung"*, wovon die *"warmherzige"* Aufnahme britischer und amerikanischer Gäste in Dresden zeuge. Deutsche sind großzügig mit den westlichen Siegern, immerhin trugen sie zum Fall der Mauer bei; nur den Russen gegenüber, da gibt es kein Pardon. Herzogs Abgrenzung vom Aufrechnen, vom *"buchhalterischen Saldo"* über die *"ins Unglück Gestürzten der verschiedenen Völker"*, soll nicht nur verdecken, daß bei jeder dieser Rechnungen die deutsche Verbrechensbilanz ins Unermeßliche schösse. Herzog will in weitergehenderem Sinne nivellieren. Handelnde im 2. Weltkrieg gibt es nicht mehr, Opfer und Täter verschwinden gleichermaßen in der von ihm verlesenen "Totenklage" des "Volkstrauertags": Nazis, Juden, Kommunisten, Flüchtlinge, Verkehrstote. Die *"Scheußlichkeit"* und *"Sinnlosigkeit moderner Kriege"*, *"der Krieg als solcher"* ist es, der geächtet werden müsse, dafür sei Dresden *"ein Fanal"*. Versöhnung ja, wenn zuvor die Anti-Hitler-Koalition, der alliierte Bombenkrieg, die Offensive der Roten Armee unter *"Sinnlosigkeit"* und *"Scheußlichkeit"* verbucht werden, was weitere Aufrechnung sinnlos macht, weil das Ergebnis schon stimmt: minus für alle – Rehabilitation von Deutschland. Wer sich damit nicht zufrieden geben will, bediene sich – so Herzog – der *"Ziffernsprache des Ungeheuerlichen"*. Und ganz nebenbei flicht der Verfassungsjurist, früherer Kompagnon des Theodor Maunz, des kürzlich verstorbenen Ratgebers von DVU-Frey, in seine Rede auch noch indirekt die These ein, die Alliierten hätten das Völkerrecht gebrochen: *"Es gibt keinen Sinn darüber zu richten, ob der Bombenkrieg, an dessen Unmenschlichkeit sowieso niemand zweifelt, im juristischen Sinne rechtmäßig war oder nicht."* Das mußte noch einmal gesagt sein – aber aufrechnen will Herzog nicht – nein, Gott bewahre: *"Was bringt uns das?"* So ist nur nebenher den Siegern über Deutschland ins Stammbuch geschrieben, sie hätten Deutschland damals mit *"Krieg und Massenmord"* überzogen, gegen die *"die Völkerrechtsordnung auch heute noch weithin machtlos"* sei...

Über so etwas entsteht im Deutschland des Jahres 1995 keinerlei Aufregung mehr: Zeit, den Geschichtsrevisionismus auf die neue Weltmachtrolle Deutschlands hin fortzuschreiben. In diesem Sinne plädierte der Deutschen oberster Repräsentant in seiner ersten außenpolitischen Rede denn auch für eine *"Außenpolitik ohne Zähnefletschen und Tschinderassabum"* – wie bis 1945 –; *"aber auch ohne Verkrampfungen"* – wie in der Nachkriegsära, der Zeit politischer Beschränkungen bis 1989. Nun sei *"das Ende des Trittbrettfahrens"* angesagt, heute gehe es um die *"Globalisierung deutscher Außenpolitik"*. Bei solchem Griff zur Weltmacht könnten *"wir"* natürlich *"nicht ganz auf 'hard-power' verzichten"*, wenngleich (beachte: geschichtliche Lehre!) *"militärische Einsätze kein Allheilmittel sind"*. Als *"deutsche Interessen"* definiert er *"Sicherheit"*, die *"Bewahrung des Wohlstands"* und die *"weltweite Freiheit des Handels"*. Bei einem so gefaßten Kriterienkatalog kann es natürlich schon mal zum Ernstfall kommen: *"diese Interessen anzuerkennen heißt auch die Folgen daraus ehrlich zuzugeben, also zum Beispiel, daß dafür materielle Lasten übernommen werden müssen; daß das Scheckbuch nicht reicht, sondern daß möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert ist"* (Rede aus FR, 14.3.95).

Ohne daß es noch jemandem negativ auffallen würde, treibt Herzog in seinen soften Formulierungen den geschichtsrevisionistischen deutschen Konsens voran, neuen Zielen entgegen. Die Tonart der derzeitigen Regierung wird derweil schärfer, ihr deutsches Selbstbewußtsein, das Zitelmann und Co. anhaltend beschwören, steigt. Der alte Haudegen Dregger probt einen neuen Ausfall: Die schärfste Kritik in Dreggers Wehrmachtsrede ging an die Adresse der westalliierten *"Casablanca-Politik"* (siehe Kasten anbei). Auch die FAZ hetzte die deutsche Meute bereits auf "Leichen im Keller" der britischen Weltkrieg Zwei-Politik. Churchill habe, stand in einem Kommentar zu lesen, *"den tragischen Knoten... geknüpft"*, als London *"den Pakt mit dem Tyrannen in Moskau schloß, um den Tyrannen in Berlin zu überwältigen. Churchills Krieg hat die Nationen des alten Zwischeneuropas zwar vor dem einen gerettet, aber nur, um die nach dem Sieg geradezu nonchalant dem anderen zu überantworten."* (FAZ, 22.4.95).

Nein, vergessen wird nicht. Der Osten ist befreit und unser. Der Westen aber wird sich daran gewöhnen müssen, wer künftig in Europa den Ton angibt. Westbindung? Germanisierung!

Heiner Möller

Anmerkungen

1) Etwa ein halbes dutzendmal wurde Ehrenburg in diesem Jahr von der FAZ als deutscher Todfeind "gewürdigt". Auf ihren Leserbriefseiten tobt sich der Haß gegen ihn aus. Zumeist wird dabei u.a. auf die (erfundene) Nachkriegslegende deutscher Nazis von seinem Aufruf *"Brecht den Rassenstolz der deutschen Frauen"* zurückgegriffen. Der "Spiegel" bemüht ihn sowohl in seinem Special *"Die Deutschen nach der Stunde Null"* als Einpeitscher *"rachedürstiger Rotarmisten"*, die von ihm *"auf hemmungsloses Töten eingestimmt"* wurden; als auch in einer Verteidigungsschrift für John Sacks Buch *"Auge um Auge"* über die Juden als *"Nazi-Doubles"* (Eike Geisel), das der Hamburger Kabel-Verlag *"zur Versachlichung der Diskussion"* um *"historische Tatsachen"* herausgibt.

2) Mayer-Vorfelder ist Finanzminister der CDU in Baden-Württemberg und Präsident des VfB Stuttgart. Seine Äußerungen nach FAZ, 21.4.95

3) Weizsäcker hatte am 8. Mai 1985 versucht, alle, Rechte wie "Linke" zu bedienen. Er ging von einem evolutionären Befreiungsgedanken aus. *"Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern"*, sagte er, weil Gefangenschaft, Bombennächte und Vertreibung sowie *"der Schmerz über die vollständige Niederlage des Vaterlands"* dies nicht zuließen, doch trotz aller deutscher Leiden wurde im Wiederaufstieg der BRD *"von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle zu sagen gilt: Der 8. Mai war der Tag der Befreiung"*.

4) Hajo Funke, Der Verlust des Erinnern im Gedenken, Blätter für deutsche und internationale Politik 1/95

5) Roman Herzog, Ansprache aus Anlaß des 50. Jahrestags der Bombardierung Dresdens am 13.2.95, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/95

Autonome Probleme mit den "Antideutschen"

Zur Debatte in der "Interim"

Im Dezember luden Bahamas, 17° Celsius, AK Kassiber und die Antinationale Gruppe Freiburg zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen für eine Aktion gegen die offiziellen Feiern zum 50. Jahrestag des Beginns der BRD-Erfolgsstory ein. Wie mühsam auch immer dieses und die Folgetreffen verlaufen sein mögen, eines haben sie jedenfalls gebracht: In Teilen der Berliner autonomen Szene ist eine Auseinandersetzung über antinationale und antideutsche Orientierungen (1) ausgebrochen.

Zwar hat es auch vorher schon Ansätze zu Debatten über antideutsch in der Szene gegeben, sie blieben aber ohne sichtbare Auswirkungen bzw. durch den Übergang zur Tagesordnung schlicht und einfach links liegen. So z.B. der 1992, anläßlich des linken Umgangs mit dem deutschen Pogrom-Mob, entstandene Text von einigen Frauen aus der Radikal, "Gegen das organisierte Deutschtum!", Untertitel: "Für den Zusammenbruch! Rückwärtsrolle? Grüße an Lupus!", in: Radikal Nr. 146, Nov. 1992.

Als im Dezember 1994 die Nachricht die Runde machte, daß die antinationalen Linksradikalen zum 8. Mai eine bundesweite Demonstration planten und zu den Vorbereitungstreffen ausdrücklich nur solche Gruppen und Einzelpersonen einluden, die sich auf einen antinationalen Grundkonsens stellten, wurde die Szene wachsam. Seither schlagen solche Einzelpersonen und Gruppen, denen eine antinationale Haltung grundsätzlich verhaßt ist, in den Spalten des autonomen Generalanzeigers "Interim" zurück. Interessant an diesen Texten ist ganz bestimmt nicht die Schärfe oder Neuartigkeit der Argumente, wohl aber Anlaß und Zeitpunkt. Einerseits sehen sich autonome Provinzfürsten in ihrem Monopol auf linksradikale "Praxis" bedroht, andererseits spiegelt die Interim-Debatte die Unentschiedenheit der Szene im Umgang mit der antinationalen Herausforderung wieder. Viele Antifa-Gruppen, Anti-Rassismus-Initiativen, andere linksradikale Zusammenhänge, aber auch viele linke WGs oder Hausprojekte haben das Problem live in den eigenen Reihen. Eine Minderheit im weiteren Sinne antinational Orientierter oder einfach nur an dieser Problemstellung Interessierter steht in diesen Zusammenhängen einer ablehnenden Mehrheit gegenüber.

Plural und beweglich wie die autonome Szene ist, hatte sie sich zunächst mit "Nie wieder Deutschland" angefreundet, schließlich war die Parole interpretierbar. Für die Szene bedeutete sie, was ihre Parolen immer schon bedeuteten: Antifaschismus oder "Nieder mit dem Staat", und der wird bei ihnen vorgestellt als ein Zusammenhang von bewaffneter Staatsmacht, Geheimdienstapparaten, Medien und Parteien. Der Staat kooperiert mit Faschisten, faschisiert die Gesellschaft durch dauernde Aufrüstung des Repressionsinstrumentariums und sichert den Bonzen so das Überleben. Die Bevölkerungsmehrheit kommt in diesen Erklärungen immer nur als passives Opfer von Unterdrückung vor.

Als die Pogromwelle der Jahre 1991 und 1992 nicht nur die AntirassistInnen und die Antinationalen bewegte, kippte die Szene in ihrem Bezug auf die Bevölkerung von einem Extrem ins andere. Bei der ersten Hoyerswerda-Demo im Herbst 1991, auf der mehrheitlich Leute der Berliner Szene waren, ließ sich beobachten, wie schwankend die Stimmung damals war. Angetreten mit der Bereitschaft, eine ganze Stadt mit ihrem geballten Antifaschismus zu konfrontieren, wurde vor Ort festgestellt, daß wohl nicht jeder Hoyerswerderaner ein Totschläger und Nazi ist, woraufhin die Stimmung bei den Verantwortlichen in und um den Lautsprecherwagen innerhalb von drei Stunden derart umschlug, daß sie sich über Lautsprecher bei den Bewohnern für die Fehleinschätzung der Situation in Hoyerswerda entschuldigten und ihnen gemeinsame Sache im Kampf gegen Faschismus und Rassismus antrugen. Zu diesem Zeitpunkt war Hoyerswerda bereits ausländerfrei.

Seit die ärgste Welle von Überfällen auf Flüchtlingswohnheime abgeebbt ist, ist die alte autonome Vernunft wieder weitgehend zurückgekehrt. Das Volk ist wieder ausgebeutet und manipuliert, der Staat faschisiert weiter, und "für die autonome und undogmatische Linke in der BRD ist es an der Zeit, das Ziel deutlicher zu formulieren: Offene herrschaftsfreie Kollektivität auf der Basis von Autonomie! "(Aufruf zum Autonomie-Kongreß, März 95).

Neben Spaltungs- und Polarisierungsvorwürfen wird gegen die antinationale Orientierung nicht mit Rassismusvorwürfen gespart oder mit Behauptungen, daß diese objektiv der Rechten zuarbeiten würde. Wir wollen im folgenden nicht die Texte einzeln durchgehen, sondern einige Argumentationsmuster, die häufig vorkommen, und deren Zusammenhang darstellen. Die Texte dokumentieren schonungslos die Schwierigkeiten eines Großteils der Szene, den derzeitigen Anforderungen an die Linke gedanklich gerecht zu werden.

Um die Form der Auseinandersetzung zu dokumentieren, ein kurzes Beispiel, in dem die Archivgruppe Papiertiger (Interim 391) antideutsche Gruppen und Einzelpersonen in die Nähe von verkappten Faschisten rückt: "Die Propagierung des 'deutschen rassistischen Massenkonsenses' arbeitet den staatstragenden Medien und den Nazis zu. Die breite Berichterstattung dieser Medien über 'Asylantenströme' und (!) rechte Aufstände wie in Rostock, soll Stimmung machen und dient ... zur Verschärfung ..." Diejenigen, die ein sogenanntes Asylproblem diskutieren wollen und Hoyerswerda und Rostock erst möglich gemacht haben, richten den gleichen Schaden an wie jene, die auf die Pogrome deuten und in ihnen die neuen Gefahren sehen, die von diesem Land ausgehen, denn beide machen, wenn es nach den PapiertigerInnen geht, in Ausländerproblematik. Zum Problem wird ihnen dies, weil damit von den Widersprüchen der sozialen Frage und damit vom Widerstand abgelenkt werde.

Widerständigkeit

Widerstand und zwar möglichst militanter ist der zentrale Begriff im autonomen Politik- und Selbstverständnis. Im Kampf gegen die Konkretion der staatlichen Gewalt

und gegen sichtbare Zeichen des Kapitals wird er verwirklicht. Widerstand ist dabei die konkrete Aktion gegen die Symbole der Macht. Der Begriff der Macht oder Gewalt verschwimmt dabei immer dann, wenn sich erweist, daß das Kapital eben doch weder Namen noch Anschrift hat und gesellschaftliche Prozesse ins Barbarische weisen, ohne daß Staatsterror bzw. organisierte Faschisten als Drahtzieher ausgemacht werden können. Weil gängiges autonomes Analyseinstrumentarium vor gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen versagt, die nicht nach der Täter-Opfer-Logik aufgelöst werden können, klammern sie sich umso heftiger an Erscheinungsformen konkreter Gewalt, die sich freilich mühelos allerorten aufspüren lassen. Gekämpft wird so immer am Detail, das umstandslos für das Ganze genommen wird, seien das nun Polizeiübergriffe, Naziaktivitäten, die Justiz oder das Sozialamt.

Geschichte wird von Autonomen als die sinnstiftende Geschichte von Widerstand rezipiert. So wie vergangener Widerstand als Vorbild dient, ist der Militante der Gegenwart Vorbild gegenüber dem Bürger. Militanz legitimiert sich durch den Versuch der Vorwegnahme von selbstbestimmtem und lebenswertem Existieren in den eigenen Zusammenhängen. Die Stärke radikaler Kritik, sich dem Lauf des gesellschaftlichen Geschehens nicht einfach auszuliefern, die Weigerung, Widerstand bereits gut zu finden, weil er Widerstand ist, und der Anspruch auch dessen Richtung und Ansatzpunkt bestimmen zu wollen, wird gar nicht erst wahrgenommen.

Widerstand als alleiniger Bezugspunkt prägt auch die Sicht auf gegenwärtige und historische Zustände. Statt von den Opfern in Auschwitz auszugehen, betrachtet man den Widerstand gegen die Nazis und in den Lagern. Statt von der tatsächlichen Volksgemeinschaft zu reden, sieht man diese vom Widerstand durchbrochen. Die Ausnahme wird als trotziger Bezugspunkt gewählt, was in der Haltung noch sympathisch ist, in der Beschreibung gesellschaftlicher Zustände aber völlig falsch geraten muß und dann nur noch mit der offiziellen Geschichtsschreibung um die Lorbeeren für den wirklichen Widerstand streitet. Am historischen Widerstand geht so verloren, was ihn ausgemacht hat, seine gesellschaftliche Marginalität und sein tatsächliches Scheitern. Was bleibt, sind Heiligenlegenden von tapferen Frauen und Männern, die vor dem unterschiedslosen Grau in Grau des Faschismus Heldentaten begangen haben und als Identifikationsfiguren für das kämpferische Lebensgefühl ihrer Verehrer herhalten müssen. So erscheint die Todesfabrik Auschwitz nur noch als nebelhafter Hintergrund, vor dem jüdische Partisaninnen kämpften. Bereits 1992 hat die Lupus-Gruppe in ihrem damals breit rezipierten Papier Doitschstunde argumentativ die Weichen gestellt: "'Deutschland denken heißt Auschwitz denken' steht auch für eine 'linke Tradition', die sich eher aus und mit den Opfern erklärt, als aus dem eigenen Widerstand, aus den Erfahrungen und Konsequenzen, die wir aus früheren Kämpfen gezogen haben (müßten!)." (L.U.P.U.S: Doitsch-Stunde) Daß Auschwitz ein Ergebnis der Verhältnisse in Deutschland gewesen ist ebenso wie Bedingung der folgenden Entwicklung und es dies zu berücksichtigen gilt, kommt dort nicht in den Sinn. Geschichte allein als die des Widerstandes zu begreifen, verhindert nicht nur, daß die damaligen Zustände begriffen werden, es leistet darüber hinaus der nachträglichen Entnazifizierung der Mehrheit der Deutschen Vorschub. "Die These von der 'Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum 'totalen Krieg' ignoriert die unterschiedlichen Formen individuellen und kollektiven antifaschistischen Widerstandes ... Ja es waren Wenige, die sich dazu bereit fanden ... Sie aber unsererseits totzuschweigen, würde bedeuten, das faschistische und deutschnationale Bild vom 'deutschen Volk' zu stabilisieren." (Broschürengruppe, Interim 317). Inhalt und Duktus dieses Zitats erinnert fatal an die Huldigungsrituale für die Männer des 20. Juli vor einem Jahr. Die Unfähigkeit, mit den Opfern umzugehen, geht teils so weit, daß sie noch nicht einmal benannt werden können: "Die Opfer der Nazi-Politik auf ihre Rolle als Opfer zu reduzieren ist falsch. So gab es auch überall Widerstand von 'JüdInnen' (die Anführungszeichen sprechen für sich), ZwangsarbeiterInnen, usw. Ihr Widerstand ist uns Bezugspunkt und auf keinen Fall der eines Bomber Harris." (Papiertiger). Wieder müssen sich Reah und Mordechai Kaplan aus Gomel fragen lassen, warum sie und ihre fünf Kinder erst ins Getto und dann nach Maidanek ins Gas sich widerstandslos haben führen lassen. Wieder wird die jugendliche Ungebundenheit, das Glück, die Tapferkeit und die zur Tat drängende Verzweifelung der Larissa Rubiner, die in den Wäldern der Ukraine gekämpft hat, bis die Rote Armee endlich wieder da war, in Anschlag gebracht gegen die Regel, die Familie aus Gomel. Der Fetisch Widerstand deutscher Linksradikaler verkehrt sich so in ein Verdikt gegen jene übergroße Mehrheit der Juden, die nie gegen ihre Mörder gekämpft hatten, und erscheint so als später Reflex auf das Gegröhle ihrer exekutierenden Großväter, die sich – vor Ort – nicht genug darüber ausschütten konnten, daß ihre Opfer noch unmittelbar vor dem Graben die ihnen offensichtliche Konsequenz nicht glauben wollten.

Schon Lupus hat der seit 1989 verunsicherten Szene bewiesen, warum die Tatsache Auschwitz in der Widerstandslegende deutscher Linksradikaler keinen Platz haben darf: "'Deutschland denken heißt Auschwitz denken!' ... Mit dieser Gleichung landet die Geschichte in der Tiefkühltruhe: wir frieren Geschichte ein anstatt aus ihren Brüchen heraus unsere Kämpfe (mit-)zubestimmen. Mit dieser Gleichung bringen wir 40 Jahre BRD-Geschichte und -Kämpfe zum Schweigen." (L.U.P.U.S: Doitsch-Stunde). Hoffen wir, daß es 1999 kein autonomes Fest zu "50 Jahre Widerstand in Deutschland" geben wird.

Auch die Bedeutung des 8. Mai wird im Licht des Widerstandsmythos gesehen: "Die neue Qualität (des 8. Mai, d.V.) sehen wir dagegen in der bedingungslosen Abqualifizierung von allem Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, der sich als kommunistisch oder auch nur antikapitalistisch verstanden hat." (mea culpa, Interim 312)

An die Stelle einer Beschreibung gesellschaftlicher Zustände tritt das Bedürfnis, denen, die Widerstand geleistet haben, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dabei werden Bewußtseinssplitter aufgegriffen, die die in Deutschland lange gepflegte Nachkriegsunschuld hervorgebracht hat. "Die Konstruktion einer (völkischen?) (i.Orig., d.V.) 'deutschen Kollektivschuld' bewegt sich auf dem gleichen Niveau der Auseinandersetzung, wie DIE Deutschen als Ganzes von der Verantwortung der Geschichte entlasten zu wollen," dies sei die "Konstruktion eines ethnischen Hauptwiderspruchs" (PapiertigerInnen). Lassen wir einmal die Verwirrung mit dem "ethnischen Hauptwiderspruch" beiseite: Die Abwehr eines unterstellten Kollektivschuldvorwurfs (es handelt sich dabei um eine deutsche kollektivbildende Phobie) wurde in Deutschland immer schon gegen die gerichtet, die zwar den Vorwurf der Kollektivschuld nie erhoben hatten, aber den Zusammenhang von Volksgemeinschaft und totaler Vernichtung thematisierten oder Kontinuitäten in der postfaschistischen BRD aufzeigten.

Konservierter ML

Wenn in den Interim-Texten immer wieder auf die vielen gesellschaftlichen Widersprüche verwiesen wird, die die Antideutschen hinter ihren Hauptwiderspruch verbannen wollten, dann verbirgt sich dahinter mehr als nur die verbreitete Unlust, diese

Gesellschaft einer Analyse zu unterziehen. Das Wort von den Widersprüchen meint, gegen die Antideutschen gewandt, daß diese Gesellschaft wegen der in ihr angelegten Gewalt, den Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in sich derart zerrissen sei, daß massenhafter, die Existenz des Systems bedrohender Widerstand nur noch eine Frage der Zeit sei. "Wer aktuell die Existenz von 'relevanten emanzipatorischen Kämpfen' bestreitet bzw. Auseinandersetzungen pauschal abtut als Reformvarianten zur Sicherung Deutschlands, hat sich schon selbst entwaffnet."(Eskimo, Interim 316). "Gleichzeitig werden andere gesellschaftliche Widersprüche in den Hintergrund gedrängt." (PapiertigerInnen) "Für andere antagonistische Widersprüche wie Patriarchat, Klassenwiderspruch und nichtdeutsche Rassismen ist auch bei den Antideutschen kein Platz."(Broschürengruppe) Die Widersprüche sind es, die nach dieser Lesart ein emanzipatorisches Potential erst ermöglichen. Die Vorstellung vom Drängen der Verhältnisse nach gesellschaftlicher Veränderung als dem dynamischen Moment der Geschichte, bleibt vielen Autonomen Glaubensbekenntnis und einzige Untermauerung der eigenen linken Identität. "Ohne solch ein Potential wäre jedes Streben nach politischer und sozialer Veränderung gegenstandslos."(Eskimo, Interim 316) Wer an diesem Potential zweifelt und die theoretische Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Hauptwiderspruch spätkapitalistischer Gesellschaften anrät, nämlich der Frage, warum gerade dann, wenn die Verhältnisse alles zu ihrer Überwindung Notwendige bereithalten, keine Bewegung oder Klasse, kein Haupt- oder Nebenwiderspruch zu ihrer Beseitigung drängt, wird der Flucht in die Ideologie geziehen. "Die Forderung nach einem exklusiven Antinationalismus beinhaltet ... die Gefahr einer Flucht aus der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität in ideologische Debatten." (mea culpa) Was gesellschaftliche Realität sei, wissen Autonome vom Schlage der mea-culpa-Gruppe am besten, schließlich schöpfen sie aus dem ideologischen Reservoir ihrer ehemaligen Hauptkonkurrenten, der Marxisten/Leninisten. Gesellschaftliche Kämpfe, so verkünden ML und Autonome unisono, werden bewegt vom Vergesellschaftungsprozeß. Der bringe als prozessierender Widerspruch arm und reich, Unterdrückte und Unterdrücker als Antagonisten hervor. Vor diesem Hintergrund erst entpuppt sich das existentialistisch anmutende Lebensgefühl vom Widerstand als durchaus politische Haltung im Sinne des ML. Als jeweils linker Flügel sozialer Bürgerbewegungen waren Autonome bestrebt, den einmal aufgebrochenen sozialen Widerspruch radikal und militant zuzuspitzen, um so Politisierungsprozesse hin zum großen Knall zu organisieren. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem Verschwinden der KPs hat die Krise auch die autonome Szene ergriffen. Mit ihrem Versuch der Radikalisierung von Oppositionsbewegungen ist sie praktisch gescheitert. Das Konzept wurde einem System nicht gerecht, das sich in Widersprüchen dynamisch weiterentwickelt, statt an ihnen zugrunde zu gehen. Was bleibt, ist die jeder Tatsächlichkeit trotzende Beschwörung von antagonistischen sozialen Widerprüchen und das umso verbittertere Eindreschen auf jene, die die ungeliebte Wahrheit aussprechen.

Volksgemeinschaft

Es hätte nicht der besonderen Verschärfung der Situation seit dem Zusammenbruch der DDR bedurft um nachzuweisen, daß marxistisch-leninistische Revolutionstheorien und ihre autonome Spielart zum Scheitern verurteilt sind, weil sie die Dynamik einer Gesellschaft verkennen, in der grundsätzlich nichts antagonistisch verläuft, außer ihrem katastrophisch sich abzeichnenden Ende. Daß arm und reich wirklich an einem Strang ziehen und wir alle in einem Boot sitzen, war schon vor 1989 Massenkonsens und objektiver Ausdruck spätkapitalistischer Vergesellschaftung. Daß die Armen davon reicher geworden wären und die Oberen sich mit den Unteren ihre Privilegien teilen müßten, hat nie einer behauptet, doch ändert das nichts am Befund. Die Interessen von Lohnabhängigen als Lohnabhängige sind egoistisch und subjektiv. Hinter ihrem Rücken vollzieht sich der objektive Rahmen ihrer Bedürfnisartikulation. Traumtänzerisch sicher vermögen sie maßvoll das kleine bißchen Mehr zu fordern, über das sich reden läßt; der Rest bleibt unrealistische Wunschvorstellung und als solche der Ziehung der Lotto-Zahlen vorbehalten.

Daß es, um dahin zu kommen, eines langen Vorlaufs bedurfte, ist bekannt, ein paar Etappen seien benannt: Verstaatsbürgerlichung der Arbeiterbewegungen und ihrer Parteien, Etablierung des Wohlfahrtsstaats und Verschwinden von sogenanntem proletarischen Bewußtsein im allgemeinen Arbeitnehmerbewußtsein und nicht zuletzt die allgemeine Demokratisierung der spätbürgerlichen Gesellschaften. Die Einsicht der Mehrheit ins Unabänderliche der Rahmenbedingungen ihres Lebens, der feste Glaube an Freiheit und Demokratie, das Recht auf die eigene Meinung, die immer schon in der Zeitung gestanden hat, all das läßt soziale Widersprüche nicht verschwinden. Doch unter diesen Bedingungen werden sie nutzbar für ein anderes Projekt als das der Befreiung. Weil sie freiwillig auf eine dritte Sache bezogen werden, die man Gemeinwohl oder feierlich "höherrangige Gemeinschaftswerte" (Bundesverfassungsgericht) nennt, können sie produktiv gemacht werden für die Interessen der ganzen Nation: für Reformvorhaben nach innen gleichermaßen wie für das höchste Gemeinwohlinteresse, das man Standortsicherung nennt und worunter vom Lohnverzicht bis zur kriegerischen Intervention, vom Begrüßungsgeld für neugeborene Brandenburger bis zur Abschiebung krimineller Zigarettenhändler so gut wie alles fällt.

Bis dahin ist noch kein Grund angeführt, diesen Zusammenhang mit dem besetzten Begriff Volksgemeinschaft zu belegen. Doch der abstrakt gleiche Prozeß kapitalistischer Vergesellschaftung in den Metropolenländern hat je seine spezifische nationale Geschichte und gewinnt daraus seine je eigene Ausprägung. Es ist ein Unterschied, ob der Klassenkompromiß sich revolutionär und unter dem Vorzeichen der Demokratisierung vollzogen hat wie in England, Frankreich oder den Vereinigten Staaten, oder ob ein gesellschaftlicher Modernisierungsprozeß unter dem Zeichen des Terrors verlaufen ist, der seine Gegner physisch und moralisch restlos zur Strecke bringen konnte und gleichzeitig die übergroße Mehrheit zu begeisterten Vollzugshelfern eines Mordunternehmens zusammenschmiedete, das zurecht damals schon der deutsche Sozialstaat genannt wurde. Und wenn es dann nicht die Widerstandskämpfer gewesen sind, die die Mordmaschine gestoppt haben, sondern reguläre Armeen, von denen eine einem gewissen Arthur Harris unterstanden hat und deshalb eben nur einige Widerstandskämpfer und die Überlebenden in den KZs, Zwangsarbeiterlagern und Zuchthäusern des Systems sich als wirklich befreit empfanden, dann hat das Auswirkungen auf die demokratische Fortsetzung dieses deutschen Sozialstaats.

Es geht also nicht nur darum zu konstatieren, daß die sozialen Widersprüche Teil des Volksstaates sind und ihn nicht in Frage stellen. Es muß auf das Wissen um das besondere historische Entstehen dieses unheimlichen aktuellen Einverständnisses bestanden werden, das den deutschen Volksstaat von seinen Konkurrenten so gefährlich unterscheidet.

Von Positionen, die dies nicht anerkennen wollen, weil dann das Weltbild wackelt, wird die Entwicklung zur Volksgemeinschaft in Deutschland als eine Fik-

tion der antideutschen Wahrnehmung entlarvt. Das betrifft sowohl die Geschichte als auch die Gegenwart: "Volksgemeinschaft war gleichzeitig Projekt und Propaganda der Nazis, um bestehende Widersprüche und (den nur noch vereinzelten) Widerstand einzuebnen." (Eskimo) "Die undifferenzierte Darstellung ganzer Völker als Täter ... bzw. Opfer ... schafft theoretisch 'Volksgemeinschaften', die es in unserem Denken nicht gibt. Diese Sichtweise überlassen wir den Faschisten und Nationalisten." (Papiertiger) Oder so: "Unser Eindruck ist, daß in diesen Beiträgen (den antideutschen Texten, d.V.) eine deutsche Volksgemeinschaft geschaffen wird, wie sie – glücklicherweise noch – nicht (ganz) besteht." (Redaktion Interim im Vorwort zu Nr.314) Die antinationale Kritik der Volksgemeinschaft erscheint den Leugnern dann wie deren Inthronisierung durch die Kritiker: "Außerdem konstruiert auch ihr gerade jene völkische Nation, die ihr bekämpfen wollt. Unter Mißachtung der zahllosen Widersprüche in der Gesellschaft zieht sie sich durch fast alle eure Texte wenn das Wort 'Deutschland' oder 'die Deutschen' im Sinne der 'Vereinheitlichung aller Deutschen' von antinationaler Seite gebraucht wird" (ein Bewegter, Interim 316).

Wir sind alle kleine Nazis – den Rechten zuarbeiten

Diejenigen, die nur leugnen können, was sie nicht wissen wollen, erkennen im Überbringer der Nachricht den Übeltäter: "Die Propagierung des 'deutschen rassistischen Massenkonsenses' arbeitet den staatstragenden Medien und Nazis zu... Die sog. 'Ausländerproblematik' wird kampagnenmäßig immer wieder zur Hauptfrage gesellschaftlicher Auseinandersetzung hochstilisiert. Gleichzeitig werden andere gesellschaftliche Widersprüche in den Hintergrund gerückt." (PapiertigerInnen) Hier wird die schlichte Bezeichnung der Zustände als einen deutschen rassistischen Massenkonsens, und, daß dieser als Gegenstand von Analyse und Politik ernst genommen wird, mit der "das Boot ist voll"- und "Ausländer raus"-Medienkampagne in eins gesetzt.

Dabei wissen natürlich die AutorrInnen als BetreiberInnen eines linken Archivs, daß es noch gar nicht so lange her ist, als rassistisch motivierter Mordpöbel flächendeckend regelrechte Pogrome veranstaltete bzw. zu veranstalten versuchte. Wenn das Wort vom rassistischen Massenkonsens richtig ist, geht die Identität von den Revolutionären und ihrem Subjekt verloren. Dies möchten sich die PapiertigerInnen aber nicht vorstellen, sondern nur durch manipulative Ablenkung von den Widersprüchen – der sozialen Frage – erklären. Das ist ein Problem, an dem sich leicht verbrennen kann, wer die objektiv emanzipatorischen Interessen der irregeleiteten Bevölkerung retten will. PapiertigerInnen lösen stellvertretend für die anderen Interim-Autoren das Problem mit einem Sturzflug in den Arsch der deutschen Bestie und erklären sich selber zu etwas, was sie nun wirklich nicht sind: zu Rassisten, genauso wie die Bevölkerungsmehrheit: "Wir müssen uns mit den Ursachen und Folgen des Rassismus bei uns und insgesamt in der Bevölkerung auseinandersetzen. Die 'Antideutschen' versuchen sich eine andere (negative, rein abgrenzende) Identität zu schaffen, indem sie sich über alle anderen drüberstellen und sich so aus der Verantwortung stehlen." Es bleibt festzuhalten: Die Antideutschen stellen sich – negativ wie sie sind – über die rassistische Bevölkerungsmehrheit. Wenn das verantwortungslos ist, dann kann Verantwortung nur Anknüpfen an schimpflichste deutsche Tradition sein: Spuren verwischen, Täter decken, Motivationen entschuldigen. Und hier wenden die Interim-Autoren das Kunststück an, das sie vorher als Bestandteil der Trickkiste antideutscher Agitatoren gegeißelt hatten: Sie führen eine ethnische Kategorie ein. Qua "Verantwortung" (PapiertigerInnen) oder "Sozialisation" (ein Bewegter) steckt unrettbar im Deutschen Sumpf, wer selber Deutscher ist. Der Bewegte findet es richtig zu bekennen, "... durch eine deutschtümelnde Gesellschaft sozialisiert worden zu sein und solche Denkmuster bei sich selbst zumindest zu vermuten. Das ist der 'Sündenpfuhl' der deutschen Linken, und in ihm befindet auch Ihr Euch, ob ihr es nun wahrhaben wollt oder nicht." Das ist gleichbedeutend mit der Zurückweisung jeglichen individuellen Erkenntnisprozesses, da jeder Deutsche quasi mit der Muttermilch die Relikte von Faschismus und Antisemitismus aufgesogen habe und folglich von dergleichen Anwandlungen sich nicht einfach freisprechen dürfe. Da mag was dran sein – Aber zu welchem Zwecke wartet er mit dieser Einsicht auf? Er hat wohl sagen wollen: Es ist unzulässig, wenn sich einige Linksradikale in diesem Land anmaßen, nicht nur mehr zu wissen, sondern aus diesem Mehrwissen Schlüsse ziehen, die sie nicht nur für sich, sondern gegenüber jeder Person für wahr erklären. Und schlimmer noch aus dieser Anmaßung heraus ein so kritisches Licht auf die Restlinke werfen, daß sie deren Großteil sogar die Qualität, den Verhältnissen revolutionären Widerstand entgegenzusetzen, absprechen.

Nach einem Ingrid-Strobel-Zitat, in dem vom "normalen Antisemitismus" die Rede ist, von dem häufig auch jene nicht frei seien, die ihn bei anderen vermuten, fährt der "Bewegte" fort: "Für euch ... schließt ihr diese Sozialisation offenbar aus, obwohl auch ihr innerhalb dieser deutschen Gesellschaft aufgewachsen seid und erzogen wurdet." Es ist keine Frage der Sozialisation, sondern der kritiklosen Übernahme oder des kritischen Ausbrechens. Dieses Ausbrechen führt natürlich nicht zu Befreiung oder gar Identität. Die Welt gilt es als ein Verhängnis zu begreifen, in dem der kritische (negative) Einzelne sich notwendig zerreißt zwischen Anspruch und Wirklichkeit, theoretischer Erkenntnis und der Unmöglichkeit sie umzusetzen. Es gilt also, sich konsequent zu bekennen zur freiwillig zugelegten Schizophrenie linksradikaler Existenz, statt auf die Suche nach Identität zu gehen. Ist alles nur Sozialisation und das Ziel Identität, wird dem kritischen Verstand die Existenzgrundlage entzogen und das Einverständnis mit dem Bestehenden als ontischem Zustand vorprogrammiert.

Das Scheitern der an sozialen Fragen orientierten Linken in den deutschen Verhältnissen und die Ahnung, daß die sozialen Kämpfe keine linke Domäne sind, werden angesichts der Unfähigkeit, die eigenen Fehler zu durchschauen, dem Antinationalismus zugeschoben: "Der Rückzug der Linken aus den bestehenden sozialen Auseinandersetzungen in der BRD, wie er aus einem exklusiv verstandenen Antinationalismus folgen würde, dürfte nicht unwesentlich die Neue Rechte in ihrem strategischen Ziel unterstützen, zu einer Hegemonie innerhalb der Gesellschaft zu gelangen." (mea culpa) Über diese skandalösen Sätze gibt es in der Berliner Szene und deren Infoblatt erst zarte Pflänzchen eines hoffentlich erst beginnenden Streites. Weiterhin steht die antideutsche Orientierung am Pranger.

jw./K. Nele

Anmerkungen:

1) Aus der Schwierigkeit, daß niemand so recht bestimmen kann, wen oder was diese Zusammenhänge alles an heterogenen Positionen umfassen, meinen wir nicht *die* Autonomen. Hier werden besonders die Texte berücksichtigt, die in Interim zum Thema 8. Mai in den ersten Wochen nach dem Einladungsschreiben erschienen sind. Besonders in der letzten Zeit sind auch sehr differenzierte Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge erschienen.

Italien: Staatsnotstand und Selbstabschaffung der Linken

In keinem anderen Land Europas wird trotz Liraverfalls und der Staatsverschuldung an Wochenenden so wenig gearbeitet wie in Italien, klagten kürzlich die Wirtschaftsredaktionen deutscher Zeitungen. Daß Statistiken lügen können, weil sie den gesamten Sektor italienischer "bad jobs" und nicht tariflich erfaßter Arbeitsverhältnisse nicht erfassen, wird hier offenkundig. Vielmehr soll wohl das Bild von der Neigung der Südeuropäer zum Müßiggang gepflegt werden, weshalb sich dem deutschen Leser auch leichter erschließt, daß mit Italien kein Staat zu machen ist.

Zwar praktizieren die ItalienerInnen seit fast vier Jahren der Krisenbewältigungsbereitschaft par excellence, nachdem der erzwungene Ausstieg der Lira aus dem EWS 1992 dem Land nur noch die Wahl zwischen Revolution und Austeritätspolitik ließ. Zwar interessiert sich kaum jemand für Revolution. Doch immer wenn es ihnen ans Portemonnaie geht, rebellieren die ItalienerInnen in großer Zahl. Trotz nationaler Krise, trotz Staatsschuld und Liraverfall klammern sich die rebellischen RentnerInnen an ein Rentensystem, das vielen von ihnen halbwegs ein Auskommen für ihr Leben bietet, statt einzusehen, daß ihre Renten zu einem erheblichen Teil unproduktive Alimentierung sind und es daher im Interesse der Nation sinnvoller wäre, sie würden dahinsiechen.

Ist das der Dank dafür, daß die italienischen Parteien in den letzten Jahren bereits sehr weitgehend an die Selbstabschaffung demokratischer, bürgerlich-parlamentarischer Grundlagen gegangen sind und diesen Weg unbeirrt fortsetzen?

Schon im April 1993 wurde eine Regierung gebildet, die der allseits akzeptierten Einsicht entsprach, daß das oberste Regierungsprinzip die Sanierung der Staatsfinanzen – also Privatisierungen und Einsparungen–ist. Unter der Führung des Ex-Notenbankchefs Ciampi und seines "Kabinetts der Professoren" regierte erstmals jene Formation "super partes" (über den Parteien), die als Ideal seither alle politischen Kräfte Italiens umtreibt.

Der grandiose Wahlsieg Berlusconis im März 1994 basierte auf dem gleichen Wunsch der WählerInnen, jenseits der Parteien zum Wohle Italiens regiert zu werden. Doch Berlusconi verhieß einen etwas bequemeren Weg als Ciampi: Er versprach das Blaue vom Himmel herunterzuholen, allen würde es besser, niemandem schlechter gehen im Unternehmen Italien. Seine WählerInnen haben es ihm gerne geglaubt, jedoch als er den notwendigen Tribut verlangte, spielten zu viele nicht mit. Er hat sich in der politischen Wirklichkeit des Interessengeflechts Italien verheddert und stolperte ausgerechnet über die "Reform" jenes für den Staatshaushalt kostspieligen Rentensystems, das zu beseitigen oberste Auflage von EU und IWF für jede politische Führung des Landes ist. Sein vorläufiges Scheitern dementiert auch die politische Sichtweise, daß die virtuelle Welt des Fernsehens die Realität aufheben, an ihre Stelle treten könnte. Soweit ersichtlich, scheiterte Berlusconi nicht an seinen und seines Medientrusts virtuellen Fähigkeiten, sondern an den harten Realitäten italienischen Ökonomie, der Nichtfähigkeit des Staates und seiner Eliten, das Land in Europa und auf dem Weltmarkt weiterhin die Rolle spielen zu lassen, die seine G 7-Mitgliedschaft auch für die Zukunft begründen könnte.

Experten und Professoren

Berlusconis Sturz und der Parteienstreit um die Jahreswende 1994/1995 machte nicht etwa die Inhalte der Politik Berlusconis zum Thema. Vielmehr stritten die Parteienvertreter darum, ob seine Regierung "super partes" gestanden habe oder schon wieder statt zur Partei Italiens zu einer des Eigennutzes geworden war. Alle politischen Parteien versuchten sich als Vertreter des "wahren Italien" zu übertreffen, doch wer Italien ist, und welche Politik dem Land und seiner Lira nützt, darüber können sie sich nicht einigen, weil sie es nicht wissen oder anders: weil ihre politische Handlungsmacht angesichts der Abhängigkeit ihrer Währung so begrenzt ist. Wenn PDS-Chef Massimo D'Alema Berlusconi wegen seiner Ablehnung Dinis "unverantwortlich" nennt, und ihm "ein Votum gegen die Lira, gegen das Land" vorwirft, dann sagt das viel über die nationalistische Verkommenheit der sozialdemokratischen Nachfolger der Realsozialisten. Ob die ItalienerInnen deswegen allerdings glauben, daß Berlusconi die Verantwortung dafür trägt, daß unter dem linksgestützten Sparkommissar Dini die Lira in knapp acht Wochen doppelt so tief gefallen ist, wie in den knapp acht Monaten vorher unter Berlusconi, ist zu bezweifeln. Bislang ist noch jede italienische Regierung an der Sanierung der Staatsschuld gescheitert, deren Zinsen Einnahmen und Einsparungen sofort wieder auffressen.

Der neue Überparteiliche, Lamberto Dini, ist international kampferprobter Währungsexperte, war Stellvertreter von Berlusconis Vorgänger Ciampi als Notenbankchef und als Finanzminister unter Berlusconi Autor jenes Rentengesetzes, an dem der Cavalliere gescheitert ist. Vier Wochen lang stritten die Parteien, ob seine neue Regierung mehr tecnico-politico oder mehr politico-tecnico sein sollte. Dini und Staatspräsident Scalfaro haben sich mit mehr tecnico durchgesetzt. Seither regieren in Italien noch mehr Professoren und Wirtschaftsexperten als unter Ciampi und Berlusconi als Minister. Und viele ItalienerInnen hoffen noch auf das Wunder, daß ihre Experten das Ding schon schaukeln werden, weil sie klüger und weniger eigennützig sind als ihre Politiker. Gestützt wird die Vermarktwirtschaftlichung der Politik von der parlamentarischen Linken, die noch Dinis Mehrheit garantiert. Doch sitzt auch er auf dem Schleudersitz: zum Sparerfolg verdammt, könnte er am Kursverfall der Lira und dem neuen Rentengesetz scheitern, falls die widerspenstigen Anspruchs-ItalienerInnen nicht bereits von ihren eigenen linken Parteien dermaßen domestiziert und weichgeklopft sind, daß sie die Lust am Demonstrieren gänzlich verloren haben.

Für den Fall steht aber bereits Abhilfe bereit. Der Mann heißt Romano Prodi, gilt als Mann der Mitte. Da sich in selbiger mittlerweile alle tummeln, heißt er "Mittelinks", was meint, daß er von der Linken, vor allem den "Progressisti" der PDS, als Kandidat für die noch in diesem Jahr erwarteten Wahlen gestützt wird. Auch Prodi versteht sich als "super partes". Als Präsident der Staatsholding Iri hat er sich seine Meriten als erfolgreicher Privatisierer erworben. Prodi ist so links wie Ludwig Erhard, sein Credo lautet: soziale Marktwirtschaft.

Destra e sinistra

Also verändert sich gar nichts in Italien, scheitert ein Experte nach dem nächsten, bleibt nur das Chaos? Mitnichten, die politische Krise der letzten Jahre hat gravierende politische Veränderungen hervorgebracht, deren hervorstechendste die Selbstabschaffung der Linken und die Repolitisierung der Rechten sind.

Selbstabschaffung der Linken? Der Kandidat Prodi erscheint wie eine leibhaftig gewordene Figur aus Italiens Sachbuchbestseller des Jahres 1994, Noberto Bobbios "Destra e sinistra" (1). Der 90jährige konservativ-liberale Philosoph und Senator auf Lebenszeit bricht darin eine Lanze für die Linke. Sie habe sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus nicht überlebt, sondern ihre eigentliche Mission noch zu erfüllen, die Herstellung von Egalität in der Verknüpfung von "Freiheit und Gleichheit". Indem sie sich vom autoritären Moment ihrer Historie, dem Jakobinismus (sprich: dem revolutionären Ziel der Abschaffung des Kapitalismus) auf der extremen Linken trennt, sollte die "linke Mitte" zugleich "egalitär und libertär" sein, oder wie er schreibt "sozialdemokratisch". Diese linke Mitte sollte mit der "rechten Mitte", die wohl für "Freiheit und Gleichheit", aber für "Gleichheit nur vor dem Gesetz" eintreten, um die Hegemonie ringen. Die konservative Rechte wiederum müsse sich von der "antiliberalen und antiegalitären" extremen Rechten trennen.

Nicht nur Prodi, der Linkskandidat für eine gezähmte Marktwirtschaft, scheint diesem "Drehbuch" für die Neuordnung des italienischen Parteiensystems entsprungen. Auch die Metamorphose von Finis faschistischer Partei MSI zur "nationalen Rechten" der Alleanza Nazionale erscheint wie die parteiförmig gewordene Lesefrucht aus Bobbios Buch, das links und rechts seiner ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen enthebt.

Das politische Gedrängel in der Mitte entspricht diesem strategischen Ansatz. Im Kampf der rechten gegen die linke Mitte vollzieht sich die gesellschaftliche Entwicklung Italiens nach rechts. Während die politische Rechte bei ihrem Hegemonieversuch unverkennbar bleibt und Profil gewinnt, verkümmert links zur Unkenntlichkeit. Links bedeutet immer weniger einen politischen Inhalt, wofür nicht zuletzt der Name Prodi steht, sondern entspricht eher einer Selbstzuschreibung von Milieus, die zudem in Auflösung begriffen sind. Rechts bedeutet Italien mit rechtem Inhalt, links heißt Italien mit etwas weniger rechtem Inhalt. Links ordnet Klassenpolitik und Interessen der Nation unter und versucht die nationalistischste aller Kräfte zu sein. Rechts formuliert Interessen und sagt: Sie sind italienisch.

Linker Bankrott im "Kampf gegen rechts"

Die ganze Hilflosigkeit institutionalisierter linker Politik führen die "progressisti" der PDS sowie die Rifondazione Comunista (RC) vor. Sie sind die Stütze der rechten und liberalen Übergangsregierung des "Technikers" Dini und seines Sparprogramms, das vor allem ihre eigene Klientel zur Kasse bittet. Ob Dini zur Vermehrung der Staatseinnahmen die Strom- und Benzinpreise oder die Mehrwertsteuer erhöht, die linken Parteien stimmen für ihn. Die Gewerkschaften bezeichnen sein Deregulierungsprogramm als "unvermeidlich". Sie vereinbarten die Einführung betriebsbedarfs-abhängiger Arbeitszeiten und Niedriglöhne. Sie sichern im vierten Jahr hintereinander den Fall der Reallöhne der Beschäftigten, deren Abwärtsentwicklung 1995 einen neuen Rekord erreichen dürfte, denn bereits im ersten Quartal lag die Inflationsrate doppelt so hoch, wie in den Lohnberechnungen für dieses Jahr angenommen. Nachverhandlungen sind aber erst in zwei Jahren möglich. Zur Nagelprobe werden erneut die Rentenkürzungen. Die parlamentarische Linke und die Gewerkschaften haben sich dermaßen auf einen vermeintlichen "Kampf gegen rechts" festgelegt, daß sie Dini kaum die Gefolgschaft für jene Rentenkürzungen verweigern können, über die Berlusconi gestürzt ist.

Ausgerechnet die Partei, die wahlweise als kommunistisch, stalinistisch oder linksextremistisch bezeichnet wird, RC, hat mit 16 ihrer 38 Abgeordneten Dini die eine Stimme Mehrheit verschafft, die ihn die Vertrauensabstimmung im Parlament gewinnen ließ. Begründung der Parlaments-"Dissidenten" der Rifondazione für ihren Bruch der Fraktionsdisziplin: Italien retten und einen Sieg der Rechten (Berlusconi/Fini, die gegen Dini gestimmt haben) verhindern. Im Klartext: Die Zerreißprobe, vor der die letzte öffentliche Kraft, die sich kommunistisch nennt, intern steht, ist – wie so oft in der kommunistischen Geschichte – mit dem Wohl und der Rettung der Nation begründet.

Die "Rettung der Nation" wird in nichts weiter als glasklarer neoliberaler Deregulierungspolitik gesucht. Der "Kampf gegen rechts" unterstützt den Entdemokratisierungsprozeß, der mit den sich abwechselnden Regierungen der "Fachleute", den Tecnico-politico-Vertretern einhergeht. Er bedeutet die Selbstaufgabe des bürgerlich-demokratischen Parteiensystems zugunsten einer vermeintlich über den Interessen und der Parteipolitik stehenden Expertokratie. Die Bereitschaft der italienischen Parteien, insbesondere der linken, zur Selbstentmachtung ist so weit gediehen, daß eine Notstandsdemokratie zum Wohle Italiens, eine Ermächtigung der Regierungstechniker, oder weitgehender sogar des Staatspräsidenten, "super partes" zu regieren, möglich geworden ist (2).

Die Aufgabe institutioneller Kontrollen markiert eine Fortsetzung des schleichenden Faschisierungsprozesses, der mit den Sauberkeitskampagnen der Richter und ihrer Unterstützung durch die Linke begonnen hat, die damit akzeptiert hat, daß jene quasi über dem politischen System stünden. Das nationale Agieren der Linken zur Verhinderung der Rechten beruft sich auf die antifaschistische Nachkriegstradition, derzufolge ein bürgerlich-demokratischer Neuanfang nach dem Faschismus 1945 sich auf alle nichtfaschistischen Kräfte zu stützen habe. Dieser Ansatz schloß die Faschisten des MSI offiziell aus, wenngleich sich die DC bedarfsweise der Unterstützung durch die Faschisten bediente. Er schloß die Kommunisten innenpolitisch als antifaschistische Stütze mit ein, auch wenn er sie von der Regierungsmacht fernhalten mußte, da ihre Bindung an den Sowjetblock sie zu unzuverlässigen Verwaltern des Kapitalinteresses machte.

Beim PDS ist vom Antifa-Ursprung nicht mehr arg viel geblieben. Vielmehr steht seine Politik in der schöpferischen Weiterentwicklung jener Politik des "historischen Kompromisses" des PCI aus den siebziger Jahren, der die Kommunisten durch das Bündnis mit den Christdemokraten an die Regierungsmacht bringen sollte. Der Rifondazione hingegen kann man ihren antifaschistischen Anspruch zwar subjektiv abnehmen. Doch ist ihr strategisch gedachter Alt-Antifaschismus zur Hülle ohne Inhalt geworden. RC analysiert seine historische Tauglichkeit nicht aus der Besonderheit der Situation nach dem Sieg über den Faschismus für den damaligen Verfassungskonsens und kann daher auch nicht erkennen, daß einem "Bündnis aller Demokraten" die Geschäftsgrundlage entzogen ist, weil dem Staat des italienischen Kapitalismus und seiner Gesellschaft die Grundlagen entzogen sind, die seine Nachkriegsdemokratie begründet haben.

In der vermeintlichen Verteidigung der Demokratie gegen rechts ist der Alt-Antifaschismus zur Gedenktradition geworden, während der "historische Kompromiß" die Tendenz zum autoritären Staat befördert (der natürlich der bessere gegenüber dem rechten sein soll) und verspricht, ihm die Mehrheit zu sichern. Die Linke fördert diese Entwicklung in doppelter Weise: zum einen strukturell, indem sie zur Rettung Italiens jeglichen emanzipatorischen Ansatz der autoritären Tendenz opfert. Zum anderen inhaltlich, indem sie auf die Durchsetzung sozialer Interessen verzichtet und bis zur Unkenntlichkeit vergessen läßt, was links ist. Wenn Prodi praktisch der Rettungsanker für das soziale Element linker Politik geworden ist, kommt dies einer Bankrotterklärung gleich.

Der demokratische Neuanfang zur Rekonstitution der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft 1945, für den in Italien

und Frankreich die Kommunisten gebraucht wurden, ist Vergangenheit. Der demokratische Staat ist möglicherweise in seine "postdemokratische" Phase getreten.

Unregierbarkeit und Staatsbankrott

Zunehmend erweist sich, daß pluralistische, die Interessen ausgleichende Parteien, die den Staat und seinen bürgerlichen Parlamentarismus tragen, disfunktional geworden sind. Die Tendenz zur einen Volkspartei mit einem wesentlichen Programmpunkt, die hochindustrialisierten Staaten des Westens auf die deregulierten Verhältnisses des Weltmarkts zuzurichten, verträgt sich in Italien immer weniger mit den eingeübten parteipolitischen Ritualen der Nachkriegszeit. Italien ist da entweder die Ausnahme oder, viel wahrscheinlicher, im fortgeschrittensten Stadium.

Ganz Italien ein einziger, vom Wirtschaftsführer regierter Betrieb – dafür stand Berlusconi. Dafür stehen aber im Prinzip auch Ciampi, Dini, Prodi und wer sonst noch in der nächsten Zeit sich daran versuchen mag. Berlusconi ist im ersten Anlauf an zweierlei gescheitert: Er war als der oberste Führer der Wirtschaft unter seinesgleichen umstritten (Konkurrenz) und er hat die Belegschaft nicht ausreichend für das Betriebsinteresse motivieren können. Dini repräsentiert die Übergangslösung: ein politisch schwacher Wirtschaftsführer, der seinen Konkurrenten nicht gefährlich werden kann und ohne Rückhalt in der Belegschaft ist. Prodi und die ihn tragende Linke sollen gerade letzteres besser als Berlusconi machen: die Belegschaftsangehörigen Italiens für das nationale Betriebsinteresse zu disziplinieren.

Obwohl die italienischen Großunternehmen florieren und gute Geschäfte machen, geht es dem Staat schlecht. Das Ausmaß der italienischen Staatsverschuldung von 124% des Bruttosozialprodukts führt den Staat an den Rand des Bankrotts: er kann die für ein Industrieland auf dem hohen Niveau Italiens notwendige Staatstätigkeit nicht mehr finanzieren, weil die Zinsen die Einnahmen fressen. Die vergangenen, gegenwärtigen und auch die absehbar zukünftigen Regierungen Italiens werden alle an den notwendigen ökonomischen Vorgaben scheitern. Die Sanierung des Verhältnisses von Einnahmen und Ausgaben ist aus eigener Kraft nicht zu schaffen. Da liegt aber die Crux begraben, die jede italienische Regierung bei ihren anständigen Einsparungsbemühungen zum Hamster im Laufrad degradieren.

Mit den Maastrichter EU-Beschlüssen für die Währungsunion ist die italienische Währung aus der Gemeinschaft der ökonomischen führenden Staaten Europas entlassen worden. Auf einen Schlag ist die Lira um 20% entwertet worden, was 1992 zu ihrem Ausscheiden aus dem EWS führte. Das Land hat damit nicht nur eine Abwertung seines Reichtums, sondern auch eine Verringerung seiner Kreditfähigkeit hinnehmen müssen. Für Italien bedeutet Maastricht damit die Schwächung seiner Staatstätigkeit und zudem die Auflage, auf geschwächter Grundlage aus eigener Kraft den Anschluß wiederzufinden. Folge: "Italiens Staat ist also im Grunde bankrott und die Quantität und Qualität seiner Staatsverschuldung verurteilt auf Dauer jeden Versuch zum Scheitern, mit den gängigen Methoden staatlicher Haushalts- und Finanzpolitik–Beschränkung des Schuldenwachstums, Durchsortierung der staatlichen Aufgaben nach 'produktiven ' und 'unproduktiven', Standortfördermaßnahmen, Steigerung der Staatseinnahmen – den Staat wieder auf ein Wachstum des privaten Reichtums und auf einen wachsenden staatlichen Ertrag daraus zu gründen: Sein nationales Geld versagt der Geschäftswelt die einschlägigen Dienste, die versagt deshalb dem Staat die ausgiebige Benutzung seines Staatskredits als Mittel produktiver und spekulativer Geschäfte; so entwertet sich laufend die staatliche Geldhoheit." (Gegenstandpunkt) (3)

Notwendig, so der "Gegenstandpunkt", wäre "eine radikale Entschuldung durch einen Währungsschnitt": eine Währungsreform, die Italien allerdings auch ökonomisch ins zweite Glied der kapitalistischen Hierarchie verweisen würde. Ein Schritt, der sich zudem verbietet, weil aufgrund der ökonomischen Verflechtung die gesamte EU mit hineingezogen würde. Also bleibt zunächst alles beim Alten: politische Krisen en gros, mit denen das Nachkriegsitalien allzeit relativ gut gelebt hat, die sich aber in den neunziger Jahren vor einem qualitativ anderen ökonomischen Hintergrund sich vollziehen. Das ist der Boden, auf dem Fini und seine Rechten politisch reifen und auf ihre Stunde warten.

Politisierung der Rechten

Diese Rechte wiederum sonnt sich in allseitiger Anerkennung und erfährt zudem Aufwertung durch die Linke, die die wichtigste Stütze beim Übergang in den neuen Staat geworden ist. Sei es, daß der PDS einen politischen Oberdemagogen wie Bossi von der Lega als Bündnispartner umwarb, sei es, daß D'Alema mit dem intriganten PPI-Chef Buttiglione kungelte (der sich jüngst für das Rechtsbündnis mit den Faschisten und Berlusconi entschieden hat, weshalb der PPI sich faktisch spaltete hat): immer wird unter dem Diktum gegen das noch Rechtere mit rechts paktiert, ohne daß daraus irgendein inhaltlich linker oder emanzipatorischer Ansatz entstehen könnte. Das Gegenteil ist der Fall: die eigene Basis, sofern sie noch eine Resistenz gegen die Rechten hat, wird an dieses Spiel ihrer Politiker gewöhnt.

Höhepunkt dieses Agierens war zweifellos die Entsendung einer PDS-Delegation zur Umwidmungsveranstaltung des MSI in AN im Januar 1995. Mit feinem Gespür für das, was die Faschisten brauchen, nämlich die Eingemeindung in den nationalen Konsens, wurde als PDS-Redner auf dem Faschistenkongreß ein alter Resistenza-Kämpfer ausgewählt. Umgekehrt triumphiere AN-Chef Fini–der stärkste Mann der italienischen Rechten–und beschwor in neurechter Manier das Ende solcher Ideologien des 20. Jahrhunderts wie Faschismus, Kommunismus und damit auch des Antifaschismus als "historisch", als Vergangenheit, dem Gedenken freigegeben, aber für die Politik irrelevant.

Die Repolitisierung der Rechten verläuft umgekehrt proportional zur Entpolitisierung der Linken. Zwar scheint auch die Rechte mehr zur Mitte zu tendieren, sich zu entradikalisieren. Deshalb hat auch die Absage Finis an die Rassengesetze unter Mussolini ebenso beifällige Aufmerksamkeit gefunden, wie die Akzeptanz des Antifaschismus als konstitutiv für das Nachkriegsitalien. Doch dieser "Schnee von gestern" ist der abgeworfene Ballast, der eine moderne Rechte begründen soll. Die neue Rechte ist nationalistisch, sie hält ihre Option auf die Italisierung Istriens und Dalmatiens aufrecht, wie die BRD ihre auf die Germanisierung des Sudetenlands und Schlesiens: nicht unmittelbar revisionistisch und revanchistisch, sondern qua internationalem Recht (Minderheitenschutz) und ökonomischer Erpressung Sloweniens, das in die EU drängt. Sie verficht einen kulturalistischen Rassismus. So hält sie an ihren Rändern dennoch jene aggressiven Nationalisten, die am liebsten in Slowenien einmarschieren würden, wie auch die aktivistischen Rassisten und Antisemiten, die bekennenden Faschisten, die dem Image einer anständigen nationalen Rechten, die die Chance erkannt hat, hegemoniefähig zu werden, schaden könnten. Den größten Erfolg kann Fini im von den Demoskopen ermittelten selbstbewußten Bekenntnis von heute 30 Prozent der ItalienerInnen (gegenüber 6% vor zwei Jahren), rechts zu sein, verzeichnen.

Zugleich läßt diese Rechte erkennen, daß sie zu anderem fähig ist. Natürlich hatte Berlusconis Drohung eines quasi "Marschs auf Rom" bei seinem Sturz Ende Dezember etwas Operettenhaft-Theatralisches (4). Die Mobilisierung der Straße für sofortige Neuwahlen mit der Perspektive der Fortsetzung des Parteienstreits, das war all-

Nolte für Deutschland

Als Claudia Nolte im November 1994 ihr Ministeramt antrat, erfüllte sie – wie übereinstimmend festgestellt wurde – eine dreifache Quote: jung, weiblich, ostdeutsch. Ihre Berufung war für die CDU eine wichtige Marketing-Maßnahme, wie später auch die Debatte um das Frauen-"Quorum" bewies. Ihre Ernennung durch Kohl machte einmal mehr den sattsam bekannten taktisch-instrumentellen Umgang mit Frauen in der Politik deutlich.

In ersten Reaktionen fielen in diversen Pressetexten männliche Autoren über das Äußere bzw. das Auftreten der Ministerin her, so daß sich die Frage stellt, ob sich hier am Fall der Claudia Nolte jene Frauenfeindlichkeit offenbart, die nicht Inhalte, sondern Aussehen von Politikerinnen zum Thema macht. Eine genaue Lektüre und Beobachtung erweist aber – es steht, was dort in einigen Kommentaren beschrieben wird, durchaus mit ihrem Selbstverständnis in Übereinstimmung. Ihr Auftreten und ihr Äußeres repräsentieren ihren Inhalt, ihr politisches Programm. Die Beispiele aus "Spiegel", "konkret" und FAZ zeigen, daß es sich angesichts von Claudia Nolte nicht lohnt, nach frauenfeindlichen Absichten zu suchen.

Der "Spiegel" hat gut beobachtet, als er Noltes Unterwürfigkeit auf dem CDU-Parteitag in Dresden 1991 bei ihrem Einstieg ins politische Geschäft charakterisierte: *"Die zierliche Frau tat alles, um Helmut Kohl auf sich aufmerksam zu machen. Sie drängelte, grüßte, boxte sich nach vorn durch zu ihm – ohne Resonanz. Schließlich wählte sie eine besonders artige Form der Höflichkeitsbezeugung: Claudia Nolte machte einen Knicks. Da reichte ihr der Kanzler die Hand."* (Spiegel, 21.11.94)

Zutreffend registriert Gremliza in seinem Kommentar *"Girl from the East Country"* die Einheit von Image und politischen Vorstellungen der Ministerin, wenn er seine Analyse über angepaßte Ostpolitikerinnen ergötzlich am Äußeren der Claudia Nolte aufhängt: *"Wie sie da stand, mit diesem Kopfputz, dieser Brille, diesem Kostüm, diesem Jabot (so heißen die vorrevolutionären Rüschen, die ihr aus dem Kragen hingen), konnte sie nicht aus Hamburg, nicht aus Krefeld und nicht aus Meppen sein, auch nicht aus Manchester oder Lyon."* (konkret 1/95)

Gänzlich die Zurückhaltung verlor indessen die FAZ – im Wirtschaftsteil. Das Entzücken der Ministerin über die Brandenburger Idee, ein "Baby-Begrüßungsgeld" (von 1000 DM) zu zahlen, ließ den Wirtschaftsliberalen Hans D. Barbier jegliche Benimmregeln vergessen: *"Es ist nicht fair, Familienministerin Claudia Nolte vorzuhalten, daß sie die brandenburgische Idee des Baby-Begrüßungsgeldes gleich nachplappert. Frau Nolte ist nicht wegen ihres Sachverstandes in das Kabinett Kohl geraten, sondern wegen des Zusammentreffens der drei Eigenschaften östlich, weiblich, jung. Man könnte also durchaus die Meinung vertreten, es sei egal, was sie sagt, weil es darauf nicht ankomme. Doch es muß Grenzen des Zumutbaren geben: Mit dem Baby-Begrüssungsgeld ist diese Grenze überschritten."* (FAZ, 22.11.94)

Einzig die "Junge Freiheit" machte solch *"beispiellose Diffamierungen"* gegen die-

---

zusehr in der alten Logik befangen, als daß es Berlusconis TV-Anhängerschaft vom Bildschirm gerissen hätte. Dennoch haben ihm und Fini ihre Machtgelüste nicht geschadet und ihre Anhängerschaft nicht vermindert. Sie interpretieren ihren Wahlsieg vom März 1994 nicht als den einer möglichen Mehrheit für eine Regierungsbildung, sondern als Ermächtigungsvotum für die Rechte. Dieses habe Bossi durch seinen Seitenwechsel verraten, weshalb die Macht auch nach Bossis Ausstieg weiterhin Berlusconi gebühre.

"Unser Programm: Italien regieren"

Noch gibt es keine gesicherte rechte Mehrheit, doch wird rechts ein politischer Faktor mit offenem Bekenntnis, während links in Auflösung begriffen ist. Beide, rechts wie links, schaffen positiv (durch die Bereitschaft zu Notstandsmaßnahmen für Italiens Wohl) wie negativ (durch Scheitern derselben) die Basisstimmung für weitere autoritäre Versuche. Rechte Ermächtigungswünsche und linke Machtübertragungsbereitschaft forcieren einen gesellschaftspolitischen Prozeß, von dem nur die Rechte profitieren kann.

Diesen Prozeß als Faschisierung zu bezeichnen, wird in der Linken allgemein abgelehnt. Allzu gerne wird sogar geglaubt, daß Entwicklungen wie die der AN zur reputierlichen nationalen Rechten demokratischer Normalisierung entspreche. Gerne wird der Unterschied zum historischen Faschismus betont, der am offensichtlichsten ist: eine ganz andere Qualität gewalttätiger sozialer Auseinandersetzungen. Zweifellos, doch es gibt strukturelle Identitäten, die nicht auf Wiederholung der Geschichte, aber auf Verläufe verweisen, die Richtung neuer, moderner Faschismus tendieren: der Zerfall der demokratischen Staatsautorität, der Verfall von Parteien und Parlamentarismus, die tendenzielle Unregierbarkeit des Landes. Alles wartet auf und sucht nach dem starken Mann, Führungsfähigkeit und Regierbarkeit. In Italien reift die Zeit für eine populistische Rechte und es wäre gar nicht verwunderlich, wenn jener Mailänder Volksheld der "mani pulite", der Richter di Pietro (der gute Kontakte zu Fini hat) in diesem Zusammenhang in der Politik auftauchen würde.

Auch Mussolinis Weg an die Macht vollzog sich nicht entlang eines klaren faschistischen Programms, das die spätere Entwicklung vorwegnahm. Als er 1922 die Macht übertragen bekam, versprach er eine überparteiliche und keine faschistische Regierung. Der zukünftige Staat sei nicht festgelegt, er sollte einer sein, der den Gegebenheiten entspreche. Und: "Unser Programm ist einfach: wir wollen Italien regieren."

Heiner Möller

Anmerkungen:

1) Noberto Bobbio, Destra e sinistra. Ragioni e significati di una distinzione politica, Mailand 1994 (Rechts und links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung). Auf deutsch auszugsweise in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/94

2) Selbst im Feuilleton der FAZ ist von einer "prätotalitären Situation" in Italien die Rede, allein, so der Stoßseufzer des Autors, "gut, daß Scalfaro kein Hindenburg ist" (20.1.95).

3) Italien auf dem Weg von der Regierungs- zur Dauerkrise. Die Staatsgewalt verliert ihre Verläßlichkeit, Gegenstandpunkt 1/95

4) Das galt im übrigen auch für Mussolinis "Marsch auf Rom" 1922. Seine Inszenierung mit rund 40.000 Schwarzhemden zeigte zwar militante Entschlossenheit bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegung (und wirft zugleich ein Licht auf deren Schwäche), doch war sie dem Militär hoffnungslos unterlegen. Der Sieg der "faschistischen Revolution" war nicht das Ergebnis der Stärke der Faschisten, sondern "eine Revolution mit Hilfe der Konservativen" (so Ernst Nolte in "Der Faschismus in seiner Epoche" 1963). König, Papst, Senat und Industrie stützten und duldeten den Weg Mussolinis an die Macht. "So war der Marsch auf Rom zwar wirklich eine Komödie, aber doch eine, bei der das Lachen vergeht, wenn man auf die Knüpfung des Knotens sieht." (Ernst Nolte)

se Frau nicht mit. Sie verglich die *"skandalöse Medienkampagne"* gegen Claudia Nolte mit der gegen einen anderen *"Hoffnungsträger"*. Schon einmal sei ein *"unbescholtener Politiker"* zum Rücktritt gezwungen worden: Einer der *"entgegen allem Selbstbestimmungstrend"* betonte, *"daß auch das ungeborene Kind ein Recht auf Leben und das Kleinkind ein Recht auf ungeteilte Zuwendung der Eltern habe, das Muttersein also aufgewertet werden müsse"*; einer, der täglich bete, für den die Zehn Gebote *"eine grundlegende geistig-moralische Erneuerung"* seien; einer, der den *"organisierten Tod von Millionen Juden"* zwar als *"tatsächlich einmalig"* beurteilte, daraus aber nicht eine *"Sonderrolle Deutschlands"* bis *ans Ende der Geschichte"* ableiten wolle: Steffen Heitmann. Das drohende Fazit der "Jungen Freiheit": *"Zu denen, die sich zu Heitmann bekannt haben, gehört die neue Familienministerin Claudia Nolte. Die gleichen Medien, die einst Heitmann bekämpften, haben jetzt sie als 'Buhfrau' erkoren. Doch der Wind beginnt sich zu drehen. Heitmann und Nolte erhalten an der Basis viel Zustimmung."* (JF, 9.12.94) Wie stark diese Basis für sie ist, soll hier nicht genau eingeschätzt werden. Als gesichert kann gelten, daß sie den rechten Stammtischen für sich gewinnen kann, und solche "Basis" sollte in diesem Land nicht gering geachtet werden.

Anstand contra Hedonismus

Claudia Nolte ging der Ruf voraus, besonders konservativ zu sein. Als Ziehkind von Kohl schätzten sie die Medien ein: *"Sie entspricht seinem* (Anm.: Kohls) *Bild von adretten Jugendlichen"*, wußte der "Spiegel" (21.11.94) zu berichten, *"viel Anstand, wenig Hedonismus, lieber konventionell als auf Emanzipation bedacht"*. Diesen Ruf löst sie als Ministerin nun tagtäglich ein. Zwar ist sie als politische Entscheidungsträgerin eher farblos und blaß geblieben – mausig macht sie sich aber durch Äußerungen, die zu beinahe jedem Thema durchgängig am äußerst rechten Rand angesiedelt sind. Dies betreibt sie mit einer Radikalität und Schamlosigkeit, die veranlaßt, doch noch einmal zu überdenken, ob der Eindruck, der sich angesichts Noltes realer Bedeutungslosigkeit im herrschenden politischen Geschehen herstellt, nicht doch eine Unterschätzung ihrer Rolle bedeutet. Dem Volke aufs Maul schauen, qua Ministeramt immer der reaktionärsten Position Stimme zu verleihen, mal auszusprechen, was viele schon immer dachten, rechte Stammtischweisheiten in politische Debatten einzuführen – mit solchen Vorstößen tritt sie dem postmodernen Gesellschaftsbild entgegen, das den Hedonismus der Individuen als kennzeichnend für die moderne Gesellschaft betont. Sie verkörpert leibhaftig den nichthedonistischen anderen Pol: den der braven Tochter, der biederen Ehefrau und Mutter, die Karriere machen kann, auch ohne ihre angeborenen Pflichten und Instinkte zu vernachlässigen.

Mag sein, daß dieser Trend derzeit gesellschaftlich nicht hegemonial ist, und sich solche Vorstöße noch stark im ideologischen Bereich abspielen. Aber Nolte formuliert Inhalte, die durchaus dem Trend zur Subsidiarität entsprechen. Die konservative Wertediskussion versucht auf die kapitalistische Entwicklung zur Vereinzelung, zu ungesicherten (flexiblen) Existenzen – wovon zunehmend auch Frauen betroffen sind – und auf die notwendige Deregulierung des Sozialsystems mit altneuen Gemeinschaftsvorstellungen zu reagieren. Dies wird nicht nur ideologisch, sondern zunehmend auch praktisch durch "Umbau des Sozialstaats" und staatliche Intervention (z.B. in der Steuergesetzgebung) durchgesetzt.

Die Stärkung der deutschen Familie...

...ist Noltes Hauptanliegen: Sie sei *"das Fundament der Gesellschaft. Nirgendwo sonst"* werde *"der unauflösliche Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung deutlicher"* (FAZ, 25.11.94). Deutlich wird hier die Familie als Herrschaftsverhältnis mit dem staatlichen Gewaltmonopol verbunden. Sie liegt damit voll im rechtsradikalen und rechtskonservativen Trend. Ausführlicher begründete Schäuble in seinem Standardwerk *"Und der Zukunft zugewandt"* (1), wie die Familie als *"identitätsstiftende Schicksalsgemeinschaft"* in die *"Grundwertedebatte"* einzuführen sei: *"Der Mensch, von Natur aus ein auf Gemeinschaft angewiesenes und gerichtetes Wesen, lebt in vielen sozialen Bezügen, die vorläufig und mehr oder weniger frei wählbar sind. Doch nur die Familie schafft einen den Menschen mit anderen Menschen verbindenden Zusammenhang, der nicht auf Zeit, sondern auf Dauer angelegt ist." - "Die Familie bleibt Schicksalsgemeinschaft auf Lebenszeit, gerade weil sie es in den Anfängen der Menschwerdung und des Heranwachsens zwangsläufig ist."* (S. 112)

Von einem auch nur schamhaft angedeuteten kulturalistischen Argumentationsmuster – wie es manche Diskurstheoretiker heute so gern bei der "Neuen Rechten" in Abgrenzung zur alten nationalsozialistischen Ideologie entdecken wollen – kann hier nicht die Rede sein. Schäubles Plädoyer für Familie ist pures biologistisches Begründungsmuster. Auch die Schuldigen für Abweichungen von der Norm werden klar benannt – und dabei wird selbstverständlich noch einmal die "menschliche Natur" bemüht: *"Das wirkliche Problem unserer Tage lautet nicht etwa, ob es noch verantwortlich ist, in der heutigen Welt Kinder zu bekommen, sondern ob der heute so weit verbreitete Lebensstil von Individualismus, Egoismus und Selbstverwirklichungsidealen die Menschen überhaupt noch dazu befähigt, die Aufgaben und Pflichten verantwortungsvoller Elternschaft zu erfüllen. Neuere Untersuchungen zeigen immerhin, daß auch für Menschen, die einen sehr selbstbezogenen Lebensstil pflegen, die Erfahrung des eigenen Kindes verändernd wirkt; (...) der wohl in den Tiefenschichten der menschlichen Natur angelegte Sinn für Selbstlosigkeit und Liebesfähigkeit wird angeregt."* (113)

Dabei ist Schäuble keineswegs so blind, nicht auch den vorherrschenden Verfall der Kleinfamilie zu registrieren. *"Schon heute gibt es keinen einheitlichen Regeltypus mehr"* (113), denn *"...die Auflösung der herkömmlichen Familie ist nur das eine Problem, mit dem wir es heute zu tun haben. Von vergleichbarer Tragweite ist die Gefahr einer kinderlosen Gesellschaft"* (118). In diesem Sinne gelte es, das Eingreifen des Staates zu organisieren und steuerlicherseits die Alleinerziehenden zu berücksichtigen – keineswegs aber gehe es darum, die *"nicht-eheliche Gemeinschaft"* der Familie gleichzustellen.

Entsprechende juristische Vorstöße, wie sie in den letzten Wochen von der Bundesverfassungsrichterin Jutta Limbach und der Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger (2) ausgingen, wurden deshalb auch von den konservativen Politikern und Medien gnadenlos zurückgewiesen. Natürlich durfte Claudia Nolte nicht fehlen. Sie vertrat zwar einen besseren Schutz der Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, wandte sich aber *"gegen eine Vermischung dieser Absicht 'mit der Förderung nichtehelicher Lebensgemeinschaften'"* und polemisierte gegen die Besserstellung der *"wilden Ehe"* als *"unnötige Scheindiskussion"* (FAZ, 10.4.95).

Die Differenzierung zwischen Familie und "wilder Ehe" hat, einmal mehr, Schäuble in seinem Buch vorgegeben: *"Dennoch liegt der für den Schutzgesichtspunkt entscheidende Unterschied darin, daß nichteheliche Lebensgemeinschaften immer unter einem voluntaristischen Vorbehalt stehen: der Freiheit, auch anders zu können, ohne zugleich Verantwortung für die Folgen zu riskieren. Eine wie auch immer zu begreifende Nützlichkeit für die Gemeinschaft ist darin nicht zu erkennen."* (117) Er entwickelt im Hinblick auf die Steuergesetzgebung zusätzlich noch den

Unterschied zwischen Familie und *"Ehen, aus denen keine Familien werden"* (117), denn nur die Ehen seien unterstützenswert, die ihren biologischen Verpflichtungen nachkommen, *"aus denen Familien werden"*.

Deutsche Frauen – deutsche Babys...

... sind das zweite große Thema der Claudia Nolte. Mit dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts geht der Bundestag zum viertenmal seit seinem Bestehen daran, die Regelung für einen Schwangerschaftsabbruch zu verschärfen. In dieser Auseinandersetzung ist Claudia Nolte ganz in ihrem rechten Element. Zur Hauptsache vertritt sie voll und ganz die Linie der "Lebensschützer", auch sie möchte höchstens die medizinische Indikation gelten lassen. So schreckt sie gedanklich vor keiner Schärfe und Strafandrohung zurück – erinnert sei an ihren Vorschlag, daß Frauen, die abgetrieben haben, zur *"Wiedergutmachung"* ein Jahr im Krankenhaus Zwangsarbeit leisten sollen, oder an ihre Äußerung, daß der Mutterleib der lebensgefährlichste Ort für Menschen sei. Nur wenig moderater zeigte sie sich in ihrer Debattenrede im Bundestag zum §218. Den Maßgaben des Verfassungsgerichts entsprechend trete sie für ein Gesetz ein, das Rechtssicherheit schaffe, das heißt: das *"ungeborene Leben"* schütze und zugleich *"den Frauen gerecht werden und dem Selbstverständnis einer pluralen Gesellschaft entsprechen"* müsse. Sie fügte hinzu, daß ein solcher Konsens *"ihr persönlich viel abverlangen"* werde (FAZ, 25.2.95).

"Kinder müssen absolute Vorfahrt in Deutschland haben. Das muß Folgen haben, auch bei schwacher Kasse." Diese Absichtserklärung des Kanzlers (formuliert in der Regierungserklärung) beschert dem deutschen Volk aktuell zwei Folgedebatten, in denen die Verknüpfung von mehr-deutsche-Babys, knappe Kassen und Frauenrolle besonders vorgenommen wird: einerseits der Disput um die ausreichende Versorgung mit Kindergartenplätzen, andererseits die Forderungen nach Wiederkehr der Domestiken. Die "Reformen" sollen vor allem dafür sorgen, daß Frauen ihre angestammten Aufgaben (trotz Job) weiter wahrnehmen können.

Der Anspruch auf einen Kindergartenplatz gehörte zu einem Gesetzespaket, das die Regelung des Abtreibungsrechts flankieren soll – 1992/93 wurde der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1.1.96 verabschiedet. Als (Entscheidungs-) Hilfe im Schwangerschaftskonflikt wurde jeder Frau für ihr Kind ein Kindergartenplatz zugesichert. Derzeit rangeln die Länder, die für ausreichende Plätze zu sorgen und die Kosten dafür zu tragen haben, darum, den Termin weiter nach hinten verschieben zu können. Die Auseinandersetzung um knappe Kassen und Einsparungen treibt Blüten. So erteilte in Hamburg die Schulbehörde die Anweisung, daß alle zum Sommer angemeldeten VorschülerInnen, die auch einen Kindergartenplatz haben, sich nun zu entscheiden hätten: Vorschule oder Kindergartenplatz; "Doppelnutzung" soll es in Zukunft nicht mehr geben...

Darüberhinaus soll auchfür die geplagte Mutter des gehobenen Mittelstands gesorgt werden. Auf 18.000 DM im Jahr (bislang waren es 12.000 DM) soll der steuerliche Freibetrag für die Anstellung von Dienstmädchen angehoben werden. Dadurch sollen mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Es geht darum, mehr flexible, schlechtbezahlte und Teilzeitarbeitsplätze für (langzeitarbeitslose) Frauen zu schaffen, vor allem aber einem anderen Arbeitsbegriff zum Durchbruch zu verhelfen. Arbeit adelt – auch wenn es nur Dienstmädchentätigkeit ist – und sie muß billiger werden. Was derzeit als *"Dienstmädchenprivileg"* debattiert wird, wurde bereits von Schäuble vorgedacht: *"Es ist absurd, daß in einer so wohlhabenden Gesellschaft wie der unseren Menschen nicht mehr in privaten Haushalten beschäftigt, sondern arbeitslos sind. (...) Dank unserer Tarifbestimmungen sind selbst für einen überdurchschnittlich verdienenden Menschen private Dienstleistungen kaum noch finanzierbar. Ich selbst hätte genügend Arbeit, die ich in Haus und Garten gern getan sähe – nur ich kann sie nicht bezahlen."* (141/2). Der Staat sollte über die Steuergesetzgebung diesen "Mißstand" beheben.

Das Problem ist noch immer ungelöst, doch schon derzeit gibt es eine extrem hohe Zahl von Dienstmädchen in Privathaushalten, die in ungeschützten Arbeitsverhältnissen ohne Arbeitsvertrag beschäftigt werden. *"Heiß begehrt"* sind *"Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien"*, *"Asiatinnen und farbige Frauen"*, "lateinamerikanische Frauen werden zu Billigstpreisen von Haushalt zu Haushalt weitergereicht – bis sie einen Mann zum Heiraten gefunden haben", *"in Hamburg sind russische Frauen aufgetaucht, die nachts in ihren Autos schlafen und tagsüber für zwei Mark die Stunde arbeiten"*, weiß die "Zeit" zu berichten (24.2.95). So zweifeln selbst die maßgeblichen Politiker daran, daß die Heraufsetzung des Steuerfreibetrages gegen die "Schwarzarbeit" erfolgreich sein wird. Einerlei, entscheidend ist, daß – ob nun legal oder in "Schwarzarbeit" – die Frauenrolle (alt-)neudefiniert wird, wenn sich die patriarchale Struktur modernisiert. Konnte sich früher der gutverdienende Ehemann eine Hausfrau an seiner Seite leisten, so steht heute hinter den vielen Doppelverdienern mit hohem Lebensstandard eine neue soziale Gruppe niedrigbezahlter Domestiken bereit, überwiegend aus Polen, Rumänien oder der Türkei - ein Multi-Kulti-Kolonialismus.

Auch in dieser Frage wurde Ministerin Nolte im Bundeskabinett keine Entscheidungskompetenz zugebilligt: Man traute ihr – obwohl sie in ihr Ressort fallen – die konkrete politische Durchsetzung von Neuregelungen nicht zu und verteilte solche Aufgaben schon zu Legislaturbeginn auf andere (männliche) Schultern. Die neue Steuergesetzgebung für Dienstmädchen soll von den Ministerien Waigel und Blüm durchgesetzt werden, die Kürzung der Sozialhilfe wird von Seehofer erledigt. Dennoch muß Claudia Nolte mit ihrem ganzen Outfit dafür einstehen, daß Karriere auch für deutsche Frauen möglich sei. *"Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf"* voranzubringen bzw. *"die Teilzeitarbeit für Männer und Frauen gleichermaßen attraktiv zu machen"* – dafür engagiert sie sich. Aber bitte, alles in Grenzen. Befragt nach einer verpflichtenden Halbierung des Erziehungsurlaubs zwischen Mann und Frau, reichte ihre Vorstellungskraft nicht aus – Ministerin Nolte: *"Ich bin mir sicher, das geht zu Lasten der Kinder."* (FR 20.2.95)

Schäuble, Heitmann, nunmehr in der Frauenpolitik Claudia Nolte: Die rechte Politikerriege präsentiert sich radikaler, als es derzeit praktisch-politisch – z.B. in der Familienpolitik oder zum Paragraph 218 – durchsetzbar ist. Doch treiben sie die bereits nach rechts verschobenen Konsense weiter vor sich her. Ihre Funktion liegt vor allem darin, gegen jeglichen modernen Hedonismus ideologisch offensiv anzutreten: *"Gemeinschaftsfähigkeit"* (Schäuble) läßt sich nun mal nicht über Individualisierung stiften. Ihre Durchschlagskraft beziehen die konservativen Rezepte aus der zunehmend sich durchsetzenden Bereitschaft des nationalen Kollektivs, einzusehen, daß es so wie bisher mit der Sicherung des "Standorts Deutschland" nicht weitergehen könne: 63% aller Deutschen unterstützen nach den "Sozialschmarotzer"-Kampagnen der zurückliegenden drei Jahre die Kürzung der Sozialhilfe.

Gabriele Becker

Anmerkungen:

(1) W. Schäuble, Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994

(2) Jutta Limbach hatte gefordert, Familien sollten ungeachtet des Familienstandes ihrer Mitglieder staatlich gefördert werden. Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger wollte die Benachteiligung nicht-ehelicher Beziehungen im Kinderschaftsrecht im Interesse von Kindern abbauen.

"Nichts wird so bleiben, wie es heute ist"

Anmerkungen zur deutschen Tschechien-Politik

"Für die Deutschen geht es nicht um einen Schlußstrich unter die Vergangenheit, sondern um deren negative Bewertung", heißt es in dem Aufruf für eine antinationale und antideutsche Demonstration am 6. Mai. "Je eindeutiger Deutschland von seiner Vergangenheit, also den *von* Deutschen ausgeübten Verbrechen, entlastet wird, desto unverhohlener wird an Politikmuster der NS-Zeit angeknüpft und für *an* Deutschen begangenen 'Verbrechen' eine Entschädigung verlangt." Ich möchte diese Aussage am Beispiel der neudeutschen Tschechien-Politik illustrieren.

Zwei Ereignisse hatten dieses Thema in den letzten Monaten in die Schlagzeilen gebracht: Im Februar 1995 hatte sich der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel unter Bezugnahme auf den bevorstehenden fünfzigsten Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkriegs in einer als historisch apostrophierten Rede über das deutsch-tschechische Verhältnis geäußert. Anfang März hatte das tschechische Verfassungsgericht in Brno (Brünn) die Gültigkeit der Dekrete des tschechoslowakischen Nachkriegspräsidenten Benesch von 1945 über die entschädigungslose Enteignung der Sudetendeutschen aus den Regionen Cechy und Morava (Böhmen und Mähren) bestätigt. Zu beiden Ereignissen hatten zwei Wochen später deutsche Politiker im Rahmen einer Bundestagsdebatte in einer Weise Stellung bezogen, die die Bedeutung des diesjährigen 8. Mai als einen Wendepunkt im deutschen Geschichtsverständnis unterstreicht. In dreifacher Hinsicht wurde hier ein osteuropapolitischer Konsens demonstriert, welcher dem Revanchismus und den Irredenta-Bestrebungen sogenannter Vertriebenenverbände eine Schlüsselfunktion einräumt, und dem Ausruf des sudetendeutschen Sprechers der Unionsparteien: "Nichts wird so bleiben, wie es heute ist" Nachdruck verleiht.

Erstens wurde nicht nur von Regierungsparteien und SPD, sondern auch von den Grünen die nationalsozialistische Politik bis 1945 mit der Aussiedlung der Deutschen nach 1945 gleichgesetzt. In ihrer Rede vor dem Bundestag hatte Antje Vollmer "die Idee der Vertreibung ganzer Völker ebenso wie die wahnwitzige mörderische Idee der Vernichtung ganzer Völker ... zu den Verirrungen" gezählt, "unter deren Folgen die Seelen der Völker (sic!) und der Menschen in Europa noch lange leiden werden". Parteiübergreifend wird dem sudetendeutschen Revanchismus eine Schlüsselstellung eingeräumt: "Der Königsweg zu einer solchen Lösung führt nicht an den Verbänden der Sudetendeutschen und auch nicht an Bayern vorbei, sondern mitten durch sie hindurch." (Antje Vollmer) Das Junktim der Bundesregierung zwischen einer Entschädigung der tschechischen KZ-Opfer durch Bonn und einer Entschädigung der sudetendeutschen Landsmannschaften durch Prag wird somit bestenfalls als schlechter Stil, keineswegs aber grundsätzlich kritisiert. Dieser neudeutsche Konsens über das "Unrecht" der "Vertreibung" widerspricht dem Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945 fundamental. Darin hatten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges erklärt, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder eines Teils derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn zurückgeblieben ist, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in organisierter und humaner Weise erfolgen soll."

Zweitens fordern alle Parteien (mit Ausnahme der PDS), die Benes-Dekrete, mit denen 1945 die entschädigungslose Enteignung der auszusiedelnden Sudetendeutschen verfügt worden war, aufzuheben, oder sich von ihnen zu distanzieren. Mit ihnen werde, so SPD-Sprecher Markus Meckel, "das den Deutschen angetane Unrecht legitimiert." Es mache zutiefst betroffen, so Meckel weiter, "daß nun das tschechische Verfassungsgericht diese völkerrechtswidrigen und unmoralischen Dekrete nicht nur für rechtsgültig befand, sondern auch für legitim hält und moralisch rechtfertigt, werden sie doch in der Urteilsbegründung als adäquate Reaktion auf die Aggression des nazistischen Deutschland bezeichnet." In der Tat sind sie genau das gewesen. Dies zu leugnen und zu behaupten, daß diese Dekrete "ungerecht waren", wie Christian Semler in der "taz" betonte, weshalb es sich, so Semler, bei dem Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts "keinesfalls um eine ,innertschechische Angelegenheit'" handele, ist Revanchismus reinsten Wassers und wird, von pangermanischen Strömungen in Österreich vielleicht abgesehen, von niemandem sonst in der Welt geteilt. Die vereinheitlichte Kritik an den Benesch-Dekreten ist in zweifacher Hinsicht eine Provokation: Zum einen belaufen sich die Eigentums-, Vermögens- und Entschädigungsansprüche der Sudetendeutschen im Extremfall auf eine Summe von über 100 Mrd. DM – ein Betrag, der jeden europäischen Staat in den Bankrott treiben muß. Zum anderen hat Deutschland an die von der Wehrmacht überfallene Tschechoslowakei nicht einen Pfennig an Reparationen gezahlt; ein Tatbestand, der von den GegnerInnen der Benes-Dekrete systematisch unterschlagen bzw. für selbstverständlich gehalten wird.

Drittens gibt es keine Opposition gegen die provokatorische deutsche Position zum Münchner Abkommen von 1938. Dieses Abkommen hatte die Abtretung der tschechoslowakischen "sudetendeutschen" Gebiete an das deutsche Reich, deren Besetzung durch deutsche Truppen sowie die Aussiedlung aller "nichtdeutschen" Menschen aus diesen Regionen erzwungen und die vollständige Zerschlagung der Tschechoslowakei vorbereitet. Im Gegensatz zu Frankreich, Italien und Großbritannien, den anderen Unterzeichnern des Münchner Abkommens, hat Deutschland sich bis heute geweigert, die damalige Unrechtmäßigkeit des Münchner Diktats anzuerkennen. Man ist ganz im Gegenteil "der Ansicht", so Edmund Stoiber, "daß das Münchner Abkommen rechtswirksam zustandegekommen ist." (FAZ, 9.6.92) Derart offensiv und öffentlich wird dieser (seit 1949 zur BRD-Staatsräson gehörende) Standpunkt erst seit 1990 wieder formuliert. Zwar hatte Vaclav Havel in seiner Rede diese Haltung zum Münchner Abkommen grundlegend kritisiert. Im Bundestag ist diese Kritik aber von keiner der Oppositionsparteien, inklusive der PDS, auch nur erwähnt worden.

Die spezifische Haltung der Bundesregierung zum Münchner Abkommen wirft ein Schlaglicht auf die Zukunft der deutschen Osteuropa-Politik: Wer sich weigert, die Unterschrift unter ein Abkommen für null und nichtig zu erklären, welches das völkische Prinzip der deutschen Blutge-

Die Havel-Rede

Mehr als ein halbes Jahr soll Havel an seiner Grundsatzrede über die deutsch-tschechischen Beziehungen gearbeitet haben, bis er sie schließlich am 17. Februar 1995 in einer "entschärften" Version, wie die FAZ betonte, vor ausgesuchtem Publikum verlas. Neben mißlungener Poesie ("Deutschland bleibt unsere Inspiration und unser Schmerz") und pathetischem Bekenntnis ("Ich glaube an das Deutschland...") hat Havel hier jedweden Revanche-Forderungen der Sudetendeutschen nicht nur eine Absage erteilt, sondern zugleich das die deutsche Staatsbürgerschaft konstituierende Prinzip der Blutbande ("jus sanguinis") – diplomatisch verpackt – einer Kritik unterzogen, wie man sie von europäischen Staatsoberhäuptern eher selten hört. In Tschechien ist Havel mit seiner impliziten und ausgesucht höflichen Kritik an deutschen "Stimmen" auf Beifall gestoßen, in Deutschland hingegen auf Ablehnung und auf Arroganz.

Sie sei "enttäuschend und nicht zukunftsgerichtet" gewesen, beschwerte sich die bayerische Staatsregierung. Sie habe "in Deutschland viel Enttäuschung hervorgerufen" erklärte ebenfalls die FAZ. Dies sei die "Rückkehr Havels in die einheitliche tschechische Frontlinie (...) Havels Aufruf zur Erforschung der Wahrheit und zur Beendigung aller Abrechnungen geriet zu einer letztinstanzlichen historischen Abrechnung." In seiner Regierungserklärung betonte auch Außenminister Kinkel "daß wir über manches in seiner kürzlich gehaltenen Rede in der Prager Karls-Universität enttäuscht sind. (...) Wir sehen die ausgestreckte Hand, und wir wollen diese Hand ergreifen. Das setzt aber Bereitschaft von beiden Seiten voraus. (...) Wir wünschen uns vor allem sehr, daß sich die tschechische Seite von sich aus bemüht, auf das verletzte Rechtsgefühl vieler Sudetendeutscher einzugehen. Dazu gehört vor allem, nicht das Gespräch zu verweigern. Ich habe das Gefühl, das ist das Mindeste." Manche hätten von Havel mehr erwartet, hieß es last but not least auch in der "taz": "Eine große Geste, ein Angebot, einen Schritt nach vorn. Die Anerkennung des 'Heimatrechts' der Sudetendeutschen etwa. Das hätte kaum praktisch Folgen gehabt. (...) In der politischen Auseinandersetzung jedoch hätte der tschechische Präsident den sudetendeutschen Führern endlich ein Schlagwort genommen, mit dem sich ihre revisionistischen Forderungen nur allzugut verdecken ließen. Das Recht auf Heimat ist schließlich – das zeigen nicht zuletzt Krieg und Vertreibung in Bosnien – ein Menschenrecht. Dennoch hat Vaclav Havel diesen Schritt nicht gewagt."

Daß keine deutsche Tages- oder Wochenzeitung die Havel-Rede im Wortlaut abdrucken wollte, gehört zur neudeutschen Normalität. In der auszugsweisen Wiedergabe durch die "taz" waren einige der deutsch-kritischsten Passagen eliminiert. In den folgenden Kurzausschnitten der Havel-Rede sind die von der "taz" gestrichenen

meinschaft zur Annexionspolitik weitertrieb, hat die Möglichkeit der Wiederholungstat fest einkalkuliert. Auf diesen Zusammenhang hatte Vaclav Havel in seiner Rede angespielt, als er davon sprach, das deutsch-tschechische Verhältnis sei "einer der Tests, der auch den Deutschen ihr Selbstverständnis enthüllt" und dazu aufrief, alle aktuellen Geschehnisse "in den breiteren und tieferen geschichtlichen Kontext (zu) setzen."

"Wer Böhmen beherrscht, ist der Herr Europas"

Böhmen und Mähren hatten schon im letzten Jahrhundert als Bestandteile der Habsburger Doppelmonarchie zu den begehrtesten Objekten des deutschen Imperialismus gehört. "Böhmen ist die Zitadelle Europas", hatte Bismarck erklärt. "Wer Böhmen beherrscht, ist der Herr Europas." Die Unterdrückungspolitik gegenüber den slawischen Völkern der Donaumonarchie wurde von Deutschland tatkräftig unterstützt. Als Instrument einer antislawisch ausgerichteten Germanisierungpolitik wurden "nationale Schutzvereine" gegründet, deren Ideologie durch rassistische Überheblichkeit, aufdringliche Deutschtümelei und militanten antitschechischen Chauvinismus bestimmt war. So organisierten die deutschen Nationalisten im April 1897 in Böhmen und Mähren als Antwort auf eine Sprachenverordnung, deren wichtigster Punkt die Gleichberechtigung (!) der tschechischen und deutschen Sprache in Böhmen war, regelrechte Pogrome gegen die tschechische Bevölkerung. Und um die Jahrhundertwende führte die stramm völkisch ausgerichtete Gemeinschaft der Sudetendeutschen einen "Arierparagraphen" für ihre Mitglieder ein. Im Weltkrieg brach die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie zusammen und mit ihr – zunächst einmal – die Ambition der Germanisierung von Böhmen und Mähren. 1918 wurde die Tschechoslowakei auf Veranlassung ihrer späteren Staatspräsidenten Masaryk und Benes, die sich im Krieg seit 1916 auf die französische Seite geschlagen hatten, gegründet. Von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs wurde der neue Staat im Vertrag von Versailles als Bollwerk gegen die Gefahr eines politisch wiedererstarkenden Deutschland und als Hindernis für eine erneute "Mitteleuropa"-Expansion sanktioniert.

In Deutschland hatte zeitgleich zwar der Kaiser abgedankt, nicht aber die deutsch-völkische Doktrin. Das neugeschaffene Nachbarland wurde von an Anfang an als "unerträgliche", "vorübergehende" Erscheinung diffamiert, die früher oder später von der Landkarte Europas wieder zu verschwinden habe. Zwar verfügten die Sudetendeutschen im neuen, an die französische Verfassung angelehnten Staat über ungewöhnliche Minderheitenrechte, zwar wurde von ihnen wiederholt ein Teil der Prager Regierung gestellt – der deutschen Reichsregierung aber ging es um mehr. Gustav Stresemann erklärte das Minderheitenproblem zur "wichtigsten Frage" im Völkerbund und nannte das in Versailles ausgesprochene Verbot des Anschlusses Böhmen und Mährens an Deutschland ein "beispielloses Unrecht". Die völkischen Sudetendeutschen, die unmittelbar nach Kriegsende – noch vor der Münchener NSDAP – die älteste Nazi-Partei der Welt, die DNSAP, gegründet hatten, begannen, sich – in Zusammenarbeit mit den regierenden Kreisen Deutschlands – zu einer "arisch-germanischen" Zielen zustrebenden Anschlußbewegung (Irredenta) zu entwickeln, der es hauptsächlich um eines ging: die innenpolitische Zersetzung und die außenpolitische Isolierung der Tschechoslowakei. Wesentliche Impulse und eine deutliche Breitenwirkung erfuhr diese Bewegung durch die Erstarkung des Nationalsozialismus im "Altreich" und durch dessen Machtübernahme. 1933 gründete Konrad Henlein als sudetendeutschen NS-Ableger die Sudetendeutsche Partei, die nach der raschen Radikalisierung des Deutschtums zur stimmenstärksten politischen Gruppierung des Landes wurde.

Am 30. Mai 1938, zehn Wochen nach dem Anschluß Österreichs, erging die "Führer"-Weisung zum "Fall Grün": "Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen." – "Stellen Sie Forderungen", so die Anweisung Hitlers an Konrad Henlein, "die für die tschechische Seite unannehmbar sind."

Vom Münchner Abkommen...

Der Sommer 1938 war von der "Sudetenkrise", deutschen Truppenaufmärschen an der Grenze zur Tschechoslowakei und unverhüllten Kriegsdrohungen Hitlers, geprägt. In London, Paris und Prag rechnete man mit einer deutschen Aggression zur Eroberung des gesamten tschechischen Gebiets. Die Regierungen in London und Paris wichen zurück und erklärten, das nationalsozialistische Ultimatum an die Prager Regierung zu unterstützen. In dem Ultimatum hatte Hitler mit Krieg gedroht, falls nicht sämtliche tschechoslowakische Gebiete mit mehrheitlich sudetendeutscher Bevölkerung bis um 1. Oktober an das Deutsche Reich abgetreten würden. Hinter der britisch-französischen Entscheidung stand die Hoffnung, mit der Gebietsabtrennung die territorialen Gelüste Deutschlands zu be-

friedigen und einen großen Krieg in Europa zu vermeiden. Nachdem das Abkommen am 28.9.1938 von Hitler, Daladier, Mussolini und Chamberlain unterzeichnet war, beorderte man die Prager Regierung nach München, um ihr das Urteil mitzuteilen: Die Tschechoslowakei von 1918 hatte aufgehört zu existieren. Die sudetendeutschen Gebiete sowie "das restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters" wurden dem Reichsgebiet zugeschlagen und vom 1. Oktober an durch die Wehrmacht besetzt. Die nichtdeutschen BewohnerInnen hatten jene Gebiete innerhalb von zehn Tagen zu verlassen. 60.000 Menschen (JüdInnen, KommunistInnen, SozialdemokratInnen) ergriffen erzwungenermaßen die Flucht. Die Tschechoslowakei verlor 20 Prozent ihres Territoriums, 25% ihrer Bevölkerung sowie 70% der Schwerindustrie, der Elektrizitätsproduktion und des Kohlevorkommens. Die tschechoslowakische Regierung beugte sich unter Protest. Drei Wochen später befahl Hitler die "Erledigung der Rest-Tschechei".

... zum Reichsprotektorat

Am 15. März 1939 besetzten deutsche Truppen die bis dahin noch unabhängigen Teile des Landes: Auf dem Gebiet des heutigen Tschechien wurde das "Reichsprotektorat Böhmen und Mähren" errichtet, die Slowakei wurde ein von Berlin abhängiger Staat. Es folgten die SS und die Gestapo und der Aufbau eines Unterdrückungsapparates, durch welchen rund eine halbe Millionen Menschen, darunter ca. 80.000 JüdInnen, ihr Leben verloren. Das tschechische und das deutsche Lager waren durch eine Linie unerbittlichen Kampfes voneinander getrennt. Die Nazi-Maschinerie war zu einem großen Teil mit sudetendeutschen Faschisten besetzt, welche ihren Haß gegen die Tschechen völlig in den Dienst der Okkupanten und ihrer Ideologen gestellt hatten: Die Tschechen lebten, so hieß es, "auf deutschem Hofe"; als Angehörige der "slawischen Rasse" sollten sie in allernächster Zeit ausgetilgt oder nach Osteuropa ausgesiedelt werden. Als Teil der neuen Herrenkaste waren die nationalsozialistischen Sudetendeutschen in der Erwartung dessen, was bei einer Niederlage Nazi-Deutschlands mit ihnen passieren würde, besessen von dem Gedanken, sich zum deutschen Endsieg durchmorden zu müssen, koste es, was es wolle. Den Berichten des Sicherheitsdienstes ist zu entnehmen, daß die deutsche Bevölkerung die von Reichsprotektor Heydrich eingeleiteten Repressalien gegen Tschechen, darunter massenhafte Geiseltötungen, mit Begeisterung begrüßte. Daß sich nach der Niederschlagung des NS-Faschismus auch in der Tschechoslowakei viel Wut gegen einzelne sudetendeutsche Nazi-Bestien entladen hat, daß auch spontane Racheaktionen stattgefunden haben, liegt vor diesem Hintergrund auf der Hand.

Bereits im Sommer 1943 hatten sich die Großmächte der Antihitler-Koalition mit der Forderung der tschechoslowakischen Exilregierung, die Deutschen nach Kriegsende auszusiedeln, einverstanden erklärt. Es gehe nicht an, so die Begründung von Exilpräsident Benesch, in einem Staat eine Minderheit zu belassen, die bestrebt sei, mit allen Mitteln dessen Beseitigung herbeizuführen.

In den amerikanisch-tschechischen Verhandlungen wurde die Einhaltung der im Potsdamer Abkommen geforderten Voraussetzungen – Überführung der Deutschen "in organisierter und humaner Weise" – überprüft. So wurde geregelt, daß die Aussiedlung familienweise in beheizten Eisenbahnzügen erfolgen solle, jede Person Gepäck im Gesamtgewicht von 30 kg mitnehmen dürfe und 500 Reichsmark erhalte. Im März 1946 wurde der tschechischen Regierung seitens der amerikanischen Militärverwaltung "die volle Anerkennung für die mustergültig durchgeführte Aussiedlung der Deutschen" ausgesprochen. Von den etwa 2,5 – 3 Mio. Sudetendeutschen wurden 1 Mio. nach Bayern transferiert, welches die Schirmherrschaft für die Interessen der Sudetendeutschen übernahm und erklärte, sie gälten nun (neben Altbayern, Franken und Schwaben) als "Bayerns viertem Stamm". 700.000 wurden in das Gebiet der ehemaligen DDR und etwa 140.000 nach Österreich transferiert. Als eine Voraussetzung für den Wiederaufbau der tschechoslowakischen Republik hatte Nachkriegspräsident Benesch per Dekret die entschädigungslose Enteignung der von den ausgesiedelten Sudetendeutschen zurückgelassenen Vermögenswerte angeordnet. Auf Beschluß der Prager Nationalversammlung wurde jenen Dekreten 1946 rückwirkend Gesetzeskraft verliehen. Sie gelten als der politisches Fundament der 1945 wiederhergestellten Tschechoslowakei. Ihre Existenz wurde dennoch in Westdeutschland wie auch im vereinigten Deutschland zu keinem Zeitpunkt akzeptiert. Hinter dieser Differenz zwischen Bonn und Prag steht ein Grundwiderspruch im Geschichtsverständnis: Die jeweilige Einschätzung des Münchner Diktats.

Vom westdeutschen Revanchismus ...

Die Anfang der 70er Jahre aufgenommenen Verhandlungen über einen deutsch-tschechischen Vertrag waren hinsichtlich der Bewertung des Münchner Abkommens

Sätze kursiv gesetzt. Der vollständige Wortlaut kann in der April-Ausgabe der "Blätter für deutsche und internationale Politik" nachgelesen werden.

"Für die Deutschen ist das Verhältnis zu den Tschechen (...) einer der Tests, der auch den Deutschen ihr Selbstverständnis enthüllt. *Mehrere Male ist ja Deutschlands Beziehung zu uns ein wahres Spiegelbild seiner Beziehung zu Europa gewesen!* (...)

Ich bin nicht sicher, ob es einigen Menschen, insbesondere auf der deutschen Seite, genügend bewußt ist, daß München (1938; Anm. MM) nicht bloß eine ungerechte Lösung einer strittigen Minderheitsfrage, sondern die letzte und gewisser Hinsicht ausschlaggebende Konfrontation der Demokratie mit der Nazidiktatur war. (...) *Die Mitwirkung so vieler unserer damaligen deutschen Mitbürger an der Vorbereitung Münchens sowie an dessen Folgen kann deswegen nicht auf einen Kampf für deren Minderheitsrechte reduziert werden. Damals ging es weder um die böhmischen Deutschen noch allein um eine Verstümmelung der Tschechoslowakei als Vorspiel zu deren späteren Okkupation. Damals wurde ganz unzweideutig und auf internationaler Ebene der menschlichen Freiheit und Würde der Kampf angesagt.* (...)

Über den Nationalsozialismus wurde einmal geschrieben, er sei eine der furchtbarsten Äußerungen der auf Stammeszugehörigkeit gegründeten Auffassung des Staates als einer Blutsgemeinschaft, gegen die sich seit zweieinhalb Jahrtausenden die Idee der offenen Gesellschaft behauptet und mit der sie zusammenstößt. Wenn wir dieser Interpretation zustimmen, sollten wir unsere Überlegungen über die tschechisch-deutsche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (...) auf dem Einvernehmen gründen, daß die einzige Alternative für die künftige Entwicklung (...) darin liegt, gemeinsam eine offene Gesellschaft zu bauen und gemeinsam für sie zu kämpfen gegen alle, die – trotz all der entsetzlichen Erfahrungen mit dem modernen Tribalismus – wieder die geistigen Früchte des Nationalismus verbreiten möchten. (...)

Die Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit sind also gegeben. Und sollten störende Töne, Stimmen oder Gefühle zum Vorschein kommen, ist es erforderlich, gegen sie auf beiden Seiten viel energischer aufzutreten, als es bisher der Fall war. Auf der deutschen Seite sind es Stimmen, glücklicherweise vereinzelte und isolierte, die versuchen, die intellektuellen Ursprünge der einsti-

gen deutschen Katastrophe zu rehabilitieren, Stimmen heimlicher Nostalgiker, die sich an die Idee klammern, der Nationalstaat sei der Höhepunkt menschlichen Strebens, und die sich von dem Glauben an eine besondere deutsche Sendung nicht trennen können, welche Deutschland berechtigen soll, die anderen so zu betrachten, als sei es ihnen übergeordnet. (...) *Die zeitweise auftretenden Zeichen eines unterbewußten Glaubens an eine unfehlbare Stimme des Blutes, des Schicksals, der Vorsehung und der Volksmythen, sowie an ein Recht, das Unmögliche – d.h. eine Revision der Geschichte, welche als eine Serie fortwährenden Unrechts an dem eigenen Stamm betrachtet wird, zu fordern – dies ist nur eine Variante desselben Irrglaubens".*

von 1938 in eine Sackgasse geraten. Die von Prag bezogene Position entsprach der Haltung der Regierungen in Moskau, Washington, London, Rom und Paris: "Wenn das Münchner Abkommen auch nur im Augenblick der Unterzeichnung legal gewesen sein soll, dann ist dies die Anerkennung, daß die Republik legal zerschlagen worden ist." Demgegenüber stand die auch von der Regierung Brandt/Scheel gegenüber Prag verfochtene deutsche Position, die seit den Anfängen der Bundesrepublik und bis heute gilt. Sie besagt, daß das Münchner Abkommen gültig zustandekam und erst durch die späteren Ereignisse (Eroberung der Rest-Tschechoslowakei) unwirksam geworden sei. Das Münchner Abkommen dürfe deshalb nicht, wie von Prag gefordert, "ex tunc", d.h. von Anfang an annulliert, sondern erst im nachhinein ("ex nunc") für null und nichtig erklärt werden.

Mit diesem Standpunkt waren Schlüsselelemente nationalsozialistischer Außenpolitik von Anfang an rehabilitiert:

- *Das völkische Element*: Nach ihrer Lesart war "München" die überfällige Korrektur des Versailler Vertrages, durch den die Sudetendeutschen in das "unnatürliche Kunstprodukt" Tschechoslowakei zwangseingegliedert worden sind. "München" steht hier für ein rassistisches Verständnis von Nation, welches jedes heterogen zusammengesetzte Staatsgebilde als "Völkergefängnis" diffamiert und "originäre" Völker aus "ungewollten und widernatürlichen staatlichen Organisationen" (so der Staatsrechtler Rupert Scholz) zu befreien sucht.

- *Das Prinzip der territorialen Annexion mit Hilfe der Kampflosung "Selbstbestimmung"*. Völlig zurecht hatte noch 1961 der tschechische Außenminister David, wie die FAZ am 4.10.61 berichtete, in einer Rede vor den Vereinten Nationen "...dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung bestritten. Wie heute die Bundesrepublik, so habe früher auch Hitler auf die 'sogenannte Selbstbestimmung' gepocht und damit die Grundlage für die gewaltsame Änderung der europäischen Grenzen geschaffen." Mit dem Pochen auf die Rechtmäßigkeit des Münchner Diktats wird insbesondere gegenüber Polen und Tschechien die Option auf Annexion des jeweiligen "restliche(n) Gebiet(s) vorwiegend deutschen Charakters" (so die Sprachregelung in Artikel 4 des Münchner Diktats) als außenpolitisches Druckmittel offen gehalten. Zwar sei es derzeit politisch unklug, aus dem deutsch-tschechischen Vertrag von 1973 in Verbindung mit dem Münchner Abkommen "territoriale Forderungen abzuleiten", hieß es 1988 in einer Stellungnahme der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde, "andererseits wäre es aber leichtfertig, eine derartige Rechtsposition ohne Notwendigkeit und ohne entsprechende Gegenleistung aufzugeben. Sie muß als Verhandlungsgegenstand – für was auch immer – zurückgestellt und in Reserve gehalten werden." (Dähne, 1988, S.89)

- *Das Prinzip des Großmachtdiktats gegenüber der Regierung einer kleineren Macht.* Es ist vollkommen eindeutig, daß die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete nur aufgrund massiver Kriegsandrohungen zustande kam. Wie dennoch das Münchner Abkommen als rechtlich gültig betrachtet werden könne, hat einst der CDU-Politiker Zoglmann dem Deutschen Bundestag erläutert. Ihm sei, so Zoglmann, "aus den letzten vierhundert Jahren kein völkerrechtliches Abkommen (bekannt), das einen Verzicht auf wesentliche Teile des Staatsgebietes enthält, das nicht unter Drohung und Gewalt zustandegekommen wäre." In anderen Stellungnahmen wird gar auf das Prinzip des Wiener Kongresses von 1815 zurückgegriffen und dieses auf das 20. Jahrhundert übertragen: "Danach waren die europäischen Großmächte befugt und berechtigt, bei Fragen, die ihrer Meinung nach die Ordnung und Sicherheit von ganz Europa bedrohten, einvernehmlich zu entscheiden und dabei auch über Staaten, die nicht diesen Großmachtstatus hatten, zu befinden." (Dähne, a.a. O.)

Die bundesdeutsche Behauptung der Rechtmäßigkeit des Münchner Abkommens ist kein Problem der Sudetendeutschen Landsmannschaften, wie das Beispiel der 700.000 auf das Gebiet der DDR ausgesiedelten und dort vollständig assimilierten ehemaligen Sudetendeutschen beweist, sondern eine bewußt getroffene Weichenstellung der westdeutschen Politik. Sie pflegte und pflegt das sudetendeutsche Element als außenpolitischen Treibsatz und rekurriert bei Bedarf darauf. Die Formel, mit der in Artikel I des deutsch-tschechoslowakischen Vertrags von 1973 der unaufhebbare Widerspruch in Bezug auf das Münchner Diktat schließlich überbrückt werden konnte, liest sich zwar moderat: "Die BRD und die CSSR betrachten das Münchner Abkommen vom 29. 9. 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig." Artikel II dieses Vertrages macht aber schlagartig klar, daß deutsche Rechtsansprüche auf das im "Protektorat Böhmen und Mähren" arisierte Vermögen bestehen blieben. Die in der Zeit der Nazi-Okkupation erfolgten Eindeutschungsmaßnahmen gelten fort und alle sich daraus ableitenden Vermögensansprüche sind laut Artikel II durch den Vertrag nicht berührt – gelten also als weiterhin offen. In den Zeiten des Kalten Krieges standen derartige Ansprüche nur auf dem Papier. Dies änderte sich schlagartig mit dem Mauerfall. Nur weil die nicht-souveräne Bundesrepublik das Münchner Abkommen so beharrlich verteidigt hatte, ist sie heute in der Lage, auf die von der NS-Politik geschaffenen Fakten zurückzugreifen und lautstark zu erklären, "daß sie die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig betrachtet."

Mit dem Fall der Grenzen erhielten die bis dahin nur juristisch existenten Auslegungen des Münchner Abkommens materielles Gewicht. Die deutsche Tschechien-Politik ist seither Bestandteil eines Konzepts, das darauf zielt, in Osteuropa eine germanisierte Ausbeutungsregion als

Revanchistisches Gedenken

Ende Mai 1995 wird die Bundesregierung eine zentrale Gedenkfeier für die "Vertriebenen" in der symbolträchtigen Frankfurter Paulskirche initiieren.

Anfang Juni, am Pfingstwochenende, wird mit dem 46. "Sudetendeutschen Tag" eine revanchistische Massenveranstaltung über die Bühne gehen.

Zwischen dem 15. Juli und dem 15. August sind in der nordböhmischen Stadt Usti nad Labem (Aussig) erneut sudetendeutsche Provokationen zum Gedenken an im Juli 1945 getötete Sudetendeutsche vorgesehen. Eine vom nationalistisch orientierten "Klub der tschechischen Grenzgebiete" geplante Protestveranstaltung wurde verboten, weitere revanchistische Aktivitäten werden sich auf den 25. Oktober, dem 50. Jahrestag der Bensch-Dekrete konzentrieren.

1997 ist die Einweihung einer Berliner Gedenkstätte für die bei der "Vertreibung" getöteten Deutschen geplant.

Ressource und Hebel neudeutscher globaler Machtentfaltung zu sichern. Die deutsche EU-Mitgliedschaft wird hierfür ebenso instrumentalisiert, wie die Prager Bemühungen um Aufnahme in die europäische Union

... zur neudeutschen Großraumpolitik

Letztlich geht es um die Wiederkehr einer neuen "Großraumordnung" und eines neuen Reiches nach den 1939 formulierten Vorgaben von Carl Schmitt: "Reiche in diesem Sinne sind die führenden und tragenden Mächte, deren politische Idee in einen bestimmten Großraum ausstrahlt und die für diesen Großraum die Interventionen fremdräumiger Mächte grundsätzlich ausschließen." (Zitiert nach Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, S. 641) Anmaßung und Anspruch werden seit 1990 wieder offen artikuliert: "Wird es nicht eines Tages sozusagen polnisch und tschechisch und ungarisch sprechende Deutsche geben müssen?", heißt es in einem Buch des neurechten Ideologen Arnulf Baring. "Wird das nicht aus der Suprematie folgen, um die Deutschland meines Erachtens gar nicht herum kommen wird?"

Im Billiglohnland Tschechien werden heute nicht nur 80% aller ausländischen Investitionen von deutschem Kapital getätigt. In der Regionen Cechy (Böhmen) und Morava (Mähren) wird zugleich in immer mehr Betrieben der Versuch unternommen, Deutsch wieder als Dienstsprache einzuführen. Die größte tschechische Tageszeitung und 38 der insgesamt 76 Regionalzeitungen befinden sich in deutscher, zumeist CSU-naher Hand. Dem deutschen Kapital folgt der deutsche Mob: "Hordenweise ziehen sächsische Kampftrinker durch Cheb, brüllen nach billigem Bier", berichtet der *Spiegel*. "Schwankende rotgesichtige Säufer belästigen Frauen ... Tschechische Straßen gelten den Gästen mit den glänzenden Karossen als rechtsfreier Raum. ... 70.000 osteuropäische Frauen stehen in der Grenzregion an den Straßen und hoffen auf Freier aus Deutschland." Das annexionistische Agieren des Mobs findet seine Entsprechung in einer Regierungspolitik, die – gestützt auf die "Rechtmäßigkeit" des Münchner Abkommens – die ehemaligen Sudetengebiete erneut mit Deutschen zu bevölkern sucht, um die tschechische Abhängigkeit von der neudeutschen Großmacht zu verstärken und die Voraussetzungen für die Option eines "Anschlusses" sudetendeutscher Gebiete zu schaffen.

Der auf zehn Jahre befristete deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag von 1992 wird diesbezüglich nur als ein Zwischenschritt interpretiert, obwohl er neben den alten bereits neue Markierungspunkte setzt:

- Die deutsche Rechtsposition zum Münchner Abkommen von 1973 wird darin erneut bestätigt. Der Prager Wunsch auf Anerkennung einer gemeinsamen Grenze seit 1918 wurde, da Bonn nicht bereit ist, die Annexion von 1938 als Unrecht von Anfang anzuerkennen, "als nicht akzeptabel abgelehnt." Ein PDS-Antrag auf Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an wurde in der Ratifizierungsdebatte des Bundestages abgelehnt. Es waren die Grünen in Gestalt ihres heutigen außenpolitischen Sprechers Gerd Poppe, die 1992 von der PDS die Rücknahme eben dieses Antrags verlangten, "da dieser Antrag den Vertrag überfordert."

- Zurückgewiesen wurde von Bonn das Prager Anliegen, mit dem Vertrag unter Verzicht auf jegliche gegenseitigen vermögensrechtlichen Ansprüche einen "Schlußstrich" zu ziehen. Die Bundesregierung erhebt nach wie vor einen Anspruch auf Eigentum und Vermögen der 1945 ausgesiedelten Sudetendeutschen, soweit dies in der CSSR verstaatlicht worden ist, sowie auf Entschädigung für das, was nicht zurückgegeben werden kann. Von den Sudetendeutschen Landsmannschaften wird gleichzeitig jeder Anspruch auf Erstattung der Kriegsschäden von Seiten der Tschechoslowakei zurückgewiesen, "da sie nicht im Kriegszustand mit dem Hitler-Reich war." Die CSU hat mittlerweile diese Position, die "direkt nationalsozialistische Argumentation und nationalsozialistische Politik fortsetzt" (Süddeutsche Zeitung vom 17.1.92), übernommen.

- Eine wesentliche vertragliche Neuerung besteht darin, daß 1992 die deutsche Minderheit in Tschechien und der Slowakei in ihrer Existenz förmlich anerkannt worden ist. Es wurde "sichergestellt", daß die Bundesregierung "Förderungsmaßnahmen" zugunsten der dortigen deutschen Minderheiten durchführen kann, wobei in den Genuß jener Förderung all diejenigen kommen, die sich als "Deutsche" deklarieren: "Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit ist Sache der persönlichen Entscheidung des einzelnen, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf." (Art. 20) Über den Charakter der deutschen Einmischung kann kein Zweifel bestehen: Gegen den 1969 gegründeten tschechoslowakischen "Verband der Deutschen – Kulturverband", der den unverzeihlichen Fehler beging, loyal zur Prager Regierung zu stehen, wurde auf Veranlassung der bayerichen Sudetendeutschen 1992 eine "Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien" zusammengetrommelt, an die die Gelder aus dem Bundesetat, z.B. zur Finanzierung von bisher 13 "Begegnungszentren", nunmehr gehen.

Im Rahmen ihrer Germanisierungspolitik fordert die Bundesregierung von Prag darüberhinaus, daß die Sudetendeutschen "in ihrer alten Heimat leben, bauen und investieren" können: Die Deutschen sollen bei der Niederlassung in Tschechien einen Vorzugsstatus eingeräumt bekommen. In einem Begleitbrief zum Vertrag wird erklärt, daß Prag diese Möglichkeit im Zuge der tschechischen EU-Mitgliedschaft schrittweise schaffen wird.

Die Vertragsratifizierung war im Mai 1992 einstimmig erfolgt. Einen Monat später berichtete die "Wirtschaftswoche" von

Der deutsche Archaismus

Unter dieser Überschrift schrieb Vaclav Belohradsky in der *bürgerlichen* tschechischen Zeitschrift "Respect" im Oktober 1993 (zitiert nach: "Osteuropa" 9/94).

"(...) Die Außenpolitik des Berliner Deutschland weckt, so meine ich, berechtigte Furcht. Erstes Ergebnis seines – auf Kosten Frankreichs und Englands – gewachsenen politischen Einflusses in Mitteleuropa ist, daß die Europäische Gemeinschaft nicht in der Lage war, sich der Aufteilung der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen staatlichen Einheiten nach den alten ethnischen Grenzen entgegenzustellen; Deutschland bestand auf schnellstmögliche Anerkennung der Nachfolgestaaten. Hier dringt in die Außenpolitik ein, was ich den "deutschen Archaismus" nennen möchte. Artikel 116 des Grundgesetzes definiert die Staatsangehörigkeit als Zugehörigkeit zum deutschen Volksstamm, Ethnos. (...) Tragisches Symbol dieses archaischen Begriffs vom Staatsbürger ist der Holocaust, in dem archaische Deutsche moderne Deutsche umbrachten, nämlich die Juden, deren Deutschsein kulturell und nicht stammesmäßig begründet war. (...)
Der deutsche Archaismus, der stammesmäßig begründete Staatsbegriff, macht aus Intellektuellen, die die deutsche Identität kulturell definieren, eine unruhige Minderheit, Heimatlose, immer auf der Flucht oder protestierend. (...)Es ist eben dieser deutsche Archaismus, der stammesmäßige Staatsbegriff, der Angst vor den Deutschen hervorruft. Ich meine, die Voraussetzung für einen positiven Einfluß Deutschlands in der Weltpolitik ist die Überwindung dieses Archaismus, der die staatsbürgerliche Loyalität, also die Loyalität gegenüber abstrakten Prinzipien, von der Loyalität gegenüber einer Blutsgemeinschaft, dem 'Ethnos' herleitet. Der deutsche Archaismus verwandelt jede deutsche Minderheit in eine Bedrohung für die Souveränität des Staates, auf dessen Territorium sie lebt. Das ist ein wahrer und guter Grund für die Angst vor den Deutschen."

dem massiven Engagement der bayerischen "Hanns-Seidel-Stiftung" für die slowakische Sezessionistenpartei HZDS unter Meciar. Die Spaltung des Landes, so die "Wirtschaftswoche", werde betrieben, "um Positionen und Ansprüche der Sudetendeutschen gegenüber Prag zu stärken." Mit der Ernennung des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, zum Chef der halbstaatlichen "Bayerischen Landesbank" signalisierte die CSU, daß sie das Ende der Föderation auch zur ökonomischen Subversion ausnutzen will. Neubauers Landsmannschaft hatte mit ihrem Triumph über "das Ende des das Selbstbestimmungsrecht verachtenden Tschechoslowakismus" rechtzeitig angekündigt, wozu sie die finanziellen Möglichkeiten der Bank, eines der größten Finanzinstitute in Prag, einsetzen will: "Die Slowaken haben ihre Freiheit wiedererrungen, und die sudetendeutsche Frage bleibt politisch, historisch und völkerrechtlich offen. Die Sudetendeutschen sind mehr denn je gefordert, ihr auf den Menschenrechten basierendes Heimat- und Selbstbestimmungsrecht unmißverständlich einzufordern." Seit der Teilung des Landes wurde der Druck auf Prag weiter erhöht: Der bayerische Ministerpräsident Stoiber hatte öffentlich den Bau einer Öl-Pipeline von Ingolstadt nach Chechy (Böhmen) von Zugeständnissen gegenüber den Sudetendeutschen abhängig gemacht, und der CSU-Vorsitzende Waigel hatte beim Sudetendeutschen Tag 1994 erklärt, daß Prag als Preis für seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union "die europäische Hausordnung akzeptieren" müsse.

Gegen diese Anmaßungen eine (moderate) Verteidigungslinie zu errichten, war das Anliegen der Rede von Vaclav Havel und das Ziel der Verfassungsgerichtsentscheidung von Brno (Brünn), welche die Benesch-Dekrete für unantastbar erklärt. Ist dieses Anliegen erreicht? Kaum. Das Gerichtsurteil hat zwar die in Tschechien herrschende Staatsräson noch einmal bestätigt. Zugleich ist dieser von sudetendeutscher Seite initiierte Prozeß nur der Auftakt einer von Deutschland betriebenen juristischen und politischen Offensive gegen ein Kernstück der tschechischen Staatsräson. Und die Havel-Rede? Sie wurde ignoriert oder kritisiert (siehe Kasten) oder aber mit der Pose des neuen Herrenmenschen als innertschechisches Problem abgetan. Der außenpolitische Sprecher der Union, Karl Lamers, kommentierte wie folgt: "Wenn Vaclav Havel recht hat, daß das Verhältnis zu den Deutschen für die Tschechen ein ganz wesentlicher Teil ihrer Identität ist, dann, meine ich, müssen sie versuchen, in diesen Fragen mit sich ins Reine zu kommen und zwar in ihrem Interesse, aber auch in unserem Interesse; denn es ist eine alte Erfahrung: Wer mit sich selbst nicht im reinen ist, vermag auch mit anderen nicht klarzukommen."

Havels opportunistische Geste, die Sudetendeutschen als Gäste in Tschechien künftig willkommen heißen zu wollen, wurde von Klaus Kinkel zurückgewiesen: "Wir würden uns wünschen, daß die tschechische Regierung noch einen Schritt weitergeht und von den 'früheren Landsleuten' spricht, die, wenn sie es denn wollen, auch wieder Landsleute werden können." Auch Havels anbiederischer Appell, unter die Vergangenheit einen Schlußstrich zu ziehen, wurde von Klaus Kinkel kategorisch zurückgewiesen: "Kann man einfach einen Schlußstrich ziehen, das Buch einfach zuschlagen? Ich meine, nein. Geschichte kennt keine Endpunkte." Diese Antwort faßt den Kerngehalt des diesjährigen 8. Mai, wie er von deutscher Politik begriffen wird, zusammen: Geschichte wird künftig als Siegergeschichte geschrieben. "Jetzt sind wir mal dran" – nach diesem Motto, steht zu befürchten, wird Deutschland sich für 50 Jahre erzwungene "Sühne" rächen und den Tatendurst "deutscher Minderheiten" in Osteuropa anstacheln. Der inhaltliche Kern dieser Politik muß, es ist am Beispiel Tschechien ersichtlich, mit "Westbindung" kollidieren. Hier realisiert sich politisch und ökonomisch ein neualter, auf dem Archaismus der völkischen Ideologie basierender Sonderweg. Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist die Absicherung dieses Sonderwegs durch bewaffnete Macht, die nicht Krieg führen muß, sondern – wie im Zusammenhang mit dem Münchner Diktat – schon als Machtprojektion der zukünftigen Durchsetzung deutscher Interessen dient.

Max Müntzel

Quellen:

Protokoll der Bundestagsdebatte vom 17.3.1995; Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Die Potsdamer Konferenz, Köln 1986; Sudetendeutsche in Hitlers Fahrwasser, in: Neue Züricher Zeitung, 13.3.89; G. Fuchs und H. Königer, Der deutsche Imperialismus und die Tschechoslowakei, in: Karl-Marx-Universität Leipzig, Deutsch-Tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart, Leipzig 1964; Spiegel, 26.9.1988; Gerhard Hass, Das Münchner Diktat, Berlin 1988; Vaclav Kral, Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947, Prag 1964; Vaclav Kral, Münchner Abkommen, Gegenwart und Vergangenheit, in: O. Kimminich, Das Münchner Abkommen, München 1968; Sudetendeutscher Rat, Die Sudetenfrage in der deutschen Politik, München 1965; Horst Dähne, Das Münchner Abkommen von 1938 – eine völkerrechtliche Analyse, in: Institutum Bohemicum, 50 Jahre Münchner Abkommen, München 1988; Bundestagsdrucksache 12/2468; J. Elsässer, Einmal Preßburg und zurück, in: konkret, 3/93; Wirtschaftswoche, 19.6.92; "Prag muß die europäische Hausordnung akzeptieren", in: FAZ, 24.5.94, FR, 28.2.95.

Zur Theorie

In zwei Weltkriegen hat Deutschland die zivilisierte Welt in Schutt und Asche gelegt und die europäische Judenheit beinahe ausgelöscht. War dieser Amoklauf Resultat eines Sonderwegs, einer spezifischen Entwicklung Deutschlands seit dem Übergang zur Neuzeit, oder lediglich einer besonderen historischen Konstellation geschuldet? Anders formuliert: Beruhte die unzweifelhafte "besondere Aggressivität" des deutschen Imperialismus auf ökonomischen, politischen und kulturellen Konstanten, die auch die Kriegsniederlage von 1945 überdauert haben – oder auf Variablen, die zusammen mit dem Dritten Reich untergegangen sind? Während sich bis 1989 lediglich die Geschichtswissenschaft um die Beantwortung dieser Frage bemühte, da die beiden Deutschländer als Frontstaaten der Paktsysteme nur über eingeschränkte politische Handlungsfreiheit verfügten, beschäftigt sie seit dem Fall der Mauer die europäische Öffentlichkeit.

Für die "antideutschen" Linken stellt die These vom "deutschen Sonderweg" ein konstituierendes Moment dar. Sie wird mit der "verspäteten Nationenbildung", "autoritären Charakterstruktur" und dem "völkischen Nationalismus" der Deutschen belegt – Charakterisierungen, die unseres Erachtens durchaus deutsche Kontinuitäten zutreffend beschreiben, die aber eine differenzierte Begründung der Sonderwegs-These nicht ersetzen können. Der folgende Beitrag versucht daher, die Notwendigkeit einer detaillierteren Diskussion herauszuarbeiten und setzt sich zu diesem Zweck nicht nur mit VertreterInnen der Sonderwegs-These, sondern auch mit ihrem britischen *Kritiker* Geoff Eley auseinander.

Völkischer Nationalismus, kontinentaler Imperialismus

Im Unterschied zu den westlichen Staaten bildete sich in Deutschland die Nation nicht als Kampfbündnis des Dritten Standes gegen den Feudaladel heraus. Die deutsche Nation wurde von Beginn der Nationenbildungsprozesse an biologisch-völkisch, über das deutsche Blut, die deutsche Seele und ähnliche Wahnideen definiert (1). Für die Juden war das ein wichtiger Unterschied: Während ihnen die französische Revolution sofort die volle Gleichstellung brachte, führte jeder Anlauf zur Konstruktion einer deutschen Nation zu ihrer Ver-

des deutschen Sonderwegs

Furor Teutonicus

folgung. Zugespitzt könnte man sagen: In Frankreich bildete sich die Nation in Abgrenzung zum Adel, in Deutschland in Abgrenzung zu den Juden und (z.B. in den sogenannten Befreiungskriegen gegen Napoleon Bonaparte) den Franzosen.

Hannah Arendt hat nach 1945, nach der Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschland gegen das europäische Judentum, den Versuch unternommen, Kontinuitäten herauszuarbeiten, die die deutsche Entwicklung in die von ihr als "totalitär" gekennzeichnete NS-Herrschaft hineingeführt haben. Dabei hat Arendt die Auswirkungen der beschriebenen, spezifisch völkischen Formierung von "Nation" dezidiert auf den Punkt gebracht: *"Der völkische Nationalismus hat die nationale Gesinnung aller zentral- und osteuropäischen Nationen- und Nationalitäten entscheidend bestimmt und geformt. Er unterscheidet sich von dem westlichen Nationalismus auch dann, wenn dieser in seiner pervertierten chauvinistischen Form in Erscheinung tritt. Der Chauvinismus vor allem französischer Prägung (...) konnte sich in allen möglichen romantischen Verherrlichungen der Vergangenheit, der Toten- und Ahnenkulte ergehen. Er konnte ein unglaubliches Vokabular der Großsprecherei ersinnen und versuchen, die ganze Nation mit 'gloire' und 'grandeur' besoffen zu machen; aber er hat niemals behauptet, daß Menschen französischer Abstammung, die in einem anderen Lande geboren und erzogen, ohne Kenntnis der französischen Sprache und Kultur, nur dank mysteriöser Qualitäten ihres 'Blutes' Stammesfranzosen seien. (...) Psychologisch gesprochen ist der Unterschied zwischen dem verrücktesten Chauvinismus und diesem völkischen Nationalismus immer noch der, daß der eine sich immerhin mit der Welt und ihren greifbaren Realitäten beschäftigt, (...) während das Völkische selbst in seiner harmlosesten Form (etwa in der deutschen Jugendbewegung) sich nach innen richtet und anfängt, die menschliche Seele als die 'Verkörperung' allgemeiner Stammeseigenschaften anzusehen; und da die Seele ja offenbar nicht etwas sein kann, was 'verkörpert', findet man seine Aushilfe im 'Blut'."* (2)

Ein anderes, den deutschen Imperialismus spezifisch prägendes Merkmal sah Hannah Arendt in der späten Durchsetzung des Kapitalismus und der Bourgeoisie in Deutschland, wodurch ein besonders gefährlicher Imperialismus entstanden sei, der die Tendenz zum antisemitischen "Rassenkrieg" schon in sich getragen habe. Der deutsche Imperialismus sei durch diese besondere Entwicklungsgeschichte zum "kontinentalen" Imperialismus geworden – im Unterschied zum "überseeischen" von England, Frankreich und den USA. Völkische Definition der Nation und kontinentale Orientierung wirken, so Hannah Arendt, unmittelbar zusammen: *"So wie der kontinentale Imperialismus in den Ländern entsteht, die glauben, bei der Neuverteilung der Erde im imperialistischen Zeitalter zu kurz gekommen zu sein, so verbreitet sich der völkische Nationalismus überall da, wo europäischen Völkern eine nationale Emanzipation gar nicht oder nur halb gelungen war."* (3) Der "zu-spät-gekommene" Imperialismus versuchte, so Arendt, seinen Startnachteil dadurch wettzumachen, daß er sich nicht in Übersee, sondern auf dem eigenen Kontinent nach Annexionen umsah, und der völkische Nationalismus leistete dabei unverzichtbare Dienste: Er erlaubte den Rückgriff auf verstreut lebende "nationale Minderheiten", die "heim ins Reich" geholt werden sollten. Der Anspruch, die kontinental verstreuten Partikel des "eigenen" Volkes zu vereinigen, brachte nicht nur Kriegsgefahr, sondern auch Antisemitismus hervor: *"Vergegenwärtigt man sich die völkischen Doktrinen und die Tatsache, daß sie nur zu gut auf die Existenzform der in kleinen Volkssplittern durcheinander siedelnden Nationalitäten zugeschnitten war, so fällt auf, daß sie keiner besser entsprachen als der des jüdischen Volkes (...). Im Sinne der völkischen Theorien mochte es sogar so scheinen, als seien die Juden das einzige vollkommene Modell eines Volkes, dessen geschichtlich bewährte Stammesorganisation die Panbewegungen nur nachzuahmen brauchten. (...) Politisch ist das Mißliche in all solchen Konkurrenzkämpfen zwischen völkischen Außerwähltheits-Ansprüchen, daß innerhalb des abendländischen Kulturkreises die Juden unfehlbar als diejenigen empfunden werden müssen, deren Anspruch der älteste und legitimste ist. (...) Der Haß der Völkischen auf die Juden entsprang den traurigen Residuen christlicher Frömmigkeit, die sich in die abergläubische Furcht verwandelt hatte, es seien vielleicht eben doch die Juden und nicht das eigene Volk, das Gott auserwählt und für den endgültigen Sieg über alle anderen Völker aufgespart habe."* (4)

Linke Sonderwegs-Thesen...

Mit der völkischen Definition der Nation und der kontinentalen Ausrichtung des Imperialismus hat Hannah Arendt zwei wichtige Spezifika deutscher Entwicklung beschrieben. In der deutschen Linken waren ihre Gedanken bis vor kurzem jedoch kaum bekannt. Die bürgerliche Jüdin galt als suspekt, und die Majorität der KommunistInnen nach 1945 wie auch der "Neuen Linken" nach 1968 hat sich mit der Frage einer spezifisch deutschen Entwicklung, die zu Auschwitz geführt hat, ohnehin niemals ernsthaft beschäftigt.

Nur eine Minderheit debattierte über die Frage, ob man von einem deutschen Sonderweg sprechen kann – in Anlehnung z.B. an Lukács, der die These von der "verspäteten Nation" mit der Beobachtung verknüpfte, daß in Deutschland niemals eine erfolgreiche bürgerliche Revolution stattgefunden habe.

Die verspätete Bildung einer Nation in Deutschland wird bei Lukács u.a. mit der besonderen Konstruktion des "Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation" erklärt: Die starke Stellung eines mit dem Papsttum konkurrierenden und Rom gleichzeitig verpflichteten Kaisers einerseits, der dem Anspruch nach die gesamte westliche Christenheit politisch beherrschte, und die starke Stellung der Landesfürsten andererseits verhinderte die frühe Herausbildung einer Zentralgewalt; es gab kein homogenes ökonomisches und politisches Gebilde, in dessen Rahmen eine bürgerliche Nation hätte entstehen können. Gegen die These, daß durch die Industrialisierung im 19. Jahrhundert auch das Gewicht des Bürgertums gegenüber dem Adel gestiegen sei und sich infolgedessen auch die politischen und kulturellen Verkehrsformen denen der westlichen Staaten angeglichen hätten, setzt Lukács die Feststellung, daß es dazu eines Bruchs, einer Revolution bedurft hätte – zur Revolution aber sei die deutsche Bourgeoisie nicht bereit gewesen, weil ihr 1848, im Unterschied zum Aufstand ihrer Klassenbrüder in Frankreich 1789, schon ihr eigener "Totengräber" (Marx) im Genick saß: das Proletariat. Die-

Auf dem Weg ins Vierte Reich

Von der gefesselten Kontinuität zur neuen deutschen Sonderrolle

Droht das wiedervereinigte Deutschland, nach den Ergebnissen des Zweiten und des Dritten deutschen Reiches, erneut eine gefährliche Entwicklung zu nehmen? – In der Dementierung dieses Problems sind sich die Regierungen der westlichen Staaten und die deutsche Rechte mit jenen linksliberalen Historikern, die den deutschen Sonderweg mit der Verwestlichung der Bundesrepublik für abgeschlossen und überwunden halten, erstaunlich einig. Im folgenden soll anhand einiger Beobachtungen belegt werden, daß die Frage nach einem deutschen Sonderweg keinesfalls nur historisch relevant, sondern von großer Aktualität ist.

1945 bis 1989: Gefesselte Kontinuität

"Der Schock der totalen Niederlage von 1945 ließ die überwältigende Mehrheit des Bürgertums zu der Ansicht gelangen, daß man von politischen Abenteuern und Expansionsgelüsten besser die Finger lassen sollte... Am Ende des 20. Jahrhunderts bedeutet nationale Identität in Deutschland etwas ganz anderes als zu Beginn", stellt der englische Historiker Richard Evans fest. (1)

Leider stimmt der Befund nicht. Wenn man den Antisemitismus als Kern der von Evans untersuchten "nationalen Identität" definiert, so muß man feststellen, daß dieser die Kriegsniederlage 1945 überstanden hat. Diese Kontinuität bezeugen zahlreiche Umfragen, die die amerikanische Militärbehörde und später auch bundesdeutsche Meinungsforschungsinstitute wie das in Allensbach gemacht haben. In den ersten zwei Jahrzehnten erbrachten die Erhebungen regelmäßig, daß 30 – 40% der Befragten Antisemiten waren. Man muß sich das vorstellen: Die Vernichtung von 6 Millionen Juden war gerade über das Reeducation Programm bis in den letzten

se Kapitulation des Bürgertums habe sich nicht nur in feudalen Überresten in Recht, Verwaltung und Verfassung des Deutschen Reiches ausgedrückt, sondern selbst den Habitus der Bourgeois geprägt.

Die linke, u.a. von Lukács vorgetragene Sonderwegs-Theorie ergänzt sich mit der Sichtweise bürgerlicher Geschichts- und Sozialwissenschaftler nach 1945 – z.B. mit den Studien von Norbert Elias: Typisch für die Epoche des Bismarckismus und Wilhelminismus seien *"bürgerliche Menschen* (gewesen,) *die die Lebenshaltung und die Normen des Militäradels zu den ihren machten."* (5) Elias hat dies u.a. in einer Studie über die Bedeutung des Duells in Preußen-Deutschland belegt: Während in anderen Gesellschaften die Menschen längst unter der Ägide des staatlichen Gewaltmonopols zu freien und gleichberechtigten Rechtspersonen geworden waren und ihre Streitigkeiten in der Regel vor Gericht austrugen, fanden es in Deutschland die Bürger ehrenvoll, die "Macht des Stärkeren" auszukämpfen und den Besiegten zu töten – nicht im Affekt, absichtsvoll und angekündigt. Der Rechtsstaat tolerierte das blutige Ritual. Solche Zusammenhänge können plausibel machen, daß der *"Verlust der humanen Orientierung"* (Giordano) in Deutschland eher möglich war als anderswo. Heinrich Mann hat ein Charakterprofil dieser Gesellschaftsschicht in seinem Roman "Der Untertan" gezeichnet.

...und Sonderweg in der BRD-Geschichtswissenschaft

In der westlichen Geschichtswissenschaft waren es nach 1945 vor allem Historiker und Publizisten, die von den Nazis in die Emigration getrieben worden waren, die die These vom deutschen Sonderweg aufgriffen: Plessner, Stern, darüberhinaus Kohn, Mosse und Holborn. Die Arbeiten dieser EmigrantInnen fanden in der restaurativen Atmosphäre der Adenauer-Ära nur geringe Beachtung. Das änderte sich erst, als der Historiker Fritz Fischer eine heftige Debatte über die deutsche Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges in Gang setzte. Sein Buch "Der Griff nach der Weltmacht" führte zu wütenden Protesten, sein Vortrag auf dem Deutschen Historikertag 1964 zu tumultartigen Szenen. Während die konservativen Historiker, im Unterschied zur Weimarer Zeit, unter dem Eindruck der internationalen Ächtung NaziDeutschlands nichts mehr von einer deutschen Singularität wissen wollten und vielmehr die Eingebundenheit der BRD in das westliche Bündnis durch historische Studien zu unterfüttern suchten, arbeitete Fischer in seinen Untersuchungen zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges die Hauptschuld des Deutschen Reiches faktenreich und provokativ heraus. Ende der 60er Jahre entstand unter Führung des Sozialdemokraten Hans-Ulrich Wehler und unterstützt von der Kritischen Theorie Jürgen Habermas' eine starke linksliberale Historiographie an den westdeutschen Hochschulen, die den konservativen Historikern um Hillgruber, Nipperdey und H.P. Schwarz Paroli bot. Daß zwischen dem Bismarckismus und Wilhelminismus einerseits und dem Nationalsozialismus und Vernichtungsantisemitismus andererseits ein unmittelbarer Zusammenhang bestand, war das Credo sowohl der "Bielefelder Richtung" (Jürgen Kocka u.a.), als auch der radikaleren "kritischen Geschichtswissenschaft" (Immanuel Geiss, Dieter Groh).

In der Regel verband die linksliberale Historiographie jedoch die Herausarbeitung des anti-westlichen Sonderwegs der deutschen Nation mit einer Apologie der westlichen, also der bürgerlich-kapitalistischen Nationen. Sie propagierten die "Bonner Verfassungsrepublik", die von ihnen als Angleichung der deutschen Entwicklung an den internationalen Standard, somit als Ende des deutschen Sonderwegs begriffen wurde. Die in Feudalverhältnissen begründete Entwicklungshemmung – als die der deutsche Sonderweg im Kern begriffen worden war – schien nunmehr durch die Westorientierung der BRD aufgehoben worden zu sein.

Diese Affirmation an die deutsche Entwicklung wurde selbst dann nicht mehr durchbrochen, als der Theorieansatz von Wehler, Habermas und Geiss praktische Konsequenzen hätte zeitigen müssen: Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung. Vordem als *"nationalstaatliches Abenteuer"* und mögliches *"Viertes Reich"* (Geiss, 1988) abgelehnt, wurde das Wiedererstehen Großdeutschlands von den linken Historikern schließlich doch akzeptiert, da der von ihnen idealisierte Westen, da also die NATO-Allierten dem Prozeß (wenigstens oberflächlich betrachtet) ihren Segen gaben (vielleicht spielte auch die Aussicht auf die lukrative Übernahme der wissenschaftlichen Institutionen der DDR eine nicht unwesentliche Rolle).

Einspruch: Eleys Kritik an der Sonderwegs-These

Wie wir gesehen haben, liegt der These vom deutschen Sonderweg bei Wehler und Lukács die Vorstellung zugrunde, Deutschland sei aus einem Fortschrittsstrom ausgeschert, der den anderen kapitalistischen Staaten eine liberal-aufgeklärte Demokratie gebracht habe. Durch die Schwäche der deutschen Bourgeoisie seien der Adel und das Junkertum in Deutschland über-

lange mächtig geblieben, und feudale Strukturelemente hätten die deutsche Gesellschaft geprägt, was in der rückwärtsgewandten Machtübernahme der Nationalsozialisten seinen Höhepunkt fand. Diese Form der Theorie des Sonderwegs vertritt idealtypisch Ralf Dahrendorf: die deutsche Gesellschaft sei *"nicht bürgerlich geworden, sondern quasi feudal geblieben. Die Industrialisierung in Deutschland hat keine selbstbewußte Bourgeoisie mit eigenem politischen Anspruch hervorgebracht. Insoweit eine Bourgeoisie überhaupt entstand, blieb diese klein, vor allem aber unsicher und in ihren sozialen und politischen Maßstäben abhängig. Damit fehlte der deutschen Gesellschaft jene Schicht, von der englische und amerikanische, in geringerem Maße auch französische Historiker im Hinblick auf ihre Länder behaupten können, sie sei der Motor einer Entwicklung zu größerer Modernität und Liberalität gewesen."* (zitiert nach Eley, S. 21).

Geoff Eley hat die Prämissen dieser Sonderwegs-Theorie einer grundlegenden Kritik unterzogen (6). Der englische Historiker sieht nicht nur eine bestimmte Version der Sonderwegs-Theorie, sondern die Theorie eines deutschen Sonderwegs *als solche* aufgrund ihrer Prämissen als widerlegt an. Eley belegt an einer Vielzahl von Beispielen, daß verschiedene Formulierungen der deutschen Sonderwegs-These tatsächlich dieselben Grundaussagen teilen (Eleys Verallgemeinerung wird im folgenden dennoch in Frage zu stellen sein).

Eley zeigt, daß die Sonderwegs-Historiker von der Annahme eines "normalen" liberalen Entwicklungsweges des Kapitalismus ausgehen; diese sei durch neuere Forschungen zur englischen und französischen Revolution längst widerlegt. Zum einen sei die Annahme falsch, die Bourgeoisie könne als personelle Trägerin des Liberalismus betrachtet werden – die Bourgeoise habe im Gegenteil, schreibt Eley, *"den demokratischen Bestrebungen viel häufiger Widerstand"* entgegengebracht, *"als daß sie sie unterstützt hätte"* (Eley, S. 27). Sie sei z.B. in der französischen Revolution personell gerade *nicht* Trägerin der liberalsten Ideen gewesen. Die Bourgeoisie sei in ihren politischen Aktivitäten von Fall zu Fall, je nach Verhältnissen und Interessen, mit dem Liberalismus zusammengegangen, der seine soziale Basis in erster Linie in anderen Schichten hatte: *"Die städtischen Handwerker und das Kleinbürgertum, die unabhängige Landbevölkerung und später das Industrieproletariat, sie waren im allgemeinen die Hauptvertreter spezifisch demokratischer Traditionen im 19. und frühen 20. Jahrhundert"* (ebenda).

Zum anderen bestreitet Eley, daß aus der angeblich parallelen Entwicklung in Frankreich und Großbritannien das Modell einer "bürgerlichen Revolution" abgeleitet werden könne, in dem sich liberales Aufbegehren und sozioökonomische Umwälzung ergänzten. Eley trennt die Komponenten auf – "bürgerliche Revolution", meint er, sei sinnvoll nur zu definieren, wenn sie als *"die erfolgreiche Schaffung eines gesetzlichen und politischen Rahmens für die ungehinderte Entfaltung des Industriekapitalismus"* (Eley S. 29) betrachtet werde. Die Frage nach politischen Revolten für Demokratie und Liberalismus wäre davon zunächst einmal vollständig zu trennen.

Der Sichtweise, nach der die britische Entwicklung wie die französische gegenüber der deutschen als "liberal" bezeichnet würde, liege nach Eley ein idealisierender Blick auf die englische Geschichte zugrunde, der u.a. der tradierten angelsächsischen Soziologie entstamme. Als entscheidendes Entwicklungsmoment werde der *"evolutionäre Charakter der britischen parlamentarischen Tradition"* hervorgehoben. Andererseits zeige die englische Geschichtsschreibung die Tendenz, die *"grundsätzliche Loyalität "* der britischen Arbeiter *"gegenüber den nationalen Institutionen"* positiv zu betonen (siehe bei Eley S. 18 f). Beide Denkmuster trügen zu einer Verzeichnung realer Abläufe der englischen bürgerlichen Revolution bei, die sich in der Absetzung des deutschen Sonderwegs von dieser Entwicklung spiegle; ein solches Geschichtsbild sei z.B., so Eley, *"von einer ganz unrealistischen Auffassung bestimmt, wie weit die repräsentative Regierungsform im viktorianischen England tatsächlich fortgeschritten war"* (Eley S. 26).

Eley schlägt daher vor, den Begriff der "bürgerlichen Revolution" von dem Bedeutungsinhalt Fortschritt hin zu mehr Demokratie zu befreien, und er kommt so zu einer anderen Bewertung der deutschen Entwicklung als die Vertreter der Sonderwegs-These. Die Behauptung, der kaiserliche deutsche Staat hätte sich *"den Anforderungen der Leitung einer 'modernen Industriegesellschaft'"* langfristig nicht gewachsen zeigen können (S. 15f.), weist Eley ebenso zurück wie die Kennzeichnung der wilhelminischen Gesellschaft als vormodern. In Wirklichkeit habe die deutsche Bourgeoisie im Kaiserreich ihre Interessen adäquat und umfassend durchsetzen können und eine durchaus moderne Gesellschaftsformation geschaffen: *"...der deutsche Verlauf der 'Revolution von oben' in den Jahren 1864-1871 war ebenso in der Lage, die Vorherrschaft der Bourgeoisie sicherzustellen wie andere Entwicklungen in England und Frankreich, und er wird der Bezeichnung 'bürgerliche Revolution' ebenso gerecht"* (Eley S. 29). Eley kommt umgekehrt zu dem Schluß, die Gleichset-

Fortsetzung **Viertes Reich**

Winkel Deutschlands bekannt geworden – und trotzdem bekannten sich 30 bis 40% der Deutschen öffentlich zu den Stereotypen, die zu der Katastrophe geführt haben. Die offizielle Politik, der "große Friede mit den Tätern" (Giordano), hat die Menschen in dieser Haltung bestärkt – die Entnazifizierung wurde früh abgebrochen, die industriellen Kriegsverbrecher wie Krupp bekamen zügig ihr Vermögen samt Kriegsprofiten zurück, Nazi-Ärzte und Blutrichter wurden in keinem einzigen Fall behelligt.

Was hat in der alten Bundesrepublik verhindert, daß dieses Potential politisch wirksam wurde? Eine Episode aus den 50er Jahren soll den zugrundeliegenden Mechanismus veranschaulichen, nämlich die Auseinandersetzung um die Wiedergutmachungszahlungen an Israel. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen war in ihrer "Unfähigkeit zu trauern" (Mitscherlich) so starr, daß sie diese Wiedergutmachung strikt ablehnte, nur 11% der Bundesbürger unterstützten damals diese Zahlungen. Im Bundestag aber gab es eine überwältigende Zustimmung; anders gesagt: Die Wiedergutmachung mußte von der politischen Klasse gegen den Antisemitismus in der Bevölkerung durchgesetzt werden. Ausschlaggebend für dieses Vorgehen war aber nicht antifaschistische Gesinnung – es wurde ja oben bereits darauf hingewiesen, wie sehr die Regierenden die Entnazifizierung hintertrieben hatten! – sondern ein außenpolitisches Kalkül. Der Ausgleich mit Israel, so Adenauers Überlegung, würde die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft erleichtern und Souveränitätsbeschränkungen abschütteln helfen. Würde man dem Antisemitismus in der Bevölkerung freien Lauf lassen, so könnte das nur zu einer Isolation der Bundesrepublik führen. Adenauer sagte wörtlich: *"Die Macht der Juden, auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen."* Frappierend, wie sich hier das antisemitische Stereotyp von der jüdischen Weltmacht philosemitisch artikuliert. Der Antisemitismus in der westdeutschen Bevölkerung kam also deswegen nicht zum Tragen, weil die politische Klasse Rücksicht auf ihre außenpolitischen Bündnispartner nehmen mußte.

Mit dieser Rücksichtnahme ist es spätestens seit der deutschen Einigung vorbei. Das neue, große Deutschland hat die volle Souveränität erreicht und ist die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch

Fortsetzung Viertes Reich

politisch und militärisch dominierende Macht des Kontinents geworden. Umgekehrt ist die Einheit des Westens in dem Maß zerfallen, wie der gemeinsame Gegner Sowjetunion verschwand. Das neue Deutschland verfolgt seine Interessen völlig selbstbestimmt und kümmert sich dabei nicht mehr um die Honorierung durch die westlichen Staaten. Sowohl die weitgehende Zurückhaltung während des Golfkrieges als auch das aggressive Vorpreschen bei der Zerschlagung Jugoslawiens sind Marksteine auf dem neuen deutschen Sonderweg.

1989: Der völkische Nationalismus taut auf

Der völkische Nationalismus der Deutschen überstand die Kriegsniederlage des Dritten Reiches und wurde in die Bundesrepublik hinübergerettet. Der Antisemitismus als zentrales Element dieser Ideologie war schon vor der Wiedervereinigung vorhanden, allerdings konnte er politisch nicht wirksam werden. Er wurde in der Latenz gehalten – was mit der Wiedervereinigung entfallen ist.

Die Folgen sollten nicht auf sich warten lassen. Nicht nur, daß der Wohlstandsrassismus, den es zweifellos auch in anderen europäischen Ländern gibt, in Deutschland ein besonderes Ausmaß und eine besondere Gewalttätigkeit erreicht hat. Auch der Antisemitismus, Lackmustest auf die neue Virulenz des spezifisch deutschen Nationalismus, ist wieder aufgeflammt (nachdem er – vor allem in Folge des durch die APO bewirkten Bruchs mit dem "Muff der 1000 Jahre" – in den 70er und 80er Jahren auf einen Sockel von 15-20% der Gesamtbevölkerung zurückgegangen war). In der oben bereits zitierten Umfrage des SPIEGEL kurz nach der Wiedervereinigung hatte sich an diesem Prozentsatz zwar oberflächlich (noch) nichts geändert. Aber bei genauer Analyse ist etwas Erschreckendes festzustellen: Zum ersten Mal seit 1945 steigt der Anteil der Antisemiten unter den Jugendlichen wieder an! Vorher war Antisemitismus im wesentlichen ein Phänomen unter Älteren gewesen, die noch im Nazismus sozialisiert und indoktriniert worden waren, es galt die Faustregel: Je jünger, desto weniger antisemitisch. Jetzt wird eine Trendwende sichtbar: Unter den 18-24jährigen gibt es 50% mehr Antisemiten als unter den 24- bis 29-jährigen, und bei den Befragungen von Unter-18jährigen, die von anderen Instituten

zung von "bürgerlichen" mit "demokratischen" Verhältnissen erweise sich als wenig tragfähig: *"Das Beispiel der deutschen Gesellschaft zwischen 1870 und 1914 legt nahe, daß die geordnete Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auch innerhalb einer Staatsform garantiert werden kann, die von einer rein repräsentativen Demokratie weit entfernt ist"* (Eley, S.31). Die besondere Form einer "bürgerlichen Revolution" im deutschen Kaiserreich habe Deutschland in verschiedener Hinsicht geradezu zur *Avantgarde* der kapitalistischen Staaten gemacht. Als spezifische *"Aspekte der Entwicklung des Kapitalismus im Kaiserreich"* nennt er *"das höhere Konzentrationsniveau, die rasch ansteigenden Investitionen in neue Fabrikanlagen und neue Technologien und das Experimentieren mit ausgefeilteren Methoden der Arbeitsteilung – die das so oft ausführlich und erschöpfend beschriebene, von Repression gekennzeichnete Verhältnis von Unternehmern und Arbeitnehmern erst ermöglichten"*. Die in Deutschland forcierte und hochkonzentrierte Industrialisierung sei es z.B. gewesen, die ein effektives System der "schwarzen Listen" ermöglichte; dieses System habe im weniger konzentrierten Fabriksystem Großbritanniens nicht gleichermaßen wirksam werden können. Durch schwarze Listen und andere Möglichkeiten, die Arbeiter wirkungsvoll an die Betriebe zu binden, sei im deutschen Kaiserreich, z.B. für Krupp, eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Betriebs kaum erforderlich gewesen.

Bis hierhin erscheint Eleys Infragestellung von Stereotypen, die in gängige Formulierungen der These vom "deutschen Sonderweg" Eingang fanden, stichhaltig. Eley geht jedoch noch weiter: Die Annahme eines deutschen Sonderwegs sei insgesamt zu verwerfen. Diese Forderung kann Eley allerdings nicht selbst systematisch entwickeln und darlegen. Einer solchen Aufgabe entzieht er sich vielmehr, indem er den kritischen Mustern der These vom deutschen Sonderweg eine eigene geschichtswissenschaftliche Herangehensweise *entgegensetzt*, die die *Möglichkeit* geschichtlicher deutscher Kontinuitäten a priori dementiert.

Eley ist Spezialist für die Untersuchung des deutschen Kaiserreichs, der Ära des Wilhelminismus. Seine detaillierten Studien zur Geschichte diverser Verbände (z.B. von Industrievereinigungen oder Bauernverbänden) lassen sich mit der These nicht vereinbaren, feudale Strukturen seien wirkungsmächtig geblieben und hätten eine ohnehin schwache Bourgeoisie blockiert. Eley setzt gegen die allgemeine These vom deutschen Sonderweg den wissenschaftlichen Anspruch, letztlich sämtliche Ereignisse und Zusammenhänge aus Detailanalysen jener Kräftekonstellationen zu erschließen, die ihnen unmittelbar vorausgehen. Der Wilhelminismus erklärt sich bei Eley aus den jeweils konkreten Interessenskonstellationen z.B. in den von ihm untersuchten Verbänden. Nur im genauen Rückgriff auf die jeweiligen Quellen läßt sich das politische Verhalten von Klassen und sozialen Gruppen aus ihren spezifischen Interessen und der jeweils von ihnen transportierten Ideologie erschließen.

Stärken und Schwächen: NS-Analyse

Die begrenzte Reichweite, die Eleys' Kritik der Sonderwegs-These besitzt, zeigt sich an der Analyse des NS-Faschismus, die für die Frage nach einem deutschen Sonderweg den Dreh- und Angelpunkt darstellt. Eley trägt eine Kritik der Faschismus-Analyse der "Sonderwegs-Theoretiker" vor, die sich schlüssig aus der Kritik ihrer Grundthesen ergibt. *"Das Problem Nationalsozialismus"* werde, weist Eley nach, aufgrund der falschen Analyse eines deutschen Verharrens in Feudalstrukturen *"umdefiniert zum allgemeinen Problem politischer Rückständigkeit"* (S. 10).

Eley setzt jedoch keine Erklärung des NS-Systems als einer modernen Herrschaftsvariante oder Massenideologie dagegen, sondern erklärt die NS-Machtergreifung, analog zu seinen methodischen Vorgaben, zwangsläufig und von vornherein zu einem Ereignisdetail, das sich mit den spezifischen Interessen und Verhaltensmustern der politischen Konstellation Anfang 1933 erklären läßt. Einzig die deutsche *"Fähigkeit, als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise nach 1929 den Faschismus zu entwickeln"*, könne als *"Sonderweg der deutschen Geschichte"* betrachtet werden, polemisiert Eley (S. 32) und gibt die Unfähigkeit zu erkennen, die Grenzen des eigenen methodischen Herangehens zu begreifen.

Eley hat z.B. keine Antwort auf die Frage anzubieten, warum sich der Antisemitismus der NS-Ideologie Anfang bis Mitte des 20. Jahrhunderts so erfolgreich als Massenideologie ausbreiten konnte. Mit Eley kann ein Erklärungsmodell der Kritik unterzogen werden, das Antisemitismus als Bewußtseinsform aussterbender, vom Feudalismus geprägter Klassen beschreibt – diese bei Engels auf den Wilhelminismus bezogene These korrespondiert mit der Erfassung des Kaiserreichs als halbfeudal. Doch mit soziologischen Untersuchungen konkreter Gruppenprozesse und Gruppeninteressen gelingt Eley an keiner Stelle eine Erklärung für die besondere antisemitische NS-Propaganda in Deutschland.

Exkurs: Der Theorieansatz Postones

Daß es möglich ist, den modernen Charakter des NS-Staates und der NS-Ideologie ernstzunehmen, dabei aber auch übergreifende Entwicklungslinien zur Entstehung dieser Ideologie zu berücksichtigen, beweist dagegen Moishe Postone in seinem 1979 erstveröffentlichten Aufsatz "Die Logik des Antisemitismus". Postone betont, der NS-Antisemitismus sei nicht als "antimoderne" Denkströmung zu charakterisieren und führt als Beleg u.a. die Beobachtung an, daß die Nationalsozialisten Blut *und* Maschine positiv mystifizierten und daß die NS-Agitation gegen "Bonzen" sich niemals gegen den "produktiven", den Industriekapitalisten richtete. Dabei stellte die NS-Ideologie die unterschiedlichsten modernen Erscheinungen als jüdisch gelenkt dar – den "Asphaltdschungel" ebenso wie "Bonzentum" und "Bolschewismus". Postone kommt zum Schluß, eine *"sorgfältige Überprüfung des antisemitischen Weltbildes"* lasse *"das Vorliegen einer Denkform deutlich werden (...), in der die rasche Entwicklung des industriellen Kapitalismus"* insgesamt *"durch den Juden personifiziert und mit ihm identifiziert wird."*

Als auffälligstes Moment der NS-Ideologie beschreibt der Autor die Identifikation der "Juden" mit Eigenschaften wie "Abstraktion", "Mobilität" und "mysteriöse Unfaßbarkeit". Das verweise darauf, daß der moderne Antisemitismus in ihnen die als negativ gekennzeichneten, abstrakten Seiten des aktuellsten Kapitalismus verkörpere. Postone knüpft an Marx' Ausführungen zum Warenfetisch an, an die dem Kapitalismus inhärente Tendenz, konkrete und abstrakte Dimensionen der gesellschaftlichen Erscheinungen zuerst zu isolieren und sie dann zu verdinglichen oder zu personifizieren. Die Aufsplittung in positivistische Anschauungen einerseits und romantizistische andererseits läßt sich aus dieser Figur, der Hypostasierung von "konkreten" und "abstrakten" Dimensionen von Wirklichkeit, ableiten. Antisemitismus ordnet sich, so gesehen, der romantischen Denkrichtung zu, die sich selbst als antibürgerliche Revolte versteht. In ihm spiegelt sich, in verschobener Form, eine Dimension des Kapitals – von Marx als "unaufhörliche, rastlose Selbstvermehrung des Wertes" bezeichnet, die als Vorstellung von der wuchernden jüdischen Weltverschwörung zum Ausdruck kommt.

Postone beschreibt in seinem Aufsatz nur, *"was"* sich in Deutschland im NS durchsetzte, nicht *"wie"* dies geschah. Eine historisch-kritische Darstellung wäre seinen Thesen aber anschlußfähig (7). Es ergäbe sich damit der Raum, die Frage nach den Besonderheiten und Kontinuitäten der deutschen Entwicklung als Variante des modernen Kapitalismus zu stellen, und somit die Möglichkeit einer adäquaten These vom "deutschen Sonderweg".

Sonderwegs-These – nach Eley?

Selbst Eleys eigener Text deutet an, daß einige Spezifika deutscher Entwicklung eklatant und unerklärt bleiben: In der Zusammenfassung ist dort z.B. davon die Rede, für das deutsche Kaiserreich seien *"besondere Formen des Antagonismus von Kapital und Arbeit"* festzustellen, ebenso eine *"besondere Kombination von politischen Zwängen als ein besonderes Verhaltensmuster 'staatsbürgerlicher Unmündigkeit'"*, und Eley bemerkt, daß in Deutschland *"politische Ambitionen der Bourgeoisie (...) auf ganz andere Weise als in England oder Frankreich artikuliert wurden."* (S. 58) Auch zur Genese solcher Besonderheiten nimmt Eley – trotz allem – Stellung, schreibt beispielsweise, *"...daß die rasche Expansion und Konzentration des Kapitals in einer Gesellschaft erfolgte, in der die Aristokratie auf der staatlichen Ebene noch bedeutende Positionen einnahm; daß die frühzeitige Organisation der Arbeiterklasse in einer sozialdemokratischen Partei eine Umstrukturierung des Machtblocks gegen (...) die aristokratische Fraktion der Großgrundbesitzer verhinderte; und daß die Bedingungen der beschleunigten kapitalistischen Transformation und des sozialen Wandels an die bestehenden Parteistrukturen Anforderungen stellten, die diese nicht immer erfüllen konnten."* (Eley S. 57)

Es ist wenig überzeugend, wenn Eley dies als *"Anhäufung konjunktureller Widersprüche"* (Eley, S. 57); *"konjunktureller"* im Original hervorgehoben) zu erklären versucht, um die Frage, ob sie Resultate einer besonderen Entwicklung seien, zu überspringen. Es liegt auf der Hand, daß diese Beschreibung Momente enthält, die sich nicht aus Situationsanalysen des Wilhelminismus, sondern nur aus der Betrachtung der Vorgeschichte erschließen lassen. Die Frage nach einem deutschen Sonderweg ist also, anders als vom Autor beabsichtigt, nicht erledigt, sondern modifiziert. Es ist nicht plausibel, um die Jahrhundertwende ein rückständiges Deutschland zwischen Kapitalismus und Feudalismus auszumachen. Das besondere deutsche System der kapitalistischen Entwicklung erscheint vielmehr als eine moderne Herrschafts- und Entwicklungsvariante des Kapitalismus.

Fortsetzung VIERTES REICH

vorgenommen wurden, ergab sich ein noch düstereres Bild.

Katalysiert wird diese Entwicklung dadurch, daß der Antisemitismus auch bei den politischen Eliten wieder ehrbar wird. Während Bundestagspräsident Jenninger noch 1988 seinen Hut nehmen mußte, weil in seiner Rede zum Jahrestag der Reichspogromnacht antisemitische Zwischentöne hörbar geworden waren, ist das Tabu nach 1989 stark durchlöchert worden. So hat etwa Bundeskanzler Kohl die Legende von der jüdisch-bolschewistischen Verschwörung wieder salonfähig gemacht, indem er den Jüdischen Weltkongreß der Zusammenarbeit mit der SED bezichtigte und sich demonstrativ mit dem international als Kriegsverbrecher geächteten Kurt Waldheim getroffen hat. Bedeutsam ist auch die Abkehr der führenden regierungsnahen Tageszeitungen FAZ und DIE WELT von ihrem früher eindeutig philosemitischen Kurs. So wies beispielsweise die FAZ in schroffer Form die Kritik von Ignatz Bubis am CDU-Präsidentschaftskandidaten Heitmann zurück, und DIE WELT veröffentlichte eine antisemitische Kritik an Spielbergs Film "Schindlers Liste". Die demonstrative Aufwertung der Symbole des deutschen Sonderwegs – Berlin als Hauptstadt, der Reichstag als Parlament, die "Neue Wache" als nationale Gedenkstätte – kreieren einen völkischen Geschichtsdiskurs, der den Antisemitismus ständig neu hervortreibt.

Die neue Außenpolitik

Der völkische Nationalismus deutscher Prägung hat – wie Hannah Arendt nachgewiesen hat – gleichermaßen eine innen-, wie eine außenpolitische Komponente. Die Logik der Blutsbindung der Staatsbürgerschaft, die im Inland die Juden zu "Volksfremden" machte und in einer historischen Krise in ihrer Vernichtung gipfelte, entdeckt im Ausland "Volksdeutsche" bis zum Ural und hält den Anspruch auf die von ihnen besiedelten Gebiete offen. Diese Rechtsposition, vom Bundesverfassungsgericht fixiert in der Definition der Bundesrepublik als Nachfolgerin des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, war bis 1989 fiktiv, sie bot nur Stoff für Leitartikel und Parlamentsreden – mit der Wiedervereinigung aber wurde sie auch in der Realpolitik wirksam.

Der Sieg der Parole "Wir sind ein Volk" war ein folgenreicher Triumph des "Selbstbestimmungsrechts der Völker", das fast 50 Jahre aus Europa ver-

Fortsetzung Viertes Reich

bannt war, weil es den Nazis in der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges gute Dienste geleistet hatte. Hinter diesem Schlagwort verbirgt sich mehr als das normale kapitalistische Interesse an Marktwirtschaft, dahinter verbirgt sich das Interesse an Zerschlagung und Beherrschung anderer Staaten.

Der Fall Jugoslawiens demonstriert die aktuelle Bedeutung dieser These am krassesten: Ende der 80er Jahre war Jugoslawien auf dem Weg zu einem engen Assoziierungsabkommen mit der EG. Mit seiner gut ausgebauten Infrastruktur wäre es ein ideales Billiglohnland für die großen Konzerne geworden, hätte für die Bedürfnisse des internationalen Kapitals maßgeschneidert werden können. Während England, Frankreich und die USA Jugoslawien deshalb als Ganzes erhalten wollten, ging die BRD den entgegengesetzten Weg und ermutigte die Abspaltung von Slowenien und Kroatien. Marksteine auf diesem Weg waren die Einräumung von Hermes-Krediten für die Sezessionsrepubliken bei gleichzeitiger Sperrung für den Gesamtstaat Jugoslawien bereits im Sommer 1991 (*"Ohne Hilfe der Deutschen hätten wir gar nicht bis jetzt standhalten können."* – Tudjman, 18.11.1991) und die Durchsetzung der diplomatischen Anerkennung von Zagreb und Ljubljana innerhalb der EG im Winter 1991 (Lord Carrington: *"Eine Anerkennung bedeutet faktisch die Zerstörung Jugoslawiens"*; Kohl vor dem CDU-Parteitag: *"Ein großer Sieg für die deutsche Politik"*).

Wenn Ex-Jugoslawien von der FAZ als *"Völkergefängnis"* und von dem CDU-Staatsrechtler Rupert Scholz als *"künstliches Produkt"* bezeichnet wird (Scholz weiter: *"Originäre Völker"* dürften nicht länger in *"ungewollten, widernatürlichen oder aufgezwungenen staatlichen Organisationen"* festgehalten werden), dann wird damit die spezifisch deutsche Denktradition wiederaufgenommen, die – im Gegensatz zum französisch-westlichen Volksbegriff – ein "Volk" als "natürliche Blutsgemeinschaft" definiert, in die man qua biologischer Determination hineingeboren wird. In der völkischen Weltsicht können nur "originäre Völker" die Grundlage "gesunder" Staatenbildung sein, alles andere sind "Völkergefängnisse". Das heißt: Die zu respektierenden Subjekte des Völkerrechts sind nicht etwa die Staaten in ihrer territorialen Integrität und der Unantastbarkeit ihrer Grenzen, sondern es sind die "Völker", die als anthropologische, übergeschichtli-

Auch die Frage nach der Besonderheit der "bürgerlichen Revolution" in Deutschland ist nach Eley nicht einfach erledigt. Es verbietet sich zwar, das Sprachmuster von der "ausgebliebenen bürgerlichen Revolution" in Deutschland unreflektiert weiterzuverwenden, und es erscheint als notwendig, zwischen "bürgerlicher Revolution" im Sinne der Definition Eleys und dem Revolutionsereignis im Sinne bürgerlich-liberaler Revolte zu differenzieren. Daß aber das Ausbleiben solcher erfolgreichen Revolten die deutsche Entwicklung besonders prägte, bleibt eine plausible These. Schon Marx rückte in verschiedenen Schriften diese Besonderheit in den Mittelpunkt des Interesses: *"Ja, die deutsche Geschichte schmeichelt sich einer Bewegung, welche ihr kein Volk am historischen Himmel weder vorgemacht hat noch nachmachen wird. Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen"* (in: Vorwort "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie"). Er kann geradezu als Pionier einer deutschen Sonderwegs-These gelten (8), wenn er beispielsweise schrieb, Deutschland kombiniere daher *"die zivilisierten Mängel der modernen Staatswelt, deren Vorteile wir nicht besitzen,(...) mit den barbarischen Mängeln des ancien regime."* Und seine Prophezeiung, Deutschland werde *"sich daher eines Morgens auf dem Niveau des europäischen Verfalls befinden, bevor es jemals auf dem Niveau der europäischen Emanzipation gestanden hat"*, liest sich nicht zu Unrecht auch weiterhin wie eine Vorahnung von Weltkrieg und Faschismus (9).

Leider ist es in der marxistischen Bewegung nie zu einer wirklich kritischen Debatte um die These vom deutschen Sonderweg gekommen, weshalb ihre *Ausarbeitung* noch heute ziemlich am Anfang steht.

Die verspätete Nation als Avantgarde: Enderwitz

Einen Theorieansatz, der verspricht, die entstandene deutsche bürgerliche Gesellschaft als eine *moderne* Formation zu begreifen, dabei aber gleichzeitig die Spezifika der deutschen Entwicklung *herauszuarbeiten* (statt sie, wie Eley, als bloß "kunjunkturelle" Faktoren herunterzuspielen und zu verharmlosen) bietet Ulrich Enderwitz in seinem Buch "Volksstaat und Antisemitismus" (10). Im Unterschied zu den gängigen Sonderwegs-Thesen geht auch Enderwitz davon aus, daß der moderne Antisemitismus kein Relikt vor-kapitalistischer Zeit ist (ergo eine "normale" kapitalistische Entwicklung wie in den westlichen Staaten das beste Remedium darstelle); er erklärt es vielmehr zum Resultat des Übergangs vom Frühkapitalismus zum entwickelten Kapitalismus, das als solches prinzipiell in allen kapitalistischen Staaten auftreten müsse. In allen modernen Gesellschaften habe nämlich, so Enderwitz, die Übernahme der Staatsmacht durch das Besitzbürgertum eine gefährliche Destabilisierung bewirkt, da das immer mehr anschwellende Proletariat bei seinem wirtschaftlichen Überlebenskampf im Bourgeois nicht nur auf den Arbeitgeber, sondern in Personalunion auch auf die Staatsmacht traf. Deshalb sei es notwendig geworden, im Interesse der ungestörten Kapitalakkumulation die Bourgeoisie aus der Staatsmacht herauszudrängen und den Staat als über den Klassen stehenden Leviathan zu etablieren (was Marx am französischen Beispiel von Napoleon III. als "Bonapartismus" definierte). In dieser Konstellation reaktiviert der Staat den Antisemitismus in neuer Funktion: Er attackiert den Juden als Alter Ego des egoistischen Kapitalisten, der den persönlichen Profit über das langfristige Interesse der Nationalökonomie stellt. So demonstriert der "ideelle Gesamtkapitalist" gegenüber dem Proletariat seine vermeintliche Klassenneutralität, gegenüber der Bourgeoisie seine Potenz als Zuchtmeister von Partikularinteressen.

In Deutschland habe diese generelle Tendenz der bürgerlichen Gesellschaft deswegen eine besondere Dynamik erhalten, weil der preußische Obrigkeitsstaat nicht eine schon vorhandene Bourgeoisie diszipliniert und in die nationale Pflicht genommen habe, sondern – und hier spielen die anfangs geschilderten Spezifika der deutschen Geschichte durchaus eine Rolle – an Stelle der Bourgeoisie von Anfang an die Durchsetzung und den Aufbau kapitalistischer Strukturen geleitet habe. Die frühbürgerlichen Tugenden des Individualismus, der Toleranz und des Liberalismus, die in Staaten wie England und Frankreich konstitutiv für die Nationsbildung waren und ein Gegengewicht gegen die Herausbildung eines gefräßigen Leviathan (und seinen Antisemitismus!) blieben, fehlten also in Deutschland völlig. Schlimmer noch: Da die von Lassalle mehr als von Marx geprägte Arbeiterbewegung auf den Staat fixiert war, wurde auch sie vollständiger als in anderen Ländern in diesen Prozeß einbezogen.

In Nazi-Deutschland kam, so die von Enderwitz nahegelegte Schlußfolgerung, eine Tendenz zum Durchbruch, die allen kapitalistischen Gesellschaften immanent ist. Deutschland, die verspätete Nation, war demnach kein "historisches Überbleibsel", sondern Avantgarde einer allgemeinen Barbarei. Ein *solcher* Ausgangspunkt der Debatte um den deutschen Sonderweg stellt durchaus die Frage nach einer *Tendenz* zur Nivellierung – die beruhigende Behaup-

tung, die in der deutschen Geschichte besonders wirksamen Dynamiken seien 1945 unterbrochen und gekappt worden, läßt sich daraus indessen nicht ableiten.

Zahlreiche Fakten und politische Entwicklungen insbesondere seit der Wiedervereinigung sprechen tatsächlich dafür, daß ein deutscher Sonderweg auch in der Zukunft gefährliche Ergebnisse erbringen könnte: Die relative Mäßigung deutscher Politik von 1945 bis 1989 stellt sich vor diesem Hintergrund tatsächlich eher als eine vorübergehende Phase, denn als Beendigung einer nach innen wie außen spezifisch-aggressiven deutschen Entwicklung dar. Es gibt keinen Grund dafür, dem gängigen Normalisierungsgeklingel zu folgen, allen Grund aber dazu, der deutschen Entwicklung aktiv entgegenzutreten: Die theoretische Erarbeitung eines tragfähigen historischen Konzepts zur Erörterung der deutschen Spezifika ist für solchen Widerstand eine fast unmittelbare Voraussetzung.

Jü, Be, Mar*

* Der Artikel ist Zwischenprodukt einer unabgeschlossenen Diskussion und nicht überall konsensual verfaßt

Anmerkungen:

1) Vgl. Léon Poliakov, Der arische Mythos, Hamburg 1993

2) Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986

3) ebd. 4) ebd.

5) Norbert Elias, Studien über die Deutschen, Frankfurt a.M. 1992, S.23

6) Diese Kritik läßt sich konzentriert nachlesen in: Geoff Eley, Deutscher Sonderweg und englisches Vorbild, In: Geoff Eley/David Blackbourn, Mythen deutscher Geschichtsschreibung, Berlin 1980; aus diesem Text stammen die angeführten Zitate; dieselbe Sichtweise liegt verschiedenen Studien zum Wilhelminismus zugrunde, die in einem Sammelband veröffentlicht wurden: Geoff Eley, Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland, Münster 1991

7) Postone gibt in einer Fußnote z.B. den Hinweis, der Kontrast von Formen "konkreter" Herrschaft im Frühkapitalismus (z.B. im Kaiserreich) zu späteren Formen habe in Deutschland möglicherweise das *"Ausmaß"* bewirkt, *"in dem später die abstrakte Herrschaft des Kapitals nicht nur als bedrohlich, sondern auch als mysteriös und fremd wahrgenommen wurde"*

8) Vgl. auch schon im "Kommunistischen Manifest" Marx' Warnung vor einer Haltung, *"die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normalmenschen"* zu verharmlosen...; Karl Marx/Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest, in: Karl Marx, Die Frühschriften, Stuttgart 1968, S.551ff.

9) Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Karl Marx, Die Frühschriften, Stuttgart 1968, S.207 ff.

10) Ulrich Enderwitz, Volksstaat und Antisemitismus. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung, Freiburg i. Brsg. 1991

Fortsetzung Viertes Reich

che Einheiten gesetzt werden. Mit der Ausdehnung dieses Prinzips, das in der BRD bis zur Wiedervereinigung "nur" das deutsche Staatsbürgerrecht regelte, auf die Außenpolitik wird das herrschende Völkerrecht auf den Kopf gestellt. Franz Neumann hat dies als Schlüssel für die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs dechiffriert: *"Wenn der Staat keine abstrakte rechtliche Einheit mehr ist, sondern lediglich das Gebäude von Volkstum und Rasse, und wenn die Souveränität nicht mehr beim Staat, sondern in Rasse oder Volkstum liegt, wie das in der nationalsozialistischen Theorie der Fall ist, ergeben sich daraus zwei offenkundige Konsequenzen. (...) Die souveräne Rasse kennt keine territorialen Grenzen und dann gibt es keine Schranken für die höchste Gewalt. (...) Das juristische Faktum der Staatsangehörigkeit kann das biologische Faktum der Rassenzugehörigkeit nicht beseitigen. Die Souveränität der Rasse ist die ideologische Grundlage für die Fünfte Kolonne und den Imperialismus."* (2)

Ein aktuelles Beispiel, wie man mit der Idee der "originären" Völker Staaten zerstören kann, um sich schließlich als Friedensstifter aufzuspielen, sind die Visionen, die im Jahre 1991 Horst Teltschik, damals Regierungssprecher von Helmut Kohl, zur Situation in Osteuropa entwickelte. Was er in einer Rede vor dem außenpolitischen Club der CSU ausführte, faßte die FAZ so zusammen: *"In der Sowjetunion müsse mit 'permanenten Krisen' gerechnet werden, was nicht einmal so schlecht wäre, wenn es nur mit deutscher Hilfe gelänge, sie unter Kontrolle zu halten."* (2.11.91) Auch diese politische Taktik hat Franz Neumann schon bei den Nazis erkannt: *"Das Selbstbestimmungsrecht ist nichts als eine Waffe. Man nutze jede aus dem Minderheitsproblem erwachsende Spannung. Man schüre nationale und rassische Konflikte, wo man kann. Jeder Konflikt wird Deutschland, dem neuen selbsternannten Hüter der Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung, in die Hände spielen."* (3) Die Sprengung der "künstlichen Staaten" der Friedensordnungen von Versailles und Jalta durch das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" ermöglicht aber nicht nur Subversion, sondern auch Annexion. Denn wenn man allen anderen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zugesteht, wie kann man es dann dem deutschen Volk, das bekanntlich von der Maas bis an die Memel reicht und darüber hinaus, versagen? Das ist das heimliche Hintergrund der deutschen Anerkennungspolitik auf dem Balkan und anderswo. Daß auch heute wieder das "Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes" ein Mittel zur territorialen Ausdehnung ist, bewies die Wiedervereinigung. Damit ist das Thema aber längst nicht ausgereizt: Die offizielle deutsche Politik gegenüber der Tschechischen Republik, die halboffizielle, die auf die Stärkung der "deutschen Minderheit" in Rußland setzt, um Einfluß u.a. auf "Königsberg" zurückzuerlangen, lassen die Strukturen künftiger Machtgelüste gen Osten bereits heute erahnen...

Zweites, Drittes, Viertes Reich

In dieser Situation sind das Schlimmste die Stimmen, die eine Wiederholung der Vergangenheit ausschließen: Sie bedeuten ideologisches Appeasement. Demgegenüber wäre die Parole vom Vierten Reich unbedingt zu verteidigen, sofern darunter nicht eine grobgestrickte Analogisierung der Gegenwart zum Dritten Reich behauptet wird, sondern auf die Kontinuitätsstränge hingewiesen wird, die sich von der Außenpolitik des Zweiten Reiches über die Weimarer Republik bis hin zum Dritten Reich ziehen lassen. Diese Kontinuitätsstränge kamen zwischen 1945 und 1989 nur abgeschwächt zum Tragen, sind aber seither, seit der deutschen Wiedervereinigung, wieder voll sichtbar. Das Vierte Reich nimmt die imperialistische Mittellage des Zweiten Reichs, also des Bismarckismus und Wilhelminismus wieder auf, und vom Zweiten Reich führt eine Verbindungslinie zum Dritten Reich. Daraus ist keine Prognose abzuleiten, sondern damit ist die dramatische Unkalkulierbarkeit der Lage betont. Wer kann die Hand dafür ins Feuer legen, daß nach den Vielvölkerstaaten Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien morgen nicht die Vielvölkerstaaten Belgien, Schweiz und Kanada zerbrechen? Wer kann für den Bestand der EG, ja der NATO garantieren? Wo gestern Urlaubsstrände waren, sind heute Schlachtfelder. Wo gestern der Osten war, ist heute ökonomische Wüste und politischer Dschungel. Nichts bleibt, wie es ist. Einzig das neue Deutschland vergrößert sein Gewicht ständig, wird durch politische und rassistische Säuberungen immer homogener. Das ist das Problem.

Jürgen Elsässer

Anmerkungen:

1) Richard J. Evans, Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1991

2) Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1984, S.213

3) Franz Neumann, Behemoth, S.185

100% German Pop

Krauts with Attitude

Die "nationale" und "ethnische" Segmentierung des Pop

"Die Deutschen", schrieb im Januar 1989 ein Musikjournalist in dem Popmagazin "Spex", "sind ein durch und durch friedliches, unfanatisches Volk geworden. Niemand hat hier mehr Lust an Macht, höchstens noch in einem überlebensnotwendigen Sinn, die kleine Macht, die immer entsteht, wenn man etwas gut macht, aber die Tendenz ist deutlich zu erkennen, die *Lust* an der Macht ist am Verschwinden. Die Deutschen sind in ihrer Vernünftigkeit und desinteressierten Lahmarschigkeit das modernste Volk der Welt."

Zwei Jahre später – die vernünftigen und lahmarschigen Deutschen hatten sich inzwischen "wiedervereint" – tauchte in den Plattenläden ein HipHop-Sampler auf, der in den deutschen Nationalfarben gehalten war und den Titel "Krauts With Attitude – German HipHop Vol. 1" trug. Der Name der Compilation hatte sein Vorbild in der Ausgabe 3/90 von "Spex", wo er eine Titelstory über in der BRD lebende Rap-Gruppen ankündigte. Nachdem "Spex" den schwarz-rot-goldenen Sampler zunächst als Abo-Prämie ausgelobt hatte, distanzierte sich ein Autor davon und die Zeitschrift zog diese Werbung schließlich zurück.

"Krauts With Attitude" war ein früher Versuch, bestimmte ironische Muster, die in den USA von Marginalisierten verwendet werden, für popkulturelle Selbstinszenierungen in der BRD nutzbar zu machen. Der Titel des Samplers ist eine Anspielung auf die afroamerikanische Rap-Gruppe "Niggers With Attitude" (NWA), die sich provokant als "Nigger" bezeichnete – in der Hoffnung, die rassistische Zuschreibung umdrehen und als selbstgewählte Identität rekontextualisieren zu können. Übertragen auf deutsche Verhältnisse erscheint nun die auf deutsche Landser gemünzte Bezeichnung "Krauts" als eine mit "Nigger" vergleichbare Diskriminierung. Die Deutschen sind jetzt die Opfer, die sich zur Wehr setzen müssen. Was unter "German HipHop" sonst noch zu verstehen ist, erklärt ein im "authentischen" Rap-Jargon gehaltenes Booklet, dessen zentrale Aussage sich wie ein offizielles Statement des deutschen Außenministers liest: "Es ist jetzt an der Zeit, dem Selbstbewußtsein der Engländer oder Amerikaner irgendwie entgegenzutreten." Hier wird der Frust über den endlosen Strom hervorragender Importplatten, mit denen die eigenen Produktionen qualitativ einfach nicht mithalten können, unmittelbar in nationale Rhetorik transformiert. Damals setzte sich die Überzeugung durch, daß der Ausbruch aus dem unfreiwilligen "Underground"-Dasein nur gelingen kann, wenn die bis dahin gültige kosmopolitische Orientierung durch die Schaffung des Marktsegments "Deutscher HipHop" ersetzt wird. Ging es bis dahin darum, möglichst nahe an die amerikanischen und britischen Vorbilder heranzukommen und Platten für den internationalen Markt zu machen, so war von nun an "deutsches Selbstbewußtsein" gefragt.

Mit "Krauts With Attitude" haben zwischen Hamburg und München lebende Rap-Gruppen – darunter viele, in denen vorwiegend Jugendliche aktiv sind, deren Eltern als Immigranten in die BRD kamen – den unverzeihlichen Fehler gemacht, sich unter dem schwarz-rot-goldenen Logo "deutscher HipHop" vorführen zu lassen. Das widersprach dem Pop-Ansatz, der noch 1989 für die an L.A. und New York orientierten Bands verbindlich war. Von 1990 an kippte die kosmopolitische und antiprovinzialistische Haltung zunächst in ein *multi*nationales und dann in ein multi*nationales* Selbstverständnis. Während zunächst auch unter dem Label "100% German HipHop", das nun eine wachsende Zahl von Samplern zierte, noch vorwiegend englisch gerappt wurde, setzte sich schon bald darauf ein "deutscher Sprechgesang" durch. Diese Ausschlußpraxis bewegte wiederum viele junge Rapper aus Immigrantenfamilien dazu, sich der Sprache ihrer Eltern zu erinnern. Die zunächst vereinzelt auftauchenden Rap-Lyrics in türkischer Sprache verdichteten sich schließlich zum Subgenre "türkischer HipHop", das von der Plattenindustrie derzeit popularisiert wird: Für den 2. Mai 95 hat die Plattenfirma Mercury ein "Oriental HipHop Project" angekündigt – mit "Raps aus 1001 Nacht" von Karakan aus Nürnberg! Das Feld ist endgültig nach "ethnischen" Kriterien segmentiert. Was als kosmopolitischer Pop begann, zerfiel seit der "Wiedervereinigung" in "D-Hop" (WOM-Magazin 1993) und "Oriental Rap". Im Ruhrgebiet, in Süddeutschland, Berlin und Bremen existieren inzwischen hunderte Rap-Gruppen, die in der Pop-Presse deutscher Mittelschicht-Subkulturen, wenn sie sie kennen würde, als "türkisch-kurdisch" eingestuft würden. Zum Thema wurden diese Bands bislang nur in Pädagogik-Zeitschriften. Der Berliner Senat investierte drei Millionen DM, um Sozialarbeiter über diese Szene zu informieren. Die HipHop-Rezeption in Deutschland hat sich entlang von "ethnisierten Klassengrenzen" gespalten.

New Ethnicity: "Es hilft nur Identität, wo Identität herrscht"

Von einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Trend zur Ethnisierung kann bis heute keine Rede sein. Ganz im Gegenteil: Ein besitzergreifender Blick auf die afroamerikanische "Gegen- und Minderheitenkultur" machte deutsche Popszenen in einem erschreckenden Ausmaß gleichgültig gegenüber der Rassifizierungspraxis. Das Verhältnis dieser Szenen zur amerikanischen "Minderheitenproblematik" hatte schon einen handfesten kulturrelativistischen Ausgangspunkt: Weil im "subkulturellen" Konzept einer symbolischen Dissidenz Unverwechselbarkeit immer positiv bewertet wurde, wurden amerikanische "Minderheiten" – als wären sie Popszenen – von Beginn an einfach als weitere interessante Orte der Differenz wahrgenommen, an denen vor allem die "dissidenten Anteile" und ihr "Ethno-Charme" interessierten und nicht so sehr das problematische Verhältnis von Selbst- und Zwangsethnisierung.

Die Kategorien, die das US-amerikanische System der Community Relations produziert, wurden auf diese Weise zu willkommenen Textbausteinen, aus denen eigene Identitätskonzepte und Multikultiansätze verfertigt wurden. So konnte es dazu kommen, daß Personen, die beteuern, vom Nationalismus nichts wissen zu wollen, unter Berufung auf den "schwarzen Widerstand" ein Recht auf regionale, lokale oder subkulturelle Identitäten einklagen. Linke Leute, die in der DDR aufgewachsen sind, problematisieren heute ihre "Ostidentität" anhand einer rigorosen Parallelisierung ihrer "Lage" mit der der "Schwarzenbewegung": "Uns verbindet, daß wir geringere Chancen haben. Viel stärker wird es so den Schwarzen in der USA gehen."

Und man vergißt nicht, zu erwähnen, daß es auch "schwarze Rechtsanwälte gibt", wie es ja "auch im Osten Leute gibt, die ihren Reibach machen." (dokumentiert in ANYP 6/94). In popkulturellen Magazinen wird ernsthaft die Notwendigkeit "einer Art Afrozentrismus der Youth Culture" auch für Jugendliche mit BRD-Paß erörtert. Mit der Begründung, in der gegenwärtigen ökonomischen Situation würden in den USA auch "nicht-schwarze Jugendliche tendenziell den gleichen Rassifizierungsmechanismen unterworfen wie der schwarze Bevölkerungsteil seit 400 Jahren", wird Afrozentrismus als eine "auf andere Bevölkerungsteile übertragbare Strategie" diskutiert. Und da wir auch hier mit amerikanischen Verhältnissen rechnen müssen ("das wird auch hier kommen"), ist das Plädoyer für die deutsche Variante einer spielerischen "New Ethnicity" ruckzuck verfertigt (vgl. "Spex" 6+7/94).

Aus ihrer langjährigen Beschäftigung mit HipHop und der Identitätspolitik US-amerikanischer "Minderheiten" ziehen BRD-Kulturszenen 1994 den fatalen Schluß, daß "nur Identität hilft, wo Identität herrscht". Man will das als "Strategie" verstanden wissen, die sich auf Zuschreibungen nur zum Zweck von "Politikfähigkeit" einläßt. So wird das auch in "Spiegel Spezial" 11/94 formuliert, wo zustimmend vom "spielerischen Nationalismus der Subkulturen" die Rede ist. In der Realität jedoch, das zeigen die Erfahrungen der "Black Nation" ebenso wie die der "Queer Nation", sind essentialistische, anti-essentialistische und anti-anti-essentialistische "Identitäten" ununterscheidbar. Wo Kultur & Identität zelebriert werden, setzen sich "ethnische" Komponenten und nationalistische Intentionen immer wieder durch.

Die Selbstinszenierung von Popszenen, deren Angehörige deutsche Personalausweise besitzen, einen Mittelklasse-Hintergrund haben und über entsprechendes kulturelles Kapital verfügen, als Opfergruppe, die ihre Lage mit der von "ethnisch" Marginalisierten vergleicht, hat damit zu tun, daß die offensichtlicher gewordene Existenz von Millionen Menschen, die in diesem Land als Nichtzugehörige behandelt werden, die bisher unangefochtene Selbstpositionierung als kulturelle Außenseiter unglaubwürdig macht. Diese Erfahrung bringt deutsche popkulturelle Szenen, die ihre Outsider-Position frei gewählt haben und denen die Zugehörigkeit "zu Deutschland" nie wirklich betritten wurde, in ein Konkurrenzverhältnis zu jenen, deren Nichtzugehörigkeit gewaltsam hergestellt wird.

Vor diesem Hintergrund wird die Tragweite eines weiteren Trends deutlich, der derzeit die Popwelt beschäftigt: Im Zuge der Ethnisierung und Regionalisierung der Popmusik wird erstmals seit vielen Jahren auch "German Pop" wieder zum Exportartikel. Von wenigen Ausnahmen abgesehen (The Rattles, Kraftwerk, Holger Czukay/Can, Amon Düül, Tangerine Dream, Neubauten), war Rock aus Westdeutschland und der DDR in den vergangenen fünf Jahrzehnten international völlig bedeutungslos. Das ist im Grunde weder überraschend noch weiter bemerkenswert: Rock *ist* definitiv US-amerikanische Musik!

Die Suche nach dem "authentischen Deutschrock"

Die moderne Popmusik begann Mitte der 50er Jahre in den USA mit Rock'n'Roll, der aus der Verbindung von Rhythm & Blues und "weißen" Schnulzen entstanden ist. Die ersten Begegnungen der "weißen" Bevölkerung der USA mit dem "schwarzen" Blues fanden ab 1912 ("Memphis Blues") statt. Von den 30er Jahren an bis zum Zweiten Weltkrieg wurde die Tanzmusik dann von den Big Bands (Swing, Big Band-Jazz) beherrscht. Der Übergang zum Pop war schließlich seit den 40er Jahren an viele musikalische (City Blues, Hot Jazz, Swing, Sinatras Balladen, Country, R&B, Rock'n'Roll, Folk, Vorrang von Beat & Klang vor der Melodie), soziologische (Teenager-Figur) und technologische (Verbreitung der Schallplatte) Veränderungen

Deutscher Orientalismus

"Fast eine Million türkische Jugendliche leben in Deutschland. Ein gewaltiges Potential." Die fortschreitende Ethnisierung des Sozialen stellt sich aus Unternehmersicht als Entstehungsprozeß neuer Märkte dar, den es zu fördern und zu stabilisieren gilt."

Die Begeisterung über das "gewaltige Potential" äußerte in diesem Fall ein Manager der Plattenfirma Mercury Ende April auf einer Informationsveranstaltung, die die Presse mit einem neuen Produkt des Hauses bekannt machen sollte: Dem ersten "Oriental HipHop-Sampler" mit Karakan, Erci E und Da Crime Posse.

Der Mann hat da seine Erfahrungen. Vor vier Jahren hatte er schon für die Marlboro-Label Boombastic Records den Sampler *"Krauts with Attitude"* konzipiert und so seinen Beitrag zur Deutschwerdung des Rap geleistet. Die Herauslösung eines "deutschen Sprechgesangs" aus einer bis dahin kosmopolitischen Szene war wesentliche Voraussetzung für die anschließende Konstruktion eines *"orientalischen HipHops"*, der nun als angeblich "authentische" Musik all derer vermarktet wird, die in Deutschland als Nichtzugehörige behandelt werden.

Die Selbstverständlichkeit, mit der die Plattenfirma und ihre Medienpartner davon ausgehen, daß es sich bei Jugendlichen, deren Eltern oder Großeltern vor vielen Jahren aus der Türkei in dieses Land kamen, nur um TÜRKEN handeln kann, ist frappierend. Das Presse-Info klärt darüber auf, daß es sich bei *"den Türken"* um eine *"ethnische Minderheit"* handelt, die uns nun auch mit Oriental HipHop eine Vorstellung von *"ihrer eigenen Identität vermittelt."*: *"Denn erst wer klar macht, wo er steht, wird berechenbar (!) und ernst genommen."* Junge Leute, die in Nürnberg, Kiel oder Berlin in türkischer Sprache rappen, machen eben Musik "für ihre Leute". Sie stärken deren *"Identität auf der kulturellen Ebene"* ("Flyer – Berlin Up-Dates" 11/95).

Mercury und viele Journalisten sind nun davon überzeugt, daß *"orientalischer HipHop"* 1995 ein großes Ding werden könnte. Zumal es diesmal nicht bei vereinzelten (wie 1991) oder kompletten (wie 1993) Raps in türkischer Sprache bleibt, sondern die Stücke nun durch gesamplete türkische Heimatfilme und folkloristische Instrumente (Saz, Zurna) eindeutig "orientalisch" bzw. "exotisch" codiert wurden. Neben "Spiegel" (24.4.95), "Woche" (ebenso), "Stern", "Zeit", "Tempo", "Spex", "Prinz" und "ME/Sounds" wird diesmal auch die Jugendbeilage von "Hürriyet", "der auflagenstärksten (350.000) türkischen Tageszeitung in Deutschland", berichten. Und neben Features von MTV, VIVA und RTL 2/Bravo TV erwartet man auch Reviews von TD 1 und TRT, "den beiden in Deutschland zu empfangenden türkischen TV-Sendern."

Skeptisch ist lediglich der junge Trendscout, der die Szene kennt und die Idee an die Plattenfirma herangetragen hatte. Dem in der BRD aufgewachsenen Sohn türkischer Immigranten, seit einigen Monaten neuer Manager von Karakan, bereitete der ignorante Optimismus der deutschen Medienleute einige Sorgen. Er erinnert sie daran, daß die Veröffentlichung des Samplers in eine Zeit massiver türkisch-kurdischer Auseinandersetzungen fällt. Eine linksradikale Zeitschrift habe Karakan soeben als Nationalisten bezeichnet und man müsse auch auf Störmanöver von Seiten der kurdischen Presse vorbereitet sein. Der Scout hat für die Presse alle Titel des Samplers ins Deutsche übersetzt und stellt dabei eine Aussage heraus, die möglichen Einwänden zuvorkommen soll: *"Türken und Kurden sind Brüder und Schwestern."* Doch dieser Satz findet sich ganz unvermittelt am Ende eines Stückes, das "kulturelle Identität" als heiligstes aller Güter beschwört: *"Entfremde dich nicht von deiner eigenen Kultur/denn sie ist dein Rückgrat/ du mußt sie schätzen lernen./ Hör auf, unsere Tradition zu verachten/ lebe dein Leben, aber beschmutze sie nicht."* Und ein paar Songs vorher heißt es: *"Unser Blut ist so rot wie unsere Fahne."*

geknüpft. Der in der Bluestradition stehende Rock aus den USA (später auch aus England: Skiffle, Beat) setzte von Beginn an weltweit gültige Maßstäbe, weshalb es für die Konsumenten auch immer selbstverständlich war, sich an die angloamerikanischen Originale zu halten. Vor 1969/70 blieb ihnen ohnehin nichts anderes übrig, weil bis dahin nennenswerte kontinentaleuropäische Rock-Gruppen kaum existierten.

Auch danach gab es selten Anlaß, Rock aus der BRD zu kaufen – aus demselben Grund, aus dem es auch wenig Sinn machte, Rock aus Italien, Frankreich oder Dänemark zu kaufen. Die periodisch aufkommende deutsche Klage über das Fehlen einer "spezifisch deutschen Popmusik" und die damit verbundene Rede vom "Minderwertigkeitsgefühl" der Deutschrocker zeugt daher von einer bornierten (marktvermittelten) germanozentrischen Sichtweise. Besonders in der BRD – dem größten europäischen Tonträgermarkt – will man sich nie damit abfinden, daß die Platten "einheimischer" Bands nur gekauft werden, wenn sie internationalen, sprich US-amerikanischen und britischen Standards entsprechen, bzw. wenn sie diesen Standards etwas hinzufügen, was international kommunizierbar ist. Daß die "nationale Herkunft" einer international gehandelten (und selbstverständlich in englisch gesungenen) Platte für die Phonoindustrie normalerweise kein relevantes Kriterium ist – die Platte muß lediglich weltweit hohe Verkaufszahlen erzielen –, wurde und wird in der BRD gerade deshalb als besonders diskriminierend empfunden, weil – anders als in Italien oder Frankreich, wo der Rückzug auf den Markt der nationalen Folklore nicht zwangsläufig reaktionär ausfallen muß (meistens aber so ausfällt) – die nationale Erzählung "der Deutschen" für die von Pop-Gruppen erwarteten "oppositionellen" Gesten keine glaubwürdigen Bezugspunkte bietet.

Es hat immer wieder Versuche gegeben, eine "Deutsche Rockmusik" zu definieren und vom allgemeinen Rockbegriff abzugrenzen. Gruppen wie Amon Düül, die sich dem weltweiten Hippietum verbunden fühlten, werden bis heute als die Begründer einer "nationalen Rockmusik" (Sachlexikon Rockmusik, rororo 1978) gefeiert. Die meist abschätzig gemeinte englische Bezeichnung "Krautrock" (in diesem Frühjahr erlebt "German Rock of the Seventies" in England ein äußerst widersprüchliches Revival) wurde freudig zum positiven Identitätsmerkmal umcodiert. Im März dieses Jahres wärmte auch "Spex" die abgestandene Geschichte vom "kosmischen" Deutschrock auf – vorsichtshalber als Übersetzung eines schmeichlerischen Artikels des englischen Popmusikers Julian Cope: "Wenn Westdeutschland nicht von dem Gewicht der importierten, fremden (!) Kultur erdrückt werden wollte, dann mußten die Leute schnell handeln. Krautrock war vor Punk der wichtigste, deutsche Selbsterfahrungstrip".

Die Suche nach dem "authentischen Deutschrock" war seit dem Boom der "Neuen Deutschen Welle" (NDW) Ende der 70er Jahre kein Thema mehr. Die extrabreiten NDW-Bands, von denen etliche ausdrücklich das Ziel verfolgten, "sich von dem Vorbild der englischen und amerikanischen Rockmusik zu lösen" (so die Gruppe Ideal, die 1980 bekannte: "Wir steh'n auf Berlin") leisteten sich ihren, keineswegs nur ironischen, Bezug auf's bundesrepublikanisch Nationale bzw. Regionale (Lokaldialekte) vor dem Hintergrund eines noch relativ stabilen Ost/West-Gleichgewichts, das deutschnationalen Ambitionen wenig realpolitische Chancen zu bieten schien. Angesichts dieser politischen Weltlage konnte eine "Deutsche Welle", die sich augenzwinkernd auf ultratriviale Nachkriegsschlager bezog (und wie diese, keine internationalen Hits hervorbrachte), keine besonderen Befürchtungen wecken. 1995 macht sogar ein harmloser Kirmestechno-Sampler, der unter dem Slogan "NDD – Neuer Deutscher Dancefloor" Dance Remixe von Nachkriegsschlagern, NDW-Hits und Peter Maffay-Balladen versammelt, unangenehme Gefühle, weil man befürchten muß, daß sogar dieses alberne Kiddie-Ding zum Mitsingen und Mittanzen ("Achtung... Tanzen!") als Teil der sehr realen deutschen Selbstbewußtseinswelle funktionieren kann.

Das Bekenntnis zum "Kolonisiertsein" wird zum Exportschlager

Zum Thema wurde "Deutschrock" erstmals wieder durch die zunächst bescheidenen und inzwischen beachtenswerten Erfolge jener neuen Bands, die heute unter das Label "Diskurs-Pop" subsumiert werden. Als im Juli 1990 auf dem ZickZack/What's So Funny About-Sampler "Geräusche für die 90er" achtundzwanzig in der BRD arbeitende Bands (u.a. Mutter, Kolossale Jugend, Cpt.Kirk &, Die Haut, Die Erde, Kastrierte Philosophen, Flowerpornoes, Die Regierung, Die Allwissenden Billardkugeln, Die Hexen) einem größeren Publikum vorgestellt wurden, war die Resonanz noch gering – nicht zuletzt, weil die Veröffentlichung in die Zeit des Aufschwungs der Dancefloor Music fiel. Wie schon die Namen dieser und auch der später hinzugekommenen Bands andeuten, besteht die Gemeinsamkeit der Gruppen in der Suche nach einer Ausdrucksform, die sich den angloamerikanischen Maßstäben entziehen und zugleich den Rückfall in ein "authentisches Deutschtum" vermeiden kann. Ausgangspunkt dieser Bands ist die Überzeugung, daß ihre Chancen auf internationale Beachtung innerhalb der Genres Rock & Gitarrenmusik minimal sind. Da ihnen der Grönemeyer/Westernhagen/Maffay-Ausweg jedoch aufgrund ihres Anspruches verlegt ist (und sie auch nicht einfach auf Dance Pop ausweichen können), machen sie diese Erfahrung selbst zum Thema: "Über Sex kann man nur auf Englisch singen" heißt ein für die Szene typischer Songtitel der Hamburger Band Tocotronic. Die Pointe besteht nun darin, daß auf diesem Weg des zur Schau gestellten Scheiterns an den Strukturen der internationalen Pop-Welt schließlich doch eine "deutsche Schule" entstanden ist, auf die inzwischen die englische Presse und das englische Label Big Cat aufmerksam wurden. Das demonstrative Bekenntnis zum "Kolonisiertsein" und zur "Unmöglichkeit von Authentizität" (Diederichsen) ist inzwischen zu einer spezifischen Identität geworden.

Daß die Geschichte so enden könnte, hatte im November 1993 der österreichische Autor Robert Rotifer vorausgeahnt. In einem Beitrag für die Wochenzeitung "Volkstimme" untersuchte er damals die antiamerikanischen und provinzialistischen Gesten britischer Gruppen wie Blur, Suede und Carter The Unstopable Sex Machine. Seine Schlußfolgerung: "Die Popmusik zieht sich zurück in das Europa der Regionen und verliert dabei ihre Berechtigung. Die traurige Ursache für die rein insuläre Popularität dieser Gruppen ist die mangelnde Übersetzbarkeit ihrer Ausdrucksformen: Das ist kein Pop mehr. Die Metaphern, Symbole und subtilen Signale so zu setzen, daß sie über sonst unüberwindliche regionale und gesellschaftliche Grenzen hinaus verständlich oder zumindest lustvoll interpretierbar bleiben, war immer eine der wesentlichen Stärken von Popmusik." Ausgehend von diesem Befund, setzt Rotifer sich schließlich mit dem "Teutschen Pop" auseinander und zitiert dabei aus einem Interview, das der Hamburger Diskurs-Pop-Musiker Bernd Begemann einem Wiener Magazin gab: "Ich fordere, daß man deutsch singt, damit man die Lieder versteht. Ich singe auf deutsch, weil ich zu meinen Nachbarn sprechen möchte. Englisch singende Gruppen wollen immer sein wie die MTV-Bands und in den Staaten 'rauskommen, aber wenn die nicht 'mal zu ihren Nachbarn sprechen können, vergiß es! Es geht darum, daß man den Ort, an dem man lebt, verstehn und lieben können will." Diese Orientierung auf "Nachbarschaft", die zugleich eine Absage

an die Welt außerhalb des deutschen Sprachraumes ist, stieß auf einem Symposion zur gesellschaftlichen Relevanz zeitgenössischer Popularmusik, das am 3./4. Dezember 1993 in Salzburg stattfand und an dem Musikjournalisten und Musiker aus Österreich und Deutschland teilnahmen, noch auf Widerspruch. (Nachzulesen in dem Buch "Musik Macht Politik", herausgegeben von Wilfried Steiner, Salzburg/Stuttgart 1994. Vgl. dazu auch 17 Grad C, Heft 7, S. 58). Vor allem Tobias Levin von Cpt.Kirk & polemisierte vehement gegen Begemanns Begründung, die ja den gesamten Zusammenhang der vorwiegend in deutscher Sprache singenden Bands der sogenannten Hamburger Schule in einem völlig anderen Licht erscheinen ließ.

Über diese Schule hatte Begemann gesagt: "Manche Leute meinen, wir würden Cliquenwirtschaft betreiben. Das stimmt aber nur soweit, als daß sich kaum einer von uns für Englisch singende Gruppen interessiert." Dazu Levin: "Es geht darum, daß empfohlen wird, in Deutschland nicht mehr Englisch zu singen. Und in dem Moment ist der Begriff Cliquenwirtschaft ein interessanter. Die Cliquenwirtschaft, um die es hier geht, ist eine, die englischsprachige Gruppen innerhalb von Deutschland als irrelevant bezeichnet. Das Englische kann nicht in direkten Kontakt zu den Nachbarn treten! Ich füge hinzu, daß in dem Moment, wo ich Deutsch singe, es natürlich auch einige Nachbarn gibt, die ich nicht mehr erreichen kann. Natürlich läßt ein Aufruf zum Deutsch-Texten den englischen Gruppen ihre englischen Texte. Aber er läßt englischen Texten nicht den deutschen Markt. Das heißt, es geht die Empfehlung raus, auch an die Hörer, sich von englisch- und amerikanischsprachigen Sachen abzuwenden, weil sie weniger mit 'uns' zu tun haben, als das 'Eigene'".

In Ergänzung zu diesen Ausführungen, habe ich auf diesem Symposion folgende Thesen formuliert: 1. Amerikanischer Pop war und ist in Deutschland eine Barriere gegen "nationale Kultur". 2. US- und UK-Pop wurde hier immer "verstanden", auch von Leuten, die keine Fremdsprache beherrschen. 3. Sprache ist kein transparentes Medium vorgängiger Gedanken, sondern eine Markierung, die vom Urheber und dessen Intentionen abgelöst werden kann. 4. Die "Message" eines Musiktitels steckt ohnehin nicht nur im Text: auch der Groove, das Plattencover etc. sind als "Text" aufzufassen. 5. Die Behauptung, deutschsprachige Musik würde das Problem des Verstehens lösen, unterstellt, das Sich-Verstehen wäre *hier* der Normalfall (bzw. der Zustand, der wieder herzustellen sei) und das Nicht-Verstehen ein Sonderfall, der nur das Fremde betreffe. 6. Die Behauptung, man verstehe das Fremde plötzlich nicht mehr, ist eine rechte, auf Repräsentation zielende, identitätspolitische Position.

Der neue Wimp: "Ich bin die Sonne, um die sich alles dreht"

Schon ein Jahr später war diese Auseinandersetzung vergessen. Hand in Hand mit einem unübersehbar rückläufigen Interesse der kulturlinken Popszenen an Black Music, verschoben sich die Akzente vom "Diskurs-Pop" zum "German Pop". Dabei bezog sich die Kritik am neuen deutschsprachigen Pop ja nie darauf, daß *auch*, *vorwiegend* oder *nur* in deutscher Sprache gesungen wird, sondern es ging immer darum, mit welcher Begründung dies geschieht. Denn solange die Privilegierung der deutschen Sprache mit einem bestimmten ironischen Sprachduktus einhergeht, der daran erinnern soll, daß über Sex nur auf Englisch gesungen werden kann, bleibt der diskursive Bezug auf den internationalen Pop ja bestehen.

Daß die Entwicklung seit 1994 in eine unerfreuliche Richtung geht, zeigt ein Blick in die gängigen Musik- und Stadtzeitschriften. Solche Magazine nehmen maßgeblich Einfluß darauf, welche Phänomene in welcher Weise wahrgenommen werden, welche Verbindungen hergestellt, welche Signifikanzen ausgegrenzt oder negiert werden, welche Autoritäten abgesichert und welche "authentischen Identitäten" konstruiert werden. Auch der Pop-Diskurs findet als Wechsel zwischen Ausdrucksstreben und Zensur statt, einer Zensur, die in der Struktur des Feldes – nicht zuletzt in den schichtenspezifischen Interessen des Publikums – selber besteht. Auf diese Weise können sich bestimmte Diskurse als legitime etablieren, während andere "abgeschaltet" werden.

Inzwischen läßt sich erkennen, daß sich die aktuelle Entwicklung des sogenannten Diskurs-Pop in einen bestimmten Trend einfügt: Seit dem Selbstmord des "Generation X-Repräsentanten" Kurt Cobain Mitte letzten Jahres steht im Pop-Diskurs wieder das Schicksal des weißen Mittelschicht-Wimps im Mittelpunkt. Im Unterschied zu seinem Vorgänger der 80er Jahre hat der neue Wimp die soziale Frage zu seiner Sache gemacht – in ausdrücklicher Konkurrenz zu afroamerikanischen RapperInnen, die mit diesem "Thema" das Feld lange dominieren konnten und dadurch den nach innen gekehrten 80s-Wimp als eingebildeten Kranken erscheinen ließen. Auch beim neuen Wimp steht das Privatuniversum im Mittelpunkt, aber er leidet jetzt nicht mehr nur an tiefempfundener Melancholie ("unhappy birthday"), sondern auch an Mac-Jobs, Mehrfachbelastung, Rezession und Sozialabbau. Das erlaubt es ihm unter anderem, seine Lage mit der der "Schwarzen" zu vergleichen. Und schon hat er wieder Oberwasser: Lange genug haben Rapper den Ton angegeben, jetzt sind *wir* mal wieder dran, wir, die verarmte weiße Mittelklassejugend. Diesmal authentisch & identisch & strategisch essentialistisch. Repolitisiert und politikfähig – while my guitar gently weeps. Und Rap? Soul? Funk? After the Goldrush: "Die Umsetzungsmöglichkeiten sind hierzulande weitgehend ausgelotet. Die Spannung hat bis auf weiteres eine Auszeit genommen, doch für ein Feierabendvergnügen reicht's allemal." ("Spex"). Der (deutsche) Wimp darf in der Pop-Presse wieder sagen: "Ich bin die Sonne, um die sich alles dreht". Und in dem Moment, in dem aus HipHop "Deutscher Sprechgesang" und aus Pop "German Pop" wird, verflüchtigt sich auch die Idee von der weltweiten Pop-Community, die von New York über London und Rimini bis nach Hamburg reicht. Selbst in der BRD-Techno-Szene, deren Ehrgeiz bislang darauf gerichtet war, als gleichberechtigter Teil einer internationalen House Community anerkannt zu werden, ist häufiger die Rede von "Deutschen Tekkno". Ausgenommen von

Das Boot

U-96, eine bis dahin anonyme DJ- und Produzentenclique aus Hamburg-Altona, erwies sich als skrupellos genug, den TechnoBoom und die anhaltende Popularität des von Millionen Patrioten geliebten maritimen Landserstreifens "Das Boot" (mit dem rockenden Ruhrpott-Leutnant Grönemeyer in der Hauptrolle) zusammenzukoppeln und daraus einen Megahit zu machen. Die Kombination von hundertprozentig teutonischem Billig-Techno und hundertprozentig großdeutschem Selbstbewußtsein schlug wie ein Torpedo ins deutsche Gemüt: Die Maxi "Das Boot" erreichte ohne jede Promotion mit 250.000 verkauften Scheiben Platz 1 der Charts. Auf dem rasch hinterher geschickten Album wird dann der Einsatz BRD-Fregatte "Hamburg" vor der jugoslawischen Küste vorweggenommen: "Langsame Fahrt voraus...7 Grad Backbord...Beeilung Jungs... wo ist der Kommandant?" Feindliche Keyboardkugeln prallen an Wagnerschen Synthiegeigen ab. "Alles Made in Germany", verrät stolz eine quäkende Sprechfunkstimme. U-96 bereiten das Dancefloor-Publikum auf die Perspektiven deutscher Außenpolitik vor. Die ersten DJs trugen übrigens Uniform – als Truppenunterhalter im 2. Weltkrieg.
(G.J., "Szene Hamburg", 4/1992)

diesem Trend sind nur die Dancefloor Jazz- und Black Music-Szenen. Die Wandlung des sogenannten Diskurs-Pop zum Deutschen Pop wird zur Zeit durch die Veröffentlichung von Samplern forciert, die als zentrales gemeinsames Merkmal von musikalisch sehr disparaten Bands die Eigenschaft *deutsch* hervorheben. Den Anfang machte dabei die CD "WO IST ZU HAUSE MAMA? – Perlen deutschsprachiger Popmusik", die im Trikont-Verlag erschien. Dieser Verlag ist bereits seit 1982 auf dem spirituellen und ethnischen Trip. Nach dem deutschen Herbst brachte er Bücher von und über "Indianer-Schamanen", "Hexen", "halluzigene Pilze" und "afrikanische Magie" heraus.

Klänge aus der Heimat – Voices of forgotten worlds

Herbert Röttgen, der den Trikont-Verlag 1967 zusammen mit Gisela Anna Erler gründete, forderte schon 1982 eine Rückbesinnung auf den Volksmythos: "Der Volksmythos ist so weit entfernt vom Faschismus wie nur irgendwas. In vielen Volksliedern drückt sich aus, worauf wir unser Leben aufbauen können, hier und jetzt." Diese Position ist auch das Motiv zur Veröffentlichung einer Reihe von "Rare Schellacks 1892-1948" mit Volksmusik aus Bayern und Oberösterreich. Eingebettet in dieses Programm sind Cajun, Zydeco, Klezmer und Volksmusik aus Slowenien. Diese Stile werden mit musikethnologischer Rhetorik als "ethnische Kultur" rezipiert. Und in diese "ethnische Vielfalt" werden dann deutsche Volksmusik und "Perlen deutschsprachiger Popmusik" geschickt integriert. Damit sind deutsche Töne rehabilitiert – als Ausdruck marginalisierten Widerstandes bzw. als "Musik bedrohter Völker" – Voices Of Forgotten Worlds.

Aber nicht nur die Bands auf dieser CD (u.a. Die Sterne, FSK, Flowerpornoes, Lassie Singers, Die Regierung, Motion, Begemann) wollen mit Nationalismus nichts zu tun haben, auch der Schriftsteller Franz Dobler, der den Sampler kompilierte, distanziert sich in dem CD-Booklet: "Ich bin nicht aus dem Nationalismusdreck, wo gefordert wird, das deutsche Mädel müßte auch deutsch singen." Dobler fordert statt dessen "ein sprachliches Selbstbewußtsein, das mit dem des neuen Großdeutschland nichts zu tun" hat, und er verteidigt ausdrücklich den "sprachlichen Sicherheitsabstand", den englisch singende Bands schaffen, und der "erstmal nicht schlecht ist." In solchen Dementis scheint immerhin eine Ahnung davon auf, daß man das Bedeutungsfeld, in das man sich hineinbegeben hat, wahrscheinlich nicht kontrollieren können wird: Selbst ausgesprochen antirassistische Texte einzelner Bands können nicht verhindern, daß sie sich durch ihre Selbsteinordnung in die Kategorie "German Pop" schneller als erwartet mitten in einem Heimat-Diskurs wiederfinden. Viele, darunter Thomas Groß, der die CD in der "taz" besprochen hat, halten schon die antinationalen Beteuerungen für kleinmütig und plädieren für eine neue deutsche Selbstverständlichkeit: "Wer heute eine CD mit Perlen deutscher Popmusik herausgibt, muß offenbar erst einmal drei Kreuze schlagen." – "Das scheint nun endlich anders zu werden" antwortet ihm Andreas Obst in der "FAZ"-Rezension der Platte: "Ihre ganze Kindheit hat die deutsche Rockmusik auf dem Krankenlager verbracht, einsam, die Textbücher auf den Knien. Während die anderen draußen in der weiten Welt heranwuchsen zu stolzen Männern, die über große Worte gebieten, blieb die deutsche Rockmusik allein zurück."

Musik aus der BRD kann nur "deutsche Musik" sein

Kurze Zeit nach "Perlen deutschsprachiger Popmusik" stellte der "Spex"-Redakteur Christoph Gurk für das britische Label Big Cat Records einen Sampler zusammen, auf dem neben den oben erwähnten sieben "Perlen"-Bands dreizehn weitere Diskurs-Pop-Gruppen zu hören sind, u.a. Blumfeld, Die Goldenen Zitronen, Tocotronic, Kolossale Jugend, Kastrierte Philosophen und – trotz der Salzburger Kontroverse – Cpt. Kirk und Bernd Begemann. Eine ganzseitige Anzeige auf der Rückseite der April-Ausgabe von "Spex" sowie eine große Anzeige in der "taz" brachten die CD schnell ins Gespräch. Auch auf diesem Sampler werden die beteiligten Bands nicht über ihre musikalischen Gemeinsamkeiten definiert, sondern über ihr Deutsch-Sein. Und Deutsch ist hier in einem hundertprozentig deutschen Sinn gemeint: keine Immigranten-Bands, kein Multikulti-Fake, keine Engländer mit Wahlheimat Wuppertal (Charles), keine Musiker, deren Eltern als amerikanische GI's nach Kaiserslautern kamen (Prophets Of Rage). Relevant ist für Gurk vor allem deutschsprachige Gitarrenmusik, die "einige der nennenswertesten kreativen Schübe hervorgebracht (hat), die bisher in der deutschen Popmusik zu verzeichnen gewesen sind." Gurk kreiert ganz selbstverständlich aus zwanzig Gitarrenbands, die achtzehnmal deutsch singen, die neue Musikrichtung "German Underground Pop" und gibt der CD – sozusagen als zweite nationale Codierung – den Titel "Sturm und Twang". (Der englische Ausdruck twang = klingen/Klang soll die erwartete Kritik an der starken nationalgeschichtlichen Assoziation "Sturm & Drang", auf die Gurk angesichts des Verlangens des Marktes nach eindeutigen Identitäten nicht verzichten wollte, etwas unterlaufen).

Import/Export Office

Im Gegensatz zu "WO IST ZU HAUSE MAMA?" ist "Sturm und Twang" ausdrücklich auch als Exportprodukt konzipiert. Die von den HipHop-Importen Ende der 80er Jahre bei Gitarrenbands ausgelöste Schaffenskrise ist heute überwunden. Es wird wieder exportiert. Big Cat Records ist das Label von Blumfeld und diese CD soll dem Publikum in England und in den USA davon künden, daß Blumfeld (deren antinationalistische Überzeugungen hier überhaupt nicht in Frage gestellt werden) nur die Spitze eines Eisbergs ist – Teil eines neuen und kreativen German Pop, der sich soeben anschickt, die Welt zu überraschen: "Sturm und Twang wurde in erster Linie für den internationalen Markt zusammengestellt und soll Leute, die seit Krautrock, NDW und den Einstürzenden Neubauten keine Musik mehr aus diesem Land gehört haben, einen Einblick in den aktuellen Stand der Entwicklung geben." Musik aus der BRD kann diesem Dogma zufolge immer nur *deutsche* Musik sein, und sie muß deshalb in die Tradition eines gesicherten Bestandes deutscher Meisterwerke gestellt werden.

Und so verwandelt sich eine Kölner Redaktion in ein Export Office, das aus einem Haufen mehr (Blumfeld, Zitronen) oder weniger (Svevo, Begemann) interessanter Bands ein praktisches & quadratisches *nationales Produkt* verfertigt, das "im Ausland" auch eindeutig als solches erkennbar sein und deshalb entsprechend gekennzeichnet werden muß – mit dem Sticker "Made in Germany". Die Nachrichten über die ersten Auslandserfolge haben denn auch eine unverkennbare nationale Tönung. Blumfelds Auftritt in London, dem eigentlich nicht mehr Bedeutung zugemessen werden sollte, als einem Auftritt in Ulm, wird in "Spex" zum *Ereignis*, auf das wir alle stolz sein können: "Auch den eckigen, monotonen Rock'n'Roll Blumfelds wußte man in England zu schätzen. Dort erzielen ja Can-Platten Second-Hand-Höchstpreise."

Aber auch der repolitisierte "Spex"-Redakteur verwahrt sich – auf den Innenseiten des Booklets, auf dessen Außenseite "German Pop" steht – pflichtbewußt gegen Mißverständnisse: "20 Titel von 20 Bands unter dem Etikett 'Deutsch' zusammenzufassen, ist natürlich eine heikle Angelegenheit." Was ihn nicht davon abhält, es trotzdem zu tun, obwohl es doch möglich gewesen wäre, als gemeinsame Klammer dieser Bands

z.B. den Begriff "Songs" auf das Cover zu setzten.

Weil Gurk sich jedoch für "German" als gemeinsame Identität entschied – die "Cliquen" (Begemann) haben das Profil geschaffen, das der Markt nun zur nationalen Identität formt – muß er auch die Salzburger Kontroverse unterschlagen: "Wie ihre Vorgänger (hier wird Geschichte gemacht, Anm. G.J.) sind alle Bands über angloamerikanische Kultur sozialisiert. Anstatt nach hiesigen Roots zu suchen und so der "deutschen Seele" bei der Identitätssuche behilflich zu sein, halten sie ihre Erfahrungen nur über diesen Fundus für beschreibbar." Als hätte Begemann das nicht ganz anders formuliert. Oder Peter Scharf in der "Kölner Stadtrevue": "Sturm & Twang ist ein Beitrag gegen das Vergessen." Gurks richtiger Hinweis, daß "Gegenkultur in Deutschland ohne den prägenden Einfluß aus dem angloamerikanischen Sprachraum in dieser Form nie stattgefunden hätte", ist daher auch mit Vorsicht zu genießen, denn sein Lob für die "Gegenkultur der Besatzer" läßt genug Raum für eine Sichtweise, die uns derzeit in Gestalt des Slogans "Die Freiheit hat Geburtstag" begegnet. Nach dieser Interpretation war "Befreiung" nicht in erster Linie Befreiung der Opfer des Nationalsozialismus, sondern die Sache wird so verstanden, als seien die Alliierten hier einmarschiert, um der deutschen Jugend all die Genüsse zu bringen, die die Nazis ihr wahrscheinlich vorenthalten hätten. Im Westen gab es immer schon viele, die in ihrer privaten Kosten/Nutzen-Rechnung zu dem Ergebnis kamen, daß sich die Befreiung für sie persönlich rentiert hat. So verstanden, kann der Konsum von US-Pop als hinreichender Ersatz für realen Widerstand gegen das Deutschtum gehandelt werden. Und als Legitimation eines selbstbewußten Umgangs mit der "Künstlichkeit, dem Zusammengesetztsein und dem Kolonisiertsein".

An die Stelle des Slogans "Etwas Besseres als die Nation" ist in nur zwei Jahren der positive Bezug auf Germany getreten. Wahrscheinlich ist diese Entwicklung auch der spezifischen ästhetischen Orientierung geschuldet – der Entfernung vom Groove und der Hinwendung zum Song. 1985 hätte man diese Sampler ignorieren können, 1995 sind sie, wie Gurk richtig, aber folgenlos bemerkt, "eine mehr als heikle Angelegenheit." Und auch dies sei erwähnt: Von jenen Linken, die sich seit drei Jahren "bündnispolitisch" auf die sogenannte künstlerische Opposition beziehen, ist eine Kritik der geschilderten Trends nicht zu erwarten. Das verbietet einfach die notwendige Rücksicht auf das popkulturelle Publikum.

Günther Jacob

Schnürsenkel und Stasi

Der neue deutsche Heimatfilm: Mauerschicksale

Eine heiratsberingte Hand schwenkt ein Taschentuch vor verschwommenem Blau. Selten harmoniert ein Plakat so genau wie bei "Das Versprechen" mit dem angepriesenen Film selbst. Für Margarethe von Trotta wie geschaffen wartete die bedeutungsschwangere Schicksalsgeschichte "unserer Brüder und Schwestern jenseits von Mauer und Stacheldraht" auf eine Verfilmung. Das Versprechen war der Eröffnungsfilm der diesjährigen Berlinale. Er wurde von der "Exportunion des deutschen Film" zur Oscar-Verleihung angemeldet, aber das war nix. Er ist noch nicht einmal nominiert worden, es gibt einfach bessere Hollywoodfilme. Dennoch: Der *deutsche* Film lebt!

Schon in den ersten Minuten wird durch kurze dokumentarische Ausschnitte der Rahmen markiert. Nicht nur, daß Ostberliner BauarbeiterInnen beim Aufbauen gezeigt werden; es folgen sogleich einige der Klassiker der Mauerflucht-Spots wie der Soldat, der über den frischen Stacheldraht in den Westen hüpft. Daß dort die Freiheit, Menschlichkeit etc. sitzen würde, macht der Kommentar sofort klar. Und Willy Brandt redenderweise für das freie Westberlin... Was nun als von Trotta nachgespielte Schicksalsmelodie folgt, ist weder dramatisch noch geht es in seinen Inhalten über das Niveau einer Kalter-Krieg-Wochenschau hinaus. Aber Trotta und Co. schaffen es, der Abteilung Schmacht & Schmerz ein neues Feld zwischen dem Arztroman und dem Landserheft zu erschließen: Mauerschicksale. Wenn Steine weinen könnten, würden sie es im Kinosaal tun. Außer, sie waren bei der Stasi.

Die Handlung: Sofie und Konrad lieben sich und wollen rübermachen. Aber Konrad stolpert über seine offenen Schnürsenkel, und dann ist auch schon die böse Volksarmee in Sicht. Sein Vater kommt angelaufen – die Schwester hat die Fluchtpläne gepetzt. Natürlich schimpft sein Vater mit ihm, wie könne er egoistisch an Flucht denken, während die Familie usw. Sie konnten zusammen nicht kommen: Sofie wird mitsamt dreier Mitflüchtlinge von ihrer Westtante ohne Zögern aufgenommen und darf schon bald bei Modenschauen mitwirken. Hier zeigt Trotta Detailgenauigkeit bei Perlmuttknöpfen und aufgedonnerten filmrollengroßen Hüten, zu der sie beim Staat DDR unfähig ist. Die "Differenziertheit" auf der Ebene des Kostümfilmes auch bei Mantel und Degen der DDR-Zöllner entspricht der kompletten Ausblendung politischer Widersprüche. Konrad sieht verloren aus in seiner Grenztruppen-Uniform und guckt genauso über die Mauer, als Sofie gegenüber das Filmplakatmotiv variiert. Sie ist nicht die Einzige die winkt, ein 50-jähriger Papi winkt Frau und Tochter. Soll heißen, die ganze BRD plus selbständige politische Einheit Westberlin und die DDR sind eine einzige geteilte Familie. Den ganzen Film über schmachtet Konrad nach seiner Sofie und andersrum. Zwischendurch haben sie zwar andere Beziehungen zur Überbrückung, und Konrad hat mit zwei Frauen (BRD : DDR = 1:1) Kinder. Trotta pflegt hier nicht einmal ihr Image als Frauenfilmerin: Sie schildert ohne einen Hauch von Kritik, wie Konrad die Ehe mit seiner DDR-Frau nur als Versorgungsbasis benutzt, während er seine rübergemachte Sofie anhimmelt. Seine Vatergefühle werden als Drama aufgebauscht, das größte Problem ist für ihn, daß er mit seinem Stammhalter nur per Grenzübertritt zusammen sein kann. Alles weitere ist ein einziges Leiden an der Mauer, die Liebe überdauert selbstredend die gesamten Mauerjahre und bei der Maueröffnung als krönendem Happy-end fallen sich Sofie und Konrad in die Arme. Unter tätiger Beihilfe durch Alexander, dem gemeinsamen Kind. Um die Zeugung eines Kindes in der Film-Dramaturgie unterzubringen, wird der Prager Frühling als Kulisse in den Mittelteil des Filmes eingebaut. Dort findet dann eine Begegnung statt: "voller Hoffnung", womit die Symbolik der Zeugung auch voll ausgereizt werden kann. Als Sofie in Prag einmal vier Worte über Demokratie und Sozialismus verliert, muß ein DDR-Kollege das Stichwort Rosa Luxemburg nachkarten, um plakativ und kurz die politische Aufbruchstimmung zu etikettieren für die Ablage. Kaum lebt der demokratische Sozialismus à la Trotta mit Beat und vielen glücklichen jungen Leuten auf, schon naht die Niederschlagung. Zur Bebilderung wird mal kurz bei der Verfilmung der "Leichtigkeit des Seins" geklaut: Nachts vibriert das Hotelzimmer, der Spiegel springt (diese dickaufgetragene Symbolik

fehlt in der Kundera-Verfilmung zu Recht), und, ja genau, die sowjetischen Panzer rollen in Prag ein. An dieser Stelle wieder etwas schwarz-weiße Originalaufnahmen, um die Situation zu unterstreichen. Dieser Ausflug nach Prag, soll wohl Trottas Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus sein, an anderer Stelle tauchen Konflikte in der DDR nur als Unterdrückung durch die böse Stasi auf. Aber auch hier, in Prag wird Trottas Grundposition deutlich: Sofie kommt aus dem so freien Westen nach Prag, weil ihr Konrad fehlt. Sonst tauchen den ganzen Film über keine Probleme in der BRD auf. Sofies Welt in Westberlin ist als repressionsfrei gezeigtes ruhiges Hinterland. Die Frontlinie verläuft in der DDR, wo Unerschrockene sich in der Kirche, Gericht, Familie, auf der Straße und allen anderen erdenklichen Szenerien zur Wehr setzen. Wogegen, wird nur angedeutet – der/die Zuschauerin weiß ja schon aus den Aufklärungssendungen über das total stalinistisch/totalitäre DDR-Unrechts/Terror/Besatzer-Regime was gemeint ist. Trotzdem ist die Schwester von Konrad Pastorin geworden, dabei irgendwie unheimlich konsequent und unterdrückt. Als ihr Pfaffen-Lover sich an einem Fensterkreuz in Mauernähe medienwirksam anbindet, wird eine neue Schublade des Stasi-Grusels aufgemacht: Die Zwangsausbürgerung mittels Unter-Druck-Setzen-Im-Knast. Alles ganz schrecklich, das Auge wird durch die Kamera didaktisch auf das über allem hängende Honecker-Portrait gestoßen. Vorher wurde bereits mehrmals Ulbricht und einmal Teddy Thälmann ins Hirn übermittelt. Der zwangsüberstellte Pastorin-Lover findet sich im Westen nicht zurecht: Szenenbild Bahnhof Zoo, Auftritt Junkies, StricherInnen, Obdachlose. Das also ist Trottas Kritik an der BRD 94: Ein Hauch von Sozialelend. Der Rest der Westhandlung spielt entweder als Spießervariante in der alten oder als Alternativvariante in der neuen Mittelklasse im aufgemotzten Kreuzberger Loft. Weil dort aber keiner auf sein Klingeln reagiert, geht der Pastorin-Lover an die Mauer, klettert zurück, wird von Grenzern bemerkt und trotz erhobener Hände erschossen. Der Schuß kommt als -flash- Lichtblitz mit Knall ins Publikum, so als ob wir alle irgendwie von diesem Grenzer erschossen worden sind. Wer nicht getroffen betroffen ist, kann mal überlegen, ob es auch nur einmal einen derartigen Fall an der BRD-DDR-Grenze gegeben hat.

Konrad selbst muß zwar im Verlauf der Handlung den ganzen Bilderbogen an bekannter DDR-Repression über sich ergehen lassen, von der erzwungenen Unterschrift bis zur Beschattung, aber eine fehlte bei ihm (warum muß er nie in den Knast?) und eine andere wirkt selbst in Trottas Schicksalsmelodie unvermittelt: Als Konrad eiem Stasi-Mann eine reinhaut, wird er vom Astrophysik-Professor mit Reisekader-Status zum Hausmeister einer Badeanstalt befördert. Er muß sogar die Kohle in die Heizungsanlage schleppen, oh Graus. Das scheint in Trottas Mittelklassewelt einer der größtmöglichen Schrecken der total totalitären DDR zu sein. Seine DDR-Frau trennt sich von ihm, der Weg ist frei für das Happy-end mit Sofie.

Der Film in seiner Einheit von theatralisch aufgeblasener Form und schwülstigem Inhalt bleibt auch hier konsequent. Unter Vermeidung jeder Zwischentöne schwillt die Tonspur zum frenetischen Gejubel an: Szenenbild Grenzübergang, natürlich mit Brücke wg. Symbolik. Alles kreischt, säuft und fällt sich in die Arme. Auch Sofie und Konrad. Cut. Was am 9. November 89 eine reale Freude über offene Grenzen war, wird geschickt als High-Point gesetzt. Jetzt ist alles schön und normal, und nach dem Kino soll sich das Publikum wohl den Kopf darüber zerbrechen, ob's bei Sofie und Konrad denn nochmal was wird. Wie wächst zusammen, was bürgerliche deutsche Kleinfamilie sein soll. Wer 1989 gejubelt hat, könnte es jetzt besser wissen, nach fünf Jahren deutscher Normalität mit 3 rassistischen Anschlägen und Angriffen pro Tag. Jetzt so zu tun, als sei das terroristische Coming out der deutschen Mehrheit nach der nationalen Wiedervereinigung eine unwichtige Randerscheinung, stellt sich selbst in die Logik der nationalen neuen Zeitrechnung. Nach Rostock-Lichtenhagen davon zu filmen, daß "die Deutschen Ost und West" ein Beziehungsproblem haben, ist nicht nur eine Anpassung an den rechten Zeitgeist. Kernaussage ist: Konrad und Sofie haben Opfer gebracht. Schuld war: Die Sowjetmacht, die DDR und die "deutsche Teilung". Wen es zu verfolgen gilt, wird im Happy-end gewagt und kritisch brühwarm aufgetischt. Wie couragiert! Welcher Hollywoodfilm würde die sich glücklich umarmenden Held und Heldin mit einer dissonanten Nebenperson behelligen: Der Stasi-Peiniger von Konrad, dieser Böse, jubelt doch mit falscher Zunge mit im neudeutschen Chor. Aber diese Verunreinigung des glücklichen Endes ist ja dank der BRD-Repressionsapparate hinausgegauckt aus dem Reich des Roman Herzog.

Daß dieser es sich nicht nehmen ließ, die Eröffnungsrede zur Berlinale zu halten, in der er lobte, wie sich der Film "der jüngsten deutschen Geschichte stellt", ist konsequent. Ebenso wie die Entscheidung, die Berlinale mit "Das Versprechen" zu eröffnen. Diese verortete sich von Anfang an an der vordersten Front des Antikommunistischen Kampfs. Alfred Bauer, der erste Festivalleiter definierte 1951 den "politischen Zweck" der Internationalen Filmfestspiele Berlin als "Schaufensterveranstaltung des westlichen Films gegenüber dem Osten". Dafür wurden in Nähe der Sektorengrenze Kinos angemietet, in denen OstberlinerInnen zu ermäßigten Preisen die Filme des Festivals sehen konnten. Filme aus Ländern des RGW waren entsprechend auf der Berlinale unerwünscht. Erst als mit der Neuen Ostpolitik die antikommunistische Strategie neu definiert wurde, waren ab 1974 auch Filme aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten auf der Berlinale zu sehen. Nachdem 1989 die Mauer geöffnet worden war, mischte die Berlinale mit mehreren Abspielorten im Osten und der Entdeckung von "Verschluß-Filmen" abermals an vorderster Front mit. Diese Filme, die in den 50er und 60er Jahren in den Ländern des RGW entstanden und wegen ihrer bissigen sozialistischen Kritik der Verhältnisse unter Verschluß kamen, sollten die Zensur in diesen Ländern anprangern. Zugleich dokumentieren sie aber auch, was an künstlerischem und politischem Potential überhaupt erst entstehen konnte, heute ist mit dem RGW auch dessen Filmproduktion nahezu zerschlagen. Ein sowjetischer Filmemacher brachte es einmal auf die Formel: "Früher wurden die Filme, die ich gemacht habe auf Grund der Zensur nicht oder nur sehr wenigen Leuten gezeigt; heute kann ich keine Filme machen, weil mir das Geld fehlt." Auch die Zerstückelung der Sowjetunion und Jugoslawiens war dem Festival immer eine Herzensangelegenheit. Egal wie belanglos und unbearbeitet, jeder Meter Film, der einen sowjetischen Panzer auf der Straße einer sich abspaltenden Republik zeigt, wurde als "wichtiges Zeitdokument" präsentiert. Wer im ehemaligen Jugoslawien den Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei entdeckt hatte und davon schwerst betroffen aus Sarajewo berichtete, hat gute Chancen vom Festival an hervorgehobener Stelle in das Programm aufgenommen zu werden. Nun, da die deutsche Politik die Selbstbeschau als Opfer, zwecks Vorbereitung auf die neue Führungsrolle in der Welt auf die Tagesordnung setzt, heben die Filmfestspiele den neuen *deutschen* Film á la Trotta ins Programm.

Nicht nur mit der Berlinale wird kulturpolitisch für die richtige Linie gesorgt. Aus gutem Grund liegt die Vergabe des Bundesfilmpreises in der Hand von Bundesinnenminister Kanther. Mit einem weit verzweigten System von Filmförderung und Fernsehkoproduktion hält sich der Staat eine FilmemacherInnen-Szene von Leuten die sich selbst für fortschrittlich halten, ohne einen analytischen Begriff von diesem Land zu haben. Was im Spielfilm eine Trot-

"Auferstanden aus Ruinen..."

Bechers Nationalismus – Brechts Kritik

Dem folgenden Text liegt ein Kapitel aus dem Buch "Argumente gegen das Deutschlandlied" von Benjamin Ortmeyer zugrunde. Der für die Artikelfassung von der Redaktion gekürzte und leicht überarbeitete Auszug setzt sich mit dem Nationalismus Bechers auseinander, der nicht ohne Einfluß auf weite Teile der Bevölkerung in der ehemaligen DDR blieb. Im Schwerpunkt setzt sich das 1991 verfaßte Buch indessen mit Text und Funktion des Deutschlandliedes, der Nationalhymne der BRD, auseinander, in der sich die antisemitischen, militaristischen und monarchistischen Ansichten Hoffmann von Fallersleben spiegeln.

Wir danken dem Autor Benjamin Ortmeyer für die freundliche Genehmigung zum Abdruck, umso mehr da der Autor der "antideutschen" Ausrichtung u.a. dieser Zeitschrift Skepsis und Kritik entgegenbringt. Welcher Art diese Differenz ist, wird sich der aufmerksamen LeserIn aus dem folgenden Artikel erschließen.

Benjamin Ortmeyer ist Mitglied der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Frankfurt a.M. und Mitglied des Vorstandes der GEW Frankfurt.

Das Buch *"Argumente gegen das Deutschlandlied – Geschichte und Gegenwart eines Lobliedes auf die deutsche Nation"* kann bei der GEW Frankfurt, Bleichstraße 38a, 60313 Frankfurt, bezogen werden (Verrechnungsscheck über 14 DM plus 5 DM Versandkosten); dort ist ebenfalls eine Neuerscheinung von Benjamin Ortmeyer erhältlich: *"Berichte gegen Vergessen und Verdrängen von 100 überlebenden jüdischen Schülerinnen und Schülern über die NS-Zeit in Frankfurt am Main"* (Verrechnungsscheck über 24,80 DM plus 5 DM Versandkosten).

Nach 1945 wurde die sowjetisch besetzte Zone gerade auf kulturellem Gebiet Anziehungspunkt für die Schriftsteller, die von dem NS-Regime aus Deutschland vertrieben worden waren.

Namen wie Bertolt Brecht, Anna Seghers, Arnold Zweig standen in den ersten Jahren der DDR für eine Entwicklung, die versprach, wirklich umfassend und tiefgehend mit dem NS-Regime, den NS-Verbrechen, den ökonomischen Wurzeln des Nazismus abzurechnen und mit der NS-Ideologie und den Wurzeln dieser Ideologie zu brechen, um ein "anderes" wirklich "neues" Deutschland aufzubauen.

Von Anfang an gab es jedoch auch in der DDR Entgegengesetztes. Wären nationalistische Tendenzen aufgedeckt, bearbeitet – kurz, bewußt behandelt worden, gäbe es vielleicht auch eine dokumentierte öffentliche Debatte über das Lied *"Auferstanden aus Ruinen"* und seinen Verfasser Johannes R. Becher. Das ist jedoch nicht der Fall. Anhand einiger Materialien lassen sich immerhin unterschiedliche Grundpositionen der beiden "wichtigsten" offiziellen Dichter der DDR – Becher und Brecht – skizzieren: Es entsteht das Bild einer grundlegenden Kontroverse.

Daß Becher mit dem Text einer Nationalhymne beauftragt wurde – und nicht etwa Brecht – kann als Signal für die DDR-Kulturpolitik gelten. Becher hatte bereits im Exil 1933 bis 1945 eine Fülle von Gedichten in der Absicht geschrieben, das NS-Regime als "Verderber der Nation" anzuklagen und den "Patriotismus" im Kampf der Hitler-Gegner zu beschwören.

Kritik der Becher-Hymne

Zunächst soll unmißverständlich festgestellt werden, daß Bechers Text, bei aller notwendigen Kritik, in keiner Weise mit dem "Deutschland, Deutschland über alles ..." der BRD-Hymne gleichgesetzt werden kann. Eine Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern ist nicht formuliert – im Gegenteil wird gefordert: *"Reicht den Völkern eure Hand"*.

Trotz dieser wichtigen Abgrenzung vom "Deutschlandlied" des Hoffmann von Fallersleben erweisen sich die Inhalte der DDR-Nationalhymne als problematisch – es beginnt bereits bei den ersten Zeilen, *"Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt"*. Die offensichtlich bewußt eingesetzte Formel *"Auferstanden"* knüpft nicht an Traditionen und Wortwahl der Arbeiterbewegung, sondern an die christlich-abendländische Tradition der angeblichen

Fortsetzung "Schnürsenkel..."

ta, ist im Dokumentarfilmbereich ein Bonengel mit "Beruf Neonazi". Andererseits sind diese BRD/EU-Filmgelder fast die einzige Möglichkeit für die wenigen FilmemacherInnen mit linker Ästhetik, andere Filme zu produzieren. Zum Beispiel "Gelem, Gelem – Wir gehen einen weiten Weg": Die Zeit der Maueröffnung und die Wiedervereinigung aus der Sicht von Sinti und Roma, die um das Bleiberecht kämpfen. Es ist immer noch die Entscheidung jeder Einzelnen, wie sie sich zu Deutschland stellt. Leider gibt es die DDR mit ihrer legendären Filmproduktionsstätte DEFA nicht mehr: 1963 verfilmte Konrad Wolf die Erzählung "Der geteilte Himmel" von Christa Wolf. Darin geht es zwar ausschließlich um die frühen Sixties in DDR und Westzone, aber dafür differenziert und ohne Kitsch. In seiner eindeutigen Position gegen die BRD wird die DDR jenseits von Jubel beschrieben.

Trotta ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich Teile der Kulturszenen umorientiert haben, ohne sich zu verändern. Früher, als es noch angesagt war, in linksliberal zu machen, gab es andere Themen für Trotta wie für ihren Drehbuchautor Peter Schneider. Der war sich nicht zu blöde, bei der Premiere anzukündigen, das Versprechen sei ein Film zum Weinen. Womit er sich allerdings nicht vom Ergebnis distanzieren wollte, sondern nochmal nachdrücklich die Keule der Betroffenheit schwang. Aber auch wenn viele deutsche KinogängerInnen gerne dem Opferkult frönen und sich im neurechten Trend als ewiges Opfer der Geschichte sehen möchten, wollen sie ihre Heulvorlagen nicht ganz so plump und aufdringlich serviert bekommen. Das Versprechen ist kein großer Kinoerfolg. Koproduzent WDR wird dafür einen Fernseherfolg organisieren können, Wiederholungen garantiert. Zum Beispiel immer am 13. August als Ersatz für die früheren Anti-Mauer-Demos.

"Das Versprechen" wird mithelfen beim Einschleifen des neuen deutschen Opferbildes in die Köpfe. Mauerschicksale sind dafür ebenso wichtig wie die Umdeutung des III. Reiches. An einer Stelle wird dieser Zusammenhang im Film sogar explizit konstruiert. Ein kurzer Dialog, zu kurz zum Nachdenken: Als der Vater der Pfäffin zum

"Auferstehung Jesus" an. Sympathie und Beifall, die das Bild *"Auferstanden aus Ruinen"* gewonnen hat, dürften daher von falscher Seite gekommen sein. Gerade die Verbindung von Bildern, Metaphern und Ausdrücken aus dem Christentum mit der Nation war eine Hauptfigur des aggressiven deutschen Nationalismus, der zu den "Ruinen" in Deutschland, vor allem aber in vielen anderen Ländern geführt hat. In diesen ersten Zeilen ist, vorsichtig ausgedrückt, die Gefahr des irrationalen Mystizismus enthalten.

"Und der Zukunft zugewandt", heißt es weiter: So richtig sein mag, sich mit der Zukunft zu beschäftigen, ist die Formel angesichts der gewaltigen Verdrängungsmechanismen, die nach 1945 bei einer ungeheuer großen Zahl der Deutschen wirkte – nicht nur bei 11 Millionen NSDAP-Mitgliedern – wohl doch das falscheste Signal!

"Schlagen wir des Volkes Feind", ist sodann gefordert – wer ist gemeint? Da das *"einig Vaterland"* im ganzen Lied als positive Einheit eingeführt ist, wird die Verkürzung deutlich. Gewiß waren ja nicht 95% oder gar 99% im deutschen Volk "die Guten", und nur 5% oder 1% "die Bösen" – gerade die Mitglieder der KPD, die innerhalb Deutschlands in der NS-Zeit Widerstand geleistet hatten, wußten darum! Der "Feind", das NS-Regime, hatte viele, viele Helfer aus dem Volk – dem Hitler-Regime folgte während seiner Erfolge die klare Mehrheit der Deutschen. Becher aber spricht von Deutschland wie von *einer* Person: *"du Deutschland"*. Die Passage *"Deutsche Jugend: Bestes Streben, uns'res Volk's in dir vereint"* ist sprachlich an die reaktionären Dichter des Vormärz' angelehnt und knüpft an den Nationalismus an, statt den Bruch mit ihm als Ziel anzuvisieren.

Dabei hätte Bruch mit dem Nationalismus nicht heißen dürfen, die nationale Geschichte, das nationale Moment insgesamt zu negieren. Es wäre allzu praktisch für "die Deutschen", auf einmal Weltbürger zu sein, und solcherart der Verantwortung für die nationale Geschichte abzustreifen (1). Die Forderung, mit der Tradition des Nationalismus zu brechen, beinhaltet, jede Vorstellung über Bord zu werfen, daß dieses "Deutschland" per se etwas *Positives*, "deutsch" an und für sich *etwas Gutes* ist. Gerade diese – so einfache und nach Auschwitz so notwendige – Maxime, den Bruch mit dem Nationalismus zu vollziehen, hatte aber keine große Chance, populär zu werden. Becher hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß auch in der ehemaligen DDR ein solcher Bruch nicht vollzogen, vielmehr am Mythos vom an und für sich positiven "eigentlichen" Deutschland gestrickt worden ist.

Johannes R. Bechers Deutschland-Lied

"Auferstanden aus Ruinen
und der Zukunft zugewandt
Laßt uns dir zum Guten dienen,
Deutschland, einig Vaterland.
Alte Not gilt es zu zwingen,
und wir zwingen sie vereint,
denn es wird (muß) uns doch gelingen,
daß die Sonne schön wie nie,
über Deutschland scheint.

Glück und Friede sei beschieden
Deutschland, unserm Vaterland.
Alle Welt sehnt sich nach Frieden.
Reicht den Völkern eure Hand.
Wenn wir brüderlich uns einen,
schlagen wir des Volkes Feind.
Laßt das Licht des Friedens scheinen,
daß nie eine Mutter mehr
ihren Sohn beweint.

Laßt uns pflügen! Laßt uns bauen,
Lernt und schafft wie nie zuvor,
und der eignen Kraft vertrauend,
steigt ein frei Geschlecht empor.
Deutsche Jugend: Bestes Streben
uns'res Volks in dir vereint,
wirst du Deutschland neues Leben.
Und die Sonne, schön wie nie, über
Deutschland scheint. "

(Zitiert nach ZEIT Nr. 25/90,S.3. Im SPIEGEL 29/90 heißt es "wird"gelingen, ansonsten in den meisten Quellen – außer Enzensberger – "muß" gelingen.

Bechers Nationalgedichte: religiös-nationalistische Sprache

"Ausgewählte Dichtung aus der Zeit der Verbannung" ist eine Ausgabe des Aufbau-Verlages der DDR betitelt, in dem Becher-Gedichte aus der Zeit 1933 bis 1945 gesammelt sind. Es mag manchmal unfair sein, Einzelzitate "aus dem Zusammenhang zu reißen" – für die Becher-Gedichte gilt im Gegenteil, daß Zitate, die für sich genommen bereits fürchterlich klingen, in ihrem Zusammenhang geradezu monströs wirken. Je mehr man liest, umso schlimmer wird es!

Zunächst soll die Verknüpfung religiöser mit nationalistischer Sprache, die in der DDR-Hymne auftauchte, an Gedicht-Beispielen näher belegt werden. Im Gedicht "Zeit der Verbannung" heißt es:

"Ein jedes Wort geschah in Deutschlands Namen./ In Deutschlands Namen rief ich Deutschland an:/ 'Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Amen!'/ Und dieses Wort sie mußten lassen stahn./ Zeit der Verbannung! Deine Zucht und Strenge/ Hat mich gesegnet mehr, denn heimgesucht./ In einen Aufbruch strahlender Gesänge/ Hast du verwandelt mich, Jahrzehnt der Zucht!" (S. 277)

Fortsetzung "Schnürsenkel..."

Gerichtsdiener sagt: "Sogar in der Nazi-Zeit, als ich abgeurteilt wurde, durften meine Eltern an der Verhandlung teilnehmen"; antwortet der: "Na sehen sie, wir leben eben nicht mehr in der... sagten sie Nazi-Zeit?. Die gegen roten Totalitarismus frisch geimpfte Zuschauerin soll sich den Rest wohl erschaudernd im Kinosessel denken.

Ein "Neues deutsches Drama" überschrieb die "Junge Freiheit" (vom 3.3.95) folgerichtig ihre gefällige Rezension: "Ein Kinoereignis wird es (...) für Kenner und Eingeweihte. Ikonenhafte Typisierung einzelner Szenen verdichtet DDR-Lebenserfahrung." Nett: Bei den neuen Rechten stimmt der Sinn für Form und Inhalt. Reaktionäre Inhalte erfordern verständlicherweise auch eine reaktionäre Ästhetik, die bei Trotta und ihrem Autor Peter Schneider teilweise bis ins verqast-religiöse (Ikone) abschmiert. Daß hierbei auch gleich über die angebliche Wandlung von Trotta geschrieben wird, ist wohl mehr der Dramatik geschuldet: "Für die Trotta, eine westdeutsche 68erin, die jahrelang die Revolte der Kinder... filmisch begleitete, ist das eine erstaunliche Leistung." Eine bekehrte Linke sieht ja auch nach mehr aus, als die Erkenntnis, daß sich Trotta bei allem früheren Windfähnchen-nach-linksliberalla-la-hängen und ihrer jetzigen Linie gegen die italienische Mafia (ihr vorletzter Film) und die DDR im wesentlichen nicht verändert hat.

Bleibt die Hoffnung, daß Trotta und Schneider auf dem Schoß von Roman Herzog sitzenbleiben. Dann gibt es nicht nochmal so einen scheinlinken Kitsch wie "Die bleierne Zeit" oder "Rosa Luxemburg" aus den 80ern, als Trotta noch in Links machte, ohne zu merken, wie angepaßt ihre Filme dadurch wurden, daß sie alles auf der Ebene von Schicksalsmelodien abhandelte. Mit subjektiver Kamera spielte sie die Partitur der gelenkten exzessiven Betroffenheitsduselei und verkleisterte so einen kritischen, offenen Zugang zu den von ihr im Zuckerguß ertränkten Themen. Sie ist zusammen mit ihrem alten Mittelklassenpublikum nach rechts gegangen und wird noch viele echt betroffene Filme für ihre Fans machen können. Und wer geht schon in anspruchsvolle Kino-Filme, in denen die Nation zerlegt wird. Bahamas-LeserInnen etwa?

Gaston Kirsche, Olaf Berg

Im Gedicht *"Heimkehr"* heißt es :

*"Dir, Deutschland, galt mein einziges Bemühen,/ Vom Morgendämmern bis zum Abendglühn,// ... // Du warst mein Hochamt und mein Hochgesang,/ Zwölf jahrelang warst du mein Opfergang.// ... //
Fand ich dich auch verarmt und sterbensbleich,/ Bist du es doch: Deutschland, mein Märchenreich.// Fand ich dich auch verhärmt und ohne Ruh,/ Bist du es doch: Heimat und Mutter du !"* (S.8 – 10)

"Ich kann nicht anders, Amen", "mein Hochamt und mein Hochgesang": Das sind eben jene religiös verklärten mystischen Töne, die an das "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" erinnern. Es fällt schwer zu glauben, daß jemand, der sich Kommunist nannte und Mitglied der KPD war, später als Mitglied der SED Kultusminister der DDR, solche Gedichte geschrieben hat. Klassische Stereotype aller Nationalisten – daß es gelte, den *"Ruhme Deutschlands"* zu mehren, daß Deutschland mit der *"Mutter"* verglichen wird – werden mit den religiösen Metaphern und Bildern zu Texten verknüpft, die in jeder Hinsicht peinlich, furchtbar und fatal sind.

Weitere Momente in Bechers Nationalgedichten sind die Beschwörung des "deutschen Geistes" und – "der deutschen Pflicht". So heißt es im Gedicht *"Ihr, die ihr Deutschland liebt"*:

"Wer mit dem deutschen Geiste ist verbündet,/ Der Deutschland einst erhob ins hellste Licht -// Wer Deutschland liebt, und von d e m Licht entzündet/ Noch ein Gefühl verspürt für deutsche Pflicht,// ... // Wer Deutschland liebt auf diese deutsche Art" (S. 189)

Hier wird deutlich, daß die "deutsche Art" als gegeben akzeptiert und klar positiv definiert wird. So erscheint auch die "deutsche Pflicht" als gute Sache, die das NS-Regime nur, wie alles "deutsche", "mißbraucht" habe.

Es geht bei Becher nicht um Taktik, sondern um den tiefen Wunsch, "deutscher" als die Nazis zu sein. Ehrliches "Nationalgefühl" soll die Menschen in Deutschland dem Einfluß der Nazis entreißen – die Frage eines inneren Zusammenhangs zwischen deutschem Nationalismus und den Verbrechen der Nazis wird nicht aufgeworfen. So entstehen Gedichte die, heute ohne Autorenangabe auf einer Versammlung verlesen, an Schönhuber erinnern würden:

"O Deutschland, wenn ich deinen Namen nenne,/ Ein Höchstes schwingt in diesem Klang zugleich,/ Und wenn ich mich als Deutscher stolz bekenne,/ Heißt dies:ich streite für ein freies Reich ..." (S.252)

"Für Deutschlands Machtvollkommenheit"...

In einem anderen Gedicht zieht Becher die nationalistische Konsequenz, die "Machtvollkommenheit Deutschlands" zu beschwören. Deren perfektere Propagierung wird im Gedicht "Wo Deutschland lag" den Gegnern der Nazis zugeschlagen:

"Wo hat am reinsten Deutschlands Herz geschlagen/ Für Deutschlands Machtvollkommenheit?"

Bechers Text erinnert an jene angeblichen Hitler-Gegner, deren einzige Kritik am Führer der Vorwurf war, versagt und den Krieg verloren zu haben; die Argumentation ist den rechtesten Kreise der Generäle des 20. Juli '44 zuzuordnen.

In diesem Zusammenhang – im selben Gedicht "Wo Deutschland lag" – stellt Becher dann die Behauptung auf, die Nazis seien "nicht Deutschland gewesen", wohl aber die Antifaschisten:

"Dort lag nicht Deutschland, wird die Antwort lauten./ Die Antwort heißt: SIE waren Deutschland NICHT!// ... // In ihnen lag ein Deutschland ewiger Dauer./ Die Antwort lautet: Deutschland waren sie!// ... //Doch einmal wußten wir, wird es geschehn,/ Da wird des Volkes Wille es erwecken,/ Und alle werden dann das Reich entdecken,/ Das Deutschland heißt. Deutschland wird auferstehn!// ..." (S.262-263)

Gewiß ist nichts dagegen einzuwenden, daß Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime darauf hinweisen, nicht nur die Anhänger des Nazismus seien Deutsche gewesen, vielmehr hätten andere Deutsche für ein anderes Deutschland ihr Leben aufs Spiel gesetzt. Becher aber verabsolutiert diesen Gedanken und erklärt plötzlich, die Nazis seien keine Deutschen gewesen. Der demagogische Trick ermöglicht, Deutschland als *"arme, sterbensbleiche"* Mutter zu zeichnen, die von einigen braunen Männern, die aus dem Nichts kamen, *"mißbraucht wurde"*.

Indem der Nationalsozialismus aus "Deutschland" ausgegliedert wird, erzeugt Becher zudem die Vorstellung, Deutschland sei in den NS-Zeit gewissermaßen tot, sei inexistent gewesen: *"Und alle werden dann das Reich entdecken/ Das Deutschland heißt. Deutschland wird auferstehen"*. Eben diesen Sinn transportiert auch die erste Zeile der DDR-Hymne, *"Auferstanden aus Ruinen"*...

"Schwer geprüft wie keines aller anderen Völker"...

In seinem Gedicht "Der Obelisk" geht Becher direkt auf die wichtige Streitfrage in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein: Gibt es eine Mitschuld der großen Mehrheit des deutschen Volkes an den NS-Verbrechen oder nicht? Nach ein paar Wortspielchen nimmt er eindeutig gegen die Anerkennung einer Mitschuld Stellung:

"Bist Du es, Deutschland, das die Völker knechtet?/ O Deutschland, schau den Völkern ins Gesicht!/ Bist Du es, Deutschland, das sich selbst entrechtet?/ Nein, deutsches Volk, DU bist es, bist es nicht!// O Deutschland mein! Soll es denn sein, daß einst/ Dir allerorts blickt solch ein Mal entgegen,/ Und daß DU, Deutschland, ewig dich beweinst,/ Ruhmloser und verfluchter Taten wegen?!" (S. 187)

"Du bist es nicht" ist nach einem kurzen Zögern das Urteil J.R. Bechers. Zwangsläufig erzeugt das die Frage, warum das deutsche Volk anfangen soll für etwas "zu büßen", "zu zahlen", etwas "ewig" zu beweinen, wofür es ganz unschuldig ist. Die im Potsdamer Abkommen – und auch im ersten Aufruf der KPD im Juli 1945 – festgestellte Mitverantwortung der großen Mehrheit des deutschen Volkes für die NS-Verbrechen und die Forderung, durch Reparationen einen Teil der materiellen Schäden zu ersetzen, wird bei Becher implizit abgelehnt.

Den Aufruf der KPD vom Juli 1945 ließ die SED später faktisch in der Versenkung verschwinden und kippte hin zur "Freispruch-These", wie sie bei Becher dichterisch formuliert ist. Die bösen Folgen zeigten sich schon 1952 im ZK-Beschluß der SED, in dem die Forderung des ZK-Mitgliedes Paul Merker nach Reparationen an Juden wörtlich als *"Verschiebung von deutschem Volksvermögen"* in antisemitischer Weise denunziert wurde. (vgl. Dokumente der SED Band IV, S.206)

"Wir waren nur der 'deutschen Pflicht' gefolgt, wir haben mit den Verbrechen der Nazis nichts zu tun" – diese Lebenslüge ist eine besondere Quelle des deutschen Nachkriegsnationalismus, wodurch er sich übrigens erheblich vom Nationalismus anderer Länder unterscheidet. Die Betonung einer Mitschuld der großen Mehrheit des deutschen Volkes an den NS-Verbrechen darf nicht außer Acht lassen, daß die Hauptverantwortung bei den Angeklagten der Nürnberger Prozesse, bei den Führern der NSDAP, den Leitern der Deutschen Banken und Großkonzerne lag – bei den "oberen Zehntausend", die in Deutschland zwischen 1933 und 1945 wirklich in erster Linie das Sagen hatten. Aber auch der kleinste Gestapo-Spitzel, der kleinste Blockwart, der das Eigentum der in die Vernichtungslager geschafften jüdischen Bevölkerung "aufbewahrte", der NSDAP-Schulleiter, der jüdische Kinder drangsa-

lierte, sie alle haben sich schuldig gemacht. Es zeichnete das NS-System aus, möglichst große Teile der Bevölkerung in verbrecherische Taten einzubeziehen, sie materiell zu beteiligen. Daß "kleine Nazis" sich wirklich vom Nazismus lossagten hat zur Voraussetzung, daß solche Mechanismen umfassend aufgedeckt und bewußt gemacht würden – mit Namensnennung in jeder Stadt, jedem Dorf, in jeder Fabrik, Schule, Universität oder Amt. Wie aber soll eine solche Aufgabe angegangen werden, wenn bei Becher die Behauptung aufgestellt wird, das deutsche Volk sei nicht mitschuldig gewesen?...

Hier soll nicht pauschal bestritten werden, daß (wohl vor allem in den ersten vier Jahren vor der Gründung der DDR) es große Anstrengungen gegeben hat, den Staatsapparat und andere Ämter von "alten Nazis" zu reinigen. Die DDR hat auch große Anstrengungen unternommen, Reparationen an die Sowjetunion und Polen aufzubringen. Darüber gibt es Fakten und Zahlen. Die Frage ist: In welchem Bewußtsein geschah dies, aus welcher Überzeugung heraus? Inwieweit gab es einfach nur eine Anpassung an die sowjetische Besatzungsmacht?

Auf dem kulturellen Sektor hat jedenfalls ein Mann wie Becher, kein kleiner Gelegenheitsdichter, sondern der spätere Kultusminister, die nötigen Auseinandersetzungen mit der NS-Zeit und der NS-Ideologie wesentlich erschwert, statt sie zu fördern. In seinen Gedichten findet sich auch noch die große Lebenslüge des deutschen Nachkriegsnationalismus wieder, daß das deutsche Volk am meisten von allen Völkern unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten habe. Nachdem Guernica ausradiert, nachdem Warschau mit Flächenbombardements belegt, nachdem London bombardiert worden war, wurde ja in aller "Unschuld" die Frage gestellt, warum nur deutsche Städte dem Bombardement unterworfen würden. Solche Mentalität teilt Becher – im Gedicht "An Deutschland" formuliert er tatsächlich:

"Schwer geprüft wie keines aller andern/ Völker bist du, Deutschland. Wer dich liebt/ Muß, aus dir verbannt, die Welt durchwandern,/ Weil für ihn es keine Heimat gibt." (S.229)

"Schwer geprüft wie keines aller anderen Völker..." – es ist schwer vorstellbar, daß der polnische Kultusminister oder auch der sowjetische Kollege solche Formulierungen als "dichterische Freiheiten" durchgehen ließen. Von sowjetischer Seite sind nur zwei Anekdoten als Reaktion auf Becher bekannt – U. Enzensberger berichtet in seinem Aufsatz "Auferstanden über Alles" (Transatlantik 10/81): *"1945 kam ein sowjetischer Offizier zu Tulpanow, Oberst im Stab der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, zeigte ihm Bechers Buch: 'Wir, Volk der Deutschen' und sagte: 'Das ist Nationalismus.'"* Das ZK-Mitglied R. Herrnstadt berichtet in seinen 1990 erschienenen Erinnerungen, daß der führende Mann des sowjetischen Militärs, Semjonow, 1953 über Becher urteilte: *"Wenn solche Menschen eine andere Weltanschauung haben als wir, so mögen sie mit uns auf der Basis der Nationalen Front zusammenarbeiten, aber in die Partei gehören sie nicht."* ("Das Herrnstadt-Dokument", Reinbek 1990, S.103)

Walter Ulbricht gehörte dagegen zu den größten Lobhudlern Bechers. (Becher schrieb seinerseits ein Buch *"Walter Ulbricht. Ein Arbeitersohn"*, das nach 1967 in nicht weniger als 10 Auflagen erschien.) Ulbricht schrieb, daß Becher der *"größte deutsche Dichter der neusten Zeit"* sei, *"daß die Hauptachse der neueren deutschen Dichtung von Goethe und Hölderlin zu Becher und durch ihn weiterführt"*. (Zitiert nach "Lexikon sozialistischer deutscher Literatur", Berlin 1973 S.101) Auch Georg Lukàcs betätigte sich als Becher-Fan und schrieb in der "Kurzen Skizze einer Geschichte der neueren deutschen Literatur" (Frankfurt/Main, April 1975, S.225): *"J.R. Bechers Deutschland-Lyrik bringt (...) zum erstenmal in der neuesten deutschen Literatur die innige Verbundenheit des besten Deutschtums mit den Ideen des Fortschritts zum Ausdruck."*

Gegen diese Art von Lobhudelei, mehr noch aber gegen die Geisteshaltung, die hinter Bechers Gedichten steckte, entwickelte Bertolt Brecht Widerwillen. Er schrieb eine Art Gegenhymne zu Bechers "Auferstanden aus Ruinen", die über seine Kritikpunkte Aufschluß gibt. Vor diesem Text sollen jedoch zunächst Bemerkungen gegen Becher in Brechts "Arbeitsjournal" und einige damit zusammenhängenden Überlegungen dargestellt werden, die zum Verständnis der Problematik in den ersten Jahren der DDR von großer Bedeutung sind.

Brechts Kritik: "Nachbar, euren Speikübel"

Unter dem Datum 10.11.1943 notierte Brecht: *"Artikel Bechers Deutsche Lehren, der stinkt von Nationalismus. Wieder wird der Nationalismus der Hitler ganz naiv akzeptiert; Hitler hatte nur den falschen, Becher hat den richtigen. (...) Natürlich ist die nationale Friedens – und Freiheitsfront gegen Hitler als taktische Position naheliegend, da eben eine Katastrophe in nationalem Ausmaß durch Nationalismus eingetreten ist... aber dazu dieser gigantische Spießerüberbau? Das nationalistische ist bei Schiller, Goethe, Hölderlin für uns schon unerträglich. (...) Ich lese: 'Eine neue Gemeinsamkeit ist es, die sich bildet, damit Deutschlands Wille geschehe und er durch uns vollzogen werde, und ein Allerhöchstes ist es, das über solch einem Gemeinsamen waltet: der Genius eines ewigen Deutschlands.' (J.R. Becher in Internationale Literatur 1943 Heft IV). Nachbar, euren Speikübel!"* (B. Brecht Arbeitsjournal S.641)

Am 11.11.1943 notierte Brecht, daß er einen Bericht über die Ausrottung der Juden in Polen gelesen habe, und kommentiert: *"Ich wünschte wirklich, daß nie mehr gesprochen oder geschrieben werde vom 'deutschen Menschen' (lies: doidschen)."* Und er fordert dazu auf, *" unser Land das Land Nummer 11 zu nennen und basta. (...) Deutschland muß sich nicht als Nation emanzipieren, sondern als Volk, genauer als Arbeiterschaft. Es war nicht 'nie eine Nation', sondern es war eine Nation, d.h. es spielte das Spiel der Nationen um Weltmachtstellung und entwickelte einen stinkenden Nationalismus."* (Arbeitsjournal, S.642)

Auch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges machte Brecht in sein Arbeitsjournal eine Notiz gegen Bechers unerträglichen Nationalismus. Becher schrieb am 5.1.1947 im Berliner "SONNTAG" einen Leitartikel, aus dem Brecht Auszüge notiert: *"Das Sterben deutscher Jugend im ersten Weltkrieg, das Millionenopfer im zweiten Weltkrieg werden nur dann einen Sinn erhalten, wenn wir diesem unsagbaren Leid, diesem namenlosen Sterben einen Sinn geben: In der Herausgestaltung dessen, was Volk und Reich nottut, in der Schöpfung eines neuen freiheitlichen Deutschlands. Dann mögen die Glocken Auferstehung läuten. Dann mögen wir singen: nun danket alle Gott..."* Brecht kommentiert lakonisch: *"Der Rattenfänger von Hameln muß aber zumindest pfeifen gekonnt haben."* (Arbeitsjournal, S.771)

Am 6.1.1948 notierte Brecht kritisch, in einer solch *"beschissenen Zeit"* kümmere sich niemand um die materialistische Dialektik: *"Wieder erschwindelt sich diese Nation eine Revolution durch Angleichung"* (Arbeitsjournal, S. 813). Am 24.12.1947 machte er eine sehr allgemein gehaltene, aber dennoch sehr wichtige Bemerkung: *"Nach allem, was man aus Deutschland hört, läßt man es an einer wirklichen Kritik des Nationalsozialismus fehlen, in dem man ihn als 'unter der Kritik stehend' behandelt. Man verläßt sich auf die vernichtende Wirkung des Mißerfolgs; je länger aber dieser Mißerfolg zurückliegt, desto mehr verselbständigt sich natürlich die mißliche Gegenwartslage..."* (Arbeitsjournal, S. 801). Das könnte Brecht als aktuellen Kommentar zu den 90er Jahren geschrieben haben...

Die Gegenhymne Brechts

In der DDR war offensichtlich zunächst nicht nur Becher, sondern auch Brecht aufgefordert worden, sich Gedanken über eine neue Nationalhymne zu machen. Möglicherweise war Vorgabe, einen Text zur Melodie Haydns abzufassen – so jedenfalls schildert es Käthe Rülicke-Weiler, Brecht-Mitarbeiterin, aus der Erinnerung (Vgl. dazu "Der Tagesspiegel", 9. September 1990, Beilage S. I). Brecht verfaßte einen Text, der unter dem Titel "Kinderhymne" 1950 in einer Sammlung von Kinderliedern erschien. Mehr ist über eine diesbezügliche Kontroverse mit Becher aus der Literatur nicht zu erfahren. Unübersehbar beinhaltet Brechts Hymne aber eine doppelte Polemik: Sie richtet sich einerseits gegen Hoffmann von Fallersleben, andererseits aber auch gegen Bechers Art, Gedichte zu schreiben.

Gegen das *"Deutschland über alles..."* gerichtet, enthält der Text von Brecht eine klare Absage an Kernthesen des "Deutschlandlieds". Die Angaben von der *"Oder bis zum Rhein"* nach *"Und nicht über und nicht unter"* richten sich deutlich gegen den Nationalismus von Hoffmann von Fallersleben. Sie beinhalten eindeutig die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, schaffen also klare Verhältnisse. Durch die Formulierung *"...daß ein gutes Deutschland blühe"* wird im Gegensatz zu den Kernthesen des Nationalismus klar, daß Deutschland nicht an und für sich "gut" ist, sondern ein anderes, "gutes" Deutschland erst entstehen solle. Brecht nennt – ganz anders als Becher – ein Kriterium, woran ein solches "gutes Deutschland" zu erkennen sein werde: Wenn die anderen Völker es akzeptieren, ihm die anderen Völker die Hände reichen – wenn sie nicht mehr *"erbleichen"*.

Die letzten zwei Zeilen: *"und das liebste mag's uns scheinen,/ so wie anderen Völkern ihr's"* beziehen sich auf die Debatte über das Deutschlandlied. *"Scheinen"* beinhaltet die Möglichkeit des Irrtums, die Relativierung drückt aus, daß z.B. ein Kind etwa auf solche Gedanken kommt, weil es noch nicht den Überblick über Geschichte und Gegenwart der Welt hat.

Brecht spricht hier von einer gefühlsmäßigen Zuwendung zu dem Land, in dem man an der Verbesserung der Zustände arbeite. Es ist entscheidend, daß Brecht nicht ein Loblied auf das real existierende Deutschland dichtet, sondern daß er, Zeile für Zeile, *Aufgaben* formuliert, die erfüllt werden müssen, damit einmal ein *"gutes Deutschland"* blühen *werde.*

Gewiß findet sich auch problematische Zeilen wie: *"Wie ein anderes gutes Land"* und *"so wie andere Völker ihr's"* könnten, für sich genommen, als Zustandsbeschreibung gelten, Deutschland könne schon aktuell als ein Land wie jedes andere betrachtet werden. Brecht packt aber die Frage der "Liebe zu Deutschland" dialektisch an: Nicht weil Deutschland geliebt wird, wird an seiner Verbesserung gearbeitet – wie die Nationalisten es formulieren würden. Nein, Brecht dreht den Gedanken um: *"Und weil wir dies Land verbessern, lieben und beschirmen wir's"*. Damit ist ausgesagt, "insofern" das Land verbessert werde, werde es geliebt – also gerade nicht, wie es ist. Oder auch: "Indem" es verbessert werde, werde praktische Realität, was andere nur proklamierten.

Bertolt Brechts Kinderhymne

"Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
daß ein gutes Deutschland blühe
wie ein anderes gutes Land.

Daß die Völker nicht erbleichen
wie vor einer Räuberin,
sondern ihre Hände reichen
uns wie andern Völkern hin.

Und nicht über und nicht unter
andern Völker wolln wir sein
von der See bis zu den Alpen
von der Oder bis zum Rhein.

Und weil wir dies Land verbessern
lieben und beschirmen wir's
und das liebste mag's uns scheinen
so wie anderen Völkern ihr's."

In den vier Strophen der Brecht-Hymne steckt eine Fülle von Überlegungen, die sich ausgesprochen positiv von den nationalistischen Tönen Bechers abheben. Dennoch sollte hinterfragt werden, ob nicht auch dieser – gegen den Nationalismus gerichtete – Text die problematische Sehnsucht enthält, Deutschland nach der NS-Zeit endlich wieder als "normal" ansehen zu wollen. Im Streben nach "Normalität" steckt womöglich der Wunsch, *"der Zukunft zugewandt"* ein Deutschland aufbauen zu wollen, obwohl nicht wirklich mit dem "alten Deutschland" gebrochen wurde. In einer anderen Zeile heißt es: *"Und nicht über und nicht unter"* anderen Völkern solle Deutschland stehen: Nach der Polemik *"und nicht über"* folgt hier ebenbürtig die Kennzeichnung *"und nicht unter"*. Man mag Brecht gutwillig unterstellen, daß er dem Gerede entgegentreten wollte, die Kommunisten strebten angeblich "die Knechtung Deutschlands" an. Damit geht aber einher, daß Brecht doch anzudeuten versucht, die Gefahr einer "Unterdrückung Deutschlands" müsse bekämpft werden. Es mag dies ein Zugeständnis des Autors an die Linie der SED sein, das aber in diesem ansonsten so überzeugend gegen eine Verherrlichung des gegebenen Deutschlands gerichteten Gedicht einen unterschwelligen Nationalismus bedient.

Unabhängig von solchen kritischen Aspekten beweist dieses Brecht-Lied aber doch, daß in den ersten Jahren der DDR nicht nur nationalistische Töne zu hören waren, daß es durchaus ernste Ansätze gab, den Nationalismus zu kritisieren und über Bord zu werfen. Spätestens die heutige vorherrschende Stimmung der Bevölkerung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR beweist, daß es nicht gelungen ist. Viel Anmut und Mühe, Leidenschaft und Verstand wird es kosten, in einer – nicht allzu nahen – Zukunft die Vision Brechts Wirklichkeit werden zu lassen – auf daß für Deutschland gelte: *"daß die Völker nicht erbleichen/ wie vor einer Räuberin"*.

Benjamin Ortmeyer

Anmerkung:

1) Eine solche Tendenz ist heutzutage oftmals bei "antideutschen" Positionen anzutreffen. Mit großem theoretischen Werkzeug wird nachgewiesen, daß es Deutschland eigentlich gar nicht gibt, weil ja "Nationen" bloße Fiktion seien.

Deutschland gab es und Deutschland gibt es. Das war die mörderische Realität zwischen 1933 bis 1945, das ist ganz realer Bezugspunkt für politische Aktivitäten in den vom Bundesgrenzschutz gesicherten Grenzen von heute. Wer seinen Lebensmittelpunkt in diesem Land hat, auf seinen Autobahnen fährt, vor allem aber: dessen Eltern und Großeltern darin groß geworden sind, wird durch dieses Land geprägt und hat sich mit seiner Geschichte, Gegenwart und Zukunft auseinanderzusetzen – in anderer Weise als mit Frankreich, Österreich oder der Schweiz...

Es ist zu "praktisch", sich "antideutsch" und "antinational" zu erklären, weil Nationalismus ekelhaft sei – so sympathisch viele der Motive einer solchen Haltung sein mögen. Man entgeht so der notwendigen Kritik "an *den* Deutschen", weil man sich ihnen nicht mehr zuzählt. Man entgeht der besonderen Verantwortung aller Deutschen gegenüber den Ermordeten und gegenüber den wenigen Überlebenden des Völkermords an den Sinti und Roma, an der jüdischen Bevölkerung, gegenüber ermordeten Polen, Holländern, Russen und Belgiern usw.

Deutschland ist kein Konstrukt bürgerlich-nationalistischer Ideologen, sondern geschichtliche Gegenwart. Kein Deutscher kann der Tatsache entrinnen, daß der Begriff "deutsch" noch Jahrhunderte mit Auschwitz-Birkenau und Treblinka verbunden sein wird, und dieses Land nach 1945 nicht aufhörte, zu existieren. Die Parole "Nie wieder Deutschland" suggeriert, hierüber sei eine Entscheidung zu fällen: Ein gefährlicher Irrtum, denn Deutschland existiert – und wie...

"Die Ohnmacht der Macht"

Konrad Adams Rezepte für den großdeutschen Staat

Die "Politikverdrossenheit" sei in die Krise geraten und die Integrationskraft der Volks*parteien* wieder hergestellt, konstatierte der "linke" Vorstandssprecher der Grünen, Jürgen Trittin, 1994 in "Konkret". Doch nicht nur Mitglieder der "politischen Klasse" ziehen aus den Problemen des neu- und altrechten Lagers, eine regierungstaugliche Kraft zu etablieren, voreilige Schlußfolgerungen. Zwar kehren die Wahlergebnisse aus der "Ohrfeigenphase" in das politische Spektrum der alten BRD zurück, doch die ideologischen Diskurse tendieren immer stärker in Richtung autoritärer volks*gemeinschaftlicher* Rezepte aus der deutscher Vergangenheit, die allenthalben einer Modernisierungsdiskussion unterzogen werden. Mit Zitelmanns 8. Mai-Anzeige in der FAZ ("Gegen das Vergessen") wurde nach dem "Berliner Appell" in der "taz" nun schon zum zweiten Male ein Spektrum zusammengebracht, das die Basis für eine neurechte Formation bilden könnte. Zwar mühen sich die Regierenden um formale Distanz, doch verringert sich das Maß an inhaltlicher Distanz.

Die Kritik am "Parteienstaat", altmodisch auch Demokratie genannt, findet in einer Fülle von populärer und wissenschafticher Literatur zur sogenannten Wertekrise ihren Ausdruck. So schmückte z.B. Ulrich Wickerts Bestseller "Der Ehrliche ist immer der Dumme" 1994 Deutschlands weihnachtliche Gabentische. Das neueste Buch des FAZ-Redakteurs Konrad Adam, "Die Ohnmacht der Macht", vom "Focus" als Kultbuch der Konservativen bezeichnet, gibt sich mit der Auflistung von Verfehlungen nicht mehr zufrieden sondern bewegt sich auf die grundsätzliche Neugestaltung des politischen Überbaus zu. Adams Leitfrage *"Sollte der Parteienstaat herkömmlichen Stils an seine Grenzen gelangt sein?"* (Klappentext) verdeutlicht diese Zuspitzung (1).

Demokratischer Totalitarismus

"Konrad Adams kompromißlose Analyse will deutlich machen, daß es so nicht weitergehen kann"(Klappentext).

Schon zu Beginn seiner Klage über Deutschlands miserable Lage macht Adam klar, daß die Zeiten, in denen der FAZ-Redakteur Deutschland wegen seines Grundgesetzes als freiestes Modell für die Welt pries und die Rechtfertigung von Kommunistenhatz daraus ableitete, vorbei sind. Adam ist zum "Staatsfeind" von rechts geworden. Der intellektuelle Journalist weiß, wo er für solche Notlagen Rat bekommt und stellt seinem Einleitungskapitel ein Zitat des expressionistischen Schriftstellers und Nazi-Überläufers Gottfried Benn voran: *"Das ist die Zeit / und keiner weiß ihr Rat: / den eigenen Bürger / untergräbt der Staat."*

Adam muß, wie damals Benn, ein großes emotionales Leiden unter den herrschenden Verhältnissen entwickelt haben, das ihn auf die (politische) Erlösung hoffen läßt. Es ist das Leiden, unter einer Diktatur zu leben, nämlich der der Parteien, die Deutschland zu einem *"Überstaat"* (so der Titel von Kapitel eins) gemacht haben.

War der Begriff des Totalitarismus, solange es die sozialistische Staatenwelt gab, eine Funktion zur Relativierung des Nationalsozialismus bei gleichzeitiger Fixierung der Kritik auf den Kommunismus, sind nach der Wiedervereinigung westliche Elemente des politischen Überbaus in den Totalitarismusverdacht geraten. Demokratie ist in den Augen der Deutschen historisch primär als Gewalt empfunden worden, resultierte sie in ihren bisherigen Varianten, der Weimarer und der Bonner Republik, doch als Ergebnis von Kriegsniederlagen. Demokratie, das muß in Deutschland als *verlorener Griff zur Weltmacht* übersetzt werden.

Von dieser "Gewalt" scheint auch Konrad Adam gepeinigt zu werden. So zieht er seine spezifisch deutschen Lehren aus dem Nationalsozialismus: *"Mit ihren Arbeitskreisen und Sympathisantengruppen durchdringen die Parteien Staat und Gesellschaft auf eine so umfassende Weise, daß sich manche an das totalitäre Grundmuster erinnert fühlen, das die Deutschen besser kennengelernt haben als andere Völker."* (S. 49) Der NS wird bei ihm – ganz ähnlich wie bei den Verschwörern des 20. Juli – zur Sensibilisierungsgrundlage für Antiparteienaffekte, so daß auch seine Analyse der Weimarer Republik mit der Ablehnung von Pluralismus durchaus folgerichtig ist: *"Wenn aus dem Untergang der Weimarer Republik etwas zu lernen ist, dann also Skepsis gegenüber den Parteien."* (45)

Wenn die Totalitarismustheorie schon Grundlage für die Überwindung des Parteienstaates sein soll, dann muß natürlich aus Nationalsozialismus *und* Kommunismus gelernt werden: *"Ostdeutsche, die ihre Erfahrungen mit dem Machtmonopol einer einzigen Partei gesammelt haben, sprechen ironisch von der pluralistischen Variante der Parteiendiktatur."* (35)

Grunddilemma der heutigen Situation Deutschlands ist für Adam die Omnipräsenz des Staates, die seine Autorität untergrabe. Sein Kronzeuge für diese Staatsphilosophie ist der Kulttheoretiker der Neuen Rechten, der Nazi-Staatsrechtler Carl Schmitt, der in den letzten Jahren wieder durchgängig in den bürgerlichen Feuilletons als "interessanter Denker" rezipiert wird: *"Die Parteien haben sich mit ihren Vorstellungen von Dienstleistungspolitik durchgesetzt und aus den großen Ämtern Service-Unternehmen gemacht, die irgend eine Klientel bedienen. Carl Schmitt hat das den quantitativ totalen Staat aus Schwäche genannt: aus Schwäche deshalb, weil der Umfang an Zuständigkeiten die Kräfte zersplittert und alles andere ist als ein Zeichen von Kraft."* (199)

Gleichheit führt zu Unfreiheit

Am Erschreckendsten findet Adam das Voranschreiten von staatlicher Verantwortungsübernahme im Bereich der "Sozialstaatsbürokratie". Da seit der Regierung Schmidt aber ohnehin kontinuierlich Sozialleistungen abgebaut worden sind und nach den jüngsten Kürzungen viele, die sie erhalten, nicht mehr vor der prekären Armut bewahrt werden, kann es bei solch einer Sichtweise jetzt also nur noch ums Eingemachte gehen, nämlich die völlige Abschaffung eines Großteils des bisherigen Sozialsystems, dessen Pfeiler, so Adam, inzwischen zu mehr Nachteilen als Vorteilen führen, wobei die Rentenversicherung mit Sicherheit der größte Zankapfel und gesellschaftlich am bedeutsamsten ist. Für Adam werden die Menschen durch die Rentenversicherung schlicht und einfach zu alt: *"Der Drang, in die alte, falsche Richtung weiterzumarschieren, scheint unwiderstehlich zu sein. Gewiß war die staat-*

liche Rentenversicherung ein gewaltiger Erfolg, aber gerade weil sie so erfolgreich war, hat sie den Menschen eben nicht nur den sicheren Ruhestand beschert, sondern eine steigende Lebenserwartung und altersbedingte Leiden aller Art. Daraus entstand der nächste Akt der staatlichen Betreuungspolitik, die Pflegeversicherung." (93) Mit dieser hätten sich Regierung und Opposition mitten im Einigungsprozeß *"eine weitere Bürde aufgeladen... Die Pflegeversicherung will Gleichheit auch in dieser Hinsicht und stellt Abhängigkeiten selbst dort her, wo sie gar nicht nötig wären."* (93)

Wem die Pflegeversicherung mit ihrer ausgefeilten Selektion bezüglich der Bestimmung der Pflegebedürftigkeit schon zu gleich ist, dem geht es um ganz andere Enttabuisierungen, nämlich um die Infragestellung des Lebensrechts von für die Volksgemeinschaft lästigen Menschen. Gerät Adam ins metaphorische Verallgemeinern wird deutlich, daß ein solcher Vorwurf nicht ausgedacht ist: *"Die Konstrukteure des Sozialstaats handelten wie Eos, die griechische Göttin der Morgenröte, die für ihren jugendlichen Geliebten Tithonos die Unsterblichkeit erwirkt hatte. Als Beigabe des ewigen Lebens die ewige Jugend zu erbitten, hatte sie allerdings vergessen, und so verwandelte sich ihr ehemaliger Liebling mit der Zeit in einen nörgelnden Alten, der sterben wollte, aber nicht durfte."* (53)

In der Verbindung der Kritik an der "überalterten" Gesellschaft mit seiner Angst vor Masseneinwanderung (s.u.) wird der Rückgriff auf in der Tradition der Euthanasie stehende Konzepte bei Adam zum bevölkerungspolitischen Instrument für eine "leistungsstarke" *deutsche* Gesellschaft.

Adams Sozialstaatskritik strebt zielgerichtet auf generelle Demokratiekritik. Der Sozialstaat und seine *"Wohlfahrtsbeamten"* seien Ursache für den Niedergang der Familie. *"Dahinter steht der in allen Demokratien übermächtige Wunsch nach Gleichheit. Die Unterschiede zwischen den Bürgern sollen abgeschliffen werden, und das scheint ohne den ständigen Zugriff des Staates nicht möglich zu sein. Aber aus ganz Gleichen, hat schon Aristoteles bemerkt, läßt sich kein Staat bilden."* Später sei Tocqueville auf solche Überlegungen zurückgekommen: *"Über die Zukunft der demokratischen Staatsform dachte er deshalb so skeptisch, weil er an die wohltätige Wirkung zunehmender Gleichheit nicht glauben mochte. Die Demokratie, schrieb er, läßt den einzelnen seine Ahnen vergessen, 'sie verbirgt ihm seine Nachkommen und trennt ihn von seinen Zeitgenossen. Sie führt ihn ständig auf sich selbst zurück und droht, ihn schließlich in der Einsamkeit seines Herzens zu verschließen."* (65) Wer meint, die Demokratie habe sich zu Tocquevilles Lebzeiten (1805-1859) schon diskreditiert, kann sich schwerlich 1995 als Retter derselben aufspielen und behaupten, es ginge ihm darum, zu verhindern, daß das demokratisch-plurale System von Besitzstandsansprüchen ausgehöhlt und zerstört werde. Adams Rezept für das größere Deutschland läuft umgekehrt auf die Diskreditierung der "politischen Klasse" hinaus, um endlich gegen die parlamentarische Demokratie ins Felde ziehen zu können.

Finanzminister als Diktator

Entsprechend der Formel vom totalitären *"Parteienstaat"* leben die Deutschen aus der Sicht des Autors in einem *"totalen Steuerstaat, der alles will, aber nichts mehr kann"*. Dem sich selbst ohnmächtig machenden Staat verbleibe im Wesentlichen nur ein einziges Regelungsinstrument: das Steuerrecht. Wer in der Politik etwas erreichen wolle, müsse sich zum *"Bittsteller oder Handlanger des Finanzministers"* machen. *"Dann bleibt nur noch der Pragmatismus, der einfach macht, was kommt, und Fragen nach der Gerechtigkeit und Stimmigkeit des Ganzen nicht mehr stellt."* So entstehe *"ein geplantes Chaos ... ein Zustand der legalen Anomie, in dem sich Absichten und Nebenabsichten ständig in die Quere kommen und gegenseitig behindern"* (alle Zit. 104). Das Steuerrecht sei nicht nur undurchschaubar, sondern in seiner ganzen Anlage ungerecht und somit entmotivierend. Profitieren könne nur, wer so viel Kapital besitze, sich die vielen Ausnahmeregelungen durch scheinbare oder reale Investitionen zu Nutze machen zu können. Die hohen Grenzsteuersätze für hohes Einkommen träfen so keineswegs die Reichen.

Die Wurzel des *"chaotischen Pragmatismus"* ist, wie sollte es anders sein, mal wieder eine von Adam ausgemachte Spielart der Demokratie, nämlich die *"Gefälligkeitsdemokratie"* (111).

Besonders viele Gefälligkeiten erhamstere sich das Berufsbeamtentum, was zum dritten Glied totalitaristischer Staatsbeschreibungen bei Adam führt. Mit dem Parteien- und Steuerstaat korrespondiere der Beamtenstaat: *"Parteienstaat und Beamtenstaat scheinen für einander bestimmt gewesen zu sein und wollen sich, nachdem sie sich gefunden haben, nie mehr trennen"* (77). So sei *"aus der Rivalität der drei herkömmlichen Teilgewalten eine vierte als Sieger hervorgegangen, die öffentliche Verwaltung"* (72).

Die verwaltungstechnische Steuerung der Politik verdrängt nach Adams Analyse die eigentlich notwendige Verbindung, nämlich die zwischen Wissen und Macht. In der Tat bedürfe es einer vierten Gewalt, aber nicht einer bürokratischen, sondern einer *"konzeptiven"* (204). *"Es sind die Techniker, die im Krieg über Siege und Niederlagen, im Frieden über die Eroberung von Märkten entscheiden."* (117) Statt dessen dringe das Wissen nur indirekt in die "Politikerkaste" vor. Auch dieses Problem ist bei Adam durch eine *"Eigenlogik des Systems"* (130) gekennzeichnet, so daß diese Logik im Umkehrschluß nur durch die Aufhebung dieses von ihm "System" genannten politischen Überbaus liegen kann. Definiert werde diese Eigenlogik *"durch das Gutachten"* (130). Liege die Expertise erst einmal vor, habe sich die Frage nach dem Sinn und Zweck des Ganzen meist erübrigt. Als Beispiele für solch überblicks- und qualifikationsloses Entscheiden werden die Magnetschnellbahn Transrapid sowie die WAA-Wackersdorf genannt.

Indem Adam allen nachvollziehbare Mißstände populistisch anprangert, fügt er die Bausteine für seinen autoritären Staat zusammen, der es nicht mehr nötig hat, Einzelinteressen ausgleichen zu müssen, sondern ein Definitionsmonopol für die (nationalen) Interessen sowie die Durchsetzungsgewalt dafür besitzt.

Demokratie, Marktwirtschaft und deutscher Sonderweg

Adams Analyse prangert die Zustände des "Systems BRD" an. Nichts von seinen Klagen beschreibt etwas wirklich Neues. Neu ist allerdings das politische und ökonomische Umfeld, vor dessen Hintergrund immer mehr Ideologen eine Änderung "des Systems" fordern. Italien ist das am weitesten fortgeschrittene Beispiel dafür. Wurde dort die mafiotische Versorgung des Südens dysfunktional, ist der Druck auf das politische System in Deutschland durch die Wiedervereinigungsdynamik besonders hoch. Deutschland leistet sich seit 1990 eine Mischung aus Anpassung an die stark durch Maastricht geprägten herrschenden ökonomischen Paradigmen (Priorität auf Ausgabenbegrenzung und Währungsstabilität) bei deren gleichzeitiger Unterlaufung zum Zwecke politischer Machterweiterung (z.B. im Umtauschkurs 1:1 bei der deutschen Währungsunion, dem der unproduktive West-Ost-Transfer folgte, sowie mit "politischen Krediten" an Rußland und andere osteuropäische Staaten, mit denen die BRD sich praktisch an die Spitze gekauft hat).

Die Kombination aus einem die Regeln der marktbestimmten Standort-Konkurrenz tendenziell verletzenden politischen

Machtstreben Deutschlands und der daraus um so notwendiger sich ableitenden Effektivierung der Kapitalverwertung, ist die Basis, auf der sich auch Konrad Adam bewegt. Kapitalistisch *und* deutsch ist zwar nicht nur die Maxime des FAZ-Redakteurs und Politikberaters, sondern auch die der "politischen Klasse", aber als "freier" Intellektueller kann er auf Widersprüche verweisen.

Entsprechend nimmt das Kapitel "Demokratie und Marktwirtschaft" eine besondere Bedeutung ein. Denn: *"Wo immer westliche Verfassungsgrundsätze Einzug gehalten haben, geschah dies seither unter der Doppelfahne von Demokratie und Marktwirtschaft".* (133) *"Die beiden mögen unzertrennlich sein, genauso unzertrennlich wie die Dioskuren. Castor und Pollux sind von den Griechen und den Römern immer gemeinsam verehrt worden, aber nur einer von ihnen als Gott"* (147). Zwischen diesen beiden Zitaten rahmt er seine Überlegungen ein. Aus zwei gleichwertigen Partnern wird nach vierzehn beschriebenen Seiten ein einziger Gott: die Demokratie, aber nicht die bestehende, pluralistische der westlichen Bundesrepublik, sondern die direkte des deutschen Volkes. Der politische Überbau als Ausdruck des Willens der deutschen Gemeinschaft ist das einzige Prinzip, das nicht zur Disposition stehen soll, die Marktwirtschaft hingegen schon. Nicht der ökonomische und politische 'Durchsetzungskampf des deutschen Volkes' wird negiert, sondern der geschäftsmäßige Ablauf desselben, der sich im Verhältnis des Bürgers zum Staat nach innen fortsetze.

Adams Kritik an der Unqualifiziertheit der "politischen Klasse" könnte über viele Seiten hinweg auch den Ruf nach einem deutschen Berlusconi bedeuten. Doch immer wenn es ums Grundsätzliche und nicht nur detaillistische Probleme geht, wird schnell klar, daß er ein deutscher Autor ist, der nach deutschen Zuständen ruft. Berlusconis Aufstieg, dessen Konzept mit seinem Abstieg nicht per se untergegangen ist, war für Adam mit dem Versuch verbunden, *"Politik nach dem Vorbild der Wirtschaft zu betreiben"* (145), bei dem sich Berlusconi als geschickter erwiesen habe als alle seine Vorgänger. Setze sich diese Tendenz fort, ginge das bürgerliche Zeitalter zu Ende, ohne daß der Bürger als ein politisches Wesen einen Nachfolger gefunden hätte. *"Er würde ersetzt durch den Verbraucher, der ständig die Preise vergleicht und beim günstigsten Angebot zugreift. Die vorläufigen und wechselhaften Beziehungen, die im Privatbereich längst üblich geworden sind, würden dann auch das öffentliche Leben prägen, und der Staat könnte sich auf seine Bürger genauso fest verlassen wie ein Supermarkt auf seine Kundschaft."* (146)

Konrad Adam rückt einen an deutschen Werten ausgerichteten romantischen Antikapitalismus in den Mittelpunkt. Indirekt schwingt hier das typische antisemitische Klischee mit, wonach "die Juden" für die deutsche Nation eine Gefahr seien, da sie aufgrund ihrer weltweiten familiären Bindungen und ihres ebenfalls weltweit angesiedelten "Geschäftseifers" keine verläßliche Loyalität für das "deutsche Vaterland" böten. Aber es kommt noch traditioneller. Nicht nur der geschäftsmäßig agierende Staat, sondern auch "die Wirtschaft" selbst und ihre Wachstumsphilosophie werden in einer erneut – verschanzt hinter einem Huxley-Zitat – antisemitisch geprägten Sprache angegriffen. Die Klage über die "geschäftsmäßige Kälte" des kapitalistischen Prozesses kommt – wie bei den Nazis – als Philosophie daher und nicht als Kritik: *"Tatsächlich gehen die Verluste der intensiven Wirtschaftstätigkeit über das bloß Wirtschaftliche hinaus. Die 'Sophisten, Ökonomisten und Zechenmeister, die alle Schönheiten dieser Erde in Geld ausmünzen', werden von all dem aber nichts bemerken. Deswegen setzte Edmund Burke auf einen starken, autonomen Staat. Nur der konnte die Wirtschaft daran hindern, die ganze Welt als Ware zu behandeln und unter dem selbstgerechten Anspruch, den Menschen Arbeit zu schaffen, die Natur zu ruinieren."* (143) Warum Adam den britischen Politiker und Publizisten Burke einführt, klärt ein Blick ins Lexikon auf. Burke verurteilte die Ziele der französischen Revolution und stellte der *"Aufklärung eine organische Staatslehre entgegen".*

Außenpolitik und "Wachstumsdruck"

Der von Adam herbeigesehnte organische, deutsche Staat, der der "deutschen Natur" und ihrer Volksgemeinschaft eher entspreche als liberal-kapitalistischer Wachstumsfetischismus, korrespondiert mit seinem Antiparlamentarismus. Das sind nicht einfach rückwärtsgewandte, ideologische Sehnsüchte, sondern aktuelle politische Modernisierungsdiskurse der Konservativen. Der Autor traut sich nicht direkt am "Positiven" des Nationalsozialismus anzuknüpfen (diese Diskussion wird noch den Zitelmännern überlassen, die ja durchaus Eingang in die Spalten der FAZ finden). Adam veranschaulicht sein Wollen lieber anhand einer sehr eigenwilligen Interpretation des "american dream": *"Wohl über die längste Zeit ihrer Geschichte genossen die Amerikaner das ungewöhnliche Privileg, die Landesgrenze immer weiter voranschieben zu können. Wer in seiner alten Umgebung keinen Erfolg hatte oder sonst nicht zurecht kam, brauchte nur weiterzuziehen. Er konnte die bürgerliche Welt mit all ihren Zwängen und Ungerechtigkeiten hinter sich lassen und versuchen, unter den Bedingungen natürlicher Gleichheit* (sic!) *neu anzufangen"* (91). *"... Wachstum in seiner handgreiflichsten Gestalt, in Form von Landgewinn, war die historische Voraussetzung für den amerikanischen Traum von einer besseren und gerechteren Zukunft. Doch diese Zeit ist vorbei. Nachdem sich die Grenzen nicht mehr bewegen lassen, fällt Gleichheit in die Kompetenz des Staates. Die Möglichkeiten, den Wachstumsdruck nach außen abzuleiten* (sic!) *haben sich erschöpft, und die Regierung ist zum Eingriff genötigt, an Früherziehungsprogrammen, Quotenregelung, Proporzrücksichten und den Inquisitionsgerichten für political correctness."* (92)

Auf gut deutsch: Ohne "Ableitung des Wachstumsdrucks" "zerfleischt" sich die Gesellschaft und der Staat muß pädagogisch, "feministisch", demokratisch und zivilisatorisch eingreifen. Diese Staatsfunktionen sind es, die Adam im ersten Teil seines Buches als totalitär kritisiert. Jetzt führt er diese Kritik auf ihre "natürlichen Ursachen" zurück: Mangelnde äußere Expansion führt zu erhöhtem Regelungsbedarf im Inneren, was den allgegenwärtigen und gleichzeitig schwachen Staat hervorbringt. Dieser wird so immer unfähiger, seine Kernaufgabe – die Durchbrechung der außenpolitischen Blockade – wahrzunehmen.

Was in dieser Logik naheliegt, ist die Rückkehr zum "Reichsgedanken", also einem noch größeren Deutschland als europäischer "Raumordnungsmacht", die die osteuropäischen Hinterhöfe mit oder ohne kriegerische Unterwerfung so direkt an Deutschland anbindet, daß sie für jene "Ableitungsfunktion" und damit einem neuen Auf- und Ausbruch deutscher BürgerInnen gen Osten (wieder) zur Verfügung stehen. Adam vermeidet diesen Rekurs, doch sind seine Bilder – "natürliche Gleichheit", "Außenableitung" des "Wachstumsdrucks" – wohl nicht zufällig geopolitischen und Lebensraumkonzeptionen des wilhelminischen Imperialismus und der Nationalsozialisten ähnlich.

Allein, mit der heutigen Politik ist solcher Staat nicht zu machen: *"Die Institutionen, die den modernen Herausforderungen an die Politik gewachsen wären, müßten wohl erst noch entwickelt werden"* (169). Das Europa à la *"Maastricht bringt diese Lösung sicher nicht"* (169), denn dieser Vertrag ist schon deshalb undeutsch, weil sein Europaentwurf *"konstruiert"* statt *"gewachsen"* (164) sei. Er ist so leidenschaftslos wie der Parteienstaat und regele nicht

mehr als ein *"Europa der Notwendigkeiten"* (165). *"Was diese Notwendigkeiten schafft, ist die Wirtschaft. Ihre Anforderungen beherrschen die Politik und definieren die Ziele."* (166) So gelte für das Europäische Parlament das gleiche wie für das deutsche: die eigentlich zeitgemäßen Fragen kämen im parlamentarischen Betrieb von heute gar nicht mehr vor.

Volksgemeinschaft, Rassismus, Faschisierung

Was zeitgemäß heißt? *"Die Politik braucht Ziele, die über den engsten Horizont und den bloß materiell verstandenen Wohlstand hinausgehen. Ohne solche umfassenden, den Ehrgeiz oder die Gewinnsucht überholenden Gesichtspunkte wird Politik gerade für diejenigen suspekt, in deren Interesse sie angeblich betrieben wird. An diese Zusammenhänge zu denken, wird es noch Anlaß genug geben. Spätestens die Emigrantenströme, die weiter anschwellen dürften, werden dazu zwingen. Sie werden die Deutschen daran erinnern, daß es so etwas wie einen gemeinsamen Willen eben doch noch gibt und daß er aus mehr besteht als aus Arbeitsbereitschaft und Versorgungsansprüchen."* (193)

Auch zwölf Jahre nach der Wende von der sozialdemokratischen zu einer christdemokratisch geführten Bundesregierung und trotz Wiedervereinigung und größerem Deutschland habe *"sich nicht allzuviel verändert"* (196). Noch immer herrsche die "Nachkriegszeit" (103), sei der "Vertrag von Jalta" (195) nicht grundlegend genug revidiert, im Gegenteil, die Jalta-Ordnung existiere weiter.

Eine Änderung des *"deutschen Dilemmas"* erwartet Adam daher nur "von unten". Die Durchsetzung wertorientierten, selbstbewußten und (volks)gemeinschaftlichen Handelns ist die Perspektive, die er als weltoffener Intellektueller modernistisch von den amerikanischen KommunitaristInnen, insbesondere Charles Taylor (181) und Michael Walzer (189) ableitet, dem das Verdienst anzurechnen sei, für die Voraussetzungen einzustehen, die gegeben sein müßten, damit sich *"aus der Vielfalt der Interessen irgendeine Harmonie ergibt"* (189). Walzer versuche, *"die organisierten Arbeitnehmer davon zu überzeugen, daß die überkommenen Formen der betrieblichen Interessenvertretungen überholt sind; die Sozialhilfeempfänger dazu aufzufordern, die Verantwortung für ihr Wohlergehen selbst in die Hand zu nehmen; die Umweltaktivisten dazu zu bewegen, von ihrem ethischen Rigorismus abzugehen; den Feministinnen den Wert der Familie als einer gesellschaftlich unentbehrlichen Institution nahezubringen."* (190)

Taylor füge hinzu, wozu diese "Harmonie" benötigt wird: *"Wer die demokratischen Institutionen auf ihre ökonomischen Aspekte verkürzen will, schreibt der kanadische Kommunitarist Charles Taylor, verkennt den Kern der abendländischen Tradition, 'daß nämlich jede freie Regierungsform einer starken Identifikation von Seiten ihrer Bürger bedarf – etwas, was Montesquieu vertu nannte. Die Bürger müssen die Pflichten auf sich nehmen, manchmal sogar unter persönlichen Opfern, die die Pflege ihres Gemeinwesens mit sich bringt, und es gegen seine Feinde verteidigen. Sie müssen Steuern zahlen, sich an die Gesetze halten und sich engagieren, wenn ihre Gemeinschaft von innen oder außen bedroht ist. ... Das aber setzt voraus, daß die Bürger einen starken Sinn für die Zugehörigkeit zu ihrem Gemeinwesen haben, ja, daß sie im äußersten Fall dazu bereit sind, für es zu sterben'. Über alles das können sie etwas in der Schule oder der Familie lernen, während der Dienstzeit, oder auf Reisen, in der Wirtschaft aber nur wenig. Der amerikanische Romancier Joseph Heller scheint diese spannungsreiche Symbiose im Auge gehabt zu haben, als er meinte, Demokratie und Marktwirtschaft gehörten zusammen, vertrügen sich aber nicht."* (144)

So hat's der Adam gern: den deutschesten seiner Träume läßt er zwei Amerikaner träumen. Deutschnationale Gemeinschaft, Sterben für das Vaterland und seine außenpolitischen Ambitionen, all das wird nicht nazistisch formuliert, sondern kommunitaristisch-modern verpackt. Fast ist man geneigt, diese Kommunitarismus-Theoretiker gegen solche Vereinnahmung in Schutz zu nehmen, wüßte man nicht darum, daß im Kern ihre Theorie auf die zitierte nationalistische Einbindung der Gesellschaft für die Staatsziele hinausläuft. Wenn Taylor von einem "Feind der Gemeinschaft" schreibt, dann muß man sich darunter jemanden Faßbares vorstellen. Der Staat muß seine Gegner ausfindig machen. Das hat noch etwas Rationales, auch wenn der Feind selbstredend entlang der üblichen Ausschließungsmechanismen kapitalistischer Wertvergesellschaftung festgemacht wird. In Deutschland hingegen ist der deutsche Opfermythos und seine Halluzinationen, die sich in der Parole von der "jüdischen Weltverschwörung" bisher am Radikalsten die Bahn brachen, als potentielle Grundlage der Feindbestimmung auszumachen.

Adams Buch – diese Mischung aus autoritärem Staatsverständnis, antisemitisch überlagertem romantischem Antikapitalismus, Technikgläubigkeit, Rassismus, aggressivem Nationalismus, völkischen Organismusvorstellungen sowie Modernisierungs- und Effektivierungsmodellen – legt nahe, daß solche spezifisch deutschen, rassenimperialistischen Vernichtungsphantasien immer noch mitschwingen. Das allerdings ist deutsch und nicht amerikanisch-kommunitaristisch.

Adam verdeutlichte prägnant den Zwiespalt, vor dem sowohl die herrschende Politik aber auch die antinationale Restlinke in ihrer Analyse stehen. Einerseits ist Deutschland mit solch großen Schritten in eine neue rassistische und imperialistische Zukunft vorangeschritten, wie es sich die ärgsten Gegner der Wiedervereinigung kaum vorstellen konnten. Das von Adam kritisierte politische System der BRD erweist sich als nach wie vor stabil und integrativ, die nationale Formierung seit 1989/90 gelang so bruchlos, daß sich vordergründig die These von der "Faschisierung ohne Faschisten" aufdrängt. Andererseits hat gerade das Anknüpfen an die deutsche Politiktradition Bismarcks, der bei Konservativen und Neu-Rechten seit einiger Zeit wieder als außenpolitisches Genie gehandelt wird, bis hin zu Konzepten der Nationalsozialisten, zu neuen Bruchlinien geführt.

Die Bezugnahme auf Vorstellungen aus dem nationalkonservativen und reformnationalsozialistischen "Widerstand" des 20. Juli, läßt sich nicht beliebig in die bisherigen Strukturen der alten BRD integrieren. Zudem treten bei aller deutscher Dominanz in Europa doch verstärkt Reibungspunkte auf, die nach einer grundlegenden Effektivierung der politischen Strukturen verlangen. Diese wie auch das Personal stehen verstärkt unter dem Druck, den neuen, qua "Mittellage" abgeleiteten "nationalen Anforderungen" gerecht zu werden. *"Es ist keine romantische Volksgeistseligkeit, die für das Plebiszit spricht, sondern die nüchterne Einsicht, daß die Parteien ihren wichtigsten Auftrag, die Auswahl von Personal für die öffentlichen Ämter, nur noch unzureichend erfüllen"*, beklagt Adam den Mangel an politischer Elitebildung. Zugleich hofft er auf die Rettung durch das deutsche Volk, das zwar ruhig bleibt (die Pogrome 1991/92 sind nicht der Rede wert), gleichwohl der Verdruß über die Politik steigt: *"In trägen Zeiten führt so etwas zu Politikverdrossenheit, in stürmischen zur Rebellion."* (95) In Deutschland nannte man das auch die Sturm- und Kampfzeit "der Bewegung".

Jürgen Starck

Anmerkung:

1) Konrad Adam, Die Ohnmacht der Macht. Wie man den Staat ausbeutet, betrügt und verspielt, Siedler Verlag, Berlin 1994

Die "Neue Rechte" im postmodernen Volksstaat

Der modernisierte Faschismus und seine Kritiker

Seit dem Anschluß der DDR ist nach und nach eine neue deutsche Großmacht entstanden, die derzeit dabei ist, ihre Interessen über den unmittelbar ökonomischen Bereich hinaus zu definieren. Dabei steht nach innen wieder "Die Deutsche Nation" auf der Tagesordnung. Die neue völkische Identitätsdebatte und die Konstruktion eines neuen deutschen Volkes haben hier im Verlauf der Stasi-Debatte mit dem Hochkochen der Totalitarismustheorie und anderem bereits den ersten Schritt geschafft: Die jeweils entgegengesetzte Selbstlegitimation und -definition der beiden staatlichen Resultate der Niederlage im 2. Weltkrieg, DDR und BRD, aus dem Wege zu räumen.

Nun steht die zweite Etappe an: Die Entsorgung der zwölf Jahre des 1000-jährigen Reiches als entweder undeutsch oder "gar nicht so schlecht und damit anschlußfähig.

In unserem Vortrag soll es allerdings um die andere Seite dieser Normalisierung Deutschlands zur Großmacht gehen: Um das, was deutsche Polit-Intellektuelle zu dieser Entwicklung beizutragen haben. Kurz: es geht um die sogenannte "Neue Rechte" und um die Frage, welche Entwicklung dieses Spektrum in den letzten Jahren hinter sich gebracht hat. Wir interessieren uns hier nicht nur für ihr Selbstverständnis oder eine immanente Analyse, sondern speziell dafür, was sich in ihren Theoremen und deren Kritik von Seiten linker Hegemonietheoretiker für die politische und gesellschaftliche Entwicklung ablesen läßt.

Die "Neue Rechte" und die Wissenschaft

Nach dem – vorläufigen – Scheitern der parlamentarischen Strategie des europäischen Neofaschismus bildeten sich unter anderem in Frankreich und Deutschland Intellektuellenzirkel heraus, die sich selbst den Namen "Nouvelle Droite" bzw. "Neue Rechte" gaben. Unter diesem Etikett versammelt sich ein politisch heterogener Kreis von Intellektuellen, welcher über ein breites Spektrum an Publikationsmöglichkeiten verfügt. Die wichtigsten Zeitschriften in Deutschland sind Blätter wie "Junge Freiheit", "Elemente", "Nation Europa", "Europa vorn", "Wir selbst", "Mut" und "Criticon". Die Buchverlage Grabert, Hohenrain, Matthes & Seitz sowie thematische Reihen bei den Verlagen Ullstein/Langen-Müller und Herder sind ebenfalls für Autoren der "Neuen Rechten" zugänglich; viele haben außerdem Zugang zur etablierten bundesdeutschen Presse.

Die Vordenker der "Neuen Rechten" lassen sich trotz personeller Verflechtungen nicht einfach politischen Rechtsparteien zuordnen. Ihre Abgrenzung von diesem Spektrum läßt sich aber weniger auf ideologische Differenzen, als vielmehr auf ihre sogenannte *metapolitische Strategie* zurückführen. Diese Strategie zielt nicht in erster Linie auf direkten Machtgewinn ab, sondern auf eine Umgestaltung der Kultur bzw. auf die Erringung kultureller Hegemonie. In Anlehnung an Gramsci geht es dabei um eine Veränderung geltender Werte und Mentalitäten. Diese Vorarbeit auf kultureller oder metapolitischer Ebene sei die Voraussetzung für eine erfolgreiche Intervention im politischen Raum.

Daß dies eine idealistische Mystifizierung der wirklichen Gründe neurechter Wirkungsmöglichkeiten ist, interessiert uns hier nicht weiter.

Eine erste Definition der "Neuen Rechten" fällt nicht sonderlich schwer. Analog ihrer Selbstbeschreibung und der gesamten – politologischen – Analysen lassen sich unter dem Begriff der "Neuen Rechten" diejenigen Rechtsradikalen fassen, die aufgrund ihrer anti-egalitären Grundposition gleichermaßen Liberalismus wie Marxismus als politische Ideologien bekämpfen – letzterer spielt allerdings seit 1989 kaum noch eine Rolle – und die gleichzeitig in Abgrenzung zur alten Rechten mittels der Strategie der kulturellen Hegemonie eine Modernisierung ihrer Ideologie anstreben.

Antiegalitäres Menschenbild, Biologismus als Deutungsmuster individueller und gesellschaftlicher Strukturen, autoritäre Staatsmodelle, eine nationalistisch-imperialistische Außenpolitik und klare Freund-Feind-Trennungen gehören aber nach wie vor zu den Grundbausteinen der Ideologie dieses Spektrums – bei allen weiteren Unterschieden und Differenzen untereinander (1).

Hier fangen die Streitigkeiten der Wissenschaft an: Die Kontroverse dreht sich hauptsächlich um die Frage, ob neurechte Ideologie in der Kontinuität des Nationalsozialismus stehe, oder einen Bruch mit der Nazi-Ideologie darstelle. Ob also die "Neue Rechte" nur die alte Schande im neuen Gewande sei; oder ob ihre – auf die öffentliche Wirkung abzielende – Umformulierung ihrer Theorien auf die neurechte Ideologie zurückwirke und diese im Kern verändere. Ob also z.B. tatsächlich eine Verschiebung von der biologischen zur kulturellen Begründung des Rassismus stattfinde.

Es lassen sich in den Analysen der Ideologie der "Neuen Rechten" drei verschiedene Hauptstränge unterscheiden:

"Extremismusforschung" – von links und von rechts

Eine in der Nachfolge der Totalitarismustheorie stehende "Extremismusforschung" von Autoren wie Uwe Backes, Eckhard Jesse, Armin Pfahl-Traughber, Richard Stöss und Hans-Joachim Schwagerl konfrontiert die "Neue Rechte" (im folgenden NR) stets nur mit dem Grundgesetz. Ein "menschenfeindlicher Biologismus" als Grundlage der Ideologie der NR wird herauspräpariert, wenn man der sozialdemokratischen Fraktion des Verfassungsschutzes angehört wie Schwagerl oder Pfahl-Traughber. Diese konstatieren denn auch, daß die Grundlagen der Ideologie der NR dieselben seien wie immer schon und beruhigen sich dabei, weil sie ja auf den aufgeklärten Staat vertrauen können. Die beiden Stars der Extremismusforschung, Backes und Jesse, dagegen bemühen sich besonders darum, zwischen "den extremistischen 'Neuen Rechten'" und dem Neokonservatismus eine scharfe Trennlinie zu ziehen. Seit Neuestem kümmern sie sich auch lieber darum, selber in der Zeitschrift "Das Parlament" (2) und im Ullstein-Sammelband "Schatten der Vergangenheit" zusammen mit Rainer Zitelmann im Sinne der NR aktiv zu werden und die deutsche Geschichte von Auschwitz zu entsorgen.

Drahtzieher im braunen Netz

Den zweiten Hauptstrang bilden eine ganze Reihe von auch bei den Autonomen belieb-

ten Analysen, die verschwörungstheoretisch argumentieren. Hierzu zählen die Schriften von Martina Koeltzschky mit dem Titel "Die Stimme ihrer Herren", Margret Feits "Die 'Neue Rechte' in der Bundesrepublik", die "Drahtzieher im braunen Netz" und "In bester Gesellschaft" von Raimund Hethey und Peter Kratz sowie die Mehrzahl der journalistischen Gelegenheitspublikationen zum Thema. Die NR wird als Drahtzieher analysiert, die auf geheime Weise den politischen Diskurs immer weiter nach rechts verschiebt.

Es gibt hier zwei Fraktionen: die in der VVN-Tradition stehenden Koeltzschky und Feit interpretieren die NR letztendlich als den Interessen des Monopolkapitals dienende Abteilung der Reaktionäre, die versuchen, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten. Sie betreiben eine statische Ideologieanalyse nach dem Muster des Neurechten Günter Bartsch, der 1975 mit dem Buch "Revolution von rechts?" als erster eine Darstellung der NR vorlegte. Bartschs Kategorien wie Biologismus, Ethnopluralismus und Nominalismus werden von Feit und Koeltzschky übernommen, jedoch mit dem Label "Ideologie" versehen. So wird aus Bartschs positiver Bestimmung der "Differenz der Völker" die "Ideologie der Ungleichheit" bei Feit und Koeltzschky. Dieses Raster wird mit Zitaten der NR aufgefüllt und dem gemeinsamen Interesse aller Demokraten entgegengesetzt. Dieses Verfahren kennzeichnet im übrigen alle politologischen Analysen der "Neuen Rechten": Untersucht werden sie nach dem Muster: Die Ideologie der "Neuen Rechten" ist die Summe der Grundsätze ihrer Vordenker.

Die eher autonome Variante dieser Verschwörungstheorie will auf die Demokraten lieber nicht vertrauen, weil man ja die Verschwörung genau darin sieht, daß es zwischen den Ansichten der Konservativen und den "Neuen Rechten" keine Unterschiede gebe. Die Antifa-Recherche wird von ihnen von vornherein auf die "Mitte der Gesellschaft" konzentriert. Als "Mitte" fungiert hier ein Amalgam von rechtem Kapital ("Siemens zum Beispiel"), völkischem Denken in der SPD, die gesamte Esoterik-Szene usw. Die NR paßte mit ihrer Ideologie zu den Interessen des EG-Kapitals im internationalen Wettkampf: "Damit die Massen nicht auf der Basis des Gleichheitsprinzips ihre dem EG-Kapital-Weltherrschafts-Wahn entgegenstehenden Interessen einfordern können, wird der Staat elitär, anti-egalitär, ganzheitlich-organisch verfaßt"; so etwa Peter Kratz in dem Sammelband "In bester Gesellschaft". (3) Kommt nun noch der autonom-klandestin geschulte Blick auf die geheimen Organisationsformen dieser neuen Verschwörung zugunsten des Monopolkapitals hinzu, steht rasch fest: in den Zirkeln der NR wird die neue "Faschisierung" im europäischen Kontext vorbereitet; die Massen werden manipuliert und von ihren unmittelbaren Interessen abgelenkt, um die expansionistischen Gelüste der multinationalen Konzerne zu befriedigen.

Extremismusforschung und Verschwörungstheorie fassen das Objekt ihrer Analyse also statisch, um es entweder von der unbefleckten FDGO abzuheben, oder um seine Drahtzieherfunktion zu entlarven.

Kulturkampf und Zivilgesellschaft

Ein dritter, "dynamischer" Ansatz, arbeitet zumindest ansatzweise mit diskursanalytischen und ideologiekritischen Methoden. Thomas Assheuers und Hans Sarkowicz Buch "Rechtsradikale in Deutschland" oder aus eher soziologischer Sicht Franz Greß, Hans-Gerd Jaschke und Klaus Schönekäs mit ihrer Analyse "Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa" sowie das "Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung" um Siegfried Jäger untersuchen die Wirkungen der NR und schlagen einen linken "Gegen-Kulturkampf" vor. Sie gelangen damit auch zu wichtigen Einsichten der Veränderung der politischen Ideologie der "Neuen Rechten" und entdecken in Bereichen wie dem neuen Rassismus, der Eugenik, der Bevölkerungspolitik und dem Nationalismus viele Berührungspunkte der neurechten Ideologie mit dem staatstragenden Mainstream.

Allerdings sind auch diese Ansätze einseitig angelegt: Insbesondere Jäger und seine Mitstreiter betreiben eine Version der Diskursanalyse, die sich auf die Aussage reduzieren läßt, daß der Diskurs der "Neuen Rechten" den Diskurs von Medien und politischen Eliten der BRD immer weiter nach rechts dränge. Greß/Jaschke/Schönekäs dagegen untersuchen mit ihrem soziologischen Generationenkonzept nur die Binnendynamik des rechten Lagers; sie gelangen dabei zu treffenden Einsichten, die sie mit Begriffen wie dem Zusammenschließen der Ideologieproduktion der NR in einem neuen Nationalismus und einer Normalisierungsstrategie des Faschismus zusammenfassen. Assheuer schließlich prognostiziert, daß die von der gesamten Rechten zugrundegelegte nationale Selbstbehauptung künftig mit neurechter differentialistischer Ideologie angereichert wird und damit die "nationale Identität" auf ethnopluralistischer Grundlage als die Form des Politischen produziert werde. Daß dies allerdings ein gesellschaftliches Gesamtprojekt darstellt, kommt ihm nicht in den Sinn: er stellt der NR ein liberales und fast libertäres Deutschland gegenüber, das für den anstehenden Kulturkampf gegen die rechten Ideologen gestärkt werden soll.

Diese Analysen stellen also entweder im neurechten oder im Normaldiskurs Veränderungen fest, sie verknüpfen den Zusammenhang der Dynamik beider Diskurse aber nur unzureichend.

Zu dieser "dynamischen" Abteilung zählen allerdings auch die Zivilgesellschaftler und Hegemonietheoretiker wie etwa Nora Räthzel vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Alex Demirovic vom Frankfurter Institut für Sozialforschung, Wieland Elfferding, Wolfgang Kowalsky und ihr Lehrer Wolfgang Fritz Haug vom Berliner Argument-Verlag mit dem von ihnen betriebenen Diskurs über den "Neorassismus". Deren Analysen des "Ethnopluralismus", der neuen "Fremdenfeindlichkeit" oder "Xenophobie", des "kulturellen" oder "kulturalistischen Rassismus" setzen an der Ideologietheorie Althusserscher Schule an. Weiter verbindet sie die Gramsci-Lektüre und damit der politisch-theoretische Ansatz der "kulturellen Hegemonie" von links. Sie wollen damit am, so Haug, "Geschiebe und Gedränge hegemonialer Bestrebungen, durchzogen von Brüchen, Lücken" (4) ansetzen. Politisch gerechtfertigt wird dieses Konzept von Haug mit der scharfen Unterscheidung zwischen Nichthegemonie und Dyshegemonie: "jene drückt ein ungünstiges Kräfteverhältnis aus, diese eine sektiererische Politik, die eine Fremdhegemonie fördert, indem sie eine breite Allianz gegen sich provoziert." (5)

Auf diese Hegemonietheorie werden wir in unserer Kritik linker Gegenstrategien noch einmal zurückkommen.

Zusammenfassend kann man also über die bisher vorgestellten Ansätze einer Analyse der "Neuen Rechten" sagen:

Bei den Kritikern der "Neuen Rechten" führt die binäre Logik einer nationalsozialistischen Kontinuität oder des totalen Bruchs in der neurechten Ideologie zu einiger Verwirrung:

Die "Neue Rechte" liege "mit ihren Themen und Strategien nahe bei denen der Neuen Linken" (6) und soll gleichzeitig eine "an heutige politisch-soziale Verhältnisse optimal angepaßte rechtsextreme Ideologie" (7) ausgearbeitet haben. Sie bilde ein "Scharnier zwischen Rechtsextremismus und Neokonservatismus" (8) und unterscheide sich doch wieder von diesem durch die "Eliminierung der liberalen Elemente des Konservatismus" (9). Sie sei das Wiederaufleben der Konservativen Revolution (10) und damit Teil der Revolte gegen die moderne Welt, die im deutschen Nationalsozialismus kulminierte. Gleichzeitig wird sie als die "Postmodernisierung des Faschismus" (11) beschrieben.

Deutlich wird an diesen widersprüchlichen Einschätzungen, daß sich das Phänomen "Neue Rechte" anscheinend immer nach Maßgabe der Aspekte darstellt, die schwerpunktmäßig analysiert werden. Also je nachdem, ob man ihre ideologischen Anknüpfungsversuche an ihre Vordenker aus Konservativer Revolution und Nationalsozialismus in den Vordergrund stellt; oder ob man den Schwerpunkt auf ihre Modernisierungsversuche des Rechtsradikalismus und damit auf ihre – möglichen – Wirkungen legt.

Wir werden hier dagegen einen Ansatz vertreten, der beide Vereinseitigungen vermeidet. Grundpositionen und Entwicklung der "Neuen Rechten" sollen nun an zwei zentralen Themenfeldern der "Neuen Rechten" dargestellt werden: dem "Ethnopluralismus" und dem Geschichtsrevisionismus.

Die ethnopluralistische Begründung des Neorassismus und der Geschichtsrevisionismus stehen für zwei Fraktionen und zeitlich aufeinanderfolgende Strategien der "Neuen Rechten". Der klassische Ethnopluralismus propagierte vor 1989 die Verschiebung von der Biologie zur Kultur und einen von der Linken abgekupferten Befreiungsnationalismus. So ließ sich auch das geteilte Deutschland in die Phalanx der von Kolonialismus und "Wodka-Cola-Imperialismus" (Henning Eichberg) geknechteten Völker einreihen. Geschichtsrevisionismus reflektiert dagegen die Tatsache, daß im neuen Deutschland der positive Bezug auf deutsche Kultur allein ungenügend ist, wenn sie nicht mit einer Rehabilitierung der Geschichte staatlicher Herrschaft in Deutschland verbunden wird, die wiederum die Kontinuität nationaler Identität verbürgt.

Neurechter Ethnopluralismus ...

In der seit 1990 in der BRD forcierten Diskussion über die "Neue Rechte" wird besonders auf die neue Artikulation des Rassismus abgehoben, wenn es um die Frage geht, wie "neu" die "Neue Rechte" sei und wie man mit ihr umgehen soll. Im neuen Rassismus liegt für die NR der entscheidende Identifikationspunkt, da man mit dem hierarchisierenden und biologisierenden Rassismus der alten Rechten nicht mehr identifiziert werden will. Die Debatte um die NR in der BRD erfuhr mit der Diskussion über einen "neuen Rassismus" eine entscheidende Wendung.

Ein Problem dieser Theorie-Debatte ist, daß hier zum Beweis, daß sich bei der Ideologie der "Neuen Rechten" tatsächlich etwas verändert habe, immer auf zwei Vordenker der "Neuen Rechten" verwiesen wird, deren Argumentation dann als repräsentativ für die gesamte, doch eher heterogene NR genommen wird. Diese zwei sind Alain de Benoist, der Gründer der französischen Denkfabrik G.R.E.C.E, Herausgeber der Zeitschriften "elements" und "krisis"; und Henning Eichberg, Kultursoziologe, ehemaliger Begründer der "Aktion Neue Rechte" und regelmäßiger Autor der nationalrevolutionären Zeitschrift "wir selbst", der auch mehr oder weniger gerngesehener Gastautor bei postmodernen Zeitschriften wie "Niemandsland" oder "Ästhetik und Kommunikation" ist. Diese beiden setzen in ihrer Argumentation innerhalb der "Neuen Rechten" an der Erneuerung des "Volksbegriffs" an und sind insofern Repräsentanten des "linken" Flügels, während die etatistische "Neue Rechte" hier in der Betrachtung keine Rolle spielen muß: Bei den Traditionalisten, die sich in Zeitschriften wie "Nation Europa", "Europa vorn" oder auch der "Jungen Freiheit" austoben, kommt die "gute-Volk"-Argumentation Eichbergs oder der proklamierte "Antirassismus durch Anerkennung der kulturellen Differenz" Benoists nur in einem deutschnationalen Kontext an und beschränkt sich in der politischen Artikulation auf das Überfremdungs-Argument und die Kritik am Staat, der sein eigenes Volk verrate.

... á la francaise...

Bei Benoist dagegen ist diese alte Rechte das Problem. Er wirft ihr "Rassismus" vor und erklärt sich und die NR im Gegensatz dazu zu "Antirassisten" (12): Er geht zwar auch davon aus, daß Rassen existieren, was unter anderem mit der Erhebung unterdrückter Ethnien – als solchen natürlich – im Trikont begründet wird. Rasse sei eine Realität, jedoch nicht nur eine biologische, sondern auch eine kulturelle: Eine menschliche Rasse sei nicht nur eine zoologische Einheit. Sie sei im Allgemeinen auch der Träger einer Geschichte, einer Kultur, eines Schicksals (13). Für Benoist steht "der Mensch" in einer "permanenten Spannung von Natur und Kultur"; Günter Bartsch konstatiert, Benoist paraphrasierend: "Eine statische Anthropologie ("so ist und bleibt der Mensch") entspräche dem Status-quo-Denken der alten Rechten, da sie jeden Gestaltungswillen einfriert." (14) Die biologische Dimension habe also eine große Bedeutung, erfasse aber nicht das ganze Menschsein. Der Mensch besitze noch etwas für die Politik der "Neuen Rechten" viel wichtigeres: "Eine eigene spezifisch menschliche Dimension, die seine biologische Dimension überlagert, wobei letztere nur ihre Basis ausmacht." Diese Dimension sei vor allem durch das Geschichtsbewußtsein gekennzeichnet und durch die Kultur, die dessen Produkt sei: "Die Natur legt den Rahmen fest, in dem sich die Kultur ausdrücken kann, aber sie legt nicht deren Form fest." (15)

Hier läßt sich die Praxis der Begriffsersetzung gut zeigen: "Rasse" wird durch "Kultur" scheinbar abgelöst, aber gleichzeitig mit dem Begriff der Ethnie und dem Geschichtsbewußtsein als "nationaler" Grundhaltung verbunden, was mit dem Begriff "Volksseele" gefüllt wird. Diese "Volksseele" als das Differente oder Kulturelle an den Völkern reagiert nach Benoist notwendig xenophob, wenn sie mit Fremdem überlastet wird. Damit wird die Apartheid als Notwendigkeit definiert: die "Ethnien haben das Recht, sie selbst zu sein." (16)

Diese von der gesamten "Neuen Rechten" geteilte argumentative Grundposition kann nun unterschiedlich weitergeführt werden. Die deutsche "Elemente"-Ausgabe garniert diesen "Ethnopluralismus" mit der Neudefinition einer europäischen Rasse, den hinlänglich bekannten Indogermanen. Die "Junge Freiheit" dagegen bevorzugt – der nationale Imperativ schlägt wieder zu – die Germanen mit sämtlichen Unterabteilungen, die wie immer schon von Südtirol über Elsaß-Lothringen bis nach "Königsberg" und an die Wolga reichen. Diese speziell deutsche Variante des Ethnopluralismus, in der sich auf untrennbare Weise hegemoniestrategisch vorgegebenes Differenz-Gerede mit Nationalismus, Imperialismus – kurz: völkischem Nationalismus – verbindet, wird allerdings von den bundesdeutschen Kritikern der "Neuen Rechten" großzügig übersehen. Von ihnen wird nur das wahrgenommen, was sich mit der eigenen Gramsci/Althusser-Rezeption und diversen poststrukturalistischen Einsprengseln am besten verbinden läßt, und das sind nun mal die am differentialistischsten daherkommenden Texte von ausgewiesenen neurechten Großtheoretikern wie Benoist. Diese sind dann plötzlich nicht mehr Vordenker der "Neuen Rechten", sondern einfach nur noch konkurrierende Gesellschaftstheoretiker.

Daß Benoist selbst z.B. in seinem breit rezipierten Interview mit der "Jungen Freiheit" 3/93 unter dem Titel "Konsequenter Anti-Rassismus setzt die Anerkennung der Differenz voraus" letztlich völkisch argumentiert, fällt nicht mehr auf, sondern nur noch seine Phrasen, wie etwa: "Der Rassismus ist nichts anderes als die Verweigerung der Differenz" oder "Die Differenz beruht auf einer Ungleichheit, die komplementären Charakter hat." Daß der Dialog der Kulturen, den er fordert, nichts mit herrschaftsfreier Kommunikation oder wechselseitiger Selbst/Fremdkonstitution bei eingeschriebener Dekonstruktion völ-

kischer Mythen zu tun hat, sondern ein Dialog der sich entgegengesetzt definierenden Völker ist, zum alleinigen Zweck, ihre ganz besondere Besonderheit herauszupräparieren, ist anscheinend bei Verwendung einiger differentialistischer Vokabeln nicht mehr wichtig.

...und die deutsche Rezeption

Die bundesrepublikanische Adaption des "Ethnopluralismus", in den 70er Jahren von Henning Eichberg ins Spiel gebracht, um die "Neue Rechte" mit dem angeblichen Abschied von der Rassenhierarchie der Nazis anschlußfähig an linksalternative Diskurse zu machen, wurde spätestens seit 1989 entscheidend modifiziert. Das läßt sich am einfachsten an Eichberg selbst zeigen, der einst einer der wichtigsten Modernisierer der neurechten Ideologie war. Während er zu Zeiten der Friedensbewegung nationale Identität zur Grundlage für internationale Solidarität machte und ihr gar "antifaschistische Konsequenzen" (17) zusprach, denkt er angesichts der praktischen Widerlegung linksnationaler Hoffnungen durch die reale Verlaufsform der deutschen Einheit selbst um. Daß Minderheiten jeglicher Art in der paranoiden Optik des Nationalstaats dessen Legitimität angeblich in Frage stellen, ist nun auch für Eichberg zum Problem geworden, denn die "multikulturelle Gesellschaft bedeutete nicht – und bedeutet nie – ein wie auch immer zu berechnendes Gleichgewicht der Kulturen. Kulturen sind viel zu komplex, als daß sie gleichgestellt sein könnten." Jede multikulturelle Gesellschaft sei "von irgendeiner Form kultureller Hegemonie geprägt" (18) und das sei gut so.

Eichberg vollzieht damit nur die Machtverschiebung innerhalb der "Neuen Rechten" nach. Mit dem Niedergang der Neuen Sozialen Bewegungen bzw. ihrer Integration im nationalistischen Konsens und der Radikalisierung nationalistischer Staatspolitik im Zuge der deutschen Einheit wurde auch innerhalb der "Neuen Rechten" der deutschnational-etatistische Flügel gegenüber dem nationalrevolutionär-kulturalistischen dominanter.

In der "Jungen Freiheit" zum Beispiel hat sich diese etatistische Position durchgesetzt: Das bis Mitte 1993 unter der Leitung von Stefan Ulbrich bestehende Ressort "Ethnopluralismus" wurde inzwischen wieder in "Nationalitätenfragen" umbenannt. Man könnte dies sowohl als Reaktion auf die Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses wie als Erfolg der Normalisierungsstrategie der "Jungen Freiheit" deuten: nachdem selbst die letzten Linken die Kulturalisierung der Unterschiede geschluckt haben, macht es wenig Sinn, weiter eine Apartheidsstrategie innerhalb der BRD zu verfechten, wenn es politisch schon wieder möglich wird, selbst in der ehemaligen SU deutsche Volkstumspolitik und staatlichen Expansionismus zu propagieren.

Geschichtsrevisionismus

Bei der Debatte um die Neubestimmung nationaler Identität spielt denn auch der Geschichtsrevisionsmus wieder die zentrale Rolle und ersetzt thematisch das Themenfeld Ethnopluralismus mehr und mehr.

Für die Deutschnationalen war wegen ihrer Staatsfixierung der Geschichtsrevisionismus schon immer wesentlich zentraler als für die ethnopluralistischen Kulturalisten, die der kulturellen Identität zeitweise sogar staatsfeindliche Qualitäten zuschrieben. Mit der deutschen Einheit stellt sich jedoch das Problem der Neudefinition deutscher Großmachtpolitik nach innen und außen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß es im Geschichtsrevisionismus auf einer funktionalistischen Argumentationsebene zu starken Annäherungen zwischen Staats- und deutschnational-neurechtem Diskurs kommt. Einem positiven Bezug auf den traditionellen deutschen Expansionismus stehen jedoch die NS-Verbrechen im Wege.

Die Problematik der Shoah für eine konservativ-nationale Sinnstiftung zeigt sich auch im wissenschaftlichen Diskurs. Anhand der Elaborate von Ernst Nolte und Rainer Zitelmann läßt sich der Wandel geschichtsrevisionistischer Identitätspolitik in der Nachkriegszeit darstellen. Diese zwei Historiker gehören zwar nicht unmittelbar zum Lager der "Neuen Rechten". Ihre Abhandlung des NS steht jedoch paradigmatisch auch für den Umgang der "Neuen Rechten" mit der faschistischen Vergangenheit.

Der europäische Bürgerkrieg...

Ernst Nolte brach mit seinem 1963 erschienenen Buch "Der Faschismus in seiner Epoche" ein zentrales Tabu der westdeutschen Nachkriegshistoriographie. Der Nationalsozialismus sollte damals, wenn überhaupt, nur mit dem stalinistischen Totalitarismus vergleichbar sein. Die Betonung des Antisemitismus im NS diente dazu, den angeblichen totalen Bruch zwischen dem Dritten Reich und der BRD zu unterstreichen. Nolte führt hier zwei Wendungen ein:

1. Die vergleichende Analyse der europäischen rechtsradikalen Bewegungen der Zwischenkriegszeit unter dem von der westdeutschen Historiographie als DDR-Propagandabegriff tabuisierten Stichwort "Faschismus".

2. Nolte stellte schon hier den Antikommunismus als zentrales Element des Faschismus dar, aus dem sich letztendlich alle anderen Phänomene ableiten lassen. Auch diese Subsumierung des Faschismus unter den westlichen Antikommunismus paßte schlecht in die Nachkriegsideologie der BRD, die die antikommunistische Kontinuität als Antitotalitarismus und damit ja letztendlich auch als Antifaschismus verklärte. Was sich als Erweiterung des Blickfeldes der NS-Forschung ankündigte und deshalb auch von linksliberaler Seite begrüßt wurde, sollte sich jedoch schon bald als Versuch erweisen, den Nationalsozialismus als Speerspitze des westlichen Antitotalitarismus teilweise zu rehabilitieren und damit den Deutschen wieder eine bruchlose Nationalgeschichte zu geben. Nolte sah es immer mehr als seine Aufgabe an, noch die brutalsten Verbrechen der Nazis aus ihren berechtigten antikommunistischen Motiven heraus verständlich zu machen. Die Auseinandersetzung darum kulminierte bekanntlich im sogenannten Historikerstreit 1986. Noltes stures Festhalten an seinen Positionen hat den einst als Liberalen geschmähten zwar zum Helden der rechten Szene gemacht; Sein Programm, den Nazi-Terror nicht nur zu relativieren, sondern auch zu rechtfertigen, ist für ein Deutschland, das seine Großmachtambitionen damit rechtfertigt, aus den Fehlern der Nazis gelernt zu haben, nicht gerade sehr funktional.

...und die Modernität des Nationalsozialismus

Der Nachwuchs-Historiker Rainer Zitelmann steht für eine neue Form von apologetischem Umgang mit der NS-Geschichte. Er hat sich seine ersten akademischen Sporen mit einer völlig unkritischen Hitler-Biographie verdient und sich seitdem um eine Erforschung der "positiven" Seiten des NS bemüht, ohne sich dabei noch um den Zusammenhang mit der Verfolgung von "Randgruppen" beschäftigen zu müssen. Nach 1945 galt der Hinweis auf die personellen und strukturellen Kontinuitäten aus dem Nationalsozialismus als unverschämte Diffamierung der westdeutschen Demokratie; Zitelmann wendet die unleugbaren Traditionslinien der deutschen Geschichte ins Positive. NS-Kontinuitäten sprechen nicht länger gegen die BRD, sondern für den NS-Staat als Modernisierer der deutschen Gesellschaft. Mit dieser Neubestimmung geht eine Kritik an den westlichen Führungsmächten und ihrem Einfluß auf Deutschland einher, der "den Charakter einer auf die totalitäre Durchdringung der

gesamten Gesellschaft gerichteten Utopie angenommen" habe (19). Solche Positionen stehen für das neue Selbstbewußtsein der deutschen Rechtskonservativen. Wo Nolte noch die Gemeinsamkeiten zwischen Nationalsozialismus und westlichem Antikommunismus betonen mußte, geht es Zitelmann gerade um die Hervorhebung der Differenzen zwischen (wieder positiv bewertetem) "deutschem Wesen" und westlicher "Zivilisation".

Viel wichtiger als kleinliche revisionistische Streitereien über Opferzahlen sei doch, daß Deutschland in seiner neu-alten geopolitischen Lage wieder lerne, "daß Gewalt in den internationalen Beziehungen – als letztes Mittel der Politik – legitim ist" (20) und der Holocaust eben ein bedauerliches Detail der Geschichte sei, das eine souveräne deutsche Großmachtpolitik nicht weiter einschränken dürfe.

Vor diesem Hintergrund lassen sich generelle Konvergenzen und Divergenzen des konservativ-staatstragenden und des neurechten Diskurses darstellen. Während die offensive Leugnung des Holocaust selbst bei der "Neuen Rechten" umstritten ist, besteht jedoch spätestens seit 1989 ein breiter Konsens darüber, daß die NS-Vergangenheit die deutsche Tagespolitik nicht mehr beeinflussen dürfe.

Dieser funktionalistische Diskurs setzt sich in der Reaktualisierung der Totalitarismustheorie fort. Neurechte Vordenker wie Armin Mohler sehen zwar die Verharmlosung des NS durch die permanente Gleichsetzung mit der DDR sicherlich nicht ungern, warnen aber vor einem exzessiven Einsatz des Totalitarismusvorwurfs gegen einen sowieso schon besiegten Feind; statt dessen soll durch eine Stasi-Amnestie neuer innerdeutscher Hader vermieden und gleichzeitig die Nazizeit endgültig entschuldet werden.

Grundsätzliche Differenzen zwischen neurechtem und Normaldiskurs lassen sich noch am ehesten in der Beurteilung der westdeutschen Nachkriegsgeschichte finden. Während die staatsoffizielle Lesart die Westbindung der BRD als Voraussetzung des Sieges über den Realsozialismus sieht, trauern viele "Neue Rechte" immer noch neutralistischen Konzepten nach, zumal diese angeblich die Verwestlichung und Individualisierung der Deutschen aufgehalten hätten. In diesem Zusammenhang werden sogar gewisse Aspekte der DDR-Gesellschaft – autoritäre Erziehung, Abschottung gegen Ausland und Ausländer, "Wärme im (sozialistischen) Betriebskollektiv" – zur historischen Errungenschaft. "Ein von den Realitäten enttäuschter sozialistischer Idealismus birgt immer noch zukunftsweisendes Aufbruchspotential" (21), schreibt Wolfgang Strauß in "Nation und Europa".

Linksintellektuelle Gegen-Strategien

Es stellt sich nun die Frage, wie sich ideologietheoretische, neomarxistische und poststrukturalistische Gegenstrategien zu dieser Radikalisierung deutscher Identität verhalten, bzw. wie sie ihr selbst unterliegen.

Der Frankfurter Ideologietheoretiker Alex Demirovic (22) sorgt sich in seinen Publikationen von Mal zu Mal weniger um eine gesellschaftstheoretisch grundlegende Klärung von Rassismus, Nationalismus oder politischer Bewegungen wie der "Neuen Rechten" und ihrer Entwicklung. Er will lieber Politik betreiben und in seinem Beitrag zum Wohlfahrtsausschüsse-Sammelband "Etwas besseres als die Nation" die "entscheidenden gesellschaftstheoretischen Fragen" auf die Dynamik richten, die dazu führe, daß sich "eine Vielzahl gesellschaftlicher Widersprüche im Rassismus verdichten" und vor allem: wie sich diese "Artikulation" wieder "desartikulieren" ließe. Politikberaterisch stellt er seiner Gesellschaftstheorie denn auch die Aufgabe, zu klären, "warum und wie es gerade in den letzten Monaten zu Ausbrüchen rassistischer Gewalt kommen konnte".

Der "traditionelle Rassismus" der NS-Ideologie habe den "Fluß der Bedeutungspraxis" bei der Identitätszuschreibung durch die Aufspaltung in eine "kulturschöpferische arische Rasse" und eine "kulturzerstörende jüdische Gegenrasse" stillzustellen versucht. Beides, die Identifizierung des Anderen wie die Identität der "Neuen Rechten", habe sich nun grundlegend geändert:"Die Neue Rechte wendet sich ausdrücklich gegen den Rassismus und gegen die Annahme einer biologischen Substanz. Sie geht – wie im Falle Benoists – von einer historischen und kulturellen, also veränderlichen Identität der Völker und Individuen aus." Die Apartheid und Segregation werde dann gerade wegen dieser "fließenden Identitäten" gefordert, denn die NR seien besessen von der Schreckensvision der Bedrohung der eigenen, dekadenten und verwestlichten Kultur durch andere Völker, die im Gegensatz zur nazistischen Ideologie gerade als "Kulturvölker" gelten würden: "In der Nazi-Ideologie galten Juden als gefährliche Rasse, weil sie als identitätslos angesehen wurden; in der neorassistischen Ideologie werden Völker und Ethnien identifiziert und für gefährlich gehalten, weil sie eine Identität haben und den um ihre Identität gebrachten Europäern die Möglichkeit einer kulturellen Renaissance versperren könnten." Dies zeige, daß die "Neue Rechte"keine "traditionelle faschistische Identitätspolitik mehr betreibe", da diese ja ein Individuum ein für allemal präge und ihm einen starren Charakter geben würde. Aufgrund einer "dynamischen Identitätspolitik" könnten sie nun "im Namen einer biologisch-kulturellen Zukunft, die sie politisch erst herstellen wollen", sprechen.

Diesem neuen Rassismus und dieser neuen Identitätspolitik werde eine "antirassistische Gegenstrategie" nicht gerecht, die meine, "die Rechten und Neonazis immer und immer wieder als Rassisten identifizieren und klassifizieren zu müssen." Demirovic dagegen ist für "Angemessenheit" und will diskursanalytisch vorgehen und damit untersuchen, wie die "Neue Rechte" dazu beiträgt, "völlig neue Sinnhorizonte und Lebensperspektiven für die Individuen zu konstruieren."

Was angemessen ist, formuliert er dann so: "Politisch heißt dies, die Individuen dann nicht mehr charakterologisch als autoritäre, faschistische oder rassistische Charaktere zu kennzeichnen, sondern von sehr flexiblen, fließenden Identitätsmerkmalen auszugehen, die sich nur gelegentlich verhärten werden, aber vor allem sich in den Diskursen der Gesellschaft fortbewegen ... und sie in bestimmte Richtungen anreichern und beschleunigen. Darin, d.h. vor allem in seiner Alltäglichkeit und in seinem gleichzeitig erhobenen Anspruch auf Nonkonformismus, liegt die neuartige Gefährlichkeit des Neorassismus, darin liegen aber auch die Widersprüche, auf die sich eine Gegenstrategie beziehen kann." Denn den neorassistischen Diskurs kennzeichneten auch viele Elemente, die sich in linken und demokratischen Diskursen reartikulieren ließen: "Dazu gehören die Kritik des Wohlfahrtsstaates, dazu gehört die Kritik an der Politik und Herrschaftswirkungen parlamentarischer Demokratien." Welche dieser Themen und Elemente in demokratischen und linken Diskursen artikuliert werden könnten sei noch wenig diskutiert. Ein Bedingung dafür hat Demirovic aber schon aufgestellt: daß die Linke "ihre etwas trotzige negative Deutschtümelei und ihren Antipopulismus aufgibt und sich einmal wieder der konkreten Gesellschaft, ihren Widersprüchen und vielfältigen Formen der Herrschaft zuwendet."

Demirovic arbeitet an einer Totalisierung des Diskurses, die die Sperrigkeit historischer Kontinuitäten nicht mehr dulden kann. Gleichzeitig wird ihm jede Art des theoretischen Essentialismus, d.h. der Kritischen Theorie, zum entscheidenden Gegner. Es sei, so Demirovic, "wenig sinnvoll, einer analytischen Strategie zu folgen, die methodisch die Konsequenz hat, von einer völligen Unterwerfung der Individuen unter ein paranoides Weltwahrnehmungs- und Deutungssystem zu sprechen. Da a) Individuen in sich widersprüchlich sind, b)

Bedeutungen in diskursiven Prozessen selbst umkämpft werden, ist eine solche Homogenisierungsthese ... kontraproduktiv, da sie methodisch zur Ignoranz gegenüber diesen sozialen Auseinandersetzungen führen muß." Demirovic will dagegen den "(Neo-)Rassismus ... ideologietheoretisch als eine ideologische Form" verstehen, "in der soziale Herrschaft und (Selbst-) Unterwerfung, aber auch Widerstand und Protest ausgetragen werden." (23) Als sei der Kern von Horkheimer/Adornos Antisemitismusanalyse nicht gerade die These, daß der Antisemitismus eine verzerrte Verarbeitung gesellschaftlicher *Widersprüche* ist, die vom *Individuum* geleistet wird, um sich als funktionierendes bürgerliches Subjekt zu konstituieren. Der Exzeß dieses Bewußtseins in der konformistischen Rebellion stellt mitnichten einen sozialen Protest von unten dar, der links codiert werden kann. Die Kritik der Politik im Namen des Staates ist vielmehr eine Aufforderung an diesen, seine Herrschaftsfunktion noch konsequenter wahrzunehmen.

Demirovics verkürzte Rezeption der Kritischen Theorie als eine Art Verschwörungstheorie macht es ihm sogar möglich, neurechte Ideologie unter dem Stichwort Ideologie*kritik* zu fassen: "Das dominante Muster der Theoriebildung (der "Neuen Rechten") ist das einer totalisierenden Ideologiekritik, derzufolge alles, was die Individuen als Deutsche denken, Ergebnis einer gewaltigen Gehirnwäsche, der Umerziehung sei (...)." (24) Realität wird nur noch als diskursiv produziert betrachtet; die vorgeblich bekämpften Ideologen tun ja nur dasselbe wie man selbst: auch sie konstruieren diskursive Realitäten und sind eben Konkurrenten innerhalb der "Zivilgesellschaft" oder auf dem Markt der Ideologien, der immer schneller zirkuliert. Ein klassischer Fall von erhöhter organischer Zusammensetzung des Denkens.

Kritisierte Demirovic noch 1993 den Argument-Zögling Kowalsky für sein Ullstein-Verlags-Machwerk "Rechtsaussen und die verfehlten Strategien der deutschen Linken", für das dieser ausdrückliches Lob von der Zeitschrift "Nation und Europa" bezog und in der "Jungen Freiheit" erscheinen durfte, so schreibt er nun schlicht bei Kowalsky ab, wenn es um die Definition neurechter Ideologeme geht. (25) Kowalsky selbst ist in der Zwischenzeit dabei angelangt, der "Neuen Rechten" den Totenschein auszustellen und andererseits die Geburt einer demokratischen Rechten zu feiern, mit der es sich zu streiten lohnt.

Der französische Ideologietheoretiker Etienne Balibar nahm seine Hegemonietheorie noch ernst und betonte bezüglich des Neuen Rassismus die Gemeinsamkeiten dieser neuen Artikulation des Rassismus mit den vorangegangenen Formen, insbesondere des Antisemitismus. Er wollte gar den "Neo-Rassismus" als verallgemeinerte Form des Antisemitismus fassen, da ja auch der Antisemitismus bereits "differentialistisch par excellence" (26) gewesen sei. Unterschlug Balibar schon, daß der Antisemitismus keineswegs nur das vorgeblich kulturlos-nichtidentische an den Juden ablehnte, sondern sie systematisch als super-identische Übermenschen halluzinierte, so wird von seinen Adepten immer stärker der absolute Bruch zwischen nationalsozialistischem Antisemitismus und Neo-Rassismus artikuliert: Die neuen Nazis haben mit den alten nichts mehr zu tun, weil die Oberfläche ihres Diskurses anders funktioniert. Hatten sowohl die Analysen Balibars wie sogar noch die ersten Schriften Kowalskys der "Neuen Rechten" einen klaren, ihrer Ideologie zugrundegelegten Biologismus attestiert, so werden sie nun zu Differenztheoretikern geadelt, die aus dem Schatten Hitlers herausgetreten seien.

Die vom Berliner Argument-Verlag und ihrem Chefdenker W.F. Haug seit den siebziger Jahren betriebene Althusser- und Gramsci-Rezeption sollte einmal die Linke hegemoniefähig machen. Die eigentlich banale, für Stalinisten aber revolutionäre Erkenntnis, daß es für die Machtergreifung in einer hochindustrialisierten Gesellschaft nicht ausreicht, die Post-und Fernmeldeämter zu besetzen, wurde zum neuen Fetisch der sozialdemokratisierten Linken. Sollte mit diesem Konzept in den achtziger Jahren noch die endgültige Demokratisierung der BRD erreicht werden, so kippt dieser Diskurs seit 1989 mit der Zivilgesellschaftsdiskussion zur postlinken Begleitmusik nationaler Erweckung um. Bereits 1990 durfte der Haug Schüler Elfferding im Argument-Sonderband "Theorien über Rassismus" zum kulturellen Artenschutz zwecks Bekämpfung des Rassismus aufrufen (27). Durch die die gesamte Balibar- und Hall-Rezeption durchziehende Ignoranz gegenüber der tatsächlichen Grundlage und Funktion der neurechten Diskurse kam Nora Räthzel zum Ergebnis, daß sich die "Neuen Rechten" von der Bio-Logik verabschiedet hätten. Haug bestimmte in seiner "Dialektik des Anti-Rassismus" (28) den Rassismus als entfremdeten Protest. Er sieht das Problem hauptsächlich bei einer Linken, die sich des zivilgesellschaftlichen Umgangs mit den Rechten noch nicht richtig versichert hätte und letztlich die Rassisten als solche erst konstruiere.

In dem Bemühen, linke Politik zu machen, vermischen sich die schlechtesten Elemente von strukturalistischem Marxismus und gramscianischer Hegemonietheorie: Die Ontologie der Arbeit bei Haug, ohne die sein "entfremdeter Protest gegen Entfremdung" (29) keinen Sinn machte, die Ontologie der Nation bei Kowalsky und die Reduzierung der Systemkritik auf Widersprüche, die innerhalb einiger Monate auftauchen und wieder verschwinden, wenn man sich nur richtig lebensweltlich anstrengt bei Demirovic.

Das Zivilgesellschaftskonzept von Haug & Co. begibt sich begrifflich auf das Terrain der "Neuen Rechten", anstatt deren Ontologie der Nation zu dekonstruieren. Daß die "Neue Rechte" jedoch auf dem Feld der kulturellen Hegemonie erfolgreicher agiert als ihre linken Gegner, liegt schon in einem Konzept begründet, das ideologische Formen der bürgerlichen Gesellschaft wie Nation, Kultur und Identität richtig zivilgesellschaftlich besetzen will, anstatt sie zu kritisieren.

Ob Ost, ob West: Ontologie der Nation

Auch der sozialdemokratische Neomarxismus à la Joachim Bischoff ist inzwischen zu der umwerfenden Erkenntnis gelangt, daß die Nation "ein soziales Verhältnis der Moderne" (30) sei, das deswegen auch gleich affirmiert und demokratisch ausgestaltet werden müsse. Seine GenossInnen aus der PDS-Leitung konnten sich bekanntlich nicht einmal zu einem republikanischen Nationsverständnis durchringen und suchen die Antwort auf die Frage "was ist Deutsch" lieber in Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg oder im Reichsgrundgesetz von 1356 (31). Die Nation wird hier zur unhintergehbaren, überhistorischen Realität im vorpolitischen Raum. So konstatiert der PDS-Professor Heinz Engelstädter, "daß sich soziale Umstände heute mehrfach ändern können, die Zugehörigkeit zur ethnischen Gemeinschaft jedoch erhalten bleibt. Der eine oder andere mag dies subjektiv anders empfinden. Doch seine ethnische Herkunft ist ihm von Geburt an eigen." (32)

Unter einem solchen Blickwinkel ist es nur logisch, wenn an den Bemühungen etwa der DDR, ein sozialistisches Nationalbewußtsein zu begründen, nicht der Nationalismus, sondern die Halbherzigkeit und Künstlichkeit eines auf einen deutschen Teilstaat beschränkten Patriotismus kritisiert wird.

Kein Wunder, wenn am neurechten Ethnopluralismus-Konzept die völkische Konstruktion nationaler Gemeinschaften gar nicht mehr kritisiert werden kann. Schließlich enthalte der Ethnopluralismus – so Engelstädter – "wie seine Vorgänger einen Kern, der ökonomisch und sozial realistisch ist." (33)

Die einzige Streitfrage besteht darin, ob die Linke oder die Rechte die bessere Treuhänderin nationaler Interessen sei.

Hat der Nationalobjektivismus des PDS-Umfelds seine langen Traditionslinien im Marxismus-Leninismus, so verwundert er bei Poststrukturalisten zunächst doch: Schließlich sollte es hier um das Starkmachen von Diskontinuitäten gegen "Geschichte an und für sich", gegen die "Verklebung von Rationalität und Verzeitlichung" (34) und um die "Rehabilitation des Ereignisses" (35) gehen. Wer sich einst einer "Methode der Zersetzung, die vor nichts halt macht" (36), verschrieben hatte, und wer schon in materialistischer Begrifflichkeit repressive Konstruktionen wahrnahm, von dem war nicht zu erwarten, daß er sich für die Gemeinschaft an und für sich oder gar die 1000-jährige Geschichte der deutschen Nation interessieren würde. Zu nennen ist hier zunächst der – laut Selbstbezeichnung aus dem "Südosteck des Deutschen" (37), nämlich Österreich, schreibende Foucault-Übersetzer Walter Seitter, der seine Texte zum Teil parallel in der neurechten "Etappe" und in dem postmodernen Zeitschrift "Tumult" veröffentlicht. Seitter sieht in Foucault einen Kronzeugen für die von ihm geforderte Verbindung von deutscher Tiefe und französischem politischem Denken. Schließlich habe Foucault "in seiner genealogischen Problematisierung des Politischen spezifisch deutsche Beiträge wie die Polizeywissenschaft des 18. Jahrhunderts oder die Soziale Marktwirtschaft ausführlich gewürdigt. Er hat also die Politik und Deutschland zusammengedacht" (38). So wie der "Marx für Manager" kann dieser "Foucault für Faschisten" als Spitze des Eisbergs der deutschen Foucault-Rezeption noch unter dem Stichwort Kuriosa abgehakt werden.

Symptomatisch für das Gros des deutschen Poststrukturalismus ist allerdings, daß er Foucaults Analyse von Disziplinar- und Biomacht nicht als Erweiterung, sondern als Alternative zur Kritik von Staat, Kapital und Nation begreift. Wird aber davon abgesehen, wie sich z.B. die Funktion der klassischen Disziplinarmacht Sozialstaat vor dem Hintergrund der seit 1989 verschärft geführten Debatten um nationale Sinnstiftung und den Wirtschaftsstandort Deutschland verändert hat, dann wird die Kritik beliebig. Einem diffusen Unbehagen an den "Zwiespältigen Ergebnisse(n) des Wohlfahrtsstaats" (39) können sich eben nicht nur Kowalsky und Demirovic, sondern auch die "Junge Freiheit" anschließen.

Deutlicher wird diese Problematik im unbedarften Umgang mit Nationalismus und Rassismus: Entweder verhalten sich die Postmodernen hilf- und harmlos, – wenn z.B. Dietmar Kamper messerscharf den Selbsthaß als Wurzel des Fremdenhasses analysiert – oder sie vollziehen nur noch bewußtlos das gestiegene Bedürfnis nach nationaler Identität nach. Aus der einst propagierten "Sorge um sich" ist längst wieder die Suche nach dem "Wir" der Gemeinschaft geworden. Wolfgang Eßbach aus Freiburg sagt es kurz und bündig: "Ohne die Ausbildung eines Interesses an dem Gebilde, das im Paß steht, gibt es keine politischen Handlungspotentiale." (40) Wer bei dem Definitionsspiel "was ist deutsch" mitspielen will, muß eben die Regeln beachten.

Ob die französische und angloamerikanische Postmoderne grundsätzlich anders strukturiert ist als der deutsche Katheder-foucaultismus und was an dieser Theorie für eine radikale Gesellschaftskritik zu retten wäre, kann hier nicht ausgeführt werden. Jedenfalls waren die französischen Theorien für viele bundesdeutsche Intellektuelle anscheinend nur ein beliebiges Vehikel, um die Stalinismus-Simulation der K-Gruppen der 70er Jahre zu überwinden und eine neue deutsche Ideologie herauszubilden.

Staat und Nation stellen also für alle Fraktionen der national geläuterten Linken eine quasi neutrale Ebene dar, die je nach Kräfteverhältnissen mit fortschrittlichem oder reaktionärem Gedankengut besetzbar ist. Daß aber der Zusammenhang zwischen Identität, Nation und Staat kein Ticket zur Selbstbestimmung, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist, weiß ein konservativer Apologet der Nation besser als linke Kommunitaristen. Denn, so Wolfgang Schäuble, "Nationale Identität ist übrigens eine relativ wichtige Identität, weil sie die Schnittstelle ist, wo sich Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Gewaltmonopol des Staates verbindet." (41)Präziser kann man die Tatsache kaum benennen, um die sich linke Hegemonietheoretiker immer wieder herumdrücken.

Fazit

In der Kontroverse um Kontinuität oder Bruch in der Ideologie der "Neuen Rechten" werden zwei Aspekte desselben Phänomens abstrakt gegeneinander gestellt: Während jede genauere Analyse der NR inhaltliche Übereinstimmungen mit dem historischen Faschismus zutage fördert, verweist die Strategie der Metapolitik und der kulturellen Hegemonie darauf, daß die NR in ihrer Sorge, den Anschluß an den Normaldiskurs nicht zu verlieren, zwangsläufig ihre ideologische Stoßrichtung verändert. Dies vollzieht sich jedoch nicht als definitiver Bruch mit vermeintlich überholten Ideologien, sondern als Machtverschiebung unter den verschiedenen Fraktionen der NR und Neuzusammensetzung faschistischer Ideologeme.

Konkret bedeutet das: Auf formaler Ebene läßt sich bei der NR tatsächlich seit Ende der 70er Jahre eine immer stärkere Verschiebung von einer biologistischen zu einer kulturellen Begründung des Rassismus beobachten. Spätestens seit 1989 ist jedoch der ursprüngliche Inhalt des kulturalistischen Ethnopluralismus – die auf die Sympathie der neuen sozialen Bewegungen schielende Propagierung weltweiter befreiungsnationalistischer Gleichberechtigung – ad acta gelegt. Die NR reflektiert damit die Tatsache, daß die verschärfte Verpflichtung der Staatsbürger auf nationale Identität zum Staatsprogramm des wiedervereinigten Deutschland geworden ist. Das kulturalistische Instrumentarium richtet sich bei ihnen jetzt wieder auf die Rechtfertigung des Hegemonialanspruchs von "Deutschland einig Vaterland". Der Aufschwung des Geschichtsrevisionismus ist Ausdruck dieser deutschlandfixierten Wiedergutmachung der Nation.

Wie sich am Beispiel der Debatte in den USA über die unterschiedliche Intelligenzverteilung unter verschiedenen Ethnjen zeigen läßt, könnte sogar der offen biologistische Rassismus in Teilbereichen eine Renaissance erfahren. Das Werk "The Bell Curve" des Politikberaters Charles Murray und des Psychologen Richard Herrnstein wärmt uralte Thesen von der Minderbegabung der Schwarzen bei höherer Geburtenrate auf. Werde hier nicht durch Geburtenkontrolle eingegriffen, so müsse der Staat schließlich geschlossene Ghettos "für eine beträchtliche Minderheit der Bevölkerung" (42) einrichten. Interessanterweise ist hier das liberale Feuilleton mit seiner breiten und wohlwollenden Rezeption dieses Machwerks der NR sogar voraus und illustriert damit, wie begierig eine an ihren selbstzerstörerischen Kräften verzweifelnde bürgerliche Gesellschaft rassistische Sozialutopien aufgreift, die eine Neuordnung aufgrund genetischer Kriterien versprechen. Diese Entwürfe übertreffen in ihrer Brutalität zum Teil sogar Konzepte der um ihre Reputation besorgten "Neuen Rechten".

Wenn die "Neue Rechte" nicht als zentrales Handlungssubjekt des Rechtsrucks in Deutschland ausgemacht werden kann, und wenn wir noch dazu einen bestimmten affirmativen ideologietheoretischen Umgang mit dem intellektuellen Neofaschismus kritisieren, fragt sich, ob unser philologisches Interesse an der "Neuen Rechten" überhaupt noch gerechtfertigt werden kann. Warum sich noch mit denen beschäftigen, die den Trägern staatlicher Herrschaft zwar immer wieder "diskussionswürdige Argumente" liefern, aber regelmäßig über das Ziel hinausschießen, anstatt mit den Machthabern selbst?

Klar ist, daß eine Isolierung und Exotisierung der NR nicht nur ihre Analyse unmöglich macht; sie verharmlost darüber-

Berichtigungen!? ...

...haben manchmal etwas unfreiwillig Komisches. "Journalistisch auch nicht gerade die feine Art" fand C.S. aus Oldenburg, daß in BAHAMAS 15, S.11 im Artikel "Wozu wählen?" die MLPD falsch zitiert worden sei. Nicht "Kohl abwählen! Für den echten Sozialismus! MLPD" hätten deren Plakate geheißen, sondern *"Die Kohl-Regierung muß abtreten! Für den echten Sozialismus!"* Und ursprünglich seien diese Plakate vor der Bundestagswahl vom Oktober 1994, nämlich schon im Herbst 1993 entstanden, *"als die Stimmung für die Kohl-Regierung schlechter war als zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen"*. Dennoch, so schreibt C.S., hatte die Losung der MLPD auch im Bundestagswahlkampf 1994 einen Sinn. Der liege *"darin, die oppositionellen Kräfte, die gegen die Kohl-Politik in den verschiedensten Einzelfragen aktiv geworden sind, längerfristig zusammenzufassen"*, weswegen die MLPD als *"MLPD/Offene Liste"* kandidiert habe und *"durch organisatorisch selbständige Wählerinitiativen"* unterstützt worden sei. Auch nach der Wahl habe sie diese Zielsetzung nicht aufgegeben. C.S. hat recht, es hat "abtreten" und nicht "abwählen" geheißen. Da uns das "längerfristig" der MLPD zu langfristig ist, bleiben wir bei unserem Verbesserungsvorschlag: *"Kohl abwählen, Scharping wählen! Für den echten Sozialismus! MLPD"*.

***

Daniel Z. von der Redaktion der "Direkten Aktion" hat uns um den Hinweis gebeten, daß der Vertreter des "Nationalkomitees Freie DDR" beim Berliner Treffen zur Vorbereitung des 8. Mai (BAHAMAS 16, S. 6/7), der sich auch als Mitglied der FAU zu erkennen gab, mit der anarchosyndikalistischen FAU und der "Direkten Aktion" nichts zu tun habe. Diese *"obskure Politsekte"* aus Heidelberg benutze den Namen bewußt, um Verwirrung zu stiften. Es handle sich nicht um Anarchisten, sondern um *"'Anarcho'-Stalinisten"*, deren Bündnispartner RIM und KPD/ML Roter Morgen seien. *"Diese Leute in einem Zusammenhang mit der FAU oder dem Anarchismus allgemein zu bringen, entbehrt also wirklich jeder Grundlage"*, schreibt Daniel Z. Wir entschuldigen uns für die Weiterverbreitung der Verwirrung.

***

Ernster wird es in einer Gegendarstellung der *"Gruppe Kritik und Diskussion, Hamburg"*. Sie schreibt:

"In dem Artikel von Max Müntzel: Antideutsche Mobilisierung zum 8. Mai 1995 (BAHAMAS Nr. 16, S. 6-8) finden sich einige Behauptungen über unseren Zusammenhang, die der Autor weder unseren Schriften, noch unseren mündlichen Stellungnahmen entnommen hat.

1. Max Müntzel charakterisiert unseren Zusammenhang als 'Gruppe 'Kritik und Diskussion', die sich politisch an der Zeitschrift 'Gegenstandpunkt' ... orientiert. Diese Charakterisierung ist falsch. Die Gruppe Kritik und Diskussion orientiert sich an keiner speziellen Zeitschrift oder Reihe.

2. Der Autor behauptet: 'Einige waren nicht wegen, sondern trotz des Aufrufes gekommen, so ... eine große Delegation der Gruppe 'Kritik und Diskussion''. Auch diese Behauptung ist falsch. Unser Bezug zu dem Aufruf wurde von uns differenziert und ausführlich in einem Papier formuliert, das wir an die TeilnehmerInnen des Berliner Treffens verteilt haben. Max Müntzel unterschlägt in seinem Artikel die Existenz unseres Papiers. Statt unsere Standpunkte anhand dieses Papiers zu beurteilen, unterstellt er uns Standpunkte, die von uns weder vertreten werden, noch wurden.

3. Max Müntzel behauptet über unsere Kritik an der Figur des Bomberkommandanten Sir Arthur Harris das Folgende: 'Für die Mitglieder der Gruppe 'Kritik und Diskussion' ... geriet urplötzlich – es ging um getötete Deutsche – die Moral zur Kritik.' Diese Behauptung ist unwahr. Wir beurteilen staatliche Massenvernichtung nicht nach der Staatszugehörigkeit ihrer Opfer."

Es tut uns leid, die Gruppe in einen Zusammenhang gerückt zu haben, in dem sie sich selbst nicht sieht.

Das "deutsche 'coming out'" von Vertretern der Gruppe während der Diskussion um die Bombardierung Dresdens im Februr 1945 findet in ihren Papieren eine Entsprechung, die dort allerdings sehr "sachlich" gehalten ist. Bereits in ihren *"8 Fragen an die 'neue, antinationale Strömung in der Linken'"* ist das Bemühen deutlich geworden, das "Deutsche" im deutschen Nationalismus in allgemeiner antinationaler Kritik verschwinden zu lassen, wenn die Gruppe zu geplanten antideutschen Aktivitäten schreibt: *"8. Ist Antinationalismus ein Standpunkt, der grundsätzlich die Unterwerfung der Individuen unter das staat-*

Fortsetzung S. 56

hinaus den rassistischen Normaldiskurs, an dem deutlich wird, daß gegenwärtig *alle* Formen des Rassismus zunehmen. Auch wenn wir also die These aufstellen, daß die NR in Bezug auf die deutsche Nationaldebatte mindestens ebensosehr Bewegtes wie Beweger ist, lohnt sich doch ein kritischer ideologie*theoretischer* Blick auf das Zusammenspiel von neurechtem und Staats- bzw. Mediendiskurs. Gerade durch ihren hegemoniepolitischen Opportunismus kann die NR als Teil des politischen BRD-Diskurses Indikator und Modell für gesellschaftliche Entwicklungen sein. Eine nichtaffirmative Ideologie*theorie* liefert so zwar nicht den von Gramsci-Fans ursprünglich versprochenen Baukasten zum antirassistischen oder gar revolutionären Kampf; sie zeigt aber auf, welcher Art die Zumutungen sein werden, die uns in den nächsten Jahren erwarten und auf die sich eine Ideologie*kritik* auf der Höhe der Zeit richten muß.

Jochen Baumann / Andreas Ben

Bei diesem Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrags, der im Rahmen der Berliner Jour-Fixe-Initiative in der TU Berlin gehalten wurde.

Anmerkungen:

1) Vgl. die Definitionen von Assheuer/Sarkowicz 1992; Feit 1987; Greß/ Jaschke/ Schönekäs 1990; Jäger 1988; Koeltschky 1986; Schwagerl 1993

2) Vgl. besonders "Das Parlament" 45/46, 1994

3) Kratz, Peter (Hg.) 1991: In bester Gesellschaft, S. 60

4) Haug, Wolfgang Fritz 1994: Gibt es totale hegemoniale Ohnmacht?, In: Das Argument 206, S.576

5) Ebd.

6) Kowalsky, Wolfgang 1992: Rechtsaußen... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken, S. 32

7) Feit, Margret 1987: Die "Neue Rechte" in der Bundesrepublik, S. 12

8) Vgl.: Gessenharter 1990, In: Seeliger, Rolf (Hg.): Grauzone zwischen der Union und der "Neuen Rechten"

9) Ebd.

10) Vgl. Assheuer, Thomas/Sarkowicz, Hans 1992: Rechtsradikale in Deutschland

11) Vgl. Greß, Franz 1993: Die "Neue Rechte; und Greß 1994, In: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder Wolfgang 1994 (Hg.): Rechtsextremismus

12) Wir legen hier das Interview Alain de Benoists mit der neurechten französischen Zeitschrift "elements" zugrunde, das den bezeichnenden Titel trägt: "Wider den Rassismus". In: A. de Benoist: Kulturrevolution von rechts, Krefeld 1985, S. 53-69

Fortsetzumg S. 56 unten

Fortsetzung von vorheriger Seite

lich definierte Gemeinwohl kritisiert, also das Prinzip angreift, das alle Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise als Nationen konstituiert."

Das ist so allgemein richtig, wie es konkret falsch wird, wenn es in Sonderheit um die BRD und ihre historische Entwicklung aus dem Nationalsozialismus heraus geht, denn nicht alle Staaten und Gesellschaften, die nationalistisch sind, waren nationalsozialistisch. Wir reden nicht über Dänemark, sondern von Deutschland. Wer so bemüht ist, das besondere Deutsche im Allgemeinen aufgehen zu lassen, der muß sich schon den Vorwurf gefallen lassen, nicht allzu weit von Roman Herzogs Charakterisierung des alliierten Bombardements als *"die ganze Sinnlosigkeit moderner Kriege"* zu argumentieren. In ihrer Stellungnahme *"'Bomber Harris' als 'Lackmus-Test'"* macht die Gruppe Max Müntzel eine *"Kollektivschuldthese"* zum Vorwurf, die er *"vom Säugling bis zum Greis"* für gültig erkläre. Wie sagte doch Herzog am 13.2.95 in Dresden: *"Erst wenn man sich vorstellt, wer alles unter den Bombenopfern von Dresden gewesen sein muß, wird die menschliche Tragödie moderner Kriegsführung handgreiflich"*, denn unter den Bomben seien Nazi-Verbrecher, Mitläufer, Juden, Fremdarbeiter und Widerstandskämpfer umgekommen. Nazis und ihre Opfer werden vereinnahmt, um die deutschen Nazi-Verbrechen im Allgemeinen, in der *"Scheußlichkeit moderner Kriege"*, verschwinden zu lassen: *"Hier zeigt sich die Gefährlichkeit des Denkens in Kollektiven, das damals die Menschen verblendete und auf das wir uns nie wieder einlassen dürfen."* Wer wie die "Gruppe Kritik und Diskussion" in obiger Gegendarstellung von der Bombardierung Dresdens als *"staatliche(r) Massenvernichtung"* schreibt, befindet sich im deutschen Gedenkkonsens 1995. Dieser eine Halbsatz erübrigt die weitere Diskussion.

***

Dabei wird Max Müntzels Formulierung, daß die Frage *"Sage mir, wie Du die Tätigkeit eines Bomber-Harris bewertest, und ich sage Dir, auf welcher Seite Du stehst"* als *"eine Art Lackmus-Test"* für die linke Standortbeschreibung diene, nicht von allen in der BAHAMAS-Redaktion geteilt. Die Formulierung vom "Lackmus-Test"

...Beschwichtigungen!?

lege, so die Kritik, nahe, daß es nur ein Entweder-oder geben könne und keine Bewertung, die durchaus auch "Bomber Harris" kritisch betrachtet

Die redaktionelle Gegenmeinung hält es für falsch und für schlechte Agitation, die Bewertung alliierter Kriegsführung aus positiver Identifikation mit den Taten abzuleiten, wie es häufiger in der antideutschen Diskussion passiere. (U.a. hieß es in einem "antideutschen Aufruf" zu Dresden, die Bombardierungen der Allierten waren *"gerecht"*.) Vielmehr ergebe sich die Beurteilung aus einer Konstellation, daß es Europa und die Welt mit dem unbändigen Vernichtungswahn Deutschlands zu tun hatten, den zu bekämpfen nahezu alles rechtfertigte. Es sei nicht die Frage, was "gerecht" war, sondern was gerechtfertigt werden müsse. Der Gerechtigkeitsgedanke unterstelle Harris und anderen Motive, die sie nicht hatten. Der positive Bezug auf die Motive mache, so die Kritik weiter, den antideutschen Standpunkt unnötig angreifbar. Der Nachweis, daß Harris, Churchill usw. eigennützige – z.B. antisowjetische – Ziele verfolgten, werde dadurch zur Relativierung ihrer Aktionen gegen die Deutschen aufgewertet. Der beweisbare Antikommunismus der Westalliierten könne so genutzt werden, um sie als Konkurrenten *neben* die Nazis zu stellen und sie dem so definierten, undifferenzierten Lager der Feinde zuzuchlagen. Antideutsche Verteidiger neigten dazu, nicht den objektiven, sondern den subjektiven Antifaschismus der Alliierten zu betonen – obwohl doch die Kritik des einen, was sie sonst noch für böse Absichten hatten, mit der Bewertung des anderen, wie "unmoralisch" sie bei der Bekämpfung des deutschen Durchhalte- und Vernichtungswillens waren, gar nichts zu tun habe.

Nun steht in Max Müntzels Text ausdrücklich nichts über Harris' Motive, sondern über seine *"Tätigkeit"* und die Notwendigkeit, diese – wenn überhaupt – aus der Perspektive der Opfer des Nationalsozialismus zu kritisieren. Gerade dieses Anliegen haben die meisten Kritiker von "Bomber-Harris" und des alliierten Vorgehens nicht, das Gegenteil einer Differenzierung ist ihre Absicht. Ihre Kritik unterstellt eine den deutschen Nazis vergleichbare Irrationalität, einen Vernichtungswahn und verneint die rationalen Grundlagen des Bombenkriegs gegen Deutschland. Das Motiv ist, die Deutschen als deren Opfer darzustellen. Als Beleg dient die Tatsache, daß Harris, Churchill u.a. Vertreter des britischen Imperialismus sind.

Wer nicht begreift, daß sich der nationalsozialistische Staat und seine Gesellschaft jeder Moral und Berechenbarkeit entzogen, daß er Rassismus, Völkermord und Kriegs-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S. 55 unten

13) Vgl. Benoist 1985, S.55

14) Bartsch, Günter 1976: Revolution von Rechts?, S. 43

15) Benoist 1985, S.57ff

16) Ebd. S.57

17) Eichberg, Henning 1983/84: Entkolonisierung der Deutschen, in: wir selbst Dez./Jan.,S.6

18) Eichberg, Henning 1994: Das "gute Volk", In: Ästhetik und Kommunikation 84, S.80

19) Großheim/Weißmann/Zitelmann: Wir Deutschen und der Westen, Einleitung zu: Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Berlin/FfM 1993, S.10

20) Jochen Thies: Perspektiven deutscher Außenpolitik, Westbindung S.534f

21) Strauss, Wolfgang 1991: Wenn die Hennigsdorfer wieder marschieren... In: Nation und Europa 3/91, S.13ff

22) Alle folgenden Zitate, wenn nicht anders ausgewiesen: Demirovic, Alex 1994, In: Edition ID Archiv (Hg.) Etwas besseres als die Nation, S.105-114

23) Demirovic 1992, In: Institut für Sozialforschung (Hg.): Aspekte der Fremdenfeindlichkeit, S.30 und 31

24) Demirovic 1994b, in: Institut für Sozialforschung (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, S.53

25) So z.B. bei der Beschreibung neurechter Kritik des Wohlfahrtsstaats, die links zu reartikulieren sei: "Sie (die) hat gezeigt, daß Verteilungsgerechtigkeit zu Bürokratie, Überwachung und Einschränkung individueller Wahlfreiheit führen kann." (Kowalsky 1992, S.134)

26) Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel 1992: Rasse-Klasse-Nation, S.32

27) Vgl. Elfferding in: Autrata, Otger et al. (Hg.) 1990: Theorien über Rassismus, S.111

28) Haug, W.F. 1992: Zur Dialektik des Antirassismus, in: Das Argument 191

29) Ebd. S.34

30) ND, 21.9.93

31) Vgl. Dem deutschen Volke dienen? Konkret 7/94

32) Engelstädter, Heinz 1994: Nationales im Konzept der "Neuen Rechten", S.8

33) Ebd. S.7

34) Eßbach 1991, In: Ewald, Francois/Waldenfels, Bernhard (Hg.): Deutsche Fragen an Foucault, S.78

35) Ebd.

36) Müller, Robert/Makropoulus, Michael 1978, In: Böckelmann, Frank u.a. (Hg.) Das Schillern der Revolte S.19; vgl. Diederichsen, Diedrich 1993: Freiheit macht arm, S.117-157

37) Seitter, Walter 1991: Vom rechten Gebrauch der Franzosen, in: Sechste Etappe, S.53

38) Ebd.

39) Kowalsky 1992, S.134

40) Eßbach 1993, In: Wolfgang Pircher (Hg.), Das Fremde – der Gast, S.35

41) SZ-Interview, 28.12.94

42) Zitiert nach Weß, Ludger 1994: Rechte Intelligenz, in: Konkret 12/94, S.36

verbrechen zur Staatsdoktrin erhoben hatte, kommt zu so unsinnigen Gleichsetzungen von Kriegsaktivitäten im Zweiten Weltkrieg, wie die "Gruppe Kritik und Diskussion": Alles war staatliches Verbrechen (und gegen den Staat sind wir als Linke ja). Nicht einmal die menschliche Regung nach "Vergeltung" für die deutschen Verbrechen wird dabei von der "Gruppe Kritik und Diskussion als berechtigt angesehen, sondern sie wird unter Untaten von "Nationalisten" subsumiert.

***

Auf Kritik in Max Müntzels Artikel ist auch die Formulierung gestoßen, der Ablauf des Berliner Treffens zum 8. Mai habe gezeigt, daß es auch *"um die Formierung einer Strömung"* der Antinationalen gehe. Man mag darüber streiten, wieweit heute von einer "antinationalen Strömung" der Linken gesprochen werden kann. Wer indessen schreibt, man wolle sie formieren, legt den Verdacht nahe, hier solle ein Verein gebildet werden. Wenn auch noch ein Sprecher in Berlin zitiert wird: *"Dies ist die Zeit der Entscheidung"*, dann wird dieser Eindruck noch genährt. Warum jetzt, warum nicht schon vorher, bei der Wiedervereinigung, dem deutschen Jugoslawien-Engagement, dem Einsatz in Somalia usw? Der Autor selber hat nach dem zweiten Berliner Treffen korrigiert: es gehe um antideutsche Aktivitäten zum 8. Mai. Was ansonsten strömt und sich bildet oder wieder auseinandergeht, man wird's sehen.

***

Folgende Fehler in der letzten BAHAMAS (Nr. 16) sind anzumerken. In dem Artikel *"Heym-Leuchten"* von Horst Pankow muß es auf Seite 17, zweite Spalte, viertletzte Zeile des ersten Absatzes statt *"bei der jedem gewöhnlichen Politiker-Forderung nach..."* richtig heißen: *"bei der jedem gewöhnlichen Politiker geläufigen Forderung nach..."*. Im selben Artikel auf Seite 18, Mitte der zweiten Spalte, muß es statt *"...Schäuble, Strauß, Walser et altera"* korrekt *"Schäuble, Strauß, Walser et alii"* heißen. Ein eindeutiges Versagen redaktioneller Bearbeitung!

In Gerhardt Rudows Vortrag *"Nationalismus und Ökonomie"* wurde der Fehler auf Seite 40 eingeschmuggelt. In der dritten Spalte, dritter Absatz muß es richtigerweise heißen, *"...daß der Wille zum Tausch nur durch die Unterwerfung unter eine von den Tauschenden und ihren Werten unabhängige, diese aber als ihr Objekt betrachtende Instanz realisiert werden kann."* Durch Weglassen des *"un"* hatten wir eine abhängige Instanz konstruiert. Sorry.

(Redaktion)

Friedensengel

Für UNO, NATO und Deutschland in die Welt

Ein Film zur Saarlandbrigade



von Peter Kleinert und Katrin Bruggemann

Produktion:
KAOS-Team, Köln
und *querblick*, Konstanz
mit Unterstützung der
AKTION 3. WELT Saar

BRD, 1995, 30 Minuten

Sie waren in Somalia dabei, sie beteiligen sich im Rahmen der NATO an Manövern in Kurdistan, sie sind stolz auf die Tradition der Fallschirmjäger der Wehrmacht, singen auch heute noch Nazi-Lieder und sind eine der Einheiten, welche die „Neue Weltordnung" erzwingen und erhalten sollen

Verleih und Vertrieb:	Information, ReferentInnen (Verleih für Saarland/RLP)
querblick	*AKTION 3. WELT Saar*
Gottlieb Daimler Str. 3	Weiskirchener Str. 24
78467 Konstanz	66674 Losheim
Tel 07531/65002 Fax 68798	Tel 06872/6982 Fax 7826

STIMMEN ZUR ZEIT

Nr. 1

Der 8. Mai 1995

50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

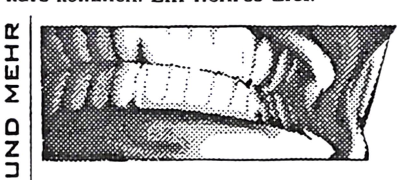
Mit Beitragen von: Bernhild Vogel, Siegfried Jäger, Ralph Giordano, Joost Paul, Stefan Heym, Andreas Speit u.a.

in jeder guten Buchhandlung oder direkt bei: dip-Agentur c/o Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87, 38106 Braunschweig (2,50 DM + 1,50 DM in Briefmarken beilegen)

ABONNIERT!



erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 40 Seiten. Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen. Ein hehres Ziel!



Aus dem Inhalt der ersten Nummer:

- Südtirol-Terror
- Aktivitäten gegen den "Kommers"
- Prozesse gegen AntifaschistInnen
- Asylpolitik und vieles mehr

Einzelexemplar: 25 öS, 5 DM, 5 sfr.
4-Nummern-Abo: 100 öS, 20 DM.
Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag wird mit Deiner Adresse, Deinem Begehr und der Bezahlung mit H. Mader beschriftet und in das äußere Kuvert mit der Anschrift Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien gesteckt und ab die Post.

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.53 (2/95) enthält u.a.:

★

Interview mit der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe
★
Foul - der Bananen-Multi Geest
von Boris Scharlowski
★
Chiapas - Erst die Vertreibung, dann Verhandlungen?
von Herby Sachs
★
Der Widerstand der ITF gegen den Nationalsozialismus, Teil 1
von Dieter Nelles

Weiter: Mexiko am Scheideweg *von Stefan Armborst;* Anonymer Augenzeugenbericht aus Chiapas; Social Beat *von Moritz Milch;* Architektur ist mehr als Philosophie *von Jürgen Mümken;* Nachruf auf George Woodcock *von Heiner Becker;* Zum letzten Mal: Vorhang auf für Guy Debord; Fraueninternierungslager in Frankreich ab 1939 *von Marianne Kröger;* Rezensionen *von Ribo, Gabriel Kuhn und Herby Sachs* zu L.U.P.U.S - Lichterketten, Michail Bakunin und den Straßenkindern Brasiliens, etc.

ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 30.-
Einzelpreis: 7.-

Neu: Michail Bakunin:

Gott und der Staat

176 S., 19,80 DM

Übernahme: Claude Lanzmann:

SHOAH

Dokumentation zur Massenvernichtung
280 S., (nur noch)16.-DM

SF★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033-45264
Tel. 07033-44273

Endlich frei!

Irmgard Möller nach 22 Jahren aus der Haft entlassen

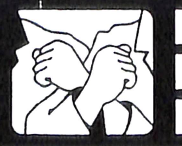
für 2,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Ortsgruppen oder für 4,– DM in Briefmarken bei

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel.+Fax (04 31) 75 14

Verfolgung von Antifa
Anklage gegen Göttinger Buchladen und neue §129a Verfahren

Kurdenverfolgung
Staatsterror gegen den kurdischen Befreiungskampf

Repressionsapparat
Die Pläne der „law and order" Strategen



DIE ROTE HILFE 1/95









In diesem Heft: German Pop